

Peter Morré

Die Änderung der staatlichen Gebietshoheit
nach sowjetischer Völkerrechtslehre
und Völkerrechtspraxis
mit besonderer Berücksichtigung
des Annexionsverbots

1967
1968



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555619_0001

Die Änderung der staatlichen Gebietshoheit
nach sowjetischer Völkerrechtslehre und
Völkerrechtspraxis,
mit besonderer Berücksichtigung des
Annexionsverbots.

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung des akademischen
Grades eines Doktors der Rechte
durch die Rechts- und Staatswissen-
schaftliche Fakultät der
Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster

vorgelegt von Peter M o r r é
aus Stettin (Pommern)

1967

1. Berichterstatter : Prof. Dr. Scupin
2. Berichterstatter : Prof. Dr. Klein

Dekan : Prof. Dr. Nörr

Tag der mündlichen Prüfung: 25. November 1967

Druck:

Phototechnische Zentralstelle
der Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster/Westf.



Meiner Mutter

Gliederung

Seite:

A. <u>Gebietshoheit und Gebietserwerb in der nichtsowjetischen Völkerrechtslehre</u>	1
I. Einleitung	1
II. Der Begriff der Gebietshoheit	5
III. Änderungen der Gebietshoheit (Gebietserwerb)	6
1. Die Achtung der Souveränität der betroffenen Staaten als rechtliche Voraussetzung eines Wechsels der Gebietshoheit	7
2. Das Effektivitätsprinzip	12
3. Die Zession	13
4. Die Annexion	15
a) Begriff und rechtliche Würdigung	15
b) Heilung der Annexion und Hoheitserwerb durch Zeitablauf	18
c) Die Stimson-Doktrin	22
5. Umstrittene Sonderfälle der Völkerrechts- gemäßheit von Gebietserwerb	24
a) Krieg und Gebietserwerb	24
b) Das Selbstbestimmungsrecht	28
c) Die "historischen Rechte"	38
B. <u>Sowjetunion und Völkerrecht</u>	39
I. Der Begriff und die Aufgaben des Rechts in der marxistisch-leninistischen Theorie	39
II. Die sowjetische Einstellung zum Völkerrecht	46
1. Das Völkerrecht im System der marxistisch- leninistischen Rechtstheorie	47

2. Die Sowjetunion als revolutionärer Nachfolgestaat des russischen Zaren- reiches	54
3. Die UdSSR und das zur Zeit ihrer Bildung bereits bestehende Völkerrecht	56
4. Die sowjetische Bewertung der Völker- rechtsquellen	59
a) Der Vertrag	59
b) Das Gewohnheitsrecht	64
c) Die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts	66
5. Die sowjetische Völkerrechtslehre und der ideologische Weltkonflikt	68
a) Der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz"	70
b) Der Grundsatz des "sozialistischen Internationalismus"	74
<u>C. Staatliche und nationale Souveränität als Grundlagen sowjetischen gebietsrechtlichen Denkens</u>	79
I. Staatliche Souveränität und souveräne Gleichheit	81
1. Staatliche Souveränität	81
a) Begriff	81
b) Völkerrechtliche Bewertung	83
c) Die Aufgaben der staatlichen Souveränität in den vom allgemeinen Völkerrecht geregelten zwischenstaatlichen Bezie- hungen	85
d) Zur staatlichen Souveränität und Völker- rechtssubjektivität der einzelnen Unionsrepubliken der UdSSR	88
2. Souveräne Gleichheit	92

II. Nationale Souveränität – nationale Selbstbestimmung	94
1. Die Träger der nationalen Souveränität	94
2. Das Selbstbestimmungsrecht	96
a) Das Selbstbestimmungsrecht als Inhalt der "nationalen Souveränität", sein Begriff und sein Endziel	96
b) Beschränkungen und Ausgestaltungen des Selbstbestimmungsrechts	101
c) Die Bildung des Selbstbestimmungswillens und seine Verwirklichung	107
3. Die Bewertung des Selbstbestimmungsrechts durch die sowjetische Völkerrechtslehre	115
4. Zusammenfassung	118
III. Die Gebietshoheit	119
1. Der Begriff der Gebietshoheit	119
a) Das "nationale Territorium" und die Selbstbestimmung der Nation als Grundlagen der Gebietshoheit	119
b) Der Klassencharakter der Gebietshoheit	125
2. Die Gebietshoheit des sozialistischen Staates, insbesondere die Gebietshoheit der Sowjetunion	127
a) Inhalt	127
b) Die völkerrechtliche Gebietshoheit der Unionsrepubliken in der UdSSR	133
3. Völkerrechtliche Auswirkungen des Begriffes der Gebietshoheit	137
a) Der Grundsatz der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität	137
b) Das Verhältnis des Grundsatzes der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität zur Garantie des territorialen "status quo"	139

D. <u>Das Selbstbestimmungsprinzip als maßgebendes Kriterium für die Völkerrechtsgemäßheit von Änderungen der Gebietshoheit</u>	145
I. Zum Begriff des Gebietserwerbs	145
II. Der Begriff der Annexion	147
1. Der Annexionsbegriff bei Lenin	147
2. Der Begriff der Annexion in der heutigen sowjetischen Völkerrechtslehre	153
III. Die Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zu den nach dem bisherigen Völkerrecht zulässigen Arten von Gebietserwerb	164
1. Annexion "traditioneller" Auffassung und Hoheitserlangung durch Zeitablauf	164
a) Zur Annexion "traditioneller" Auffassung	164
b) Zur heilenden Kraft des Zeitablaufs	166
2. Zession	169
3. Zuweisung	173
4. Zusammenfassung	174
5. Die Behandlung überkommener, nicht auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhender Erwerbstitel durch die sowjetische Völkerrechtslehre	175
IV. Zulässige Gebietsveränderungen und ihre Regeln nach der sowjetischen Völkerrechtslehre	176
1. Das "ethnische" Prinzip	177
2. Die "historischen" Rechte	179
3. Wirtschaftliche Gründe	189
4. Militärische Erwägungen	192
5. Die praktische Durchführung von Gebietsveränderungen	195

a) Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden Veränderungen	195
aa) Erster Unterfall: Das "nationale Territorium" wird noch von der berechtigten Nation bewohnt	196
bb) Zweiter Unterfall: Das "nationale Territorium" wird nicht mehr von der berechtigten Nation bewohnt	200
b) Die auf den Rechtsgründen wirtschaftlicher und militärischer Erwägungen beruhenden territorialen Veränderungen	202
6. Zusammenfassung	202
<u>E. Gebietserwerb und siegreiche Beendigung eines Krieges</u>	204
I. Die verschiedenen Arten von Kriegen	204
1. Gerechte und ungerechte Kriege	204
2. Der Angriffskrieg	207
3. Konkretisierung des Themas auf den Fall des siegreich beendeten Verteidigungskrieges	211
II. Die Zulässigkeit von Gebietsveränderungen nach einem siegreich beendeten Verteidigungskrieg. Vorbemerkung: Die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der besiegten Nation	212
1. Der Schutz des Siegerstaates vor künftigen Angriffen des Besiegten	214
2. Die Bestrafung des Aggressors und der Ersatz des von ihm angerichteten Schadens	215
III. Die praktische Durchführung von Gebietsveränderungen zu Lasten des besiegten Angreiferstaates	217
IV. Zusammenfassung	220

F. <u>Der Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Staaten auf das Recht des völkerrechtlichen Gebietserwerbs</u>	221
I. Grundsatz und bisherige praktische Bedeutung	221
II. Gebietsrechtliche Beziehungen nach dem "allgemeinen" Völkerrecht	223
III. Gebietsrechtliche Beziehungen nach dem Völkerrecht "neuen Typs"	227
IV. Zusammenfassung	234
G. <u>Schluß: Anwendungsfälle sowjetischer Titel, Rechtsgründe und Regeln beim völkerrechtlichen Erwerb von Staatsgebiet</u>	236
Vorbemerkung	236
I. Die Angliederung der Karpathenukraine an die UdSSR als Beispiel für Gebietsveränderungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ("ethnisches Prinzip")	239
1. Vorgeschichte	239
2. Die Selbstbestimmungskampagne im Herbst 1944 und die Ereignisse bis zum Abschluß des Vertrages vom 29. Juni 1944	243
3. Die Behandlung der Angliederung durch die sowjetische Völkerrechtslehre	245
4. Nichtkommunistische Stellungnahmen zur Angliederung	250
II. Die Rückgliederung West-Weißrußlands und der West-Ukraine (ehemals polnische Ostgebiete) an die UdSSR als Beispiel für Gebietsveränderungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ("historische Rechte")	254
1. Vorgeschichte	254
a) bis zum Sommer 1939	254

	Seite:
b) Der Hitler-Stalin-Pakt	259
2. Die Ereignisse seit dem Herbst 1939	259
a) Hergang bis zum 28. September 1939	259
b) Selbstbestimmungskampagne und Rückkehr zur UdSSR	261
c) Die weitere Behandlung der Grenzfrage bis zum 16. August 1945	264
3. Die Rechtfertigung der Angliederung in der sowjetischen Völkerrechtslehre	267
a) Die "historischen Rechte" und die Einstellung der UdSSR zum Rigaer Frieden	267
b) Die Bewertung der Ereignisse im Herbst 1939	270
c) Der Vertrag vom 16. August 1945	273
4. Zur Argumentation der polnischen bzw. exilpolnischen Regierung; nichtkommunistische Stellungnahmen zur Rückgliederung	274
III. Der polnisch-sowjetische Gebietsaustauschvertrag vom 15. Februar 1951 als Beispielsfall für Gebietsveränderungen aus wirtschaftlichen Gründen und zwischen Staaten des "sozialistischen Lagers"	278
1. Tatsächlicher Hergang	278
2. "Wirtschaftliche Gründe" des Erwerbs	278
3. Der Erwerb als Anwendungsfall des Völkerrechts "neuen Typs"	280
IV. Der finnisch-sowjetische Konflikt 1939/40, 1941-1944/1947 als Beispiel für Gebietserwerb aus militärischen Erwägungen und als Folge eines gewonnenen Krieges auf friedensvertraglichem Wege	282
1. Tatsächlicher Hergang	282
a) Die Ereignisse bis zum Abbruch der finnisch-sowjetischen Verhandlungen am 13. November 1939	282

b) Die Friedensverträge von 1940, 1944/1947	284
2. Würdigung des sowjetischen Austauschvor- schlages als vorgesehene vertragliche Gebietsveränderung aus militärischen Erwägungen	286
3. Würdigung der territorialen Regelungen in den einzelnen Friedensverträgen mit Finnland	289
a) Der Vertrag von Moskau vom 12. März 1940	289
b) Das Waffenstillstandsabkommen vom 19. September 1944 und der Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947	291
V. Gebietserwerb als Folge eines gewonnenen Krieges - ohne Friedensvertrag -, dargestellt an der sowjetischen Besitzergreifung von Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen	293
1. Tatsächlicher Hergang	293
2. Die Bewertung der Besitzergreifung durch die sowjetische Völkerrechtslehre	296
a) Der Rechtsgrund	296
b) Form und Zeitpunkt des "Erwerbs"	297
3. Würdigung im nichtkommunistischen Schrifttum, namentlich durch die deutsche Völkerrechtslehre	299
VI. Die sowjetische "Technik" völkerrechtsgemäßen Gebietserwerbs	304

A n h a n g

- | | | |
|--------|---|-----|
| Nr. 1 | Von Präsident Benes angefertigtes Gedächtnisprotokoll einer Unterhaltung zwischen ihm und dem sowjetischen Außenminister Molotow am 9. Juni 1942 in Moskau | I |
| Nr. 2 | Artikel 4 des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrages von Moskau vom 12. Dezember 1943 | I |
| Nr. 3 | Bericht der Nemec-Delegation an die tschechoslowakische Exilregierung in London, Dezember 1944 | I |
| Nr. 4 | Brief Marschall Stalins an Präsident Benes vom 23. Januar 1945 | II |
| Nr. 5 | Aus der Erklärung von Kaschau der Tschechoslowakischen Regierung vom 5. April 1945 | III |
| Nr. 6 | Auszug aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik über die Transkarpathenukraine" | III |
| Nr. 7 | Aus der Rede des sowjetischen Außenministers Molotow anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Transkarpathenukraine in Moskau am 29. Juni 1945 | IV |
| Nr. 8 | Erklärung des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919, unterzeichnet von Clemenceau, veröffentlicht seit dem "Protokoll von Spa" vom 10. Juli 1920 | V |
| Nr. 9 | Aus einer Antwort des exilpolnischen Außenministers Zaleski auf einen Brief des britischen Außenministers Lord Halifax vom 27. November 1940 über die britisch-sowjetischen Beziehungen | V |
| Nr. 10 | Aus dem Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Polen in Riga vom 18. März 1921 | VI |

Nr. 11	Aus dem Schlußprotokoll zum Verlängerungsprotokoll des sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktes, unterzeichnet in Moskau am 5. Mai 1934	VII
Nr. 12	Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939	VII
Nr. 13	Note der Sowjetregierung an die Regierung der Republik Polen, am 17. September 1939 in Moskau dem polnischen Botschafter überreicht	VIII
Nr. 14	Verlautbarung der polnischen Botschaft in London vom 17. September 1939	IX
Nr. 15	Aus dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939	X
Nr. 16	Aus dem polnisch-sowjetischen Abkommen in London vom 30. Juni 1941	XI
Nr. 17	Aus der von TASS am 11. Januar 1944 veröffentlichten, an die Adresse der polnischen Exilregierung in London gerichteten Erklärung der Sowjetregierung	XI
Nr. 18	Aus dem Manifest des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees in Lublin vom 22. Juli 1944	XII
Nr. 19	Aus dem Abschlußkommunique der Konferenz von Jalta, 4. bis 12. Februar 1945	XIII
Nr. 20	Aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze"	XIII
Nr. 21	Aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik über den Austausch von Teilen des Staatsgebietes"	XV
Nr. 22	Aus dem Memorandum der Sowjetregierung an die finnische Regierung, übergeben am 14. Oktober 1939 an den finnischen Verhandlungsführer in Moskau, Minister Paasikivi	XV

Nr. 23	Aus dem Memorandum der finnischen Regierung an die Sowjetregierung, übergeben in Moskau am 3. November 1939 von den Ministern Paasikivi und Tanner an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotow	XVII
Nr. 24	Aus dem Beistands- und Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der "Finnischen Demokratischen Republik" vom 2. Dezember 1939	XVIII
Nr. 25	Aus dem finnisch-sowjetischen Friedensvertrag vom 12. März 1940	XVIII
Nr. 26	Aus dem Friedensvertrag zwischen Finnland und den Alliierten in Paris vom 10. Februar 1947	XIX
Nr. 27	Aus dem Potsdamer Abkommen	XIX
Nr. 28	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. April 1946, Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 4. Juli 1946	XX

Abkürzungen von Zeitschriftentiteln

AJIL	=	American Journal of International Law,
MŽ	=	Mezdunarodnaja Žizn' (Internationales Leben, Moskau, herausgegeben von der Gesellschaft für die Verbreitung wissenschaftlicher und politischer Kenntnisse),
NJ	=	Neue Justiz, herausgegeben vom Ministerium der Justiz der "DDR", Berlin (Ost),
RID	=	Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst, herausgegeben von der Deutschen Akademie für Rechts- und Staatswissenschaften "Walter Ulbricht", Berlin(Ost), seit 1958 in der Zeitschrift "Sowjetwissenschaft" aufgegangen,
SGiP	=	Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo (Sowjetstaat und Sowjetrecht, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR - Rechtsinstitut -).

Literaturverzeichnis

A. Sowjetunion und Ostblock

1. A k a d e m i e der Wissenschaften der UdSSR - Rechtsinstitut -, (verantwortlicher Redakteur: F.I. Koshewnikow),
Völkerrecht, Lehrbuch; Übersetzung aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1960;
2. A k a d e m i e der Wissenschaften der Ukrainischen SSR - Institut für Geschichte -, (Autorenkollektiv: S.M. Belousow, P.S. Sagorskij, M.T. Suprunenko, F.P. Schewtschenko),
Istoriija Ukrainskoj BSR (Geschichte der Ukrainischen SSR); Bd. II, Kiew 1957;
3. A k a d e m i e der Wissenschaften der Weißrussischen SSR - Institut für Geschichte -, (Autorenkollektiv: T.S. Gorbunow, N.W. Kamenskaja, I.S. Krawtschenko),
Istoriija Belorusskoj SSR (Geschichte der Weißrussischen SSR); Bd. II, Minsk 1961;
4. A r s u m a n j a n , A.A.,
Mirnoe sosuščestvovanie i mirovoj revoljucionnyj process (Die friedliche Koexistenz und der weltrevolutionäre Prozeß);
MŽ 1963, Nr. 8, S. 3-7;
5. A u t o r e n k o l l e k t i v (M.P. Kim u.a.),
Geschichte der Sowjetunion; Übersetzung aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1960;
6. B a b i j , W.M.,
Vossoedinenije ukrainського naroda v edinom ukrainському sovetskomu socialističeskomu gosudarstve (Die Wiedervereinigung des ukrainischen Volkes in einem einzigen, ukrainischen, sowjetischen, sozialistischen Staat);
SGiP 1954 Nr. 3, S. 17-29;
7. B a r a t a s c h w i l i , D.I.,
Za svobodu i nezavisimost' narodov (Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker); Moskau 1960;

8. B a r s e g o w , J.G.,

Die Achtung der territorialen Integrität ist eines der Prinzipien der friedlichen Koexistenz;
SGiP 1957 Nr. 9, S. 25-31, Übersetzung aus dem Russischen in RID 1958 (7.Jahrg.) Heft 8, Spalte 231 ff.;

9. ders.,

Territorija v meždunarodnom prave (Das Territorium im Völkerrecht); Moskau 1958;

10. B i c h a r e w , S.R.,

Sojuznaja respublika kak sub'ekt meždunarodnogo prava (Die Unionsrepublik als Völkerrechtssubjekt);
SGiP 1960 Nr. 6, S. 65-73;

11. B l i s c h t s c h e n k o , J.P.,

Meždunarodnoe i vnutrigosudarstvennoe pravo (Völkerrecht und innerstaatliches Recht);
Moskau 1960;

12. C h w o s t o w , W.M.,

Kitajskij "sčet po reestru" i prava istorii (Die chinesische "Rechnung nach dem Register" und die Rechte der Geschichte);
MŽ 1964 Nr. 10, S. 21-24;

13. D e b o r i n , G.A.,

Der zweite Weltkrieg; Übersetzung aus dem Russischen;
Berlin (Ost) 1959;

14. D u r d e n e w s k i j , W.N.,

Pjat' principov mirnogo sosuščestvovanija (Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz);
in: Krylow-Durdenewskij (Redakteure),
Meždunarodno-pravovyje formy sosuščestvovanija gosudarstv i nacij (Völkerrechtliche Formen der Koexistenz der Staaten und Nationen); S. 5 ff.;
Moskau 1957;

15. ders.,

Sovetskaja territorija v aktach meždunarodnogo prava za 30 let (Das Sowjetterritorium in den Akten des Völkerrechts seit 30 Jahren);
SGiP 1947 Nr. 12, S. 58-65;

16. D u r d e n e w s k i j , W.N. - K r y l o w , S.B.,
Meždunarodnoe pravo (Völkerrecht);
Moskau 1947;
17. G e l b e r g , L.,
Zapadnogermanskij territorial'nyj revizionizm v svete
meždunarodnogo prava (Der westdeutsche territoriale
Revisionismus im Lichte des Völkerrechts);
SGiP 1962 Nr. 9, S. 94-104;
18. G e n e r a l o w , W.F.,
Obosnovnyje čerty meždunarodno-pravovogo sotrudničestva
Sovetskogo Sojuza i stran narodnoj demokratii (Grundzüge
der völkerrechtlichen Zusammenarbeit der Sowjetunion
und der Länder der Volksdemokratie);
SGiP 1950 Nr. 7, S. 14-26;
19. G o g u e l , R.,
Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze,
Dokumentation zur Zeitgeschichte Bd. 1,
herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte
in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historikerkommission
unter der verantwortlichen Redaktion von Rudi
Goguel;
Berlin (Ost) 1959;
20. G r o m y k o - G o l u n s k i j - C h w o s t o w
(Hauptredaktion),
Diplomatičeskij slovar' (Diplomatisches Wörterbuch);
Band I, Moskau 1960;
Band II, Moskau 1961;
21. I n o s e m z e w , J.,
Mirnoe sosuščestvovanie - važnejšij vopros sovremennosti
(Die friedliche Koexistenz - die wichtigste Frage der
Gegenwart);
"Prawda" vom 17. Januar 1962;
22. I w a n o w a , I.M.,
Izvyščenie buržuaznoj ideologijej principa mirnogo
sosuščestvovanja (Die Verdrehung des Prinzips der
friedlichen Koexistenz durch die bürgerliche Ideologie);
SGiP 1962 Nr. 10, S. 96-105;

23. I w a s c h i n , I.F.,

Der Beginn des zweiten Weltkrieges und die Außenpolitik der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen;
Berlin (Ost) 1953;

24. d e r s . ,

Meždunarodnyje otnošenija i vnešnjaja politika SSSR (1917 - 1960) (Die internationalen Beziehungen und die Außenpolitik der UdSSR (1917 - 1960);
Hilfslehrbuch, herausgegeben vom Institut für internationale Beziehungen und Außenpolitik der UdSSR der Parteihochschule beim ZK der KPdSU;
Moskau 1961;

25. J a n o w s k i j , M.W.,

Problema "priobretenija" gosudarstvennoj territorii v meždunarodnom prave (Das Problem des "Erwerbs" von Staatsgebiet im Völkerrecht);
Taschkent 1956;

26. d e r s . ,

Zaključenie mirnogo dogovora s Germanijej i granica Oder-Nejsse (Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze),
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1962 (Sowjet-jahrbuch des Völkerrechts 1962), S. 150-157;
Moskau 1963;

27. J e w g e n j e w , W.W. - K r y l o w , S.B.,

Meždunarodnoe publičnoe pravo (Internationales öffentliches Recht),
in: Kudrjawzew, P.I. u.a., Juridičeskij slovar' (Juristisches Wörterbuch);
2. Auflage, Moskau 1956;

28. J e w g e n j e w , W.W.,

Rechtssubjektivität, Souveränität und Nichteinmischung im Völkerrecht;
SGiP 1955 Nr. 2, S. 75-84, Übersetzung aus dem Russischen in RID 1955 (4. Jahrg.) Nr. 20, Spalte 567 ff.;

29. K l e n n e r , H.,

Der Marxismus-Leninismus über das Wesen des Rechts;
Berlin (Ost) 1954;

30. K l e y e r (-Gramann-Kschieschow-Spielberg-),

Die marxistisch-leninistische Theorie des Staates und
des Rechts;
Berlin (Ost) 1956;

31. K o r o w i n , E.A.,

Das Völkerrecht der Übergangszeit; Übersetzung aus der
zweiten russischen Auflage;
Berlin-Grünwald 1929;

32. ders.,

Einige grundlegende Fragen der gegenwärtigen Theorie
des Völkerrechts;
SGiP 1954 Nr. 6, S. 34-44, Übersetzung aus dem Russi-
schen in RID 1955 (4. Jahrg.) Heft 8, Spalte 221 ff.;

33. ders., (als Hauptredakteur in: Akademie der Wissen-
schaften der UdSSR - Rechtsinstitut -),

Meždunarodnoe pravo (Völkerrecht);
Moskau 1951;

34. ders.,

Meždunarodnoe pravo na sovremennom etape (Das Völker-
recht auf seinem gegenwärtigen Stand);
MŽ 1961 Nr. 7, S. 22 ff.;

35. ders.,

Ob obščepriзнанных normach meždunarodnogo prava (Über
die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts);
SGiP 1951 Nr. 9, S. 14-19;

36. ders.,

Osnovnyje problemy sovremennych meždunarodnych otnoženij
(Grundprobleme der gegenwärtigen internationalen Bezie-
hungen);
Moskau 1959;

37. ders.,

Proletarskij internacionalizm i meždunarodnoe pravo (Der
proletarische Internationalismus und das Völkerrecht),
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1958 (Sowjet-
jahrbuch des Völkerrechts 1958), S. 50 ff.; Moskau 1959;

38. K o r o w i n , E.A.,

Pjat' principov - osnova mirnogo sosuščestvovanija narodov i gosudarstv (Die fünf Prinzipien - die Grundlage der friedlichen Koexistenz der Völker und Staaten); MŽ 1956 Nr. 5, S. 45 ff.;

39. ders.,

The Second World War and International Law (Der zweite Weltkrieg und das Völkerrecht); AJIL vol. 40 (1946) p. 742-755;

40. ders.,

Vklad SSSR v meždunarodnoe pravo (Der Beitrag der UdSSR zum Völkerrecht); SGIIP 1947 Nr. 11, S. 22-33;

41. K o s h e w n i k o w , F.I.,

Das Prinzip der souveränen Gleichheit, in: Sovetskoe gosudarstvo i meždunarodnoe pravo (Der Sowjetstaat und das Völkerrecht), Moskau 1949, S. 65-105; Übersetzung aus dem Russischen in "Sowjetwissenschaft" (Berlin-Ost) 1954, Heft 1, S. 25 ff.;

42. ders.,

Einige Fragen der Theorie und Praxis des internationalen Vertrages; SGIIP 1954 Nr. 2, S. 62 ff., Übersetzung aus dem Russischen in RID 1954 (3. Jahrg.) Nr. 12, Spalte 333 ff.;

43. ders.,

Nekotoryje voprosy meždunarodnogo prava v svete truda I.W. Stalina "Marksizm i voprosy jazykoznanija" (Einige Fragen des Völkerrechts im Lichte der Arbeit J.W. Stalins "Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft"); SGIIP 1951 Nr. 6, S. 25 ff.;

44. ders.,

Obščepriзнанныje principy i normy meždunarodnogo prava (Die allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts); SGIIP 1959 Nr. 12, S. 15-24;

45. K o s h e w n i k o w , F.I.,
Učebnoe posobie po meždunarodnomu publičnomu pravu
(Hilfslehrbuch zum internationalen öffentlichen Recht);
Moskau 1947;
46. ders.,
Velikaja oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija
i meždunarodno-pravovoe značenie pervych vnešnopoli-
tičeskych aktov Sovetskogo gosudarstva (Die große so-
zialistische Oktoberrevolution und die völkerrechtli-
che Bedeutung der ersten außenpolitischen Akte des
Sowjetstaates);
SGiP 1957 Nr. 11, S. 50-60;
47. K o s h e w n i k o w , F.I. - P i r a d o w , A.,
Meždunarodnoe pravo i vopros o granicach (Völkerrecht
und Grenzfragen);
Kommunist (Moskau) 1964 Nr. 2, S. 32-38;
48. K r y l o w , S.B.,
K obsuždeniju voprosov teorii meždunarodnogo prava
(Zur Diskussion von Fragen der Völkerrechtstheorie);
SGiP 1954 Nr. 7, S. 74-79;
49. K u l a k o w , W.M.,
Leninskij Dekret o Mire (Das Leninsche Dekret über
den Frieden);
MŽ 1957 Nr. 9, S. 10 ff.;
50. L e n i n , W.I.,
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalis-
mus, Übersetzung aus dem Russischen;
Moskau 1945;
51. ders.,
Lenin o meždunarodnoj politike i meždunarodnom prave
(Lenin über internationale Politik und Völkerrecht);
Moskau 1958;
52. ders.,
Marx-Engels-Marxismus, Grundsätzliches aus Schriften
und Reden, Übersetzung aus dem Russischen;
1. Auflage, Berlin (Ost) 1957;
53. ders.,
Sämtliche Werke, Bd. XIX;
Wien/Berlin 1930;

54. L e n i n , W.I.,
Über den Kampf um den Frieden, Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, Übersetzung aus dem Russischen; 2. Auflage, Berlin (Ost) 1951;
55. ders.,
Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Übersetzung aus dem Russischen, Bd. II/1; Berlin (Ost) 1958;
56. ders.,
Zur Nationalen Frage, Übersetzung aus dem Russischen; Berlin (Ost) 1953;
57. L e w i n , D.B.,
Mirnoe sosuščestvovanie i meždunarodnoe pravo (Friedliche Koexistenz und Völkerrecht);
Izvestija vysšykh učebnych zavedenij - pravovedenie - (Hochschulnachrichten - Rechtswissenschaft -) 1958 (2. Jahrgang) Heft 1, S. 95-106;
58. ders.,
Osnovnyje problemy sovremennogo meždunarodnogo prava (Grundprobleme des gegenwärtigen Völkerrechts); Moskau 1958;
59. ders.,
Princip samoopredelenija nacij i likvidacija kolonializma (Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen und die Liquidation des Kolonialismus); SGI P 1962 Nr. 8, S. 90-99;
60. ders.,
Princip samoopredelenija nacij v meždunarodnom prave (Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht); Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1962 (Sowjet-jahrbuch des Völkerrechts 1962), S. 25 ff.; Moskau 1963;
61. ders.,
Čto skryvaetsja za teorijej "primata" meždunarodnogo prava ? (Was verbirgt sich hinter der Theorie vom "Primat" des Völkerrechts ?); SGI P 1955 Nr. 7, S. 115-120;
62. L e w i n , I.D.,
Suverenitet (Souveränität); Moskau 1948;

63. L i s o w s k i j , W.I.,
Meždunarodnoe pravo (Völkerrecht);
1. Auflage, Kiew 1955;
64. L j u b o m u d r o w a , W.M.,
Samoopredelenie nacij - odno iz osnovnych uslovij
meždunarodnogo sotrudničestva i mirnogo sosuščest-
vovanija (Die Selbstbestimmung der Nationen - eine
der Grundbedingungen internationaler Zusammenarbeit
und friedlicher Koexistenz);
in: Krylow-Durdenewskij, Meždunarodno-pravovyje formy
mirnogo sosuščestvovanija gosudarstv i nacij (Völker-
rechtliche Formen der friedlichen Koexistenz der Staa-
ten und Nationen), S. 16 ff.;
Moskau 1957;
65. L u k a s c h u k , J.J.,
SSSR i meždunarodnyje dogovory (Die UdSSR und die in-
ternationalen Verträge);
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1959
(Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959), S. 16 ff.,
Moskau 1960;
66. M a r t i n , A.,
Der sozialistische Internationalismus als Grundprin-
zip der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den
sozialistischen Staaten;
Deutsche Außenpolitik (Berlin-Ost), Jahrgang 1958
Heft 3, S. 273-285;
67. M e s c h k o w , N.M. - C h a l i p o w , N.A.,
Očerki istorii Kommunističeskoj partii Belorussii
(Abriß der Geschichte der Kommunistischen Partei
Weißrußlands), Teil I (1883 - 1920);
Minsk 1961;
68. M o d s h o r j a n , L.A.,
Der Begriff der Souveränität im Völkerrecht;
SGIP 1955 Nr. 1, S. 68-76, Übersetzung aus dem Russi-
schen in RID 1955 (4. Jahrgang) Nr. 20, Spalte 577 ff.;
69. dies.,
Osnovnyje prava i objazannosti sub'ektov meždunarodnogo
prava (Grundrechte und Grundpflichten der Völkerrechts-
subjekte);
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1958 (Sowjet-
jahrbuch des Völkerrechts 1958), S. 277-295;
Moskau 1959;

70. M o d s h o r j a n , L.A.,
Sub'ekty meždunarodnogo prava (Die Subjekte des Völkerrechts);
Moskau 1958;
71. M o l o d z o w , S.W.,
Granicy i pravo (Grenzen und Recht);
MŽ 1964 Nr. 4, S. 9-17;
72. ders.,
Mirnoe uregulirovanie territorial'nych sporov i voprosov o granicach (Die friedliche Regelung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen);
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1963 (Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1963), S. 70-84;
Moskau 1965;
73. ders.,
Nekotoryje voprosy territorii v meždunarodnom prave (Einige Fragen des Territoriums im Völkerrecht);
SGiP 1954 Nr. 8, S. 63 ff.;
74. M o l o t o w , W.M.,
Fragen der Außenpolitik, Reden und Erklärungen April 1945 - Juni 1948, Übersetzung aus dem Russischen;
Moskau 1949;
75. N a s a r e n k o , J.D., u.a.,
Očerki istorii Kommunističeskoj partii Ukrainy (Abriß der Geschichte der Kommunistischen Partei der Ukraine);
Kiew 1961;
76. P a s c h u k a n i s , E.,
Očerki po meždunarodnomu pravu (Grundriß des Völkerrechts);
Moskau 1935;
77. P j a t ' let narodnoj Pol'si (Fünf Jahre Volkspolen - Verfasser ungenannt, Sammelband),
Übersetzung aus dem Polnischen;
Moskau 1951;

78. P o t j o m k i n , W.F.,
Geschichte der Diplomatie, 3. Band: Die Diplomatie
in der Periode der Vorbereitung des zweiten Welt-
krieges (1919-1939), Übersetzung aus dem Russischen;
Moskau 1947;
79. " P r a w d a " (Redaktionsartikel),
Po povodu besedy Mao Cze Duna s gruppoj japonskich
socialistov (Zum Gespräch Mao Tse Tungs mit einer
Gruppe japanischer Sozialisten);
"Prawda" vom 2. September 1964;
80. S a c h a r o w a , N.W.,
O meždunarodnoj pravosub'ektnosti gosudarstva pri
social'noj revoljucii (Über die internationale Rechts-
subjektivität eines Staates bei einer sozialen Revo-
lution);
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1960
(Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1960), S. 157 ff.;
Moskau 1961;
81. S a d o r o s h n y j , G.P.,
Meždunarodno-pravovyje principy mirnogo sosuščestvo-
vanija gosudarstv (Völkerrechtliche Prinzipien der
friedlichen Koexistenz der Staaten);
SGiP 1955 Nr. 8, S. 89-96;
82. S b o r n i k dejstvujuščich dogovorov, soglašenij i
konvencij, zaključennych SSSR i ino-
strannymi gosudarstvami (Sammlung der
geltenden, von der UdSSR mit ausländi-
schen Staaten abgeschlossenen Verträge,
Vereinbarungen und Konventionen);
herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angele-
genheiten der UdSSR,
Band XI, Moskau 1955,
Band XII, Moskau 1956,
Band XIV, Moskau 1957;
83. S c h a r m a s a n a s c h w i l i , G.W.,
Das gegenwärtige Völkerrecht als Recht des Friedens,
Übersetzung aus dem Russischen;
Sowjetwissenschaft 1965 Heft 5, S. 478-491;

84. S c h a r m a s a n a s c h w i l i , G.W.,
Der Kolonialkrieg - eine grobe Verletzung des Völkerrechts;
SGiP 1957 Nr. 10, S. 55-61, Übersetzung aus dem Russischen in RID 1958 (7. Jahrgang) Nr. 8, Spalte 225 ff.;
85. Š e d i v ý , J. - K o ř a l k o v á , K.,
Vněšňaja politika Čechoslovackoj Socialističeskoj Respubliki v 1945 - 1960 gg. (Die Außenpolitik der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in den Jahren 1945 - 1960), Übersetzung aus dem Tschechischen; Moskau 1960;
86. S c h u r s c h a l o w , W.M.,
Meždunarodno-pravovyje principy sotrudničestva socialističeskich gosudarstv (Völkerrechtliche Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten); in: Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Autorenkollektiv), Meždunarodno-pravovyje formy sotrudničestva socialističeskich gosudarstv (Völkerrechtliche Formen der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten), S. 8-77; Moskau 1962;
87. ders.,
Meždunarodno-pravovyje principy sotrudničestva socialističeskich gosudarstv (Völkerrechtliche Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten); SGiP 1962 Nr. 7, S. 95-105;
88. ders.,
Juridičeskoe soderžanie principa pacta sunt servanda i jeho realizacija v meždunarodnych otnošenijach (Der juristische Gehalt des Prinzips "pacta sunt servanda" und seine Verwirklichung in den internationalen Beziehungen); Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1958 (Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958), S. 150 ff.; Moskau 1959;
89. S h u k o w , G.P.,
Pol'sko-germanskaja granica na Odere i Zapadnoj Neysse - nezyblemaja granica mira (Die polnisch-deutsche Grenze an Oder und westlicher Neiße - eine unerschütterliche Grenze des Friedens); Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1958 (Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958), S. 348 ff.; Moskau 1959;

90. S l a t o p o l s k i j , D.L.,
Gosudarstvennoe ustrojstvo SSSR (Der Staatsaufbau der UdSSR);
Moskau 1960;
91. ders.,
Obrazovanie i razvitie SSSR kak sojuznogo gosudarstva (Die Bildung und Entwicklung der UdSSR als Bundesstaat);
Moskau 1954;
92. ders.,
Sovetskaja federacija na novom etape razvitija nacional'nych vzaimootnošenij (Die Sowjetföderation auf einer neuen Etappe der Entwicklung der gegenseitigen nationalen Beziehungen);
Vestnik Moskovskogo universiteta (Mitteilungsblatt der Moskauer Universität) 1962 Nr. 2, S. 17-27;
93. S p e r a n s k a j a , I.W.,
Princip samoopredelenija v meždunarodnom prave (Das Prinzip der Selbstbestimmung im Völkerrecht);
Moskau 1961;
94. S t a l i n , J.W.,
Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Übersetzung aus dem Russischen;
Berlin (Ost) 1952;
95. ders.,
Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Übersetzung aus dem Russischen;
2. Auflage, Berlin (Ost) 1952;
96. ders.,
Fragen des Leninismus, Übersetzung aus dem Russischen;
Moskau 1947;
97. ders.,
Werke, Band V, Übersetzung aus dem Russischen;
Berlin (Ost) 1952;

98. S t a r u s c h e n k o , G. B.,
Nacional'no-osvoboditel'noe dviženie i bor'ba za mir
(Nationale Befreiungsbewegung und Kampf für den
Frieden);
MŽ 1963 Nr. 10, S. 3-10;
99. ders.,
Protiv izvraščeniija principa samoopredelenija narodov
i nacija (Gegen die Verdrehung des Prinzips der
Selbstbestimmung der Völker und Nationen);
SGiP 1958 Nr. 1 ,S. 62-70;
100. S t e i n i g e r , P. A.,
Das Recht der friedlichen Koexistenz;
in : Staat und Recht im Lichte des großen Oktober,
Festschrift zum 40. Jahrestag der Großen Soziali-
stischen Oktoberrevolution, S. 102 ff.;
Berlin (Ost) 1957;
101. S t r o g o w i t s c h , M. S.,
Methodologische Fragen der Rechtswissenschaft,
Übersetzung aus dem Russischen;
Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche
Beiträge, 1966 Nr. 4, S. 385-396;
102. S u j e w , W. I.,
Das Prinzip der staatlichen Souveränität - das
wichtigste Prinzip des Völkerrechts,
Übersetzung aus dem Russischen;
NJ. 1951, S. 105-110;
103. T a l a l a j e w , A. N.,
Prekraščenie meždunarodnych dogovorov v istorii i
praktike Sovetskogo gosudarstva (Die Auflösung in-
ternationaler Verträge in der Geschichte und
Praxis des Sowjetstaats);
Sovetskij ježegodnik meždunarodnogo prava 1959
(Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959), S. 144 ff.;
Moskau 1960;
104. T i m o f e j e w , T. T.,
Protiv izvraščeniija klassovoj prirody leninskoj
politiki mirnogo sosuščestvovanija (Gegen die Ver-
drehung der Klassennatur der Leninschen Politik der
friedlichen Koexistenz);
MŽ 1963 Nr. 8, S. 25-29;

105. T r a i n i n , I. P.,
Voprosy territorii v gosudarstvennom prave
(Fragen des Territoriums im Staatsrecht);
Izvestija akademii nauk - otdelenie ekonomiki
i prava - (Mitteilungen der Akademie der Wissen-
schaften - Abteilung für Wirtschaft und Recht -),
Moskau, 1947 Nr. 4, S. 217-234, und 1947 Nr. 6,
S. 394-410;
106. T u n k i n , G. I.,
Das Völkerrecht der Gegenwart, Übersetzung aus dem
Russischen;
Berlin (Ost) 1963;
107. ders.,
Die friedliche Koexistenz und das Völkerrecht,
Übersetzung aus dem Russischen;
Sowjetwissenschaft 1957 Heft 3, S. 325 ff.;
108. ders.,
Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen und
das Völkerrecht,
Übersetzung aus dem Russischen;
Sowjetwissenschaft 1959 Heft 7, S. 709 ff.;
109. ders.,
XXI. s'ezd KPSS i meždunarodnoe pravo (Der XXI.
Parteitag der KPdSU und das Völkerrecht);
SGiP 1959 Nr. 6, S. 40-49;
110. ders.,
XXII. s'ezd KPSS i zadači sovetskoj nauki meždunarodnogo prava (Der XXII. Parteitag der KPdSU
und die Aufgaben der sowjetischen Völkerrechts-
wissenschaft);
SGiP 1962 Nr. 5, S. 3-17;
111. T u s m u c h a m e d o w , R. A.,
Nacional'nyj suverenitet (Nationale Souveränität);
Moskau 1963;

112. U l a n o w s k i j , J.B.,
Territorial'nyje voprosy mirnogo uregulirovanija
s Japonijej (Territoriale Fragen einer Friedens-
regelung mit Japan);
SGiP 1952 Nr. 5, S. 66-70;
113. U m a n s k i j , J.N.,
Sovetskoe gosudarstvennoe pravo (Sowjetisches
Staatsrecht);
Moskau 1960;
114. U s c h a k o w , N.A.,
Posłanie N.S. Chruščëva i mirnoe uregulirovanie
territorial'nych sporov (Die Botschaft N.S. Chrusch-
tschows und die friedliche Regelung territorialer
Streitigkeiten);
SGiP 1964 Nr. 5, S. 3-10;
115. ders.,
Suverenitet v sovremennom meždunarodnom prave
(Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht);
Moskau 1963;
116. W i e w i ó r a , B.,
Uznanie nabytków terytorialnych w prawie między-
narodowym (Die Anerkennung von Gebietserwerb
im Völkerrecht);
Posen 1961;
117. W y g o d s k i j , S.,
Vnešnjaja politika SSSR - politika mira i meždunarodnogo sotrudničestva (Die Außenpolitik der
UdSSR - eine Politik des Friedens und der inter-
nationalen Zusammenarbeit);
Moskau 1958;
118. W y s c h i n s k i j - L o s o w s k i j ,
Diplomatičeskij slovar' (Diplomatisches Wörterbuch);
Band I, Moskau 1948;
Band II, Moskau 1950;

119. W y s c h i n s k i j , A. J.

The Law of the Soviet State (Das Recht des Sowjetstaates),
Übersetzung aus dem Russischen;
New York 1948;

120. ders.,

Meždunarodnoe pravo i meždunarodnaja organizacija
(Völkerrecht und internationale Organisation);
SGiP 1948 Nr. 1 ,S. 17 ff.;

121. ders.,

Voprosy teorii gosudarstva i prava (Fragen der
Rechts- und Staatstheorie);
2. Auflage, Moskau 1949

B. Nichtkommunistische Staaten

122. A l i u s (Pseudonym),

Die Curzon-Linie, Das Grenzproblem Sowjetunion-Polen;
Zürich/New York 1945;

123. A r m b r u s t e r , H.,

Selbstbestimmungsrecht;
Strupp-Schlochauer, Bd. III, S. 250 ff.;
Berlin 1962;

124. B e l o f f , M.,

The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941;
Vol. II, 1936-1941;
2. Auflage, London/New York/Toronto 1952;

125. B e r b e r , F.,

Lehrbuch des Völkerrechts;
München und Berlin 1960;

126. B i n d s c h e d l e r , R. L.,

Annexion;
Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 69 ff.;
Berlin 1960;

127. B l a u - W e i ß - B u c h der Finnischen Regierung,
Dokumente über die Entwicklung des finnisch-russischen Konflikts und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Finnland und der Sowjetunion am 30. November 1939;
Basel 1940 ;
128. B o n a t t , E.,
International Law and the Plebiscites in Eastern Poland, 1939;
Journal of Central European Affairs, vol. 5, 1945/1946, p. 378-393; .
129. B r a c h t , H.W.,
Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre;
Köln 1964;
130. B r ü g e l , J.W.,
Der Fall Karpathorußland;
Europa-Archiv, 8. Jahrg., 1953, S. 6021-6028;
131. B ü l c k , H.,
Das Recht auf Heimat;
Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 3, 1954, S. 58 ff.;
132. C a r m a n , E.D.,
Soviet territorial Aggrandizement, 1939-1948;
Diss. Genf 1950;
Washington 1950;
133. C h u r c h i l l , W.S.,
Der zweite Weltkrieg, Übersetzung aus dem Englischen;
München/Zürich 1960;
134. D a h m , G.,
Völkerrecht;
Bd. I, Stuttgart 1958;

135. D a l l i n , D.J.,
Soviet Russia's Foreign Policy, 1939-1942;
5. Auflage, New Haven, Conn., 1947;
136. D e c k e r , G.,
Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen;
Göttingen 1955;
137. D o c u m e n t s on Polish-Soviet Relations,
1939-1945;
Vol. I, 1939-1943,
herausgegeben vom Historischen Institut
"General Sikorski" in London;
London/Melbourne/Toronto 1961;
138. F a u s t , F.,
Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche
Bedeutung;
Frankfurt a. M./Berlin 1959;
139. F e i s , H.,
Between War and Peace, The Potsdam Conference;
Princeton N.J. 1960;
140. F e n w i c k , C.G.,
International Law;
3. Auflage, New York 1948;
141. G o o d r i c h , L.M. - H a m b r o , E.,
Charter of the United Nations;
2. Auflage, Boston 1949;
142. G u g g e n h e i m , P.,
Lehrbuch des Völkerrechts;
Band I, Basel 1948;
143. H a c k w o r t h , G.H.,
Digest of International Law;
vol. I, Washington 1940;

144. v. H a r p e ,W.,
Die Sowjetunion, Finnland und Skandinavien 1945-
1955;
Tübingen 1956;
145. v. d. H e y d t e ,F.A.,
Koexistenz;
Strupp-Schlochauer, Bd. II, S. 237;
Berlin 1961;
146. H y d e ,Ch. Ch.,
International Law chiefly as interpreted and
applied by the United States;
vol. I,
2. Auflage, Boston 1947;
147. J e s s u p ,Ph. C.,
Modernes Völkerrecht, Übersetzung aus dem
Amerikanischen;
Wien 1950;
148. K e l s e n ,H.,
The communist Theory of Law;
New York 1955;
149. K o l a r z ,W.,
Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion,
Übersetzung aus dem Englischen;
Frankfurt a. M. 1956;
150. K o r d t ,E.,
Ungleicher Vertrag und Annexion im sozialistischen
Völkerrecht und in der Staatenpraxis sozialistischer
Länder;
Festschrift für Hermann Jahrreiß, S. 201-219,
Köln/Berlin/Bonn/München 1964;
151. K r a u s ,H.,
Der völkerrechtliche Status der deutschen Ost-
gebiete (innerhalb der Reichsgrenzen nach dem
Stand vom 31. Dezember 1937);
als Manuskript gedruckt;
ohne Erscheinungsort, 1962;

152. K u n z ,J.L.,
Flebiszit;
Strupp-Schlochauer,Bd. II,S. 771 ff.;
Berlin 1961;
153. L a n g e r ,R.,
Seizure of Territory, The Stimson Doctrine and
related principles in legal theory and diplomatic
practice;
Princeton N.J. 1947;
154. L a u n ,R.,
Das Recht der Völker auf die Heimat ihrer Vorfahren;
Internationales Recht und Diplomatie,1958,S. 149 ff.
155. L e w y t z k y j ,B.,
Die Sowjetukraine 1944-1963;
Köln/Berlin 1964;
156. L o e w e n s t e i n ,K.,
Verfassungsrecht und Verfassungsrealität;
in : Loewenstein,K.,Beiträge zur Staatssoziologie,
S. 430-480,
Tübingen 1961;
157. ders.,
Verfassungslehre ,Übersetzung aus dem Amerikanischen;
Tübingen 1959;
158. ders.,
Über Volksabstimmungen bei Gebietsveränderungen;
Annalen des Deutschen Reiches,Bd. 50 (1917),
S. 563-642;
- 159.. ders.,
Über Wesen,Technik und Grenzen der Verfassungs-
änderung;
Berlin 1961;
160. L u m m e r t ,G.,
Marxismus-Leninismus und Völkerrecht;
Köln 1959;

161. M a k a r o w ,A.,
Der sowjetrussisch-finnische Konflikt;
~~Zeitschrift~~ für ausländisches öffentliches Recht
und Völkerrecht, 10. Jahrg. (Bd. X), 1940,
S. 294-331;
162. M a u r a c h ,R.,
Handbuch der Sowjetverfassung;
München 1955;
163. M e i s s n e r ,B.,
Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das
Völkerrecht;
Köln 1956;
164. d e r s . ,
Rußland, die Westmächte und Deutschland, Die sowje-
tische Deutschlandpolitik 1943-1953;
2. Auflage, Hamburg 1954;
165. d e r s . ,
Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht;
Köln 1962;
166. M e n z e l ,E.,
Das Annexionsverbot des modernen Völkerrechts
und das Schicksal der deutschen Ostgebiete;
in : Das östliche Deutschland, ein Handbuch, heraus-
gegeben vom Göttinger Arbeitskreis, S. 3-56,
Würzburg 1959;
167. d e r s . ,
Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn,
Bulgarien, Rumänien und Finnland;
Oberursel (Taunus) 1948;
168. d e r s . ,
Gebietserwerb;
Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 617 ff.;
Berlin 1960;

169. M e n z e l , E.,

Völkerrecht und internationale Ordnung (Deutsche
Grenzfragen in völkerrechtlicher Sicht);
Europa-Archiv, 4. Jahrg. (1949), S. 1889-1899;

170. ders.,

Völkerrecht;
München und Berlin 1962;

171. M i k o l a j c z y k , S.,

Der Krieg gegen die Freiheit, aus den Memoiren von
Stanislaw Mikolajczyk, ehemaligem polnischen Premier-
minister, Übersetzung aus dem Englischen;
Berlin-Tempelhof 1948;

172. v. P u t t k a m e r , E.,

Curzon-Linie;
Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 304;
Berlin 1960;

173. R a b l , K., (Herausgeber),

Ausgewählte Gegenwartsfragen zum Problem der Ver-
wirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker,
2. Fachtagung, veranstaltet vom 16.-18. März 1964
in den Räumen des Albertus Magnus Kollegs König-
stein (Taunus), Vorträge und Aussprachen;
Bd. 2, München 1965;

174. ders., (Herausgeber),

Das Recht auf die Heimat,
Vorträge, Thesen, Kritik, herausgegeben im Auftrag
der Evangelischen Akademie ,Arnoldshain, und des
Albertus Magnus Kollegs, Königstein, sowie in Ver-
bindung mit der Forschungsstelle für Nationalität-
ten- und Sprachenfragen, Marburg/L.,
Sammel- und Ergänzungsband,
München 1965;

175. ders.,

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker;
München 1963;

176. R a b l ,K.,
Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete;
München 1958;
177. R a s c h h o f e r ,H.,
Das Selbstbestimmungsrecht,sein Ursprung und seine Bedeutung;
Bonn 1960;
178. v. R a u c h ,G.,
Geschichte des bolschewistischen Rußland;
Frankfurt und Hamburg 1963;
179. R i d d e r ,H.,
Gebietshoheit;
Strupp-Schlochauer,Bd. I, S. 624 ff.;
Berlin 1960;
180. R h o d e ,G.,
Polnisch-sowjetischer Gebietsaustausch;
Zeitschrift für Geopolitik,XXII. Jahrg.,1951,
S. 443-444;
181. R h o d e ,G., - W a g n e r ,W.,
Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie
in den diplomatischen Verhandlungen während
des zweiten Weltkrieges;
Stuttgart 1956;
182. R o t h o l z ,W.,
Finnlands völkerrechtliches Schicksal seit 1917;
Archiv des Völkerrechts,Bd. I,1948/1949,S. 450-470;
183. R o u s s e a u ,Ch.,
Droit International Public;
Paris 1953;
184. S c h ä t z e l ,W.,
Die Annexion im Völkerrecht;
Archiv des Völkerrechts,Bd. II,1950,S. 1 ff.;nach-
gedruckt in : Schätzkel,W.,Das Recht des völkerrecht-
lichen Gebietserwerbs, S. 249-274;
Bonn 1959;

185. S c h ä t z e l ,W.,
Die Annexion im Völkerrecht
(aus dem Jahre 1920);
nachgedruckt in : Schätzel,W.,Das Recht des völker-
rechtlichen Gebietserwerbs,S. 35
-248;
Bonn 1959;
186. S c h e u n e r ,U.,
Die Annexion im modernen Völkerrecht;
Die Friedenswarte,Blätter für internationale Ver-
ständigung und zwischenstaatliche Organisation,
Zürich,49. Jahrg.,1949 Nr. 3,S. 81-93;
187. S c h w a r z e n b e r g e r ,G.,
Machtpolitik, Übersetzung aus dem Englischen;
Tübingen 1955;
188. d e r s . ,
Title to Territory;
AJIL vol. 51 (1957) p. 308-324;
189. S h o t w e l l ,J., - L a s e r s o n ,M.,
Poland and Russia,1919-1945;
2. Auflage,New York 1946;
190. S t r u p p ,K., - S c h l o c h a u e r ,H.J.,
Wörterbuch des Völkerrechts;
2. Auflage,
Band I ,Berlin 1960,
Band II, Berlin 1961,
Band III, Berlin 1962;
191. S t ü r m a n n ,H.G.,
Der Zusammenhalt im kommunistischen Lager -
Versuch einer politischen und rechtlichen Einord-
nung des proletarischen und sozialistischen Inter-
nationalismus;
Kölner Diss. ;
Köln 1965;
192. T á b o r s k ý ,E.,
Beneš and Stalin - 1943 and 1945;
Journal of Central European Affairs,vol. 13
(1953) p. 154-181;

193. T o b b l e r , A.,
Eroberung;
Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 438 ff.;
Berlin 1960;
194. V e r d r o s s , A.,
Die Wertgrundlagen des Völkerrechts;
Archiv des Völkerrechts, Bd. IV (1953/1954),
S. 129-139;
195. d e r s . ,
Völkerrecht;
3. Auflage, Wien 1955;
4. Auflage, Wien 1959;
(wenn nicht anders vermerkt, wurde die 3. Auflage
benutzt);
196. V e r o s t a , S.,
Gebietshoheit und Gebietserwerb im Völkerrecht;
Österreichische Juristenzeitung, Bd. 9 (1954),
S. 241-245;
197. W e h b e r g , H.,
Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts;
Frankfurt a. M./Berlin 1953;
198. W e i ß b u c h der polnischen Regierung über die
polnisch-deutschen und polnisch-sowjetrussischen
Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939,
Vom Außenministerium der Republik Polen
autorisierte, ungekürzte und unveränderte Über-
setzung der Originalausgabe der offiziellen Doku-
mentensammlung;
Basel 1940;
199. W i l k ,
International Law and Global Conflict;
AJIL vol. 45 (1951) p. 648-670;
200. W o o l s e y , L.H.,
The Polish Border Question;
AJIL vol. 38 (1944) p. 441-448.

Bemerkung zur Zitierweise

Lehrbücher und Einzeldarstellungen werden in der Untersuchung nur mit dem Namen des Autors und der Seitenzahl zitiert; nur wenn mehrere Schriften desselben Verfassers verwendet wurden, wird im Zitat zur besseren Unterscheidung auch der Titel des Werkes angegeben.

Zeitschriftenaufsätze werden bei erstmaliger oder vereinzelter Erwähnung außer mit dem Namen des Autors auch durch Angabe des Titels der Zeitschrift und der genauen Fundstelle zitiert, danach bei dicht aufeinanderfolgender Erwähnung nur mit dem Namen des Autors und der Seitenzahl.

Russische Titel werden in der deutschen Übersetzung zitiert.

Besondere Abkürzungen wurden verwendet für :

1. Akademie der Wissenschaften der
UdSSR - Rechtsinstitut -,
Völkerrecht "Akademielehrbuch",
2. Akademie der Wissenschaften der
UdSSR - Rechtsinstitut -
(verantwortlicher Redakteur
E.A. Korowin),
Völkerrecht, "Korowin, Lehrbuch",
3. Autorenkollektiv (verantwortlicher Redakteur:
M.P. Kim),
Geschichte der Sowjetunion, "Geschichte der
Sowjetunion",
4. Documents on Polish-Soviet
Relations 1939-1945, vol. I
1939-1945, herausgegeben vom
Historischen Institut
"General Sikorski" in London, "Documents",
5. Sbornik dejstvujščich
dogovorov, soglašenij i konven-
cij, zaključennych SSSR s ino-
strannymi gosudarstvami
(Sammlung der geltenden, von der
UdSSR mit ausländischen Staaten
abgeschlossenen Verträge, Ver-
einbarungen und Konventionen), "Vertragssammlung."

A. Gebietshoheit und Gebietserwerb in der nichtsowjetischen Völkerrechtslehre.

I. Einleitung.

In diesem einleitenden Kapitel soll kein vollständiger Abriß des Begriffes der Gebietshoheit und des Rechtes des völkerrechtlichen Gebietserwerbs gegeben werden. Es geht vielmehr darum, Inhalt und Bedeutung der Normen und Begriffe aufzuzeigen, auf denen in der Völkerrechtskonzeption der Sowjetunion das Recht der Gebietshoheit und ihrer Verschiebung beruht, die aber auch in den Völkerrechtslehren insbesondere des deutschsprachigen und auch des angelsächsischen Raumes ihren festen Platz haben. Das ist notwendig, weil sich im Laufe der Untersuchung zeigen wird, daß die innerhalb und außerhalb der Sowjetunion verwendeten Begriffe sich ihrem Wortlaut nach in weitem Umfang gleichen, daß jedoch Inhalt und Zielsetzung dieser Begriffe häufig verschieden aufgefaßt werden.

Für die im folgenden zu verwendende Terminologie ist davon auszugehen, daß die Entstehung der Sowjetunion und die Schaffung eines "sozialistischen Lagers", dessen Bewertung und Handhabung des Völkerrechts auf anderen als den bisher allen Staaten gemeinsamen Wert- und Rechtsvorstellungen beruht, die bisherige Staatengemeinschaft in zwei politisch und in wechselnder Schärfe miteinander rivalisierende, weltanschaulich einander entgegengesetzte Blöcke gespalten haben. Dabei seien die innere Differenzierung der beiden Blöcke und die von der Blockbildung zur Zeit noch nicht betroffene "dritte Welt" der Entwicklungsländer noch außer Betracht gelassen. Die hier interessierende Bildung eines westlichen und eines östlichen Blockes hat dem bislang in seinen Grundzügen intakten Gedanken einer Völkerrechtsgemeinschaft einen schweren Stoß versetzt. Häufig werden außenpolitische Überlegungen bereits vom Bewußtsein der prinzipiellen Andersartigkeit des kommunistischen Gegenüber beherrscht. Trotzdem bleiben Stimmen vereinzelt, die eine Auflösung der bisherigen Völkerrechtsgemein-

schaft in einzelne Blöcke mit partikulärem Völkerrecht prophazeien¹⁾. Vorherrschend ist vielmehr die Sicht, zwar das Trennende in den Völkerrechtsanschauungen der beiden Blöcke nicht zu leugnen, aber doch auf der Grundlage eines Minimums an gemeinsamen Werten das Weiterbestehen einer Völkerrechtsgemeinschaft nicht in Frage zu stellen²⁾. Als solche gemeinsame Grundlage wird etwa das von Ost und West gleichermaßen anerkannte Institut der staatlichen Souveränität angesehen, der Voraussetzung aller Verträge und der Verbindlichkeit jeder internationalen Ordnung³⁾. Dem Gedanken solcher Gemeinsamkeit - bei Vermeidung des wörtlichen Begriffes - kommen auch Vertreter der sowjetischen Völkerrechtslehre entgegen, die trotz Kenntnis und Hervorhebung der grundsätzlichen Unterschiede mit Hilfe der "allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts" und des Gedankens der "friedlichen Koexistenz" praktisch eine gewisse Brücke zwischen den Rechtsordnungen beider Blöcke schlagen⁴⁾. Darauf wird später noch einzugehen sein. Hier sei zunächst festgehalten, daß der Gedanke einer noch bestehenden Völkerrechtsgemeinschaft wörtlich oder faktisch von Vertretern beider Seiten bejaht wird.

Das schließt jedoch nicht aus, daß die unter dem Dach des Gemeinschaftsgedankens hinsichtlich vieler völkerrechtlicher Regeln und Institute bestehende Wert- und Begriffsvielfalt dazu geführt hat, das Bestehen mehrerer Völkerrechtskreise anzuerkennen. Abgrenzungskriterien sind Unterschiede in der Übertra-

1) wie etwa Wilk, International Law and Global Conflict, AJIL vol. 45 (1951), p. 648-670; ähnlich Verdross, Die Wertgrundlagen des Völkerrechts, Archiv des Völkerrechts, Bd. 4 (1953/54), S. 139, der Verbindendes für die Zukunft überwiegend in ad-hoc-Vertragsnormen sieht.

2) vgl. hierzu v.d. Heydte, Koexistenz, Strupp-Schlochauer, Bd. II, S. 237; Dahm, Bd. I, S. 5 und vor allem Menzel, S. 13, 89.

3) vgl. Menzel, S. 84, 86.

4) vgl. Korowin im Akademielehrbuch, S. 10, wohl auch Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 128/129.

gung der Eigenheiten nationaler Rechtssysteme auf den zwischenstaatlichen Bereich, in der national interessenbedingten Einstellung gegenüber völkerrechtlichen Einrichtungen und schließlich Unterschiede in Art und Ausmaß der Ideologisierung des jeweiligen Rechtsdenkens¹⁾. Die beiden ersten Merkmale sind ausschlaggebend bei der Scheidung in einen kontinentaleuropäischen und einen angelsächsisch-amerikanischen Rechtskreis. Diese beiden Rechtskreise hingegen grenzen sich gemeinsam von der sowjetischen Konzeption völkerrechtlichen Denkens ab im Unterschied der beiderseitigen Weltanschauungen und weltanschaulich begründeten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen²⁾, von denen eine kommunistisch ist und die andere dem Kommunismus jedenfalls in grundsätzlichen Positionen so entgegengesetzt ist, daß beide Weltanschauungssysteme einander bewußt ausschließen. Dabei ist es für die Abgrenzung beider Kreise weniger wichtig, daß auf der nichtkommunistischen Seite nicht nur Unterschiede zwischen angelsächsisch-amerikanischem und kontinentaleuropäischem Rechtskreis nebst etlichen weiteren nationalen Schattierungen im Rechtsdenken und in der rechtlichen Überlieferung bestehen, sondern oft auch tiefgreifende Unterschiede in der jeweiligen weltanschaulichen Fundierung³⁾, entscheidend ist vielmehr, daß alle diese verschiedenen Ideologien - christlich-abendländisch, liberal, konservativ, demokratisch-sozialistisch, oft in den unterschiedlichsten Abstufungen und Vermischungen - und auf nationalen und weltanschaulichen Eigenarten sich gründenden Rechts- und Ordnungssysteme den Kommunismus bewußt als den größten und prinzipiell schärfsten Gegensatz zu sich selbst empfinden. Auf der anderen Seite ak-

1) so Menzel, S. 79.

2) v.d.Heydte, Koexistenz, Strupp-Schlochauer, Bd. II, S. 237.

3) der Bezug auf die "christlich-abendländische Kulturgemeinschaft" bei Verdross, 4. Aufl., S. 43/44, bei der Abgrenzung der Rechtskreise mag allenfalls als sehr weiter Oberbegriff dienen.

zeptiert die sowjetische Völkerrechtslehre den überwiegenden Teil der überkommenen Regeln und Institute - gerade auch im Bereich des Gebietsrechts - allenfalls seinem Namen, nicht aber seinem Inhalt nach und nimmt hierzu neuartige und oft gegensätzliche Positionen ein. Das alles rechtfertigt es, bei Anerkennung gewisser Gemeinsamkeiten zunächst einmal vom Bestehen zweier Völkerrechtskreise auszugehen, die in ihren weltanschaulichen Grundlagen gegeneinander stehen. Im Verlaufe dieser Untersuchung wird daher bei der Sichtung der gebietsrechtlichen Positionen in den Völkerrechtsauffassungen der nichtkommunistischen Welt zunächst vom Bestehen eines westlichen Rechtskreises - bei Würdigung wenigstens seiner wichtigsten inneren Auffassungsunterschiede - ausgegangen werden, den man aus Gründen der Anciennität auch die "traditionelle Auffassung" im Gegensatz zu den teilweise neuartigen sowjetischen Positionen nennen mag.

II. Der Begriff der Gebietshoheit.

Der Inhalt des Begriffes "Gebietshoheit" ist umstritten. Einigkeit besteht nur darüber, daß die Gebietshoheit, wie überhaupt die Souveränität im allgemeinen, nur von Staaten in Anspruch genommen und ausgeübt werden kann. Als Inhalt der Gebietshoheit wird die "prinzipielle, andere Staaten ausschließende Zuständigkeit" eines Staates angesehen, innerhalb eines in allen drei Dimensionen abgegrenzten Raumes Rechtsakte zu setzen¹⁾. Angelsächsische Autoren stellen mehr auf das "Recht auf politische Aufsicht" in dem Gebiet ab, auf die Herrschaft (*imperium*)²⁾ oder sehen die Gebietshoheit als dazu geschaffen an, (von anderen Staaten) "unkontrollierbare Handlungen des Staatswillens innerhalb des Staatsgebietes zu rechtfertigen"³⁾. Allen Begriffsbestimmungen ist jedenfalls gemeinsam, daß auf einem umgrenzten Gebiet anderen Staaten gegenüber nur ein Staat Herr ist. Konkrete Auswirkungen dessen nach außen ist, daß anderen Staaten gegenüber ein Anspruch auf ungestörte Ausübung der Gebietsherrschaft besteht⁴⁾, daß der Staat aber auch die alleinige völkerrechtliche Verfügungsmacht im Verhältnis zu allen anderen Staaten über das Gebiet hat^{5) 6)}.

1) so die Definition von Berber, Bd. I, S. 297.

2) Fenwick, S. 342/343.

3) Jessup, S. 147.

4) vgl. Verdross, S. 193; Ridder in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 625.

5) Ridder ebda.

6) Aus diesem Grunde unterscheidet Verdross, S. 192/193 zwischen "territorialer Souveränität", die dem privatrechtlichen Eigentum entspreche, und der "Gebietshoheit", die nur die tatsächliche Herrschaft eines Staates über ein Gebiet bezeichne und dem privatrechtlichen Besitz entspreche; die Gebietshoheit allein gewähre keine Verfügungsmacht. Diese Unterscheidung hat sich jedoch nicht durchgesetzt, vgl. dazu Dahm Bd. I, S. 590 - 592.

Nach innen hat die Gebietshoheit die Herrschaftsgewalt des Staates über alle in dem Gebiet befindlichen Sachen und Personen zum Inhalt¹⁾. Die nähere Ausgestaltung dieser Hoheit ist Aufgabe der eigenstaatlichen Rechtsordnung, namentlich des Verfassungsrechts²⁾. Die Tatsache, daß der Staat häufig nach innerstaatlichem Recht Eigentümer von Teilen des Grund und Bodens ist, hat keinen Einfluß auf den Inhalt seiner völkerrechtlichen Gebietshoheit.

Wichtigstes Kriterium der Gebietshoheit ist also nach allem eine Ausschließlichkeit der Betätigung des Staatswillens im Verhältnis zu anderen Staaten sowohl innerhalb eines fest umgrenzten Gebietes als auch ü b e r das Gebiet. Für diese Untersuchung ist dabei nur die Betätigung des Staatswillens über das Gebiet von Interesse:

der Erwerb oder Verlust von staatlicher Hoheit über ein bestimmtes Territorium.

III. Änderungen der Gebietshoheit (Gebietserwerb).

Bei der Behandlung des Gebietserwerbs soll die Untersuchung auf d i e Arten des Erwerbs beschränkt bleiben, bei denen die Hoheit über ein Gebiet von einem Staat auf den anderen übergeht, das Gebiet vor dem Erwerb also bereits der Hoheit eines Staates unterstand³⁾. Ein solcher Gebietserwerb wird in der Völkerrechtslehre vielfach als derivativer (abgeleiteter) Erwerb bezeichnet im Gegensatz zum originären Erwerb, bei dem es um ein Gebiet geht, das bisher noch niemals der Hoheit eines Staates unterworfen war⁴⁾. Originäre Erwerbstitel wie die Okkupation herrenlosen Landes oder die Anwachsung (Accreation) bleiben deshalb in dieser Untersuchung außer Betracht.

1) Rüdiger, S. 65.

2) Verdross, S. 194; Fenwick, S. 342/343.

3) Menzel in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 617 bezeichnet nur d i e s e n Hoheitserwerb als Gebietserwerb.

4) vgl. Fenwick, S. 343.

1. Die Achtung der Souveränität der betroffenen Staaten als rechtliche Voraussetzung eines Wechsels der Gebietshoheit.

Die Rechtmäßigkeit und damit auch die Wirksamkeit des Hoheitswechsels bemessen sich in erster Linie an der Achtung des Willens des Staates, der seine Hoheit über das in Frage stehende Gebiet verliert, durch den Staat, der seine Hoheit über das Gebiet begründet. Liegt die Zustimmung des territorial geminderten Staates vor, so ist die Gebietshoheit übergegangen, fehlt seine Zustimmung, so hat der Erwerber die Hoheit nicht oder jedenfalls nicht sofort erlangt.

Diese Regel hat ihren Grund in der jedem Staat eigenen Souveränität. Diese bedeutet nach innen die Selbstregierung, nach außen die Unabhängigkeit eines Staatswesens¹⁾. Für das Völkerrecht ist gewöhnlich nur das nach außen wirkende Merkmal der Souveränität von Belang, die Unabhängigkeit eines Staates von anderen Staaten bedeutet seine völkerrechtliche Gleichberechtigung mit diesen²⁾. Der unabhängige Staat ist in seiner Willensbildung und im Verwirklichen seines Willens rechtlich frei von der Einflußnahme fremder Staaten. Er ist jedoch ohne Rücksicht auf seinen, manchmal entgegenstehenden, Willen und trotz seiner Unabhängigkeit an gewisse immanente Werte gebunden, mögen diese nun als Moral und die Normen des positiven Völkerrechts³⁾ bezeichnet werden, worunter wohl mit Schwarzenberger⁴⁾ das allgemeine Völkergewohnheitsrecht und gewisse, allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze zu verstehen sind, oder als die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung innerhalb der Völkergemeinschaft⁵⁾. Man hat es demnach nur

1) so Verdross, S. 7.

2) Schwarzenberger, S. 56.

3) Verdross, S. 8.

4) Schwarzenberger, S. 55.

5) Fenwick, S. 42.

mit einer "relativen" Souveränität im Völkerrecht der westlichen Welt zu tun¹⁾.

Folge der Unabhängigkeit als Gleichberechtigung des einzelnen Staates ist der starre Grundsatz, daß jede Änderung eines bestehenden tatsächlichen oder rechtlichen Zustandes die Zustimmung jedes der betroffenen Staaten erfordert. Dieser Grundsatz - als "Konsensprinzip"²⁾ bezeichnet - ist in der Praxis häufig derart ausgehöhlt worden, daß stärkere Staaten ihrem schwächeren Partner seine zu einer Änderung erforderliche Zustimmung abzwangen. Die so erreichte Zustimmung ist trotzdem wirksam, es sei denn, daß der Druck auf die Bevollmächtigten des zustimmenden Staates persönlich ausgeübt wurde. Es verdient dabei jedoch hervorgehoben zu werden, daß der stärkere Staat auf die Erlangung einer mit welchen Mitteln auch immer erreichten Zustimmungserklärung des machtpolitisch schwächeren, aber doch ebenfalls souveränen Staates als Voraussetzung für die Änderung eines bestehenden Zustandes auf keinen Fall verzichtet. Schwarzenberger spricht deshalb zutreffend vom "formalen Charakter des Konsensprinzips"³⁾.

Für das Recht des völkerrechtlichen Gebietserwerbs kann hieraus schon gefolgert werden: die territoriale Ausdehnung eines Staates auf Kosten eines anderen Staates widerspricht nicht dem Völkerrecht, wenn hierzu die Zustimmung des betroffenen Staates vorliegt. Auf welche Weise die Zustimmung erlangt wurde, ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Immer kommt es bei Gebietsänderungen allein auf die formale Beachtung des Willens des territorial geminderten Staates an.

1) Verdrossé, S. 8.

2) Schwarzenberger, S. 56.

3) Schwarzenberger, S. 58.

Dieser Grundsatz ist heute ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts¹⁾. Er hat darüber hinaus seit dem Ende des ersten Weltkrieges seine Bestätigung in Satzungen internationaler Organisationen, in Verträgen und Deklarationen gefunden, die sich für eine Wahrung des territorialen Status quo und gegen territoriale Veränderungen - namentlich durch Anwendung von Gewalt - im Widerspruch zum Willen der betroffenen Staaten aussprechen.

Im einzelnen sind hierbei zu nennen an Satzungen die Völkerbundssatzung und die Charta der Vereinten Nationen, an Verträgen der Kellogg-Pakt von 1928 mit seinem allgemeinen Gewaltverbot und die in den dreißiger Jahren abgeschlossenen interamerikanischen Verträge, das Abkommen von Montevideo über die Rechte und Pflichten der Staaten von 1933 und der Anti-War-Treaty von Rio de Janeiro ebenfalls von 1933, an Deklarationen schließlich die Atlantic-Charter von 1941.

Artikel 10 der Völkerbundssatzung verpflichtete die Mitglieder, die territoriale Unversehrtheit der anderen Völkerbundsmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren. Mehr als eine Garantie des territorialen Status quo vor gewaltsamer Änderung enthält diese Bestimmung jedoch nicht²⁾.

Etwas weiter geht die Charta der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1945, die in Artikel 2 Ziffer 4 bestimmt, daß sich die Mitglieder der Organisation in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten sollen, die sich gegen die territoriale Unversehrtheit irgendeines Staates richten. Jetzt wird also auch die Integrität der Nichtmitglieder garantiert.

1) vgl. Wehberg, S. 102, der auf das Rechtsbewußtsein aller Staaten hinweist.

2) Wehberg, S. 36

Da auf der anderen Seite die Charta aber nur die Mitglieder verpflichten kann, erhebt sich die Frage, ob auch Staaten, die nicht Mitglieder der UNO sind, ihrerseits die Integrität anderer Staaten achten müssen. Das ist zu bejahen, weil die UNO-Charta lediglich eine schon bestehende gewohnheitsrechtliche Norm bestätigt, die Nichtmitglieder also kraft Gewohnheitsrechts zur Achtung des Staatenwillens und daher auch des territorialen Status quo verpflichtet sind¹⁾. In anderer Beziehung stellt die UNO-Charta gegenüber der Satzung des Völkerbundes aber einen Rückschritt dar. Schon aus dem Wortlaut des Artikels 2 Ziffer 4 ergibt sich, daß die UNO-Mitglieder nicht verpflichtet sind, die territoriale Unversehrtheit anderer Mitgliedsstaaten gegen jeden äußeren Angriff zu wahren, wie es noch Artikel 10 der Völkerbundsatzung vorsah. Erst recht verpflichten weder die Drohung noch die Anwendung von Gewalt, die nicht unbedingt den Charakter eines Krieges haben muß, die UNO-Mitglieder zum Tätigwerden, es sei denn, der Sicherheitsrat der UNO treffe eine Entscheidung²⁾.

Der Kellogg-Pakt sah zwischen den Vertragspartnern den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt und die Beilegung entstehender Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln vor. Der Gewaltverzicht umfaßte das Verbot von Verstößen gegen die territorialen Veränderungen unter Verletzung des Willens der betroffenen Vertragsstaaten. Gerade dieser Aspekt des Gewaltverzichts fand seinen Niederschlag in den bereits erwähnten interamerikanischen Verträgen. So verpflichtete Artikel 2 des Anti-War-Vertrages von Rio de Janeiro vom 10. Oktober 1933 die Vertragsparteien, jede territoriale Veränderung, die durch Waffengewalt herbeigeführt wurde, als ungültig anzu-

1) so Berber, Bd. I, S. 298.

2) Goodrich - Hambro, S. 104.

sehen¹⁾. Eine solche Verpflichtung geht weit über den Rahmen von Artikel 10 der Völkerbundssatzung und Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter hinaus. Sie bindet allerdings auch nur die Vertragspartner, ist kein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts und kann allenfalls als Vorschlag zur künftigen Ausgestaltung des Völkerrechts angesehen werden²⁾.

Schließlich wird vielfach auch die sogenannte Atlantic-Charter, d.h. die "gemeinsame Proklamation des Präsidenten (Roosevelt) und des Premierministers (Churchill)" vom 12. August 1941³⁾ als Rechtsakt angesehen, der den Grundsatz territorialer Veränderungen gegen den Willen des betroffenen Staates noch einmal verbindlich fixiert⁴⁾. In den ersten beiden Artikeln der Charter ist nämlich davon die Rede, daß die USA und Großbritannien keine territoriale Vergrößerung anstreben und auch keine sonstigen territorialen Änderungen gegen den Willen der betroffenen Völker zu sehen wünschten. Zu diesen Prinzipien der Charter bekannten sich später auch fast alle übrigen, am Krieg gegen die Achsenmächte beteiligten Staaten, darunter ebenfalls am 24. September 1941 durch förmliche Erklärung die Sowjetunion.

Tatsächlich jedoch ist die Charter rechtlich ohne Bedeutung. Sie ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sie trägt nicht einmal die Unterschriften Roosevelts und Churchills. Sie stellt lediglich eine Zusammenfassung der Kriegsziele der Alliierten Mächte dar⁵⁾.

1) abgedruckt bei Schätzkel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 266,

2) so Hyde, Vol. I, p. 378.

3) Text bei Churchill, S. 430.

4) so offensichtlich Schätzkel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 266.

5) vgl. hierzu die ausführliche Darstellung bei Schwarzenberger, S. 168.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Änderungen der Gebietshoheit bedürfen der Zustimmung der betroffenen Staaten. Dieser Grundsatz rührt aus der den einzelnen Staaten eigenen Souveränität her; er ist eine allgemeine Regel des Völkerrechts und bindet schon deshalb alle Staaten. Er ist in Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter bestätigt worden und garantiert den territorialen Besitzstand sowohl der Mitglieds- wie der Nichtmitgliedsstaaten der Organisation vor gewaltsamer Änderung.

2. Das Effektivitätsprinzip.

Die Wirksamkeit und auch die Rechtmäßigkeit eines Gebietserwerbes können in zweiter Linie von der "Effektivität" der Herrschaft eines Staates in dem fraglichen Gebiet abhängen.

"Effektivität" bedeutet "wirksame Kontrolle" ¹⁾, bedeutet "ungestörten und ruhigen Besitz" ²⁾ an dem in Frage stehenden Gebiet. Sie braucht wenigstens zunächst sich keineswegs mit der Gebietshoheit zu decken, sodaß diese und ein effektiver Besitz über demselben Gebiet durchaus bei verschiedenen Staaten liegen können. Auf die Dauer jedoch kann ein Zustand nicht ertragen werden, in dem ein Staat als Gebietssouverän die ausschließliche Betätigung seiner Herrschaftsgewalt auf dem fraglichen Territorium für sich in Anspruch nimmt und ein anderer Staat effektiv dort seine Herrschaft ausübt. Das Völkerrecht sieht in erster Linie auf die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sind, nicht, wie sie sein sollen. Von Bedeutung sind deshalb vor allem die Grenzen, innerhalb derer eine gewisse Stabilität der staatlichen Organisation und mit ihr die Fähigkeit gegeben sind, internationale Verpflichtungen zu erfüllen ³⁾. Aus diesem Grunde wird einmal vermutet,

¹⁾ Schwarzenberger, *Title to Territory*, AJIL vol. 51 (1957), p. 315.

²⁾ Dahm, Bd. I, S. 581.

³⁾ Fenwick, S. 105.

daß einem Staat, dessen effektiver Herrschaft ein Gebiet unterworfen ist, auch die Gebietshoheit darüber zusteht¹⁾. Zum anderen wird deshalb angestrebt, daß bei einem zeitweiligen Auseinanderfallen von Gebietshoheit und effektiver Herrschaft der wirksame Gebietserwerb und mithin der Verbleib oder die Erlangung der Gebietshoheit sich am Grundsatz der Effektivität orientieren. Daher ist dieser Grundsatz beim Erwerb von Staatsgebiet in allen den Fällen von erheblicher Bedeutung, in denen die Zugehörigkeit eines Gebietes zu diesem oder jenem Staat umstritten ist.

Angesichts der möglichen, so weitreichenden rechtlichen Folgen der "Effektivität" muß der Begriff des "ungestörten und ruhigen Besitzes" jedoch sehr eng ausgelegt werden. Eine weite Fassung des Begriffes würde der Willkür des zur Zeit stärkeren, in dem Gebiet gerade seine tatsächliche Herrschaft ausübenden Staates Vorschub leisten. Es ist deshalb der Lösung von Dahm²⁾ zuzustimmen, nach der dem Grundsatz der Effektivität so lange nicht Genüge getan wird, als für den Staat, dem der Verlust der Gebietshoheit in seinem von einem anderen Staat beherrschten Territorium droht, noch die praktische Möglichkeit einer individuellen oder kollektiven Selbsthilfe oder von Sanktionen nach Artikel 39 ff. der UNO-Charter besteht, die ihm wieder den Besitz und mithin die effektive Herrschaft über seinem Gebiet zu verschaffen vermag.

3. Die Zession.

Nachdem die beiden für die Regelung des Gebietserwerbes wichtigen Grundsätze herausgestellt worden sind, ist auf die verschiedenen Arten des Erwerbs von Territorium einzugehen. Dabei interessieren vornehmlich die Zession und die Annexion.

1) Dahm *op. cit.*

2) Dahm, Bd. I, S. 611.

Zession ist die förmliche Übertragung der Hoheit über einem bestimmten Gebiet von einem Staat auf einen anderen Staat¹⁾. Ihr wichtiges Merkmal besteht darin, daß der Hoheitsübergang mit dem Willen des abtretenden Staates erfolgt, weshalb in der angelsächsischen Lehre manchmal hier von "voluntary cession" im Gegensatz zu "cession under duress" gesprochen wird²⁾, auf welchen Unterschied noch einzugehen sein wird. Zweites Merkmal der Zession ist, daß die Abtretung in Form eines völkerrechtlichen Vertrages erfolgen muß³⁾. Es kommt also nicht nur auf die förmliche Aufnahme der Zustimmung des in seinem Gebietsstand geminderten Staates an, sondern auf die vertragliche Einigung beider Seiten über den Hoheitsübergang und seine Einzelheiten und Folgen⁴⁾.

Dagegen ist Schätzel der Ansicht, daß jeder Gebietserwerb mit Willen des geminderten Staates als Zession und bereits als rechtmäßig aufzufassen sei, auch wenn der Abschluß eines Zessionsvertrages aus irgendwelchen Gründen unterblieb und der Erwerb formell durch einseitigen Akt des Erwerbers erfolgte⁵⁾. Dem kann nicht zugestimmt werden. Zwar würde auch in diesem Fall dem immer einzuhaltenden Konsensprinzip Genüge getan, sodaß an der Rechtmäßigkeit eines so erfolgten Hoheitsüberganges keine Zweifel bestehen. Nur liegt hier keine Zession vor, deren Merkmal gerade die förmliche Einigung beider Parteien auf der Grundlage formeller Gleichberechtigung ist. Vielmehr handelt es sich hier um ein Über- und Unterordnungsverhältnis, in dessen Rahmen sich der allein

1) Verdross, S. 213; Fenwick, S. 358.

2) Fenwick, ebda. und S. 360.

3) Verdross, ebda.; Fenwick, ebda.; Dahm, Bd. I, S. 597 ff.

4) Menzel, S. 172.

5) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1920, S. 103.

handelnde Erwerberstaat der Zustimmung des in seinem Gebietsstand zu mindernden Staates zur Wahrung der Rechtmäßigkeit seines Vorgehens versichert hat.

Der Zession können die verschiedensten, von den Parteien beachteten Anlässe zugrundeliegen. Auf ihre Rechtswirksamkeit sind diese Motive ohne Einfluß, sodaß etwa auch die Furcht vor mächtigeren gegnerischen Staaten, die die Abgabe der einen oder beider zur Einigung führenden Erklärungen herbeiführte, an der Gültigkeit der Zession nichts ändert¹⁾. Es ist dies eine Folge des formal aufgefaßten Konsensprinzips.

Umstritten ist, wann bei einer Zession der Übergang der Gebietshoheit vom abtretenden auf den erwerbenden Staat erfolgt. Vielfach wird angenommen, die Zession sei ein Verfügungsgeschäft, dessen Wirkungen bereits mit dem Inkrafttreten der Zessionsabsprache einträten, bei einem Vertrag also in der Regel mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden²⁾. Andere Autoren meinen wiederum, der Hoheitsübergang erfolge erst mit der Übertragung der tatsächlichen Gewalt vom abtretenden auf den erwerbenden Staat³⁾. Diese Auffassung entspricht dem beim Gebietserwerb zu berücksichtigenden Effektivitätsprinzip und verdient den Vorzug.

4. Die Annexion.

a) Begriff und rechtliche Würdigung.

Annexion ist die gewaltsame Inbesitznahme eines Gebietes durch einen Staat auf Kosten eines anderen Staates mit dem

1) vgl. hierzu Hyde vol. I, p. 363; Schwarzenberger, S. 58; vgl. auch Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1920, S. 82.

2) so etwa Dahm, Bd. I, S. 600-601, auch wohl Verdross, S. 213, der entsprechend seiner Unterscheidung zwischen territorialer Souveränität und Gebietshoheit die territoriale Souveränität in einem vom Zessionsvertrag bestimmten Zeitpunkt und die Gebietshoheit erst bei Ergreifung der tatsächlichen Herrschaft durch den Erwerber übergehen läßt.

3) etwa Guggenheim, Bd. I, S. 404/405; Schwarzenberger, Title to Territory, AJIL Vol. 51 (1957), p. 315.

Willen, sich dieses endgültig anzueignen¹⁾. Besteht die gewaltsame Inbesitznahme in der Anwendung kriegerischer Mittel, so spricht man von Eroberung²⁾, geht infolge der kriegerischen Verwicklungen ein ganzer Staat unter und fällt sein Gebiet in den Besitz der Siegerstaaten, so spricht man von Debellation³⁾. In allen diesen Fällen muß die gewaltsame Inbesitznahme des Gebietes eine Verletzung des souveränen Staatswillens darstellen⁴⁾, sie muß gegen den Willen des betroffenen Staates erfolgen. Bei oder nach der gewaltsamen Inbesitznahme ist überdies erforderlich, daß der annektierende Staat deutlich erkennbar seinen Willen bekundet, das besetzte Territorium seinem eigenen Staatsgebiet einzugliedern⁵⁾. Das kann durch ausdrückliche Erklärung, aber auch im Wege konkludenten Handelns geschehen.

In der Regel ist die Annexion in tatsächlicher Hinsicht mit dem Abschluß der gewaltsamen, endgültigen Inbesitznahme des fraglichen Gebietes und der Abgabe einer entsprechenden Willenserklärung durch den annektierenden Staat vollendet. Dabei muß jedoch die Verdrängung des bisher die Gebietshoheit ausübenden Staates so durchgreifend sein, daß die Wiedereinsetzung in seine Gebietsrechte aussichtslos erscheint⁶⁾. Im Fall der Debellation ist die Annexion mit der vollen Einverleibung des unterworfenen Staates vollendet⁷⁾, im Falle der Eroberung mit der endgültigen Einstellung der Feindselig-

1) so Bindschedler in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 69.

2) Tobler in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 438; Hyde vol. I, p. 356.

3) Scheuner, Die Annexion im modernen Völkerrecht, Die Friedenswarte, 49. Jahrg. 1949, S. 81-93 (S. 81).

4) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 261.

5) Dahm, Bd. I, S. 590/591.

6) Berber, Bd. I, S. 344.

7) Scheuner, S. 90.

keiten¹⁾. Nur im Koalitionskrieg kann die Annexion eines ganzen Staates oder einzelner Gebietsteile solange nicht vollendet sein, wie noch Bundesgenossen des unterworfenen oder um Gebiete geminderten Staates im Felde stehen und für seine Wiederherstellung fechten²⁾.

Mit der Vollendung der gewaltsamen Inbesitznahme in der Absicht endgültiger Zueignung hat der annektierende Staat jedoch noch nicht gleichzeitig die Gebietshoheit über das fragliche Gebiet erworben. Vielmehr ist man sich darüber einig, daß die Annexion in diesem Stadium rechtswidrig ist, sofern auch die Gewaltanwendung rechtswidrig war³⁾.

Die Rechtswidrigkeit von Annexionen ergibt sich heute schon aus allgemeinem Völkerrecht, wonach die Gewaltanwendung zwischen den Staaten grundsätzlich verboten und nur in bestimmten Fällen des Verteidigungskrieges und der völkerrechtlich zulässigen Repressalien zugelassen ist. Dieser allgemeine Grundsatz hat jetzt seine Bestätigung als Norm des positiven Rechts in Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charta gefunden, nach dem sich die UNO-Mitglieder der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates enthalten sollen⁴⁾. Da eine solche Regel auch allgemeines Völkerrecht ist, werden durch sie - wie bereits dargelegt - auch alle Nichtmitgliedstaaten verpflichtet. Das prinzipielle Gewaltverbot spiegelt die bereits dargestellte Grundregel eines jeden rechtmäßigen Gebietserwerbs, die Achtung des souveränen Staatenwillens wider.

Rechtswidrig sind demnach solche gewaltsamen Inbesitznahmen fremden Gebietes, die nicht als Folge eines Verteidigungskrieges oder einer Repressalie autorisiert sind. Ging der Inbesitznahme keine Gewaltanwendung voraus, so ist jede ein-

1) so Bindschedler, S. 69.

2) Scheuner, S. 88.

3) Bindschedler, ebda.

4) vgl. Bindschedler, S. 70; Tobler, S. 349.

seitige Angliederung fremden Gebietes ohne Zustimmung des betroffenen Staates widerrechtlich¹⁾.

Dann fragt sich, in welchem Ausmaß die mit der Inbesitznahme tatsächlich abgeschlossene Annexion widerrechtlich ist. Laut Wehberg²⁾ soll ipso iure Nichtigkeit eintreten, ohne daß es hierzu noch einer gesonderten Feststellung von irgendeiner Seite bedarf. Auf der anderen Seite sieht das Völkerrecht jedoch - wie noch zu zeigen sein wird - bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Möglichkeit für den annektierenden Staat vor, später doch noch zur Gebietshoheit über das gegen den Willen des Gebietssouveräns in Besitz genommene Territorium zu kommen, und wird andererseits versucht, durch ausdrückliche Nichtanerkennung wenigstens gewaltsamer Besitznahmen diese Wirkung wiederum dauernd auszuschließen. Daraus kann gefolgert werden, daß jedenfalls die Annexion wegen der Chance späteren Hoheitsüberganges keineswegs nichtig ist. Sie bleibt wegen der Verletzung des souveränen Staatenwillens und des daraus herrührenden Gewaltverbotes rechtswidrig, aber eben doch mit der Möglichkeit, es von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr zu sein.

b) Heilung der Annexion und Hoheitserwerb durch Zeitablauf.

Trotz ihrer derzeitigen Rechtswidrigkeit kann die Inbesitznahme fremden Gebietes dem annektierenden Staat die Gebietshoheit verschaffen. Durch "Zeitablauf" kann die ursprüngliche Rechtswidrigkeit der Besitzergreifung geheilt werden.

Es ist zweckmäßig, hierfür den neutralen Begriff "Zeitablauf"

1) bindschedler, S. 69.

2) Wehberg, S. 104, 105.

zu verwenden¹⁾. Manche Autoren sprechen von "Ersitzung" ²⁾, andererseits wird wieder eine solche Erwerbsart geleugnet, wobei man über die Anerkennung durch die Staatengemeinschaft jedoch auch zum Erwerb der Gebietshoheit durch Zeitablauf kommt³⁾.

Für die Erlangung der Gebietshoheit durch Zeitablauf gelten - durchweg anerkannt - drei Voraussetzungen. Ihnen sei vorausgeschickt, daß während des Prozesses wenigstens unmittelbar nach der rechtswidrigen Inbesitznahme die Gebietshoheit noch bei dem in seinem Territorium geminderten Staat liegt, daß dann jedoch die Hoheit auf den annektierenden Staat allmählich und zeitlich nicht fixierbar übergeht, ja mehr dessen anfangs unrechtmäßige Herrschaft den zu besprechenden Voraussetzungen genügt. Dabei handelt es sich um folgende Erfordernisse:

1. Das Gebiet muß vom annektierenden Staat "effektiv", gemessen an dem hierzu erörterten Grundsatz, in Besitz gehalten werden.
2. Der effektive Besitz muß beachtliche Zeit hindurch ohne Unterbrechung ausgeübt werden.
3. Der Besitz muß vom annektierenden Staat unangefochten von anderen Staaten ausgeübt werden⁴⁾⁵⁾.

1) "tractu temporis", vgl. Verosta, Gebietshoheit und Gebietserwerb im Völkerrecht, Österreichische Juristenzeitung, Bd. 9 (1954), S. 241-254 (S. 241).

2) Menzel in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 620/621; Verdross, S. 212; Fenwick, S. 356.

3) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 259; 261; ders., Die Annexion im Völkerrecht 1920, S. 261.

4) Schätzel, ebda.

5) vgl. näher Berber, Bd. I, S. 346/347; Dahm, Bd. I, S. 593-595; Menzel, ebda.

Dabei spielt es keine Rolle, ob der Besitz an dem streitigen Gebiet "bona" oder "mala.fide" ausgeübt wird¹⁾²⁾.

Dabei kommt der zweiten Regel besonders große Wichtigkeit zu. Es müssen an das Vergehen "beachtlicher Zeit" sehr hohe Ansprüche gestellt werden, wenn das ganze Institut des Zeitablaufs nicht sehr bald zu einer schnellen und sicheren Methode entarten soll, Rechtsbrechern ihre territoriale Beute gegen alle noch so berechtigten Ansprüche zu garantieren.

Ein weiteres Regulativ gegen eine allzu schnelle und großzügige rechtliche Belohnung annexionistischen Verhaltens stellt die strikte Beachtung der dritten Regel dar, mit der die Erlangung der Gebietshoheit verzögert, vielleicht sogar unmöglich gemacht werden kann. In erster Linie hindert hier der Widerspruch, Protest oder die Repressalie des Staates, der Gefahr läuft, seine Hoheit zu verlieren. Dabei ist es nicht entscheidend, ob seine Maßnahmen machtpolitisch Aussicht auf Erfolg haben, obwohl bei der Bewertung der Proteste und Wiedergewinnungsmaßnahmen zu prüfen ist, ob sie wirklich ernsthaft gemeint sind und den "intensiven Einsatz aller nationalen Bemühungen" darstellen³⁾.

Bei der Prüfung, ob "unangefochtener Besitz" vorliegt, kommt es jedoch auch entscheidend auf das Verhalten dritter Staaten an. In ihrer Hand liegt es mit, daß die Heilung rechtswidriger Besitzergreifung durch Zeitablauf verhindert wird, sei es, daß sie die Proteste des geminderten Staates unterstützen, sei es, daß sie von sich aus der neugeschaffenen Lage ihre Anerkennung verweigern. Das ist besonders dann von Be-

1) vgl. näher Berber, Bd. I, S. 346/347; Dahm, Bd. I, S. 593-595; Menzel ebda.

2) Berber ebda.; Fenwick, S. 356.

3) Berber ebda.

ling, wenn dem territorial geminderten Staat selbst die Erhebung von Widerspruch aus machtpolitischen Gründen nicht möglich ist¹⁾. Auf der anderen Seite wird die rechtliche oder tatsächliche Anerkennung der Besitzergreifung von Seiten dritter, womöglich politisch einflußreicher Staaten oder gar der ganzen Staatengemeinschaft den Gang der Heilung durch Zeitablauf wesentlich beschleunigen und unter Umständen sogar den Widerspruch des territorial geminderten Staates gegen den Gebietsverlust entwerten können.

Aus dem oben geschilderten Prozeß ergibt sich, daß die Hoheitserlangung durch Zeitablauf nicht so recht als Titel des Gebiets-"erwerbs" bezeichnet werden kann. Erwerb setzt immer ein Tun des Gebers und des Nehmers voraus. Hier jedoch erfolgt die Erlangung der Gebietshoheit gerade ohne Zutun des "erwerbenden" Besitzerstaates, nämlich durch das Verhalten dritter Staaten oder gar der Staatengemeinschaft oder aber durch das Untätigsein des territorial geminderten Staates. So gesehen, sind die Bedenken von Schätzel gegen die "Ersitzung", den Zeitablauf als "Erwerbstitel" verständlich. Schätzel mißt nicht dem Zeitablauf, sondern dem Willen der Staaten die heilende Kraft bei und weist zutreffend auf die internationale Anerkennung hin, auf die es entscheidend ankommt²⁾. Es ist deshalb angebracht, im Zeitablauf - auch im Zusammenhang mit der vorangegangenen Annexion - keinen Erwerbstitel, sondern die Heilung eines an sich rechtswidrigen Zustandes zu erblicken.

Es erhebt sich hierbei die Frage, warum ein offensichtlich völkerrechtswidriges Verhalten im Zeitablauf legitimiert und schließlich doch der Rechtsbrecher mit seiner Beute belohnt wird. Eine solche Lösung ist auch dann unbefriedigend, wenn

1) vgl. hierzu besonders Menzel in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 620/621.

2) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 261.

man sich vor Augen hält, daß Protest und Nichtanerkennung wirksame Mittel sein können, eine allzu leichtfertige Handhabung der Heilung durch Zeitablauf zu verhindern¹⁾. Auf der anderen Seite muß jedoch auf die im Interesse des Rechtsfriedens notwendige Besitzschuttfunktion - auch zugunsten des Rechtsbrechers - hingewiesen werden, die im Zeitablauf liegt²⁾. Sie verhindert, daß durch das Aufrollen längst zurückliegender Gebietsstreitigkeiten immer neue Unruhe in die Völkerrechtsgemeinschaft getragen wird und ist der Preis für die Stabilität der meisten Grenzen in der Welt, von denen viele ursprünglich nicht auf völkerrechtsgemäße Weise zustande gekommen sind. Aus diesem Grunde hat die Staatengemeinschaft die Möglichkeit der Heilung völkerrechtswidriger Gebietserlangung durch Zeitablauf als Institut des Völkerrechts beibehalten.

c) Die Stimson-Doktrin.

Aus dem Unbehagen an dieser Regelung und der Erkenntnis, daß die internationale Nichtanerkennung eine wirksame Waffe gegen die Legitimierung gewaltsamen und daher rechtswidrigen Gebietserwerbs sein kann, entstand nach dem ersten Weltkrieg die Lehre, daß die Staaten zur strikten Nichtanerkennung des durch einen Angriffskrieg bewirkten Gebietserwerbs verpflichtet seien. Diese Ansicht fand zum ersten Mal ihren Niederschlag in einer aus Anlaß des Mandschureikonflikts namens der USA vom Staatssekretär Stimson an Japan gerichteten Note vom 7. Januar 1932. Darin heißt es unter Bezugnahme auf den Pariser Antikriegspakt (Kellogg-Pakt) von 1928 und die dort ausgesprochene Ächtung des Angriffskrieges, daß "die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, irgendeinen Zustand, Vertrag oder Übereinkunft anzuerkennen, die der Völkerbundssatzung oder den Verpflichtungen des Pariser Vertrages widersprechen".

1) Menzel in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 621.

2) Menzel, ebda.; Fenwick, S. 358.

Die Note war auf den Fall gewaltsamen Gebietserwerbes (hier durch Japan in der Mandschurei auf Kosten Chinas) abgestellt, das dort ausgesprochene Prinzip sollte sich aber - wie schon aus dem Wortlaut der Note hervorgeht - nicht hierauf beschränken, sondern alle durch Angriffskriege oder deren Folge herbeigeführten territorialen Änderungen treffen. Die Tendenz der Stimson-Note hatte hinsichtlich der Mandschurei ein rechtliches Ergebnis in der Resolution des Völkerbundes vom 11. März 1932, allgemein außerdem in etlichen, unter den amerikanischen Staaten abgeschlossenen Verträgen und Deklarationen¹⁾; sie sollte so als Abschreckung vor gewaltsamen Gebietserwerb dienen²⁾.

Ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts des Inhalts, daß die Staaten zur Nichtanerkennung gewaltsamen Gebietserwerbes verpflichtet sind, hat sich jedoch nicht durchsetzen können. Die nach ihrem diplomatischen Urheber benannte Stimson-Doktrin ist in ihrer rechtlichen Bedeutung über einen, allerdings ziemlich strikt eingehaltenen Grundsatz der Außenpolitik der USA und eine zwischen etlichen Staaten des amerikanischen Kontinents bestehende vertragliche Verpflichtung nicht hinausgekommen³⁾.

In die Staatenpraxis außerhalb Amerikas hat die Stimson-Doktrin als völkerrechtliche Verpflichtung keinen Eingang finden können. In der außeramerikanischen Völkerrechtslehre begegnen ihr teilweise sogar starke Bedenken. So wird eingewendet, die Doktrin versuche, die im Völkerrecht zur Wahrung des Rechtsfriedens nötige Formel von der "normativen Kraft des Faktischen" einzuengen, und zwänge das Völkerrecht, sich

1) vgl. die genaue Aufzählung bei Langer, S. 75.

2) so Jessup, S. 224.

3) das geben sogar ihre Anhänger Langer, S. 285 und Wehberg, S. 100 zu, letzterer stellt allerdings eine entsprechende allgemeine Verpflichtung der USA fest.

auf die Dauer der Wirklichkeit zu verschließen¹⁾. Einer praktischen Anwendung stünde überdies das Fehlen einer präzisen und vor allem verbindlichen Definition des Angriffskrieges entgegen²⁾. Schließlich gehe es nicht an, den unverrückbaren Tatsachen der zwischenstaatlichen Beziehungen mit den Grundsätzen der Sittenlehre zu begegnen³⁾. Nach allem besteht jedenfalls keine Aussicht, daß der Grundsatz der Verpflichtung der Staaten zur Nichtanerkennung gewaltsamen Gebietserwerbs sich in absehbarer Zeit durchsetzt.

5. Umstrittene Sonderfälle der Völkerrechtsgemäßheit von Gebietserwerb.

In diesem Abschnitt soll auf Sonderfälle eingegangen werden, die sich nicht ganz selbstverständlich in die bisher geübte Zweiteilung - Annexion als grundsätzlich rechtswidriger, Zession als grundsätzlich rechtmäßiger Gebietserwerb - einordnen lassen und die namentlich seit dem Ende des ersten Weltkrieges in der Völkerrechtslehre umstritten sind.

a) Krieg und Gebietserwerb.

Es handelt sich zum einen um die Zulässigkeit von Gebietserwerb durch den Gewinner in einer militärischen Auseinandersetzung, namentlich eines siegreich beendeten Verteidigungskrieges, auf Kosten des unterlegenen Gegners. Dabei ist davon auszugehen, daß der Besiegte mit der Minderung seines territorialen Besitzstandes unter anderen Umständen, d.h. wenn er den Krieg nicht verloren hätte, nicht einverstanden gewesen wäre.

1) Dahm, Bd. I, S. 610.

2) Berber, Bd. I, S. 346.

3) Fenwick, S. 356.

Keinen rechtlichen Zweifeln unterliegt ein Fall, in dem der Sieger gewaltsam Besitz von Gebieten des Unterlegenen ohne dessen erklärte Zustimmung ergreift und sie seinem Staatsgebiet angliedert. Ein solches Verhalten stellt eine eindeutige Annexion dar, ist rechtswidrig und kann dem Sieger die Gebietshoheit auf absehbare Zeit nicht verschaffen. Das trifft besonders auf die kriegsmäßige Besetzung (occupatio bellica) feindlichen Gebietes zu, das sich der Sieger noch während der Feindseligkeiten einverleibt¹⁾. Es gilt aber auch schon von der Einverleibung des bereits während der Kampfhandlungen besetzten Gebietes nach Beendigung der Feindseligkeiten und natürlich erst recht von nach Abschluß der Kampfhandlungen durch den Sieger besetzten feindlichen Gebieten. Die Rechtswidrigkeit dieses Zustandes kann allenfalls durch "Zeitablauf" geheilt werden²⁾.

Auch die sogenannte Desannexion, d.h. die Wiedergewinnung eines ehemals durch Annexion von Seiten des nunmehr Besiegten verlorengegangenen Gebietes, dessen Zugehörigkeit zum annektierenden Staat im Laufe der Zeit international anerkannt wurde und damit seine Rechtswidrigkeit verlor, ist nicht rechtmäßig und stellt ebenfalls eine Annexion dar³⁾. Sie verletzt den Willen und die Hoheit des derzeitigen, allgemein anerkannten Besitzers. Anders verhält es sich nur, wenn die Heilung der früheren Annexion durch "Zeitablauf" noch nicht eingetreten ist: hier steht dem nunmehrigen Sieger ein Anspruch auf die Wiedereinräumung der ihm allmählich entgleitenden Gebietshoheit zu und damit das Recht, das Gebiet auch durch Wiedergewinnung in seinen Besitz nehmen zu können.

Wesentlich größere Bedeutung hat allerdings der Erwerb von Gebieten des Unterlegenen durch den Sieger im Wege des Ab-

1) vgl. Verdross, S. 212.

2) Verdross, S. 212.

3) vgl. Schätzkel, Die Annexion im Völkerrecht 1920, S. 157/158.

schlusses eines Friedensvertrages nach Beendigung der Kampfhandlungen. Der Besiegte hätte unter anderen Umständen, also etwa im Falle seines Sieges, das Gebiet niemals abgetreten. Solchen Abtretungen steht also der wirkliche Wille des Besiegten entgegen, und seine Zustimmung gibt er nur unter dem Eindruck der militärischen Niederlage und der Drohung des Siegers mit seinen Machtmitteln. Deshalb sprechen manche Autoren auch hier vom Vorliegen einer Annexion¹⁾.

Tatsächlich liegt bei dieser Art von Verträgen nach überwiegender Ansicht²⁾ eine häufig als Zwangsabtretung bezeichnete Zession vor. Das wird daraus geschlossen, daß eine formelle Zustimmung des besiegten Staates zur Abtretung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgegeben wurde. Die Willensverletzung des geminderten Staates liegt daher nicht - wie bei der Annexion erforderlich - in der gewaltsamen Zurückdrängung seiner Staatsgewalt, sondern "nur" in der "Erpressung" der Verzichtserklärung³⁾.

Dem Konsensprinzip ist jedenfalls damit Genüge getan, und an der Rechtswirksamkeit der solcherart zustandegeworbenen Friedensverträge kann nicht gezweifelt werden.

Immerhin könnten solche Friedensverträge trotz Einhaltung des Konsensprinzips wegen Verstoßes gegen Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter-Verbot der Drohung mit Gewalt gegen die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit - oder (bei Nichtmitgliedern der UNO) gegen den entsprechenden Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts nicht zulässig sein⁴⁾. Das ist tatsächlich nur der Fall jedoch bei Friedens-

1) so etwa Scheuner, S. 81, wohl auch Bindschedler in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 69 und Fenwick, S. 360, der "cession under duress" als Unterfall eines weiter gefaßten Annexionsbegriffes ansieht.

2) Dahm, Bd. I, S. 592; Berber, Bd. I, S. 345; Schätzkel, Die

3) Annexion im Völkerrecht 1920, S. 82.

3) so Schätzkel ebda.

4) einer solchen Ansicht ist Scheuner, S. 90: der verletzte und im Verteidigungskrieg siegreiche Staat sei zur Entschädigung auf politische und wirtschaftliche Maßnahmen beschränkt.

verträgen, die der Sieger eines Angriffskrieges mit dem Besiegten und Angegriffenen schließt, weil die Charta nicht die Drohung mit Gewalt schlechthin, sondern nur mit Gewalt verbietet, die sich nicht als Sanktion, Repressalie oder Verteidigungskrieg im Sinne der Charta darstellt¹⁾.

So wird vereinzelt der Erwerb von Territorium im Friedensvertrag durch den ehemals angegriffenen und jetzt siegreichen Staat vom besiegten Angreifer für erlaubt gehalten²⁾. Zulässig soll dieser Erwerb aber nur zur Entschädigung für den durch den Angriff erlittenen Schaden und zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit vor künftigen Aggressionen von Seiten des besiegten Angreifers sein³⁾. Allein diese Gesichtspunkte dürfen das Ausmaß der territorialen Änderungen bestimmen. Bei solchen Regelungen hat der Gedanke der Bestrafung des Angreifers durch Gebietswegnahme nichts zu suchen, wie er vereinzelt vertreten wird⁴⁾; er würde über die Ausgleichung des entstandenen und die Hinderung künftigen Schadens hinausgehen und oft durch unzeitgemäße Siegerwillkür neues Unrecht schaffen. Dieser Gesichtspunkt wird daher, wenn ihn überhaupt jemand einer Erörterung im Schrifttum für wert hält, abgelehnt⁵⁾. Durch stärkere Berücksichtigung des Gebietserwerbs im Wege der Zuweisung (adiudicatio) von Gebietsteilen durch die Staatengemeinschaft an den durch

1) so Berber, Bd. I, S. 345.

2) Berber, ebda.

3) so Verosta, Österreichische Juristenzeitung, Bd. 9, (1954), S. 241.

4) so etwa Fenwick, S. 361, der die aus der Niederlage der Achsenmächte herrührenden territorialen Änderungen mit der gebotenen Bestrafung für die von diesen begangenen Völkerrechtsverletzungen rechtfertigt und meint, der legale Charakter der getroffenen Maßnahmen ergebe sich aus der Tatsache, daß sich so viele Mitglieder der Staatengemeinschaft insbesondere gegen Deutschland zusammengetan hätten. Aber allein die Anzahl der Gegner besagt grundsätzlich noch gar nichts über etwaiges völkerrechtswidriges Verhalten des Besiegten.

5) so Wehberg, S. 109-112.

einen Angriffskrieg verletzten Staat - statt wie bisher im Wege der Aushandlung im Friedensvertrag zwischen Sieger und Besiegtem - wird man vielleicht aus solchen Erwägungen geborene territoriale Regelungen in Zukunft vermeiden können¹⁾.

b) Das Selbstbestimmungsrecht.

Mindestens so umstritten wie die Zulässigkeit von Gebietserwerb nach kriegерischen Auseinandersetzungen ist die Frage, ob ein Gebietserwerb, um rechtmäßig zu sein, den Regeln des sogenannten "Selbstbestimmungsrechtes" (der Völker bzw. der Nationen) genügen muß.

Der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes fand seinen Eingang in die völkerrechtliche Diskussion gegen Ende des ersten Weltkrieges, namentlich durch zahlreiche Reden und Erklärungen des amerikanischen Präsidenten Wilson. Seine Auffassung von der Selbstbestimmung hat zum Kernpunkt die "Zustimmung der Regierten" und sieht unter diesem Leitsatz vor, daß klar umschriebene nationale Ansprüche befriedigt und Gebietsfragen zugunsten der betroffenen Bevölkerung geregelt werden sollten²⁾. Änderungen der Gebietshoheit sollten also nicht ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden. Die Versailler Friedenskonferenz machte dieses Prinzip zum Leitsatz ihrer Verhandlungen, ohne es jedoch bei der Regelung der Einzelfragen sonderlich zu berücksichtigen.

In die Satzung des Völkerbundes wurde das Prinzip der Selbstbestimmung nicht aufgenommen. Erst der zweite Weltkrieg und namentlich die Gründung der Vereinten Nationen brachten das Selbstbestimmungsrecht wieder in die Debatte. So verlangt die Atlantic-Charter, daß territoriale Änderungen den Wün-

1) vgl. die Ausführungen zur Zuweisung bei Wehberg, S. 109-112, Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 259 und eingehend bei Verdross, S. 215.

2) vgl. das Resümee bei Decker, S. 112-113, bes. S. 113.

schen der betroffenen Völker entsprechen und das Recht auf Selbstregierung der Völker, die es während des Krieges verloren hätten, wiederhergestellt werden müßten¹⁾. Angesichts der bereits erwähnten Bedenken gegen diese Charter als Rechtsquelle sollte sie jedoch zur Begriffsbestimmung nicht herangezogen werden.

Die Charta der Vereinten Nationen läßt den Begriff der "self-determination" in zahlreichen Artikeln erscheinen (Art. 1 (2), 55, 73 (b), 76 (b)). Hinsichtlich seines Inhalts besteht Übereinstimmung darüber, daß darunter das Recht der Völker auf Selbstregierung zu verstehen ist²⁾. Gedacht ist also offensichtlich dabei an die Befugnis der Völker, ihre inneren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu regeln. Auch die Charta will bisher nicht selbständigen Völkern keineswegs das Recht auf sofortige Unabhängigkeit und Sezession aus dem Staatsverband, dem sie bisher angehören, einräumen³⁾. Das würde auch dem Artikel 2 Ziffer 7 der Charta mit dem statuierten Vorbehalt der "wesentlich inneren Angelegenheiten einzelner Mitgliedstaaten" widersprechen⁴⁾. Das Prinzip der Selbstbestimmung versagt also bei Bestrebungen, die gegen die Souveränität schon bestehender Staaten gerichtet sind, wie das mit dem Begehren nach Unabhängigkeit und Sezession der Fall ist. Daraus kann geschlossen werden, daß das Selbstbestimmungsrecht, wie es die UNO-Charta zum Inhalt hat, auch der von einer Gebietsänderung betroffenen Bevölkerung keinen Anspruch auf Einholung ihrer Zustimmung zu der vorgesehenen Änderung gibt, vor

1) Text bei Churchill, S. 430.

2) Decker, S. 190; Menzel in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 623.

3) vgl. den Kommentar von Goodrich-Hambro zu Art 1 (2), S. 96.

4) vgl. Raschofer, S. 17: "...diese Bestimmung...stellt eine Grenze für die Wirksamkeit des... Selbstbestimmungsrechts dar...".

allem dann nicht, wenn dem der Wille eines oder beider beteiligten Staaten entgegensteht, weil hier wiederum die Souveränität dieser Staaten beeinträchtigt werden würde.

Vielfältiger wird der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes in der Völkerrechtslehre aufgefaßt. Hier muß einmal zwischen der staatlichen und der nationalen Selbstbestimmung unterschieden werden. Das staatliche Selbstbestimmungsrecht steht allen Gemeinwesen zu, die schon Völkerrechtssubjekte sind, mithin den bestehenden Staaten¹⁾. Es hat den Anspruch auf Unabhängigkeit nach außen und Abwehr äußerer Eingriffe in innerstaatliche Angelegenheiten zum Inhalt²⁾. Dazu gehört auch das Recht, "sich die angemessen erscheinende Staatsform zu geben"³⁾. Jedenfalls stellt die staatliche Selbstbestimmung nichts weiter dar als die Anwendung einzelner aus dem Souveränitätsprinzip herrührender Rechte gegenüber anderen Staaten.

Die nationale Selbstbestimmung hingegen hat den Anspruch eines **V o l k e s** auf Unabhängigkeit zum Inhalt⁴⁾. Unabhängigkeit bedeutet zunächst nur, das eigene Schicksal unabhängig von der Einflußnahme eines Staates zu gestalten⁵⁾, und hat die freie, unbeeinflusste Entscheidung eines Volkes über seine staatliche Zukunft zum Ziel.

Hier macht jedoch die Klärung des Begriffes "Volk" vielleicht unüberwindliche Schwierigkeiten. Auszuscheiden ist

1) vgl. Berber, Bd. I, S. 180/181.

2) Berber ebda.; Decker, S. 29.

3) das macht anscheinend bei Verdross, 4. Aufl., S. 428 unter Anlehnung an Punkt 3 der Atlantic-Charter den ganzen Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes aus.

4) Armbruster in Strupp-Schlochauer, Bd. III, S. 250/251.

5) Armbruster, ebda.

zunächst die Gleichsetzung mit dem "Staatsvolk" als der Gesamtheit aller Staatsangehörigen¹⁾. Denn bei der nationalen Selbstbestimmung sollen gerade Entscheidungen ohne und manchmal sogar gegen den Staat getroffen werden, dessen Herrschaft die beschließende Gruppe von Menschen zur Zeit unterworfen ist. Aus diesem Grunde wohnt dem Begriff der nationalen Selbstbestimmung ein immanenter Gegensatz zu der bereits existierenden, souveränen Staatsgewalt inne, der den Begriff des "Staatsvolkes" untauglich zur Bestimmung der Einheit "Volk" macht.

Des weiteren sind in der Völkerrechtslehre²⁾ gewisse Kriterien für die Zugehörigkeit zu einem Volk erarbeitet worden, deren absolute Geltung aber offen gelassen wird. Es handelt sich objektiv um die Gegebenheiten der Mutter- bzw. Umgangssprache, des religiösen Bekenntnisses und des biologisch-anthropologischen Befundes, subjektiv um das persönliche Bekenntnis zur betreffenden Gruppe³⁾ oder kollektiv um den "Willen zur Unabhängigkeit"⁴⁾. Menzels weiterer Feststellung⁵⁾ ist zuzustimmen, daß solche Abgrenzungskriterien von ihren Trägern als Gegensätzlichkeiten - zu Individuen mit anderen Merkmalen - empfunden und "organisiert" sein, d.h. auf den politischen Bereich übertragen werden müssen. Verdross⁶⁾ kombiniert objektive und subjektive Merkmale, wenn er - in Erkenntnis der Mehrdeutigkeit des Begriffes - unter "Volk" alternativ eine ethnische Gemeinschaft oder eine Siedlungs- und Kulturgemeinschaft mit einem gewissen Eigenleben und Selbstbewußtsein versteht. Seine zweite Alternative bringt jedoch mit der "Kultur- und Siedlungsgemeinschaft" ein weiteres, wichtiges Kriterium, nämlich die tatsächliche oder emotionale Bindung der als "Volk" anzusehenden Gruppe an ein bestimmtes Gebiet. Auf dieses Merkmal zu-

1) Menzel, S. 197.

2) vgl. hierzu Menzel, S. 196, 198; Dahm, Bd. I, S. 390.

3) Menzel, S. 198.

4) Dahm, Bd. I, S. 390.

5) Menzel, S. 196/197.

6) Verdross, 4.Aufl., S. 428.

mindest wird man bei jedem Versuch einer Begriffsbestimmung - zusammen mit dem Bewußtsein der objektiven Gegensätzlichkeiten und ihrer "Organisiertheit" - nicht verzichten können. Wenn im folgenden der Terminus "Volk" verwendet werden wird, so sei darunter eine namentlich an diesen Kriterien gemessene Gruppe von Menschen verstanden. Man sei sich dabei bewußt, daß alle diese Merkmale keine abschließende Bestimmung des Begriffes "Volk" geben, sondern nur eine sicher nicht endgültige Reihe von Bewertungsmaßstäben liefern, die eine oft von Fall zu Fall verschiedene Bestimmung erleichtern.

Die Entscheidung eines Volkes über seine staatliche Zukunft kann in der Forderung nach Schaffung eines eigenen, vorher nicht vorhandenen Staates bestehen. Der Anspruch eines Volkes auf seinen eigenen Staat wird gegenwärtig als der wichtigste, oft auch schon als der alleinige Inhalt der nationalen Selbstbestimmung angesehen¹⁾. Seine Bedeutung liegt hauptsächlich auf dem Gebiet der "Entkolonialisierung"²⁾ und überschattet daher die anderen Aspekte des Begriffes der nationalen Selbstbestimmung.

Die freie Entscheidung eines Volkes über seine staatliche Zukunft kann sich nämlich auch auf die Regelung seiner staatlichen Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staat beziehen³⁾. Daraus folgt, daß zum Inhalt des Begriffes der nationalen Selbstbestimmung auch der Anspruch des von einer drohenden oder schon durchgeführten Gebietsänderung betroffenen Volkes gehört, seinen Willen zu dieser Maßnahme zu bekunden.

1) vgl. Decker, S. 31; Armbruster, S. 250/251.

2) Dahm, Bd. I, S. 389.

3) so Menzel, Völkerrecht und internationale Ordnung, Europa-Archiv, Bd. 4 (1949), S. 1892.

Die Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung kann in ihren beiden Erscheinungsformen - Schaffung eines eigenen Staates und Bestimmung der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staat - im Wege einer Volksabstimmung, des Plebiszits, erfolgen. Diese Form der Entscheidung hat sich namentlich seit dem Ende des ersten Weltkrieges eingebürgert, nachdem sie auch schon früher vereinzelt benutzt worden war (Angliederung Avignons an Frankreich 1791, Savoyens an Frankreich 1860 und Volksabstimmungen bei der Vereinigung Italiens 1859 - 1870) ¹⁾. Das Plebiszit ist jedoch nur ein, wenn auch das üblichste Mittel der nationalen Selbstbestimmung ²⁾ und dazu keineswegs in der Zuverlässigkeit bei der Wiedergabe des Bevölkerungswillens über alle Zweifel erhaben ³⁾. Denkbar ist etwa auch eine Willensbekundung durch gewählte Vertretungskörperschaften. Hier ist der Aspekt des Begriffes der nationalen Selbstbestimmung von Belang, der die Bestimmung seiner staatlichen Zugehörigkeit durch ein Volk zum Inhalt hat. Es gilt also die Frage zu beantworten, ob eine Gebietsänderung nach geltendem Recht nicht zulässig ist, wenn sie ohne oder gegen den notfalls etwa in einer Volksabstimmung zu ermittelnden Willen der betroffenen Bevölkerung erfolgt.

Bejaht wird diese Frage nur von Schätzel ⁴⁾ und etwas zurück-

1) Kunz in Strupp-Schlochauer, Bd. II, S. 771; Molodzew im Akademiellehrbuch, S. 186; lesenswert die Schilderung dieser Plebiszite bei Loewenstein, Über Volksabstimmungen bei Gebietsveränderungen, Annalen des Deutschen Reiches, Bd. 50 (1917), S. 593-642 (S. 602, 604, 607-612), sie läßt den Wert dieser Willensbekundungen fragwürdig erscheinen.

2) Kunz, ebda.

3) vgl. die ausführliche Schilderung bei Loewenstein, S. 613-615, über die psychischen Einwirkungsmöglichkeiten und die daraus herrührende Problematik formell freier Abstimmungen, die die Feststellung des objektiven Volkswillens erschweren; s. auch Menzel, S. 185.

4) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 273, mit Bezug auf Ziffer 2 der Atlantic-Charta.

haltender von Decker¹⁾. Die überwiegende Mehrheit der Lehrmeinungen verneint das Bestehen eines solchen völkerrechtlichen Grundsatzes entschieden.

Der wichtigste Einwand geht dahin, daß sich das Selbstbestimmungsrecht nicht mit dem im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises fest verankerten Grundsatz der Souveränität der einzelnen Staaten verträgt. Da die bestehende Völkerrechtsordnung sich auf die Souveränität der schon existenten Staaten gründe und dieses Prinzip das ältere und unbestritten gefestigtere sei, schließe dieser Grundsatz ein etwa bestehendes Recht auf nationale Selbstbestimmung aus²⁾. Nach wie vor sei die Frage der Selbstbestimmung eines in einem bestehenden Staatsverband lebenden Volkes eine innere Angelegenheit dieses Staates³⁾. Vom Standpunkt des bestehenden Völkerrechts aus gesehen, ist diese Argumentation ohne Zweifel zutreffend.

Der nächste Einwand bemängelt, daß über den Träger des zu erhebenden Anspruchs auf nationale Selbstbestimmung keine Klarheit besteht. Zwar kann nur ein **V o l k**, kein Staat, die nationale Selbstbestimmung verlangen. Aber bereits die Bestimmung der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Volk macht in vielen Einzelfällen Schwierigkeiten, zumal noch nicht einmal die generellen Merkmale eines Volkes und der Zugehörigkeit zu ihm endgültig feststehen⁴⁾. Im Falle der nationalen Selbstbestimmung bei Gebietsabtretungen herrscht Unklarheit über den Kreis der "betroffenen Bevölkerung" :

1) Decker, S. 338 ff., unter Berufung u.a. auf die Atlantic-Charta, die Satzung der Vereinten Nationen und die Staatenpraxis, nach der seiner Ansicht nach Plebiszite bei Gebietsübergängen üblich seien.

2) so Armbruster, S. 253; vgl. hierzu auch bereits ausführlich Loewenstein, S. 617, 620.

3) Fenwick, S. 140.

4) S. o. S. 31/32.

gehören dazu nur die Personen, deren staatliche Zugehörigkeit durch die Abtretung berührt werden würde¹⁾, oder alle Angehörigen des betreffenden Volkes, weil das Selbstbestimmungsrecht nur dem ganzen Volk, nicht aber der beliebigen regionalen Gruppe eines Gesamtvolkes zustehen kann²⁾? Zwar hatten in manchen nach dem ersten Weltkrieg abgehaltenen Plebisziten - etwa in Schleswig und Süd-Ostpreußen - nur die unmittelbar betroffenen Volksteile das Stimmrecht, andererseits ist der Begriff der Selbstbestimmung jedoch eindeutig auf das Gesamtvolk als seinen Träger orientiert.

Diese Einwände, namentlich das Festhalten am Souveränitätsprinzip, haben dazu geführt, daß das Institut der nationalen Selbstbestimmung nicht zur Grundlage geworden ist, auf der in der Staatenpraxis die staatliche Zugehörigkeit von Territorien geregelt wird³⁾. Insbesondere seit dem Ende des ersten Weltkrieges erfolgten zwar territoriale Änderungen teils mit, zum erheblichen Teil aber auch ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung. Im letzten Fall handelt es sich jedoch immer um vertragliches, für den Einzelfall gesetztes Recht. Die zur Zeit im Völkerrecht herrschende Ansicht geht daher dahin, daß ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts noch nicht besteht, wonach den Völkern oder deren betroffenen Teilen das Recht auf Bestimmung ihrer staatlichen und damit auch territorialen Zugehörigkeit zusteht und wonach die Staaten zur Achtung dieses "volklichen"

1) so wohl Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 272.

2) so Berber, Bd. I, S. 341; vgl. zur Problematik auch schon ausführlich Loewenstein, S. 622 f.

3) so Dahm, Bd. I, S. 614; Fenwick, S. 363; Hyde, S. 378; Hackworth, vol. I, p. 423; anderer Ansicht nur Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 272, und Decker, S. 338, beide unter Berufung auf die nach den Pariser "Vorortverträgen" durchgeführten Plebiszite.

Rechts verpflichtet sind¹⁾.

Dagegen sieht insbesondere in der Bundesrepublik eine Mindermeinung bereits heute das Selbstbestimmungsrecht als einen festen Bestandteil der für die Völkerrechtsordnung maßgebenden allgemeinen Ordnungsvorstellungen an²⁾, es sei zwar noch kein Grundsatz des positiven Völkerrechts, aber doch im Begriffe, sich zu einer verbindlichen Völkerrechtsregel zu festigen³⁾. Diese Ansicht stützt sich auf Artikel 2 Ziffer 4

1) Deutsche Autoren sind meist geneigt, dem Selbstbestimmungsrecht wenigstens als "politisches Prinzip", d.h. wohl als Leitlinie für politische Entscheidungen bei territorialen Regelungen, noch eine gewisse Bedeutung beizulegen; vgl. im einzelnen Berber, Bd. I, S. 341; Dahm, Bd. I, S. 391; Menzel, Völkerrecht und internationale Ordnung, Europa-Archiv 1949, S. 1894; ders. in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 623; ders., Völkerrecht, S. 10, 184; Kunz in Strupp-Schlochauer, Bd. II, S. 772-774; Armbruster, ebda., Bd. III, S. 253; vgl. auch Verdross, 4. Aufl., S. 429, und Verosta, Österreichische Juristenzeitung, Bd. 9 (1954), S. 242.

Ähnlich für die französische Lehre auch Rousseau, S. 82. Für das schweizerische Schrifttum Guggenheim, Bd. I S. 403/404 nebst Fußnote 241, der bei Gebietsänderungen nur auf den Staatenwillen abstellt.

Angelsächsische Autoren sind bei der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts bei territorialen Änderungen schärfer; vgl. Fenwick, S. 363; Hyde, vol. I, p. 378; s. auch den bei Hackworth, vol. I, p. 422/423 dargestellten Fall US-amerikanischer Behandlung des Grundsatzes, soweit eigene territoriale Interessen - Dänisch-Westindien 1917 - betroffen sind.

2) vgl. Rabl, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker S. 160/161; ähnlich ist m.E. Ziffer 4/5 der EntschlieÙung I der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht auf ihrer Hamburger Tagung vom 26. - 28.4.1950 aufzufassen: "...4. Für die Zuweisung eines Gebietes ist der Wille der heimatberechtigten Bevölkerung ein entscheidender Gesichtspunkt... 5. Das beste Mittel zur Erforschung des Willens der Bevölkerung ist eine unter unparteiischer Aufsicht vorgenommene Abstimmung ... Im Interesse der Achtung vor den Ergebnissen der Volksabstimmung sollte (Unterstreichung v. Verf.) sie als verbindlich angesehen werden ...", Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 3 (1954) S. 193.

3) Rabl, ebda., S. 146/147, 168.

der UNO-Charter und auf die in der EntschlieÙung des III. Ausschusses der UNO-Vollversammlung vom 29.11.1955 gegebene Begriffsbestimmung des Selbstbestimmungsrechts¹⁾ sowie auf die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 14.12.1960 "Über die Zuerkennung der Unabhängigkeit an Kolonialgebiete und -völker"²⁾. Sie leugnet nicht die begrenzte rechtliche Wirksamkeit jener EntschlieÙungen und von Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter in Anbetracht der ablehnenden Haltung vieler westlichen Staaten und der Nichtinterventionsklausel des Artikels 2 Ziffer 7 der UNO-Charter³⁾. Nach jener Lehrmeinung sind diese Artikel und EntschlieÙungen aber zugleich Ausdruck einer "weltweiten Rechtsüberzeugung" zugunsten des Selbstbestimmungsgrundsatzes⁴⁾. In Verbindung mit dem Charakter des Selbstbestimmungsrechtes als "Ordnungsprinzip" werde daher bereits heute den Staaten auferlegt, sich beim Protest einer in ihrem Verband lebenden fremdvölkischen Gruppe gegen ein weiteres Verbleiben im Staatsverband hierauf rechtlich, d.h. durch Verhandlungen, nicht aber mit Unterdrückungsmaßnahmen, "einzulassen", und ihnen verboten, durch Änderung des "status quo" die Verwirklichung von Selbstbestimmungsansprüchen zu erschweren.

Dieser Ansicht ist insoweit zuzustimmen, als sich heute kein Staat mehr einer Diskussion mit einer in seinem Verband lebenden und Selbstbestimmungsrechte begehrenden fremdvölkischen Gruppe verschließen kann. Zu dieser "Einzulassung" wird der betreffende Staat sich bereit finden, weil ein solches Verhalten heute politisch opportun erscheint, und insoweit hat der Hinweis auf eine "weltweite

-
- 1) Stimmenverhältnis 33 gegen 12, gegen die Resolution stimmten die USA, Großbritannien und Frankreich sowie andere Staaten des westlichen Völkerrechtskreises, vgl. Rabl, ebda., S. 143, Fußnote 364.
 - 2) vgl. im einzelnen Rabl ebda., S. 143-146.
 - 3) vgl. Rabl ebda., S. 146/147; wegen Art 2 Ziff. 7 UNO-Charter s.auch Rabl, Ausgewählte Gegenwartsfragen der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Bd. 2, S. 245, Ziff. 37a der "Beratungsergebnisse".
 - 4) Rabl ebda., S. 163.

Rechtsüberzeugung" eine gewisse Berechtigung. Es ist auch nicht auszuschließen, daß das Selbstbestimmungsprinzip namentlich nach Beendigung der mit der Entkolonialisierung verbundenen Auseinandersetzungen große Aussichten hat, zu einem verbindlichen Völkerrechtsgrundsatz zu werden. Daß das jedoch nach der heute noch herrschenden Völkerrechtsauffassung nicht der Fall ist, muß auch die hier behandelte Lehrmeinung zugeben.

Das schließt nicht aus, daß - wie bereits erwähnt - vertraglich vereinbart wird, territoriale Änderungen dem Votum der betroffenen Bevölkerung zu unterwerfen und notfalls dem bei der Abstimmung in der Minderheit bleibenden Teil der Wähler ein Optionsrecht einzuräumen, in dem fraglichen Gebiet auch unter dem "neuen" Gebietsherren zu bleiben - regelmäßig unter Annahme von dessen Staatsangehörigkeit - oder es - meist unter Aufnahme durch den früheren Gebietsherren - zu verlassen. Eine solche Regelung entspricht dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung, gleichzeitig werden damit aber auch allgemeine, gegenüber dem Staat zustehende Menschenrechte respektiert. Allerdings, eine grundsätzliche völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten hierzu besteht nicht. Aus diesem Grunde hängt, wenn es nicht anders vereinbart wurde, die völkerrechtliche Zulässigkeit eines Gebietserwerbs nach dem derzeitigen Stand von Lehre und Praxis nicht von der Beachtung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung ab.

c) Die "historischen Rechte".

Schließlich soll noch kurz auf den bei Gebietsänderungen häufig anzutreffenden Begriff der "historischen Rechte" eingegangen werden. Er hat Gebietsansprüche zum Inhalt, die aus der Tatsache hergeleitet werden, daß der fordernde Staat bzw. sein Rechtsvorgänger früher einmal die Hoheit über dem strittigen Gebiet ausübten oder bereits seit langer Zeit einen An-

spruch auf Übertragung der Gebietshoheit haben oder daß das strittige Gebiet früher von einem jetzt zum fordernden Staat gehörenden Volk besiedelt oder bewohnt wurde.

Unmittelbare völkerrechtliche Bedeutung haben die "historischen Rechte" nur dort, wo die Regeln der Hoheitserlangung kraft Zeitablauf zugunsten des gegenwärtigen Besitzers noch nicht - etwa mangels Unangefochtenheit des Besitzes - wirken. Die "historischen Rechte" können also nur innerhalb verhältnismaßig kurzer Zeit geltend gemacht werden; das über die Desannexion Gesagte gilt auch hier¹⁾.

Im politischen Raum ist die Bedeutung der "historischen Rechte" größer. Sie bilden ein nahezu unentbehrliches Mittel der Argumentation und Propaganda, sie können jedoch als Kriterium für Grenzziehungen und der Modifizierung des ebenfalls mindestens schon im politischen Raum bedeutsamen Selbstbestimmungsrechtes eine brauchbare Hilfe sein²⁾.

B. Sowjetunion und Völkerrecht.

I. Der Begriff und die Aufgaben des Rechts in der marxistisch-leninistischen Theorie.

Zur Einführung in dieses Kapitel ist es nötig, einige wichtige Grundsätze der marxistisch-leninistischen Rechtstheorie aufzuzeigen, die später bei der Erörterung der sowjetischen Einstellung zum Völkerrecht von Bedeutung sein werden³⁾.

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß das Recht auf Grund objektiver gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und gesell-

1) s. o. S. 25, 5a).

2) vgl. hierzu Menzel, Völkerrecht und internationale Ordnung, Europa-Archiv, Bd. 4 (1949), S. 1897-1898.

3) vgl. allgemein zum folgenden Karewa-Fedkin, Die Grundlagen des sowjetischen Staates und Rechts, russ., Moskau 1962; Kleyer u.a., Die marxistisch-leninistische Theorie des Staates und des Rechts, Bd. I.

schaftlichen Beziehungen entsteht und sich entwickelt¹⁾. Ausgangspunkt dessen sind die gerade herrschenden Produktionsverhältnisse mit der ihnen innewohnenden Frage, welche von sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen zur Zeit die Produktionsmittel in den Händen hat. Die gerade herrschende Klasse besitzt die Produktionsmittel und will sie sich gegen den Willen der ebenfalls danach strebenden anderen Klassen erhalten. Die politischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen und auch rechtlichen Anschauungen und Einrichtungen sind dazu bestimmt, den bestehenden ökonomischen Verhältnissen zu diesen und den Besitz der herrschenden Klasse an den Produktionsmitteln zu festigen und zu sichern. In der marxistisch-leninistischen Theorie wird diese Beziehung zwischen den ökonomischen Verhältnissen und den politischen, rechtlichen und anderen aufgezählten Anschauungen als Überbau-und-Basis-Verhältnis bezeichnet, wobei die ökonomischen Verhältnisse als die Basis und Politik, Recht, Sitte, Moral, Religion und Kunst als der ihr dienende Überbau angesehen werden. Ändert sich die Basis, so ändern sich als Folge dessen auch die einzelnen Faktoren des Überbaus, entsteht eine neue Basis, so bringt das die Bildung eines neuen Überbaus mit sich²⁾. Dabei ist die dienende Rolle des Überbaus nicht allein in einer bloßen Folge-Automatik zu den Veränderungen der Basis zu verstehen. Vielmehr kommt dem Überbau eine wichtige, **a k t i v e** Rolle bei der Formung und Festigung einer neuen Basis zu, indem seine Faktoren mit dazu beitragen, die alte Basis und ihren Überbau zu beseitigen³⁾.

1) vgl. Strogowitsch, Methodologische Fragen der Rechtswissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 1966, Nr. 4, S. 385-396, (S. 389).

2) vgl. hierzu die sehr konzentriert darstellende Schrift Stalins, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, S. 9-11. Siehe auch die Kommentierung bei Bracht, Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre, S. 19-23. Darüber, daß es sich bei dieser Lehre um einen auch heute - nach Stalins Tod - wesentlichen Bestandteil des historischen und dialektischen Materialismus handelt, s. Bracht ebda., S. 59.

3) Stalin, ebda., S. 13.

Formal ist das Recht nach marxistisch-leninistischer Ansicht die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die von einer Staatsgewalt aufgestellt oder sanktioniert werden. Seine Durchsetzung setzt das Bestehen eines staatlichen Zwangsapparates voraus. Als Faktoren des Überbaus sind der Staat und gerade das Recht daher in allen seinen Zweigen besonders geeignet, dem Herrschaftsanspruch der die Produktionsmittel innehabenden Klasse durch die Unterdrückung der feindlichen Klassen und der Brechung von deren Willen Geltung zu verschaffen. Das Recht ist also immer ein Klassenrecht, dazu geschaffen, eine der herrschenden Klasse günstige Ordnung zu sichern. Inhalt und Anwendung des Rechtes werden nur von diesem Interesse diktiert. Ändern sich die ökonomischen Verhältnisse im Laufe der ihnen nach marxistisch-leninistischer Ansicht innewohnenden gesetzmäßigen Entwicklung, so ändern sich mit ihnen früher oder später auch die Klassenverhältnisse. Eine neue, bisher unterdrückte Klasse ergreift Besitz von den bisher vorenthaltenen Produktionsmitteln. Mit der Entstehung dieser neuen Basis werden, weil sich die Aufgabe des Rechtes als Überbaufaktor immer gleich bleibt, Inhalt und Anwendung des Rechtes sich ändern und ein neues Recht wird entstehen.

Aus seinem Klassencharakter folgt nach marxistisch-leninistischer Auffassung die Eigenschaft eines jeden Rechtes, parteilich zugunsten der herrschenden Klasse zu sein. Das gilt auch von Normen, die nicht von der gerade herrschenden Klasse, sondern zu einer Zeit gesetzt wurden, als sich die Staatsgewalt noch in den Händen einer anderen Klasse befand. Soweit die neue Klasse dieses überkommene Recht sanktioniert, wird auch dieses zu ihren Gunsten parteilich, denn seine Auslegung und Anwendung kann nur im Sinne der Bedürfnisse der jetzt herrschenden Klasse erfolgen, deren Recht es mit der Saktionierung geworden ist¹⁾. Es ist daher möglich, daß eine neue Klasse nach Antritt der Herrschaft sich noch für lange Zeit der Normen und überhaupt aller denkbaren rechtlichen Erscheinungsformen bedient, die aus der vorangegangenen Herrschaft einer

¹⁾ vgl. hierzu Klenner, S. 37-39.

anderen Klasse herrühren.

Mit der Behandlung des Rechts als Überbaufaktor, seines Klassencharakters und in Zusammenhang damit seiner Parteilichkeit sind die hier wichtigsten Merkmale des Rechts nach der marxistisch-leninistischen Theorie herausgestellt worden. Für das "sozialistische Sowjetrecht" gelten jedoch noch einige Besonderheiten.

Die sowjetische Rechtstheorie geht davon aus, daß die aufgezeigten Grundsätze zwar schon immer galten und Recht und Staat eines jeden gesellschaftlichen Systems nach diesen Gesetzmäßigkeiten entstanden und auch wieder vergingen, daß diese Regeln und Gesetzmäßigkeiten jedoch erst durch die Arbeiten der Klassiker des Marxismus-Leninismus entdeckt wurden und zur allgemeinen Kenntnis gelangten. Die revolutionäre Arbeiterklasse machte diese Erkenntnisse zur Richtschnur ihres Handelns. Nach ihrem Sieg - zuerst in Rußland, dann auch anderswo - habe man zum ersten Mal damit begonnen, unter wissenschaftlicher Ausnutzung der erkannten gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten einen Staat aufzubauen und dabei dem Recht in Erkenntnis seiner Abhängigkeit von den Produktionsverhältnissen und seiner Klassengebundenheit die ihm zukommenden Aufgaben zu stellen. Dabei soll die Rechtsentwicklung in zwei Phasen verlaufen sein:

Zunächst drückte das Recht allein den Willen des siegreichen Proletariats aus und diente zur Niederhaltung und Vernichtung der "Ausbeuterklassen". Nach deren Liquidierung soll es nunmehr keine Ausbeuter mehr geben¹⁾, sodaß bei Schaffung einer uneingeschränkt sozialistischen Basis eine "moralisch-politische Einheit des Sowjetvolkes" vorliege, die das Sowjetrecht ausdrücke²⁾. Innerhalb der UdSSR gibt es danach also keine antagonistischen Klassen mehr. Aus diesem Grunde tritt

¹⁾ vgl. den Wortlaut des Artikels 4 der geltenden Sowjetverfassung von 1936.

²⁾ Kleyer, Bd. II, S. 72/73.

der bei seiner allgemeinen Begriffsbestimmung dem Recht innewohnende Zwangscharakter nach sowjetischer Ansicht beim "sozialistischen Sowjetrecht" zurück. Theoretisch zutreffend soll deshalb die Einhaltung der sowjetischen Rechtsnormen in folgender Reihe garantiert werden durch

"...die Bewußtheit der Sowjetmenschen, die gesellschaftliche Beeinflussung und durch Maßnahmen der Erziehung, Überzeugung und gegebenenfalls auch des staatlichen Zwanges..."¹⁾.

Aus der erstmaligen wissenschaftlichen Ausnutzung der erkannten Gesetzmäßigkeiten wird als weitere Besonderheit des "sozialistischen Sowjetrechts" bei seiner Schaffung und Entwicklung die führende Rolle der KPdSU abgeleitet. Da die Partei als Auslese und autorisierte Sprecherin der Arbeiterklasse die erforschten Gesetzmäßigkeiten am besten kennt,

"...ist sie in der Lage, Rechtsnormen vorzuschlagen und mit zu schaffen, die den objektiven Entwicklungsgesetzen entsprechen und Bedingungen schaffen, auf deren Grundlage sich die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll entfalten können...."²⁾.

Schließlich sei bei den Eigenheiten des sozialistischen Sowjetrechts auf eine Methode der rechtfertigenden Argumentation hingewiesen, die man als die "Methode der Auswechselbarkeit der Standpunkte" bezeichnen möchte. Es handelt sich dabei um die Methode, aus ein und demselben Sachverhalt oder gleichen Sachverhalten nacheinander oder gleichzeitig verschiedene, oft einander entgegengesetzte Schlüsse zu ziehen. Was man in unserem Rechtskreis als verwerfliche Unterordnung des Rechts unter reine Erwägungen der Zweckmäßigkeit und des eigenen Nutzens ansieht, vermag in der sowjetischen Theorie seine Rechtfertigung in der "wissenschaftlichen Ausnutzung der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung" zu finden. Grundlage hierfür ist die in den Disziplinen der sowjetischen Wissenschaft als Denk- und Erkenntnisssystem ange-

1) so Strogowitsch, S. 389.

2) Kleyer, Bd. II, S. 78; siehe auch Strogowitsch, S. 389.

wendete Methode der "materialistischen Dialektik"¹⁾. Sie hat ihre prägnanteste Formulierung durch Stalin²⁾ gefunden, nach ihren Grundsätzen soll sich jede Entwicklung vollziehen. Diese Grundsätze sind auch auf die Besonderheiten von Staat und Recht anzuwenden³⁾. Es handelt sich dabei um die "vier Grundzüge der Dialektik"⁴⁾, von denen hier die ersten drei interessieren:

einmal, daß jede beliebige Erscheinung begründet und verstanden werden kann, wenn sie in ihrem unlösbaren Zusammenhang mit den sie umgebenden Erscheinungen betrachtet wird;

dann, daß die Erscheinungen auch vom Standpunkt ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung vom Entstehen bis zum Vergehen betrachtet werden müssen;

schließlich, daß die Entwicklung von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu grundlegenden, sichtbaren, qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Überganges, nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, als Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen, vor sich geht.

Eine solche Betrachtungsweise erlaubt es dadurch, daß man die Dinge immer in einen Zusammenhang mit den sie umgebenden Er-

1) so Strogowitsch, S. 385/386.

2) vgl. zum folgenden Stalin, Fragen des Leninismus, S. 649-651.

3) Strogowitsch, ebda.

4) Stalin, ebda.; Strogowitsch ebda., meint zwar, die Anwendung der dialektischen Methode in der Rechtswissenschaft sei mehr als die Anwendung der "vier Grundzüge", nämlich die Anwendung der "philosophischen Grundlagen (und) Probleme der Lehre von Staat und Recht", kommt aber mit dem späteren Hinweis - ebda. - , es gäbe nur eine wissenschaftliche Erkenntnismethode, nämlich die der materialistischen Dialektik, auf eben diese Grundzüge wieder zurück.

scheinungen bringt, ihrer Beurteilung sachfremde, ursprünglich nur auf die umgebenden Erscheinungen zutreffende Gesichtspunkte unterzulegen. Das kann dazu führen, daß die Einnahme oder überraschende Änderung eines Standpunktes zu einer bestimmten Frage mit Gründen gerechtfertigt wird, die durch manchmal mühsame Schaffung eines Zusammenhanges einem ganz anderen, oft recht entfernt liegenden Sachverhalt entnommen werden. Noch folgenschwerer wirkt sich die Betrachtungsweise aus, alle Erscheinungen vom Standpunkt ihrer Entwicklung vom Entstehen bis zum Vergehen und die auftretenden grundlegenden Änderungen als plötzlich und gesetzmäßig erfolgend anzusehen. Das macht es möglich, alle Standpunkte nur eine juristische Sekunde lang, auf den in diesem Moment erreichten Stand ihrer Entwicklung fixiert, gelten zu lassen. Der eben eingenommene Standpunkt ist im nächsten Augenblick durch die weiter schreitende Entwicklung bereits überholt, letzten Endes ist alles fließend und jeder Standpunkt angesichts dessen sofort wieder auflösbar. Das gilt um so mehr, als grundlegende Veränderungen plötzlich eintreten, also nach Einnahme eines bestimmten Standpunktes jederzeit unversehens vor sich gehen und sich dann der dem eingenommenen Standpunkt zugrundeliegende Sachverhalt völlig geändert hat. Genau so sind die im Zusammenhang mit einem bestimmten Sachverhalt stehenden "umgebenden Erscheinungen" auch in ständiger Entwicklung begriffen und plötzlichen Veränderungen unterworfen. In Anwendung des ersten Grundsatzes kann dann in der Veränderung der "umgebenden Erscheinungen" ein Grund für die Auflösung des mit ihnen in unlösbarem Zusammenhang befindlichen Standpunktes gefunden werden.

Die Folgen dieser Denkweise liegen auf der Hand. Es ist möglich, auf Grund der Relativität des irgendwann einmal eingenommenen Standpunktes diesen ständig revidieren und sich dabei auch auf Gründe stützen zu können, die scheinbar einem völlig anderen Sachverhalt entnommen wurden. Gerade auf dem Gebiet der Rechtsanwendung sind dadurch - bei Berücksichtigung der Rolle des Rechtes als Überbaufaktor ohnehin - dem

Einwirken außerrechtlicher Gesichtspunkte keine Grenzen gesetzt.

Nach allem läßt sich die sowjetische Einstellung zum Recht wie folgt zusammenfassen:

Grundsätzlich ist jedes Recht ein Klassenrecht, es sichert der herrschenden Klasse den Besitz der Produktionsmittel, dient damit der Aufrechterhaltung der für die herrschende Klasse günstigen ökonomischen und mithin gesellschaftlichen Verhältnisse und zur Niederhaltung der feindlichen Klasse, es ist deshalb parteilich, ein staatlicher Zwangsapparat garantiert seine Durchsetzung, seine Entwicklung und Anwendung vollzieht sich nach den Grundsätzen der marxistischen Dialektik.

Dagegen fehlt dem "sozialistischen Sowjetrecht" heute der Klassenantagonismus als Grundlage, es basiert auf der "moralisch-politischen Einheit des Sowjetvolkes", seine Durchsetzung wird nicht nur von Zwang, sondern auch durch Bewußtseinsbildung garantiert, seine Schaffung und Fortentwicklung werden von der KPdSU gelenkt.

II. Die sowjetische Einstellung zum Völkerrecht.

Angesichts dieser Merkmale müßte man annehmen, daß das Völkerrecht nach der sowjetischen Doktrin kaum die Voraussetzungen erfüllt, es als Recht gelten zu lassen. Weder kann das Völkerrecht, da seine Subjekte gerade nach sowjetischer Auffassung in der Regel nur Staaten sein können¹⁾, deren ökonomische Basen unterschiedlich sind, auf den ersten Blick eindeutige Überbaucharakter haben und damit klassengebunden sein, noch ist ihm ein staatlicher Zwangsapparat zur Durchsetzung seiner einzelnen Normen zu eigen. Dazu kommt noch,

¹⁾ vgl. Jewgenjew im Akademielehrbuch, S. 86 ff.

daß die Sowjetunion bei ihrem Eintritt in die Völkerrechtsgemeinschaft bereits ein ausgebildetes Normensystem vorfand, das unter ganz anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, als sie in der Sowjetunion herrschten, zustandegekommen war und funktionierte. Wie sollte sich ein sozialistischer Staat zu dieser Völkerrechtsordnung stellen, da er das bestehende Recht nicht ändern und auch durch Sanktionierung nicht zu einem nur seinen Bedürfnissen dienenden Recht machen konnte?

1. Das Völkerrecht im System der marxistisch-leninistischen Rechtstheorie.

Es hat daher der sowjetischen Völkerrechtstheorie erhebliche Mühe bereitet, das Völkerrecht in das Überbau-Basis-Verhältnis einzuordnen und die Frage nach seinem Klassencharakter zu beantworten; die Tatsache, daß sich ein Großteil der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener ökonomischer Basis abspielt, bereitete dem zu viele Schwierigkeiten. Zwar wurde immer der Überbaucharakter des Völkerrechts hervorgehoben¹⁾, das Problem seiner Basis ist jedoch unklar, kompromißhaft und letzten Endes im Widerspruch zu der allgemeinen Definition des Rechts gelöst worden. Die Konstruktion, daß das Völkerrecht eben zwei Basen - der kapitalistischen und der sozialistischen - diene²⁾, ist zwar abgelehnt worden³⁾. Man meint statt dessen, die Basis des Völkerrechts in den weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen⁴⁾ oder ganz

1) vgl. hierzu an Darstellungen aus neuerer Zeit Korowin im Akademiellehrbuch, S. 5; Tunkin, Das Völkerrecht der Gegenwart, S. 147/148; Krylow, Zur Beurteilung von Fragen der Völkerrechtstheorie, SGiP 1954, Nr. 7, S. 74-79 (S. 74).

2) wie es bei Krylow, ebda., anklingt.

3) schon bei Koshewnikow, Einige Fragen des Völkerrechts im Lichte der Arbeit J.W.Stalins "Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", SGiP 1951, Nr. 6, S. 25 ff. (S.35).

4) Durdenewskij-Krylow, S. 5.

allgemein in dem Nebeneinanderbestehen beider Basen auf der Grundlage der Gleichheit zu finden¹⁾. Dieser Gedanke ist in jüngster Zeit vor allem von Tunkin ausgestaltet worden: durch den Staatenwillen, der in beiden Systemen von der jeweiligen ökonomischen - kapitalistischen oder sozialistischen - Basis abhängig sei, steuerten beide Blöcke zur Entstehung und Entwicklung des zwischen ihnen geltenden Völkerrechts bei; der derzeitige ökonomische Aufbau der Gesellschaft, d.h. das Bestehen zweier gesellschaftlicher Strukturen und die ihnen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, sei die Grundlage des gegenwärtigen Völkerrechts²⁾. Wegen des Einflusses beider Basen über den jeweiligen Staatenwillen auf das Völkerrecht³⁾ könne dieses nicht über das Ziel hinausgehen, die Beziehungen zwischen den beiden Lagern auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils und des Friedens zu regeln⁴⁾.

Wenn auch die in den einzelnen Staaten herrschenden Klassen zur Entstehung und Entwicklung der Völkerrechtsnormen im jeweiligen Klasseninteresse beitragen, so läßt eine solche Konstruktion doch den Schluß zu, daß das Völkerrecht selbst nur einen Kompromiß zwischen einzelnen, sich manchmal wegen ihrer Grundsätzlichkeit bereits einander aufhebenden Klasseninteressen darstellt. Von einem Recht im Sinne der allgemeinen marxistisch-leninistischen Begriffsbestimmung, daß es nämlich e i n e r Klasse günstig ist und die feindlichen Klassen niederhält oder gar vernichtet, kann da nicht die Rede sein. Kelsen⁵⁾ hat mit seiner Feststellung, daß das Völkerrecht keinen Klassencharakter habe und in marxistischem Sinne überhaupt kein Recht sei, dieses Dilemma der sowjetischen Völkerrechtstheorie zutreffend hervorgehoben. Auch Ver-

1) Koshewnikow, ebda.

2) vgl. Tunkin, Fragen der Völkerrechtstheorie, S. 147/149, ähnlich auch S. 169.

3) Tunkin, ebda., besonders S. 149.

4) Tunkin, Die friedliche Koexistenz und das Völkerrecht, SGiP 1956, Nr. 7, dt.Übers. Sowjetwissenschaft 1957, Heft 3, S. 325 ff. (S. 334).

5) Kelsen, The Communist Theory of Law, S. 150.

treter der sowjetischen Völkerrechtslehre können heute nicht umhin, das Fehlen eines eindeutigen Klassencharakters beim Völkerrecht festzustellen. Korowin¹⁾ erklärt - etwas widersprüchlich -, das Völkerrecht habe zwar Klassencharakter, Überbaucharakter, doch könne es nicht den Willen der in den einzelnen Staaten herrschenden Klassen ausdrücken, sondern nur eine zwischen den Staaten - unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung - bestehende Willensübereinstimmung. Noch klarer äußert sich zu dieser Frage Scharmasanaschwili²⁾: das gegenwärtige Völkerrecht habe keine Klassennatur, weil es weder den Willen e i n e r herrschenden Klasse zum Ausdruck bringe noch das Ergebnis des Zusammenfallens oder der Übereinstimmung der Willen der herrschenden - antagonistischen - Klassen sei.

In Anbetracht dieses in sich klassenneutralen Charakters des Völkerrechts ist die Ausnutzung seiner Normen und Institute durch die sowjetische völkerrechtliche Theorie und Praxis in einem ihr günstigen Sinne von großer Bedeutung. Das hat der später als "Rechts nihilist" verurteilte Rechtslehrer Paschukanis am radikalsten dargelegt: dieselben Formen des Völkerrechts könnten zu verschiedenen Zwecken ausgenutzt werden³⁾, das Völkerrecht habe daher in Unterordnung unter die Bedürfnisse der sowjetischen Außenpolitik den Sowjetdiplomaten eine Waffe im Kampf gegen die kapitalistische Welt zu sein⁴⁾. In praktisch denselben Gedankengängen bewegte sich 1951 Paschukanis' seinerzeitiger Widersacher Korowin. Er stellt fest, die Anerkennung der ihrem Inhalt nach für alle Staaten gleichlautenden Normen und Institute des Völkerrechts sowohl durch die UdSSR als auch durch kapitalistische und sogar feudalistische Staaten diene völlig unterschiedlichen Klassenin-

1) Korowin im Akademielehrbuch, S. 5.

2) Scharmasanaschwili, Das gegenwärtige Völkerrecht als Recht des Friedens, Sowjetwissenschaft 1965, Heft 5, S. 478-491 (S. 486).

3) Paschukanis, S. 17.

4) Paschukanis, S. 5.

teressen und verfolge entgegengesetzte Endziele¹⁾. Koshewnikow²⁾ meint sogar, die Einstellung des sozialistischen Staates zum Völkerrecht werde im gegenwärtigen Zeitpunkt in erster Linie von den Interessen seiner eigenen Sicherheit und der Sicherung eines " ...gerechten...und demokratischen Friedens" bestimmt. Lehrmeinungen aus der nachstalinistischen Ära sind zurückhaltender. Äußerungen jedoch, daß der Sowjetstaat danach strebe, das Völkerrecht zu einer wirksamen Waffe der Sicherung des Friedens zu machen³⁾, und daß der Sowjetstaat sich immer bemühe, "fortschrittliche" Prinzipien und Normen in das Völkerrecht einzuführen⁴⁾, besagen nicht viel anderes. Aus ihnen geht darüber hinaus sogar hervor, daß man von der Ausnutzung der Regeln und Grundsätze des bestehenden Völkerrechts zur allmählichen Umbildung des ganzen, von allen Völkerrechtsteilnehmern getragenen Systems im "fortschrittlichen" Sinne überzugehen beabsichtigt. Man kann also daran festhalten, daß die Ausnutzung und allmähliche Umgestaltung des gegenwärtigen Völkerrechts in einem ihr günstigen Sinne eine wichtige Aufgabe der sowjetischen Völkerrechtslehre und der staatlichen völkerrechtlichen Praxis ist.

Angesichts des auch von der Sowjetwissenschaft erkannten klassenneutralen Charakters des Völkerrechts liegt es auf der Hand, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht nicht zugunsten eines völkerrechtlichen Primates gelöst werden darf. Die sowjetische Lehre hat sich dann auch, nachdem in der Stalin-Ära ziemlich unverhohlen für den Vorrang des innerstaatlichen Rechtes

1) Korowin, Lehrbuch, S. 11.

2) Koshewnikow, Hilfslehrbuch, S. 43/44.

3) so Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 276.

4) Gromyko-Golunskij-Chwostow ebda.; ähnlich Tunkin, Fragen der Völkerrechtstheorie, S. 26, 172.

plädiert wurde¹⁾, für die dualistische Theorie entschieden. Völkerrecht und innerstaatliches Recht sind also grundsätzlich zwei selbständige Rechtskreise²⁾, die sich jedoch nacheinander richten, sodaß der sozialistische Staat keine Völkerrechtsnormen anzuerkennen braucht, die seinem innerstaatlichem Recht widersprechen, aber auch sein innerstaatliches Recht nicht gegen die von ihm übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen verstoßen läßt³⁾. Daß im Einzelfall eine solche Kollision zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht nicht eintritt, bestimmt - das kann bereits aus der Lewinschen Lösung gefolgert werden - letztlich nur der einzelne Staat. Das wird noch deutlicher, wenn man das Ergebnis der einzigen sowjetischen Monographie zu diesem Thema betrachtet⁴⁾: bei grundsätzlicher Bejahung des dualistischen Systems gebührt doch dem innerstaatlichen Recht bei der Bildung und Entwicklung des Völkerrechts der Vorrang. Damit ist man zu Wyschinskijs und Korowins Begründung der Priorität des innerstaatlichen Rechtes zurückgekehrt.

Die sowjetische Völkerrechtslehre muß das im Völkerrecht herrschende Koordinationsprinzip ebenfalls anerkennen⁵⁾, weil sie den klassenneutralen Charakter dieses Rechtes nicht leugnen kann⁶⁾. Andererseits steht dieses Anerkenntnis jedoch im Widerspruch zu der These, daß nach seiner allgemei-

-
- 1) vgl. Korowin, Lehrbuch, S. 10, der unter Anlehnung an Wyschinskij, Völkerrecht und internationale Organisation, SGiP 1948, Nr. 1, S. 17 ff., meint, da das innerstaatliche Recht die Grundlage der politischen und rechtlichen Methoden in den zwischenstaatlichen Beziehungen sei, komme ihm auch der erste Platz zu.
 - 2) Lisowskij, S. 247.
 - 3) Lewin, D.B., Was verbirgt sich hinter der Theorie vom Primat des Völkerrechts, SGiP 1955, Nr. 7, S. 115-120 (S. 119/120).
 - 4) Blischtschenko, S. 237/238.
 - 5) Korowin im Akademielehrbuch, S. 4; Koshewnikow, Hilfslehrbuch, S. 28; Lisowskij, S. 11; Scharmasanaschwili, S. 486.
 - 6) so die klare Begründung bei Scharmasanaschwili ebda.

nen Begriffsbestimmung dem Recht zu seiner Durchsetzung ein staatlicher Zwang zur Seite stehen müsse¹⁾. Hier wird zwar auf die Zwangsmittel der Selbsthilfe und kollektiver Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam mit hierzu verbündeten Staaten oder auf dem Wege der in der UNO-Charter vorgesehenen Maßnahmen verwiesen, auch die Volksmassen sollen eine gewisse Rolle als Zwangsfaktor zur Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts spielen²⁾. Tunkin³⁾ sieht außerdem als Garant für die Einhaltung der Völkerrechtsnormen das Kräfteverhältnis zwischen friedlich miteinander koexistierendem Kapitalismus und Sozialismus an, von denen letzterer immer stärker werde und mit seinem Eintreten für den Frieden auch die Achtung des Völkerrechts gewährleiste. In diesem Zusammenhang soll auch eine allgemeine und international kontrollierte Abrüstung die Einhaltung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts sichern⁴⁾.

In Wirklichkeit ist es fraglich, ob die aufgezählten - wohl-gemerkt, nicht von einer, sondern den verschiedensten und gegensätzlichsten Klassen gesteuerten - Faktoren die Einhaltung des Völkerrechts so lückenlos garantieren, daß sie in ihrer Wirksamkeit der in der allgemeinen marxistisch-leninistischen Definition des Rechts vorgesehenen staatlichen Zwangsgewalt entsprechen⁵⁾. Der sowjetischen Völkerrechtslehre scheint jedoch mit den oben dargelegten Zwangsfaktoren die Klassifizierung der Völkerrechte als Recht im mar-

1) auch Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 170/171, leugnet das nicht, wenn er Wyschinskij die "Übertreibung" der Rolle des Zwanges bei der Sicherung der Einhaltung der Rechtsnormen vorwirft.

2) so Korowin im Akademielehrbuch, S. 5.

3) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 172.

4) Tunkin ebda.

5) allein Koshewnikow, Hilfslehrbuch, S. 28, erkennt die schwache Effektivität des Völkerrechts an, läßt allerdings auf Grund dessen auch keine Zweifel an seinem Rechtscharakter erkennen.

xistisch-leninistischen Sinne keine Schwierigkeiten zu bereiten.

So kommt die sowjetische Völkerrechtslehre heute zu einer Definition des Völkerrechts¹⁾, in der im Gegensatz zur allgemeinen Begriffsbestimmung des Rechts von herrschenden Klassen und einem eindeutigen Überbaucharakter gar nicht und von Zwang nur sehr zurückhaltend die Rede ist²⁾. Danach ist das Völkerrecht

" die Gesamtheit der Normen, die durch eine Vereinbarung zwischen den Staaten entstehen, die Willensübereinstimmung dieser Staaten zum Ausdruck bringen, die Beziehungen zwischen ihnen im Prozeß des Kampfes und der Zusammenarbeit zur Gewährleistung der friedlichen Koexistenz der Staaten beider Systeme regeln und die erforderlichenfalls durch Zwang gewährleistet werden, den die Staaten individuell oder kollektiv ausüben" ³⁾.

Für diese Untersuchung kann aus den der obenstehenden Definition vorausgegangenen Erörterungen überdies festgehalten werden, daß bei dem zutage tretenden klassenneutralen Charakter des Völkerrechts die Einflußnahme des einzelnen Staates, der ein Instrument nur in den Händen und für die Bedürfnisse einer herrschenden Klasse darstellt, für die Bildung, Anwendung und Entwicklung des Völkerrechts nach den Erkenntnissen der sowjetischen Völkerrechtslehre von entscheidender Bedeutung ist.

1) wegen einer ausführlichen Darstellung der vorangegangenen Definitionen und der 1954/55 abgehaltenen Völkerrechtsdiskussion siehe Bracht, Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre, S. 29-61.

2) In der Definition Korowins, Akademielehrbuch, S. 1, ist noch von Normen die Rede, die "die Beziehungen zwischen den Staaten.....regeln (und) den Willen der herrschenden Klassen dieser Staaten ausdrücken".

3) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 170.

2. Die Sowjetunion als revolutionärer Nachfolgestaat des russischen Zarenreiches.

Im November 1917 trat ein sowjetisches Rußland die Nachfolge des Rußlands der Provisorischen Regierung und des Zarenreiches an. Für die neue Regierung und für die sowjetische Völkerrechtswissenschaft erhob sich damit die Frage, ob die bis dahin bestehende Völkerrechtssubjektivität des alten Rußland erloschen oder - weiterbestehend - von dem neuen Sowjetstaat in Anspruch genommen werden konnte. Die Beantwortung dieser Frage war von wirtschaftlicher Bedeutung in Anbetracht der vom Zarenreich im Ausland aufgenommenen Anleihen; sie war von politischer Bedeutung angesichts der Tatsache, daß die auf dem Staatsgebiet des ehemaligen Russischen Reiches lebenden Völker in Scharen begannen, sich für selbständig und entsprechende russische Gebietsteile zu ihrem Staatsgebiet zu erklären; und sie war schließlich von allgemeiner völkerrechtlicher Bedeutung, denn aus ihr konnte auf die Einstellung des Sowjetstaates zu dem bereits bestehenden, ohne seine Teilnahme zustande gekommenen Völkerrecht und den daraus herrührenden völkerrechtlichen Verpflichtungen geschlossen werden.

Die sowjetische Rechtslehre hat den Standpunkt eingenommen, daß ein Staat, der seinen Vorgänger im Wege einer sozialen Revolution ablöst und seinem Klassencharakter nach einen neuen Staatstyp darstellt, ein ganzlich neuer Staat ist und damit auch ein qualitativ neues Völkerrechtssubjekt¹⁾. Das ist, von der Überbaufunktion des Staates über der Basis der ökonomischen Verhältnisse her gesehen, im marxistisch-leninistischen Sinne folgerichtig.

Jedoch soll der Staat neuen Typs hinsichtlich des gesamten Staatsgebietes - und auch des Vermögens - uneingeschränkter

¹⁾ so Jewgenjew im Akademielehrbuch, S. 121.

Rechtsnachfolger seines Vorgängers¹⁾ im Wege einer Art "Erbfall" geworden sein²⁾. Da die bestehenden vertraglichen Grenzregelungen auch von einem späteren Krieg nach sowjetischer Ansicht nicht beeinträchtigt werden³⁾, ist der Sowjetstaat bei seinem Entstehen Rechtsnachfolger in das gesamte Staatsgebiet des Russischen Zarenreiches nach dem Stand vom 1. August 1914 geworden⁴⁾. Dieser Standpunkt ermöglichte es, ausgehend vom Grundsatz der Unantastbarkeit des "russischen" Territoriums⁵⁾, bei der Gewährung der Unabhängigkeit in den Jahren nach 1917 namentlich an die neu entstandenen westlichen Randstaaten Polen, Finnland und die baltischen Länder ein entscheidendes Wort mitzureden.

Anderes galt jedoch für die Verpflichtungen, die aus den noch vom Zarenreich eingegangenen Verträgen möglicherweise das neue Rußland treffen konnten. Hier zog sich der Sowjetstaat auf den bereits oben theoretisch erörterten Grundsatz zurück, daß durch die Oktoberrevolution eben ein neues Völkerrechtssubjekt entstanden sei:

"die Revolution des Jahres 1917, die alle alten ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen vollständig zerstört und die alte Gesellschaft durch eine neue ersetzt hatte, kraft der Souveränität des sich erhobenen Volkes die Staatsgewalt in Rußland einer neuen Gesellschaftsklasse überliefernd, hat dadurch selbst die Kontinuität der bürgerlichen Verpflichtungen unterbrochen, die als Bestandteil der ökonomischen Beziehungen der verschwundenen Gesellschaft erschienen und mit ihr wegfielen" 6).

-
- 1) Jewgenjew ebda.; Sacharowa im Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1960, S. 157.
 - 2) so Durdenewskij, Das Sowjetterritorium seit dreißig Jahren in den Akten des Völkerrechts, SGiP 1947, Nr. 12, S. 58-65 (S. 58).
 - 3) Durdenewskij ebda.; Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, S. 138.
 - 4) Durdenewskij ebda.
 - 5) vgl. Sacharowa, S. 160.
 - 6) so das Memorandum der Sowjetdelegation vom 20. April 1922 auf der Konferenz von Genua, in dieser Übersetzung abgedruckt bei Korowin, Das Völkerrecht der Übergangszeit, S. 111/112.

Man hat daraus den Grundsatz hergeleitet, daß die Verträge des untergegangenen Staates nur dann weiter gelten, wenn sein durch eine soziale Revolution entstandener Nachfolger die Vereinbarungen durch ausdrückliche Erklärung oder stillschweigend bestätigt¹⁾. Das läuft zunächst einmal auf eine schwebende Unwirksamkeit dieser Verpflichtungen hinaus. Die Entscheidung des Nachfolgestaates über die Weitergeltung bemißt sich dann an den gerade notwendigen politischen Erfordernissen, sie ist sein souveränes Recht²⁾. Der Nachfolgestaat ist also in dieser Entscheidung frei. Daher sollen Einflußnahmen von Seiten anderer Staaten als Souveränitätsverletzungen völkerrechtswidrig sein, durch die der Nachfolgestaat zur Beachtung der von seinem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen angehalten wird³⁾.

3. Die UdSSR und das zur Zeit ihrer Bildung bereits bestehende Völkerrecht.

Diese bereits beim Entstehen des Sowjetstaates gezeigte gesplattene Einstellung zu den vom Zarenreich überkommenen Rechten an Gebiet und Vermögen einerseits, völkerrechtlich-vertraglichen Verpflichtungen andererseits ist auch symptomatisch für die Einstellung des Sowjetstaates zu dem im Zeitpunkt seines Entstehens bereits vordanden Völkerrecht

1) vgl. Jewgenjew im Akademiellehrbuch, S. 122.

2) Jewgenjew ebda., die Frage der Weitergeltung werde "gewöhnlich" durch Abkommen geregelt; a.A. offensichtlich Sacharowa, S. 159-161. Ihrer Ansicht nach könne der Nachfolgestaat sich zwar von Verträgen lossagen, die der neuen Klassenlage nicht mehr entsprächen, doch blieben grundsätzlich die vom Vorgängerstaat getroffenen Vereinbarungen in Kraft. S. schließt hieraus und aus der Rechtsnachfolge des revolutionären Staates in Gebiet und Vermögen im Gegensatz zu Jewgenjew auch, daß die Existenz des Staates als Völkerrechtssubjekt nicht unterbrochen würde (Unterstreichungen vom Verf.).

3) Jewgenjew ebda.

und dessen Weiterentwicklung. Man hütet sich davor, das bestehende Völkerrecht in seiner Gesamtheit anzuerkennen, sondern nimmt einzelne Normen und Institute an, während man andere ablehnt¹⁾. Ausschlaggebend für die jeweilige Entscheidung ist allgemein der Gesichtspunkt, ob die Ausnutzung des einzelnen völkerrechtlichen Institutes oder der einzelnen Norm günstige Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus bietet²⁾, und sind weiter konkret die Erfordernisse der eigenen Sicherheit des sozialistischen Staates und die Gewährleistung eines "gerechten und demokratischen internationalen Friedens sowohl im politischen Bereich als auch im Bereich der wirtschaftlichen und anderen Beziehungen"³⁾. Darunter wird die Schaffung einer für den Außenhandel vorteilhaften Lage bei Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen zu verstehen sein. Bei Ausrichtung an diesen grundsätzlichen Kriterien

".... werden von der UdSSR jene Institute des Völkerrechts, die die Erfüllung der aufgezeigten Aufgaben erleichtern, angewendet, jene Institute aber, die diesen Zielen auch nur im geringsten widersprechen, werden von ihr verworfen....." ⁴⁾.

Dieser Gedanke hat in allerjüngster Zeit zu der Schlußfolgerung geführt, daß eine Völkerrechtsnorm, die nicht von den sozialistischen und neutralen Staaten anerkannt wird, nicht einmal in der Form eines lokalen Völkerrechts eine rechtliche Wirkung zeigt⁵⁾.

-
- 1) vgl. Korowin, Grundprobleme der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, S. 77: "...differenzierte Bewertung der einzelnen Institute des gegenwärtigen Völkerrechts..".
 - 2) Korowin, Über die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, SGiP 1951, Nr. 9, S. 14-19 (S. 15).
 - 3) Koshewnikow, Hilfslehrbuch, S. 43.
 - 4) Koshewnikow, Hilfslehrbuch, S. 44.
 - 5) Korowin, Das Völkerrecht auf seiner gegenwärtigen Etappe, MZ 1961, Nr. 7, S. 22 ff. (S. 23).

Aber auch, wenn es durch die Sowjetunion oder einen anderen Staat des sozialistischen Lagers zur Anerkennung und Anwendung eines Institutes des gegenwärtigen Völkerrechts gekommen ist, so braucht das nicht über die Anerkennung der blossen äußeren Form dieses Institutes hinauszugehen.

Es ist bereits oben¹⁾ dargelegt worden, daß angesichts des klassenneutralen Charakters des Völkerrechts schon deshalb die größtmögliche Ausnutzung seiner Normen und Institute durch die sozialistischen Staaten in einem ihnen günstigen Sinne geboten ist. Das gilt in noch höherem Maße von dem bestehenden, ohne Mitwirkung dieser Staaten zustandekommenen Recht, wobei die bereits von Korowin und Koshewnikow herausgestellten Maßstäbe²⁾ der Nützlichkeit für den Aufbau des Sozialismus, der Sicherheit des Sowjetstaates und der Gewährleistung eines "gerechten und demokratischen" Friedens anzulegen sind. Korowin³⁾ hat diese gebotene unterschiedliche Bewertung der einzelnen Sätze des Völkerrechts unübertrefflich an einem Beispiel klargemacht:

Das sowohl von den sozialistischen als auch von den kapitalistischen Staaten anerkannte Institut der Neutralität könne je nach seiner Anwendung durch Staaten der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme fortschrittlichen oder reaktionären Charakter haben. Es bedeutet einen Schritt vorwärts, wenn die Neutralität eines Landes wie Finnland, das früher einseitig von den USA beherrscht worden sei, heute von beiden Lagern garantiert werde; ein Rückschritt hingegen lage vor, wenn ein vorher sozialistisches Land wie Ungarn jetzt die Neutralität wähle⁴⁾.

1) s.o.S. 49/50, B II 1

2) s.o.S. 57

3) in Grundprobleme der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, S. 77.

4) Im November 1955 erklärte die Regierung Imre Nagy den Austritt der Volksrepublik Ungarn aus dem Warschauer Pakt und die Neutralität des Landes.

4. Die sowjetische Bewertung der Völkerrechtsquellen.

Bereits die Erörterung der sowjetischen Einstellung zum Völkerrecht allgemein führte zu dem Schluß, daß angesichts des klassenneutralen Charakters des Völkerrechts die Einflußnahme des von jeweils einer Klasse beherrschten einzelnen Staates auf die Bildung, Anwendung und Fortentwicklung des Völkerrechts von entscheidender Bedeutung ist. Die Bewertung und Ausgestaltung der einzelnen Völkerrechtsquellen Vertrag, Gewohnheit und allgemeine Regel des Völkerrechts durch die sowjetische Lehre spiegelt dieselbe Tendenz wider.

a) Der Vertrag.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Vertrag als die wichtigste Völkerrechtsquelle angesehen wird¹⁾. Die Begründung hierfür läßt sich bereits der von Lukaschuk²⁾ gegebenen Definition des völkerrechtlichen Vertrages entnehmen: er ist ein

"Akt, der den übereinstimmenden Klassenwillen der an ihm beteiligten Staaten ausdrückt".

Der Vertrag ermöglicht es, diesem Willen im Rahmen der zu erreichenden Übereinstimmung mit dem Willen anderer Klassen im Völkerrecht Geltung zu verschaffen. "Übereinstimmung" wird damit keineswegs als Identität oder Verschmelzung der Willen der kontrahierenden Staaten verstanden³⁾. Das ist nach sowjetischer Ansicht schon deshalb nicht möglich, weil die Willen der Staaten nicht "frei" sind, sondern von den Interessen der ihnen zugrundeliegenden ökonomischen Basen, deren gesetzmäßigen Veränderungen und ihren jeweiligen Klas-

¹⁾ Korowin, Akademiellehrbuch, S. 5; ders., Lehrbuch, S. 378; Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 91.

²⁾ Lukaschuk, Die UdSSR und die internationalen Verträge, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959, S. 16 ff. (S. 17).

³⁾ vgl. zum folgenden Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 135-137, 147-149.

senstrukturen und damit zusammenhängend auch von anderen Überbaufaktoren "determiniert" werden¹⁾. Bei kontrahierenden Staaten zweier entgegengesetzter gesellschaftlicher Systeme kann also eine solche "Übereinstimmung" gar nicht erreicht werden. Sie soll - aus jeweils verschiedenen und manchmal entgegengesetzten Zielsetzungen heraus - nur in einer Koordinierung und gleichartigen Orientierung der beiden Willen darauf hin bestehen, eine bestimmte zu vereinbarende Regel als Rechtsnorm anzuerkennen²⁾. Infolgedessen ist das wichtige Merkmal der Vereinbarung unter Staaten die gegenseitige Bedingtheit der Staatenwillen; jede Seite will also eine bestimmte Regel nur dann als Rechtsnorm anerkennen, wenn das auch die andere Seite tut³⁾. Aus dieser Bedingtheit soll die gegenseitige Gebundenheit der Staaten an die getroffene Vereinbarung herrühren⁴⁾.

Grundregeln beim Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages sind nach sowjetischer Ansicht die Freiwilligkeit der abgegebenen Willenserklärungen, die Gleichberechtigung der Vertragspartner und deren beiderseitiger Vorteil⁵⁾. Versklavende, räuberische und nicht gleichberechtigte Verträge - die also gegen eines der oben aufgezählten Erfordernisse verstoßen - sind ohne rechtliche Wirkung⁶⁾, von der Verpflichtung zur Lossagung und unverzüglichen "Liquidierung" dieser Vereinbarung abgesehen⁷⁾. Dasselbe ist der Fall, wenn der

1) Tunkin, S. 147-149, namentlich S. 149; Lukaschuk, S. 17-19.

2) Tunkin, S. 136.

3) Tunkin, S. 137.

4) Tunkin, S. 137.

5) Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 246, 247.

6) vgl. Koshewnikow, Einige Fragen der Theorie und Praxis des internationalen Vertrages, SGiP 1954, Nr. 2, S. 62 ff. = RID 1954, Nr. 12, sp. 333 ff. (Sp. 334).

7) Korowin, Das Völkerrecht auf seinem gegenwärtigen Stand, MZ 1961, Nr. 7, S. 22 ff. (S. 23).

abgeschlossene Vertrag seinem Inhalt nach den Grundprinzipien des völkerrechts nicht entspricht¹⁾, wie sie etwa in der UNO-Charter niedergelegt worden sind²⁾; hierzu gehören unter anderem das Verbot des Angriffskrieges und die Aufrichtung eines Kolonialsystems³⁾. Alle übrigen Verträge jedoch müssen strikt eingehalten werden.

So bejaht die sowjetische Völkerrechtslehre einhellig das Prinzip "pacta sunt servanda". Das hat seinen Grund in dem auch von der sowjetischen Lehre erkannten koordinationsrechtlichen Charakter des Völkerrechts, dessen Funktionieren von der strikten Befolgung dieses Prinzips abhängt⁴⁾. Umstritten ist jedoch der Rechtscharakter dieses Satzes. Manche sehen in diesem Prinzip keine Rechtsnorm, sondern die logische Voraussetzung eines jeden Völkerrechts⁵⁾, einen aus sich selbst verständlichen, keines Beweises bedürftigen Satz, kurz, ein Axiom⁶⁾. Es überwiegt jedoch die Auffassung, daß es sich hierbei um eine Völkerrechtsnorm handelt, die eng namentlich mit der Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten als den Teilnehmern am Völkerrecht verbunden und mit diesen Prinzipien gegenseitig bedingt sei⁷⁾. Wichtig ist also bei diesem Satz die freiwillige Übereinstimmung

1) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 97.

2) Schurschalow, Der juristische Gehalt des Prinzips "pacta sunt servanda" und seine Verwirklichung in den internationalen Beziehungen, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 150 ff. (S. 154).

3) vgl. hierzu Talalajew, Die Auflösung internationaler Verträge in der Geschichte und Praxis des Sowjetstaates, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959, S. 144 ff. (S. 150); Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. II, S. 94.

4) vgl. Lisowski, S. 15.

5) Lisowski ebda.

6) so Korowin, Lehrbuch, S. 412.

7) Tunkin, S. 142; ähnlich Schurschalow, S. 152.

der verschiedenen Staatenwillen¹⁾. Diese wiederum sind nach der marxistisch-leninistischen Rechtstheorie abhängig von den Interessen der ihnen zugrundeliegenden ökonomischen Basis, deren gesetzmäßiger Entwicklung und jeweiligen Klassenstruktur²⁾. Dann ist also entscheidend bei der Bewertung des Satzes "pacta sunt servanda", daß er nicht - wie es bei Korowin und Lisowskij anklingt³⁾ - ein logisches, keinen Klassenwillen widerspiegelndes Gebot ist, sondern ebenfalls über den Staatenwillen von den Bedürfnissen und Veränderungen der jeweiligen ökonomischen Basen und den davon abhängenden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung diktiert wird. Diese Gesetzmäßigkeiten bestimmen daher die Effektivität⁴⁾ jeder - und erst recht dieser - Völkerrechtsnorm. Zwar bemerkt Tunkin richtig, die Effektivität sei nicht mit der Rechtsgültigkeit der Norm identisch, doch räumt er selbst auch ein, daß die Nichteffektivität durchaus die Rechtsgültigkeit der Norm beeinflussen könne⁵⁾. Damit sind im Einzelfall Entstehen, Schicksal und auch die E i n - h a l t u n g einer völkerrechtlichen Vertragsnorm mit dem Stand und der E n t w i c k l u n g der Produktions- und der gesellschaftlichen Verhältnisse, also mit der jeweiligen Klassenlage in den Ländern der Vertragsparteien verbunden.

Demgegenüber scheint die Auseinandersetzung darüber nicht mehr so wichtig zu sein, welcher Art von Rechtsnormen der Satz "pacta sunt servanda" zuzurechnen ist. Tunkin⁶⁾ sieht ihn als "Gewohnheitsnorm" an, Schurschalow⁷⁾ leugnet das und

1) Schurschalow ebda., S. 152.

2) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 149 und hinsichtlich "pacta sunt servanda" auch S. 142; s. auch oben S. 59/60.

3) Lisowskij, S. 15; Korowin, Lehrbuch, S. 412.

4) Tunkin, S. 99.

5) Tunkin, S. 99.

6) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 142.

7) Schurschalow, S. 152

sieht den normbegründenden Charakter in der Übereinstimmung des Willens der Staaten, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, weshalb diese Regel auch Eingang in die UNO-Charter gefunden habe¹⁾. Auf die UNO-Charter beruft sich auch Koshewnikow, der in der Erwähnung des Gebotes, seine vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten, offenbar einen "allgemein anerkannten Grundsatz des Völkerrechts" annimmt²⁾.

Die Folgen der Koppelung des Satzes "pacta sunt servanda" über den Staatenwillen an den Überbau-Basis-Mechanismus zeigen sich deutlich bei der sowjetischen Einstellung zur "clausula rebus sic stantibus". Ihre angeblich häufige Anwendung in der Praxis der kapitalistischen Staaten wird zwar wortreich gerügt³⁾, doch verschmäht auch die sowjetische Völkerrechtslehre die clausula als "außerordentliches Korrektiv"⁴⁾ für den Fall "grundlegender Änderung der Umstände"⁵⁾ keineswegs. Wichtigster Anwendungsfall der Klausel ist die Änderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren eines der vertragschließenden Staaten⁶⁾, worunter in der Gegenwart vor allem der Sieg einer proletarischen Revolution oder eines nationalen Be-

-
- 1) wo in der Präambel betont wird, es müßten Bedingungen geschaffen werden, "...unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen Quellen des Völkerrechts beruhen, gewährleistet werden kann...".
 - 2) Koshewnikow im Akademielexikon, S. 246, 247.
 - 3) vgl. Koshewnikow im Akademielexikon, S. 281.
 - 4) so Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, Sp. 490; genau so die von Gromyko-Golunskij-Chwostow herausgegebene Neubearbeitung, Bd. II, S. 74.
 - 5) so Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. II, S. 319.
 - 6) so schon Korowin, Das Völkerrecht der Übergangszeit, S. 110-112, der aus dem Blickwinkel der zwanziger Jahre, als die UdSSR der einzige sozialistische Staat war, auf den den Verträgen seinerzeit innewohnenden "Vorbehalt der sozialen Gemeinsamkeit" hinweist; grundsätzlich auch Talalajew, Die Auflösung internationaler Verträge in der Geschichte und Praxis des Sowjetstaats, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959, S. 144 ff. (S. 153).

freiungskampfes in einem ehemals abhängigen Gebiet verstanden wird¹⁾. Das ist im Sinne des auch für die Rechtstheorie geltenden Satzes nur folgerichtig, daß die Veränderungen der alten oder das Entstehen einer neuen Basis den gesamten Überbau beeinflussen. Weitere, aus sich selbst verständliche Anwendungsfälle der Klausel ergeben sich daraus, daß eine vertragschließende Partei die Hoheit über ein Gebiet verliert, auf das sich die Vertragspflichten beziehen, oder daß einer der Kontrahenten als Ergebnis der Verschmelzung mehrerer Staaten oder seiner Aufspaltung in mehrere Staaten kein Völkerrechtssubjekt mehr darstellt²⁾.

Man kann abschließend zu dem Ergebnis kommen, daß die nach sowjetischer Ansicht prinzipielle Abhängigkeit der Einhaltung und Lebensdauer völkerrechtlicher Verträge von der Entwicklung der in den einzelnen Vertragsstaaten herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu einer gewissen grundsätzlichen Rechtsunsicherheit führt. Das muß - stellt man sich einmal auf den Boden der sowjetischen Lehre - in besonderem Maße von den Verträgen gelten, an denen die Sowjetunion als Partei beteiligt ist, weil diese ja das Recht in Kenntnis seiner Abhängigkeit von den Verhältnissen an der ökonomischen Basis und deren gesetzmäßigen Veränderungen anwendet.

b) Das Wohnheitsrecht.

Nach sowjetischer Ansicht kommt dem Willen der einzelnen Staaten bei der Schaffung und Entwicklung von Völkerrechtsnormen entscheidende Bedeutung zu. Das gilt auch für die

1) Schurschalow, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 153/154.

2) Schurschalow ebda., S. 154.

Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zum Gewohnheitsrecht¹⁾.

Eine andauernde Gewohnheit im Bereich der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den Staaten kann durch Anerkennung von Seiten der Staaten zu einer Norm des Völkergewohnheitsrechts werden. Die Anerkennung erfolgt durch stillschweigende Vereinbarung unter den Staaten²⁾. Die so entstandene gewohnheitsrechtliche Norm bindet jedoch nur die Staaten, die Teilnehmer der stillschweigenden Vereinbarung sind³⁾. Neu entstandene Staaten sind in der Anerkennung des bereits entstandenen Völkergewohnheitsrechts frei⁴⁾. Nimmt ein solcher Staat jedoch ohne Vorbehalte offizielle Beziehungen zu anderen Staaten auf, so soll das die Anerkennung des für zwischenstaatliche Beziehungen grundlegenden Komplexes an völkerrechtlichen Prinzipien und Normen - auch gewohnheitsrechtlicher Art - mit sich bringen⁵⁾.

Unter allen diesen Umständen sieht auch die sowjetische Völkerrechtslehre das Gewohnheitsrecht als Quelle des Völkerrechts an⁶⁾. Die gewohnheitsrechtliche Norm steht in ihrer Verbindlichkeit gleichwertig neben der Vertragsnorm wegen der in beiden Fällen zugrundeliegenden - stillschweigenden oder ausdrücklichen - Staatenübereinkunft⁷⁾. Sieht man aber in der Vereinbarung zwischen den Staaten auch das Essentiale

1) vgl. zum folgenden Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 73-91, 136, 148/149.

2) Tunkin, S. 77/78, 136.

3) Tunkin, S. 78.

4) Tunkin, S. 85.

5) Tunkin, S. 85.

6) Tunkin, S. 91; Korowin im Akademielehrbuch, S. 5/6.

7) Tunkin, S. 91.

des Gewohnheitsrechtes¹⁾, so unterliegt es genau wie beim Vertrag der "Determinierung" des Staatenwillens durch die Bedürfnisse der zugrundeliegenden ökonomischen Basen und deren Entwicklung und Veränderung²⁾. Es gilt dann das zum Zustandekommen und der Einhaltung von Vertragsnormen Gesagte³⁾.

So wird auch der Unterschied zwischen Gewohnheitsrecht und völkerrechtlichem Vertrag, ausgehend vom formal verschiedenen Entstehen, in der Praktikabilität gesehen. Die gewohnheitsrechtliche Norm braucht zu ihrer Bildung längere Zeit als der schnell und genau zu formulierende Vertrag, sie benötigt außerdem die stillschweigende Anerkennung, wobei Schwierigkeiten bei deren Nachweis und somit auch dem des Bestehens der Norm auftreten können⁴⁾. Aus diesen Gründen zieht die sowjetische Völkerrechtslehre den Vertrag als Rechtsquelle vor⁵⁾.

c) Die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts.

"Allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts" sind Rechtssätze, namentlich Gebote allgemeinen Inhalts, die für die Staaten ohne Ansehen ihrer Gesellschaftsordnung gelten⁶⁾ und "besondere Bedeutung für die Festigung der Gesetzlichkeit in den internationalen Beziehungen besitzen"⁷⁾. Ihnen soll angesichts der Auseinandersetzung der zwei Lager in der Welt die Rolle zukommen, den Zerfall des Völkerrechts zu verhindern und gewisse Gemeinsamkeiten und Verbindungen

1) Tunkin, S. 136.

2) vgl. Lukaschuk, Die UdSSR und die internationalen Verträge, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1959, S. 16 ff. (S. 17-19); Tunkin, S. 148/149.

3) s.o.S. 60/61, a).

4) Tunkin, S. 74/75, S. 86.

5) Tunkin, S. 91.

6) Korowin im Akademielehrbuch, S. 10.

7) so Wyschinskij-Losowski, Bd. II, S. 124/125.

in den internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten¹⁾. Sie haben wie alle Rechtsnormen nach sowjetischer Ansicht Überbaucharakter und dienen sowohl der kapitalistischen wie auch der sozialistischen Basis²⁾.

Allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts entstehen ebenfalls durch Vereinbarung unter den Staaten. Sie werden entweder durch Verträge oder im Wege des Gewohnheitsrechtes und namentlich dessen allmählicher Erweiterung über den Kreis der ursprünglich Vereinbarenden hinaus geschaffen³⁾. Alle den betreffenden allgemeinen Grundsatz anerkennenden Staaten sind zu seiner Einhaltung verpflichtet⁴⁾. Im übrigen kann wegen des ausdrücklichen und mehr noch stillschweigenden Vereinbarungscharakters der "allgemeinen Grundsätze" nach sowjetischer Ansicht auf das zum Vertrag Gesagte verwiesen werden⁵⁾.

Zu den "allgemeinen Grundsätzen" wird die wechselseitige Achtung⁶⁾ einer Reihe von Völkerrechtsinstituten gezählt wie die staatliche Souveränität, die Nichteinmischung, der gegenseitige Vorteil, die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität, die Grundregeln des internationalen Vertrags- und Gesandtschaftsrechts, die Rechtsstatute internationaler Organisationen wie die UNO-Charter, die Gesetze und Gebräuche

1) vgl. Korowin, Über die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, SGiP 1951, Nr. 9, S. 14-19 (S. 18).

2) so Korowin, Einige grundlegende Fragen der gegenwärtigen Theorie des Völkerrechts, SGiP 1954, Nr. 6, S. 34-44 = RID 1955, Nr. 8, Sp. 221 ff. (Sp. 222/223).

3) vgl. Tunkin, Der XXI. Parteitag der KPdSU und das Völkerrecht der Gegenwart, S. 78/79, 129; Korowin im Akademielehrbuch, S. 6; Koshewnikow, Die allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts, SGiP 1959, Nr. 12, S. 15-24 (S. 16).

4) Koshewnikow ebda.

5) s.o.S. 60-65, a).

6) Korowin im Akademielehrbuch, S. 10.

des Krieges¹⁾ und schließlich die friedliche Koexistenz²⁾.

Demnach stellen sich die "allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts" als die Spielregeln der internationalen Beziehungen dar, auf deren Grundlage sich die Schaffung konkreter völkerrechtlicher Beziehungen gerade zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen vollzieht. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die "allgemeinen Grundsätze", soweit sie bereits im Zeitpunkt der Entstehung des Sowjetstaates Bestandteile des Völkerrechts waren, nunmehr wie alle "vorrevolutionären" Regeln der "Erfüllung mit neuem Inhalt" durch die sowjetische Völkerrechtswissenschaft und -praxis unterliegen³⁾. Weil diese Grundsätze zum Ausgangspunkt für die Schaffung konkreter Einzelnormen dienen, ist die Sowjetunion überdies bestrebt, möglichst viele neue Regeln in das Völkerrecht einzuführen und auf ihre Anerkennung als "allgemeine Grundsätze des Völkerrechts" hinzuwirken⁴⁾.

5. Die sowjetische Völkerrechtslehre und der ideologische Weltkonflikt.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist die Sowjetunion nicht mehr der einzige Staat mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. In Osteuropa, Ost- und Südostasien sind unter dem Druck und mit der Hilfe der Sowjetunion Staaten entstanden, deren ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse sich durch die Vergesellschaftung aller oder der

1) vgl. die Aufzählung bei Korowin, SGiP 1951, Nr. 9, S. 16; ders. im Akademielexikon, S. 10.

2) Korowin im Akademielexikon, S. 10; Tunkin, S. 47.

3) so Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, S. 124/125.

4) vgl. Koshewnikow, SGiP 1959, Nr. 12, S. 19.

meisten Produktionsmittel und die Übernahme der Macht im Staate durch die "Arbeiterklasse" und deren Parteien mehr und mehr den sowjetischen Verhältnissen angleichen. Die sowjetische Völkerrechtslehre trägt dieser Entwicklung Rechnung, wenn sie eine Einheit des Klassenbewußtseins und der sozialistischen Ideologie¹⁾ zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokratien festzustellen meint. Es liegt auf der Hand, daß angesichts einer weitgehenden Gemeinsamkeit in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen auch das zwischen diesen Staaten zur Anwendung kommende Völkerrecht zumindest in der Rechtstheorie anderen Charakter haben muß als das in den Beziehungen zu den nichtsozialistischen Staaten geltende Völkerrecht, steht sich doch in den einzelnen Ländern die gleiche herrschende Klasse gegenüber. Es wird daher in Anbetracht der Tatsache, daß auch zwischen sozialistischen Staaten Gebietsänderungen stattfinden, zu untersuchen sein, was es mit diesen unter dem Schlagwort "Sozialistischer Internationalismus" geregelten Rechtsbeziehungen grundsätzlich auf sich hat.

Auf der anderen Seite haben sich mit der Schaffung eines "sozialistischen Lagers" die Gegensätze zwischen den beiden in der Welt herrschenden gesellschaftlichen Systemen seit Kriegsende verschärft, ohne daß es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen ihnen gekommen ist. Seit dem Ende der Stalinära hat sich für diesen Zustand in der sowjetischen Terminologie die Bezeichnung "friedliche Koexistenz" herausgebildet. Da das Völkerrecht in dem Sinne, wie er bisher der Untersuchung zugrundelag, zwischen "koexistierenden" Staaten gilt und sich auch Gebietsänderungen zwischen der Sowjetunion und kapitalisti-

¹⁾ vgl. Korowin, Grundprobleme der gegenwärtigen internationalen Beziehungen, S. 57.

schen Staaten ergeben können und ergeben haben, soll auch auf den Begriff der "friedlichen Koexistenz" und seine Bedeutung für das zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme geltende Völkerrecht eingegangen werden. Dieser Begriff soll zuerst behandelt werden, weil der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz" Geltung für den umfangreicheren Teil der völkerrechtlichen Beziehungen der Sowjetunion beansprucht, nämlich den mit allen nichtsozialistischen Staaten.

a) Der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz".

Der Gedanke der "friedlichen Koexistenz" ist aus der Einsicht entstanden, daß die sozialistische Revolution nicht gleichzeitig in den wichtigsten Ländern der Welt, sondern zunächst nur in einem und dann in wenigen Ländern siegen würde. Eine gewisse Zeit lang mußten daher das sozialistische und das kapitalistische System nebeneinander bestehen, bis durch die gesetzmäßige Entwicklung der Produktionsverhältnisse in den kapitalistischen Staaten diese ebenfalls für die sozialistische Revolution reif seien¹⁾. Dieser Vorgang würde dem dialektischen Gesetz folgen, daß Entwicklungen sprunghaft vor sich zu gehen pflegen. Sozialistische Revolutionen seien jedoch immer das Ergebnis der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Inneren eines Landes, sodaß von vornherein ausgeschlossen würde, "daß sie je das Ergebnis einer Intervention sein könnten"²⁾. Danach hat also der sozialistische Staat einen Export der Revolution in andere Staaten nicht nötig.

Ansichts dieser angeblich bestehenden Ausgangslage liegt der sachliche Gehalt des Begriffes der "friedlichen Koexi-

1) vgl. hierzu und zum folgenden Steiniger, S. 108/109; Inosemzew, Die friedliche Koexistenz - die wichtigste Frage der Gegenwart, Prawda vom 17.1.1962.

2) Steiniger, S. 108/109.

stenz" im Nebeneinanderbestehen beider antagonistischer gesellschaftlicher Systeme in der Welt ohne Krieg¹⁾. Schurschalow²⁾ hat das zutreffend als die Minimalforderung des Nebeneinanders der beiden Systeme bezeichnet.

Das Gebot der "friedlichen Koexistenz" gilt jedoch nur für das Verhältnis der S t a a t e n verschiedener gesellschaftlicher Systeme in ihren Beziehungen zueinander. Es ist auf die inneren Verhältnisse eines Staates nicht anwendbar und schließt revolutionäre innerstaatliche Bewegungen namentlich in kapitalistischen Ländern beim Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aus³⁾. Auch eine ideologische Koexistenz zwischen beiden Systemen ist ausgeschlossen⁴⁾. Zutreffend ist die "friedliche Koexistenz" denn auch als eine "spezifische Form des Klassenkampfes" bezeichnet worden⁵⁾; die Eigenheit besteht in der Führung der Auseinandersetzung zwischen den Klassen und antagonistischen Systemen im innerstaatlichen, namentlich im

-
- 1) so Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 299; ähnlich Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 49.
 - 2) Schurschalow, Die völkerrechtlichen Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, SGiP 1962, Nr. 7, S. 95-105 (S. 97).
 - 3) Gromyko-Golunskij-Chwostow ebda.; vgl. hierzu neuerdings und ausführlich Arsumanjan, Die friedliche Koexistenz und der weltrevolutionäre Prozeß, MŽ 1963, Nr. 8, S. 3-7; Staruschenko, Die nationale Befreiungsbewegung und der Kampf für den Frieden, MŽ 1963, Nr. 10, S. 3-10 (S. 4); Timofejew, Gegen die Verdrehung der Klassennatur der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz, MŽ 1963, Nr. 8, S. 25-29 (S. 27/28).
 - 4) vgl. Iwanowa, Die Verdrehung des Begriffs der friedlichen Koexistenz durch die bürgerliche Ideologie, SGiP 1962, Nr. 10, S. 96-105 (S. 104).
 - 5) Gromyko-Golunskij-Chwostow, ebda.; Tunkin, S. 14.

wirtschaftlichen Bereich¹⁾ bei Aussparung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Schwierig ist es, den Begriff rechtlich zu charakterisieren. In der Sowjetunion war man sich bereits seit der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges und vor allem seit der Stalinschen Lösung vom "Sieg des Sozialismus" in einem Lande über die Voraussetzung der friedlichen Koexistenz, nämlich die ungleiche Entwicklung in den einzelnen Ländern auf eine sozialistische Revolution hin, im klaren. Aber erst die politischen Erfordernisse der Zeit nach dem Tode Stalins und die bewußte Einführung dieses Begriffes in die außenpolitische Auseinandersetzung machten auch eine rechtliche Klärung nötig. So hält denn Durdenewskij noch 1955 den Begriff der "friedlichen Koexistenz" für eine Zusammenfassung gewisser Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts²⁾. Heute besteht Klarheit darüber, daß der Begriff seiner Rechtsnatur nach ein "allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts" ist³⁾.

Die dazu notwendige allgemeine Anerkennung wird aus der UNO-Charta hergeleitet, die das Prinzip zwar nicht ausdrücklich erwähne, aber von diesem Gedanken wie von einem roten Faden durchzogen würde⁴⁾. Weiterhin leitet man sie ab aus einer Vielzahl gemeinsamer Erklärungen von Staaten

1) vgl. Inosemzew in der "Prawda" vom 17.1.1962: "wirtschaftlicher Wettbewerb der beiden Systeme"; ähnlich Tunkin, S. 14.

2) Durdenewskij, Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, in: Krylow-Durdenewskij, Die völkerrechtlichen Formen der Koexistenz der Staaten und Nationen, S. 5 ff. (S. 7).

3) Tunkin, S. 47; Korowin im Akademie-Lehrbuch, S. 10.

4) so Tunkin, S. 46.

aller gesellschaftlichen Systeme, die dieses Prinzip bestätigen¹⁾.

Der völkerrechtliche Inhalt dieses allgemein anerkannten Grundsatzes ist das Gebot an die Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen, sich in ihren Beziehungen untereinander des Krieges oder sonstiger Gewalt und der Drohung mit ihnen zu enthalten²⁾. Gleichzeitig trägt das Prinzip die anderen allgemein anerkannten Grundsätze insbesondere des Nichtangriffs, der Achtung der territorialen Integrität, der Souveränität, der Nichteinmischung, der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der gewissenhaften Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen³⁾. Ihre Beachtung ist dazu bestimmt, die Einhaltung des Gebotes der "friedlichen Koexistenz" zu ermöglichen und zu sichern⁴⁾. Auf der anderen Seite gibt die Wahrung der "friedlichen Koexistenz" diesen Grundsätzen erst einen letzten Sinn⁵⁾. Der völkerrechtliche Gehalt des Grundsatzes der "friedlichen Koexistenz" besteht also nach sowjetischer Ansicht in einem Gebot an alle Völkerrechtsteilnehmer aus den verschiedenen antagonistischen gesellschaftlichen Systemen, auf den Krieg als Mittel der Politik zwischen den Staaten zu verzichten, und einer Ausrichtung der diesem Prinzip nachgeordneten anderen allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts in Inhalt und Anwendung auf dieses Gebot.

1) vgl. die Aufzählung bei Korowin im Akademiellehrbuch, S. 11; s. auch Tunkin, S. 47.

2) Tunkin, S. 49.

3) vgl. Tunkin, S. 48.

4) so Sadoroshnyj, Die völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz, SGiP 1955, Nr. 8, S. 89-96 (S. 92).

5) Lewin, Die friedliche Koexistenz und das Völkerrecht, Nachrichten Höherer Lehranstalten - Rechtswissenschaft -, 2. Jahrg. 1958, Heft 1, S. 95-106 (S. 105).

Bei der Würdigung des Grundsatzes der "friedlichen Koexistenz" ist zu bedenken, daß bei aller Anerkennung, die einer völkerrechtlichen Ächtung des Krieges gebührt, der zwischen den Staaten geführte Krieg gerade im Zeitalter der Atomkriege und des Rüstungsgleichgewichts nur einen verhältnismäßig kleinen Ausschnitt aus der umfangreichen Skala der Konfliktmöglichkeiten zwischen Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme darstellt, daß sich die Spannungen und Auseinandersetzungen mehr und mehr auf den wirtschaftlichen und ideologischen Bereich verlagern. Gewaltsame, d.h. militärische Auseinandersetzungen, werden zusehends nicht mehr zwischen den Staaten, sondern **i n n e r h a l b** der Staaten in Form von Revolutionen und Bürgerkriegen geführt, bei denen dann die eine oder andere Seite zwar nicht durch interessierte andere Staaten direkt, wohl aber durch "Freiwillige" und die Hilfe befreundeter ausländischer Parteien und Organisationen unterstützt werden. Gerade für dieses so weite Feld der möglichen Auseinandersetzungen gilt aber, wie bereits gezeigt, der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz" nicht. Aber auch innerhalb des ihm zugedachten Anwendungsbereiches sind dem Grundsatz und einer aus ihm herrührenden Kompromißbereitschaft Grenzen gesetzt, die von der Beachtung der Lebensinteressen der Sowjetunion, des Klassenantagonismus der beiden Systeme und der dadurch bedingten unaufhörlichen Auseinandersetzung bestimmt werden¹⁾.

b) Der Grundsatz des "sozialistischen Internationalismus".

Im Gegensatz zum allgemeinen Völkerrecht nehmen an den völkerrechtlichen Beziehungen innerhalb des "sozialistischen Lagers" Staaten teil, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse vom Fehlen des privaten Eigentums

1) vgl. Wygodskij, S. 173, und die dort in diesem Zusammenhang bezeichnende Verurteilung des Kapitulantentums in grundsätzlichen Fragen.

an den Produktionsmitteln und von der Herausbildung eines sozialistischen Systems bestimmt werden, sodaß es zwischen ihnen nach sowjetischer Ansicht keine vom Klassenantagonismus geprägten Gegensätze gibt¹⁾. Das hat zur Folge, daß zwischen den sozialistischen Ländern das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" - als Minimalforderung eines auf Klassengegensätzen aufbauenden allgemeinen Völkerrechts - nicht gilt²⁾. Vielmehr sollen die völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, denen eine einheitliche, nämlich sozialistische Basis zugrundeliegt, ein Völkerrecht "neuen Typs" darstellen³⁾.

Leitgedanke des "neuen" Völkerrechts ist der Begriff des "sozialistischen Internationalismus", ein Terminus, der als "proletarischer Internationalismus" und politisch-moralisches Prinzip aus der Zeit der noch um die Macht kämpfenden, sich gegenseitig unterstützenden kommunistischen und Arbeiterparteien herrühren soll⁴⁾. Der Inhalt des Begriffs des "sozialistischen Internationalismus" wird zum einen ge-

1) vgl. die Aufzählung der den sozialistischen Staaten eigenen Gemeinsamkeiten bei Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 241.

2) vgl. Schurschalow, Die völkerrechtlichen Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, in: Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Völkerrechtliche Formen der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, S. 8-77 (S. 14/15); das war anfangs bestritten, vgl. die a.A. bei Tunkin, Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen und das Völkerrecht, SGiP 1959, Nr. 1 = Sowjetwissenschaft 1959, Heft 1, S. 709 ff. (S. 718).

3) so Krylow, Zur Beurteilung von Fragen der Völkerrechtstheorie, SGiP 1957, Nr. 7, S. 74-79 (S. 75); Korowin im Akademiellehrbuch, S. 14; Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 277, die sich mit dem Hinweis, es handele sich bei diesen Beziehungen um "neuartiges, höherwertiges", weil von anderen Voraussetzungen ausgehendes Völkerrecht, gegen die Annahmen wenden, es läge hier nur eine Spielart von lokalem Völkerrecht vor.

4) vgl. Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 245, 250.

kennzeichnet durch "brüderliche, gegenseitige Hilfe" ¹⁾, die sich die sozialistischen Länder bei der Bewältigung der anfallenden politischen und wirtschaftlichen Probleme gegenseitig zu leisten verpflichtet sind. Ein anderes Kennzeichen ist der Grundsatz der strikten Einheit: Gemeinsamkeit der grundlegenden staatlichen Interessen, Einheit der politischen Ziele, Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, Einheitlichkeit des außenpolitischen Vorgehens sind seine wichtigsten Gebote. Die Wirksamkeit des ganzen Prinzips hängt davon ab, eine wie enge Einheit sich unter den sozialistischen Staaten herstellen läßt ²⁾, und gegebenenfalls müssen die nationalen Interessen eines Landes hinter den Interessen der ganzen sozialistischen Gemeinschaft zurückstehen ³⁾. Im Zusammenhang mit dem Gedanken der strikten Einheit stehen schließlich auch die weiteren Merkmale des "sozialistischen Internationalismus": die Anerkennung der führenden Rolle der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Beziehungen zwischen den Staaten des "sozialistischen Lagers" ⁴⁾ und die Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Weltssystem ⁵⁾.

-
- 1) so Schurschalow, S. 12 ff., auf den sich auch die folgenden Ausführungen stützen.
 - 2) vgl. die Ausführungen zur Einheit des sozialistischen Lagers bei Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 50 ff. (S. 57/58).
 - 3) vgl. Schurschalow, Völkerrechtliche Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, SGiP 1962, Nr. 7, S. 95-105 (S. 103); vgl. auch Chwostow, Die chinesische "Rechnung nach dem Register" und die Rechte der Geschichte, MZ 1964, Nr. 10, S. 21-27 (S. 22/23), der im Zusammenhang mit den sowjetisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten erklärt, die Bezugnahme auf früheres vertragliches Unrecht zwischen zwei sozialistischen Staaten widerspreche den Geboten des sozialistischen Internationalismus und diene nationaler Gehässigkeit.
 - 4) Schurschalow, Die völkerrechtlichen Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten - Monographie - S. 29.
 - 5) vgl. hierzu Martin, Der sozialistische Internationalismus als Grundprinzip der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, Deutsche Außenpolitik 1958, Heft 3, S. 279/280.

Rechtlich wird das Prinzip des "sozialistischen Internationalismus" als allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts angesehen¹⁾, aber selbstverständlich nur des zwischen den sozialistischen Staaten geltenden Völkerrechts "neuen Typs". In diesem Rahmen erschöpft sich der Grundsatz nicht nur in seiner Statuierung und der in ihm enthaltenen Rechte und Verpflichtungen, die aus den Geboten der gegenseitigen Hilfe und der Einheit des "sozialistischen Lagers" herühren. Er trägt vielmehr - ähnlich wie unter anderen Verhältnissen der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz" - auch andere, bereits im allgemeinen Völkerrecht allgemein anerkannte Grundsätze wie Souveränität, Gleichberechtigung, gegenseitiger Vorteil, Nichteinmischung und Achtung der territorialen Integrität²⁾. Diese Grundsätze sollen unter der Ausstrahlung des "sozialistischen Internationalismus" jedoch zu qualitativ neuen Völkerrechtsgrundsätzen geworden sein, die wegen der durch sie geregelten, nicht mehr klassenfeindlichen zwischenstaatlichen Beziehungen höherwertiger als die gleichnamigen Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts seien und von jenen allenfalls "fortschrittliche Elemente" enthielten³⁾. Sie unterliegen nunmehr der Ausrichtung auf die Gebote des "sozialistischen Internationalismus"⁴⁾, also der strikten Einheit des "sozialistischen Lagers", der gegenseitigen Hilfe, der führenden Rolle der kommunistischen und Arbeiterparteien in den zwischenstaatlichen Beziehungen und der Anerkennung der führenden Stel-

-
- 1) so Schurschalow ebda., S. 13; Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 277.
- 2) vgl. Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 50 ff. (S. 55 ff., S. 61); Tunkin, S. 250.
- 3) Tunkin, S. 252, 253, 261.
- 4) Tunkin, S. 261.

lung der UdSSR. Diese "Ausfüllung der alten Formen mit neuem Inhalt" ¹⁾ geht unter Anleitung der kommunistischen und Arbeiterparteien vor sich, sodaß eine rein mechanistische Anwendung der alten völkerrechtlichen Prinzipien ausgeschlossen sein soll ²⁾.

Eine Würdigung des Grundsatzes des "sozialistischen Internationalismus" und des mit ihm verbundenen Völkerrechts "neuen Typs" muß zu dem Schluß führen, daß hier parteipolitisch-taktische Bedürfnisse völkerrechtlich institutionalisiert werden sollen. Bereits der oben dargelegte Inhalt der rechtlichen Gebote und Merkmale des "sozialistischen Internationalismus" spricht für eine solche Folgerung. Die Verpflichtung der sozialistischen Staaten auf die einzelnen Forderungen dieses Grundsatzes, Hand in Hand mit einer an diesen Forderungen ausgerichteten Umformung der Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts durch politische Parteien, deren Beziehungen und Disziplin untereinander und zur Zentrale sich der Erfassung durch das Völkerrecht - auch das des "neuen Typs", das ebenfalls nur für die Staaten gilt - entziehen, nützt nur diesen Gruppen und ihrem Herrschaftsanspruch. So betrachtet, ist der "sozialistische Internationalismus" wirklich das Leitprinzip der völkerrechtlichen Beziehungen "neuen Typs". Zutreffend wird der Grundsatz von nichtkommunistischen Autoren denn auch als "...Grundlage einer Art internationalen Parteirechts mit Rückwirkung auf die Beziehungen auf staatlicher Ebene" gewürdigt ³⁾. Hier bleibt jedoch festzuhalten, daß auch in den Beziehungen nach dem Völkerrecht "neuen Typs" völkerrechtlich erheblich

1) so Korowin ebda., S. 55; vgl. hierzu auch Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 277; Tunkin, S. 261.

2) Schurschalow ebda., S. 37.

3) so Bracht, Ideologische Grundlagen der sowjetischen Völkerrechtslehre, S. 229; siehe auch die Schlußfolgerungen der Dissertation von Stürmann, S. 50, 52.

und auch für unsere Untersuchungen von Bedeutung nur der Wille und das Handeln der einzelnen sozialistischen Staaten sind, mögen diese auch nur die Entschlüsse der in ihnen herrschenden Gruppen übermitteln. Im übrigen dürfte dem Grundsatz des "sozialistischen Internationalismus" und namentlich dem Gebot strikter Einheit und Solidarität die Bewährungsprobe als wirksames völkerrechtliches Prinzip angesichts des Dranges zu größerer politischer Unabhängigkeit auch der einzelnen Staaten des "sozialistischen Lagers" und der sowjetisch-chinesischen Spannungen noch bevorstehen.

C. Staatliche und nationale Souveränität als Grundlagen sowjetischen gebietsrechtlichen Denkens.

Bereits im bisherigen Verlauf der Untersuchungen ist immer wieder zutage getreten, welches Gewicht die sowjetische Völkerrechtslehre dem Willen der einzelnen Staaten bei der Bildung des Völkerrechts, seiner Anwendung und der Unterwerfung unter das Völkerrecht beimißt. Rechtstheoretisch wird das mit der "Determinierung" des Staatenwillens durch die Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse an der dem jeweiligen Staat zugrundeliegenden ökonomischen Basis begründet¹⁾. Formalrechtliche Folge dessen ist das jedem Staat zuerkannte Recht, seine eigenen Angelegenheiten frei von der Einflußnahme anderer - oft von den Bedürfnissen und Gesetzmäßigkeiten anderer ökonomischer Basen abhängiger - Staaten zu gestalten. Diese Befugnis wird unabhängig von ihrer verschiedenen Motivierung sowohl im Völkerrecht "traditioneller Auffassung" als auch in der sowjetischen Völkerrechtslehre als "Souveränität" aufgefaßt und steht in erster Linie den Staaten zu.

Jeder Staat wird in der Regel von einem, oft aber auch von mehreren Völkern getragen; einen Staat ohne Volk gibt es

¹⁾ s.o.S. 59/60, B II 4 a.

nicht. Die einzelnen Völker bestanden schon vor der Schaffung der von ihnen getragenen Staaten, sie lebten seinerzeit in Staatswesen, deren Bildung, Aufrechterhaltung und territoriale Abgrenzung häufig auf dynastischen Erwägungen und Zufällen beruhten. Ein vorhandenes Staatsbewußtsein bezog sich meist auf das jeweilige Herrscherhaus und die von ihm verkörperte Macht. Seit dem Aufkommen der Nationalstaatsidee vom beginnenden 19. Jahrhundert an bis heute wird für die Völker jedoch der Anspruch erhoben, Herr in den eigenen politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten zu sein und das staatliche Schicksal selbst zu gestalten. Dieser Anspruch wird in der sowjetischen Rechtslehre als "nationale Souveränität" bezeichnet¹⁾; er ist hier, auch wenn er von einem Volk ohne eigenen Staat erhoben wird, von völkerrechtlicher Bedeutung und vom Begriff der staatlichen Souveränität streng zu unterscheiden²⁾. Dagegen kommt im westlichen Rechtskreis den mit dem Begriff der "nationalen Souveränität" verbundenen Forderungen nur dann völkerrechtliche Bedeutung zu, wenn sie von einem der schon bestehenden Staaten - also den Völkerrechtssubjekten - zugunsten eines Volkes oder Volksteiles erhoben werden. Das ist gewöhnlich dann der Fall, wenn eine ethnische Identität zwischen dem Staatsvolk und der betreffenden Gruppe besteht oder behauptet wird.

Nach sowjetischer Ansicht ist jedem Volk die "nationale Souveränität" zu eigen. Sie verschmilzt mit der staatlichen Souveränität erst dann, wenn die Schaffung eines eigenen nationalen Staates in einer von verschiedenen möglichen Formen gelungen ist, worauf noch einzugehen sein wird. Im

1) vgl. die Begriffserklärung bei Tasmuchamedow, S. 59; weitere Einzelheiten s. unten S. 103-105, II.

2) vgl. wegen dieser Unterscheidung Modshorjan, Der Begriff der Souveränität im Völkerrecht, SGiP 1955, Nr. 1, S. 68-76 = RID 1955, Nr. 20, Sp. 577 ff.; Jewgenjew im Akademielehrbuch, S. 95.

folgenden sollen beide Begriffe untersucht werden, wobei mit der staatlichen als der für das Völkerrecht wichtigeren Souveränität begonnen wird.

I. Staatliche Souveränität und souveräne Gleichheit.

1. Staatliche Souveränität.

a) Begriff.

In der sowjetischen Völkerrechtslehre wird die staatliche Souveränität gegenwärtig definiert als

"die Unabhängigkeit des Staates, die in dem Recht des Staates zum Ausdruck kommt, über seine inneren und äußeren Angelegenheiten frei, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ohne die Rechte anderer Staaten sowie die Grundsätze und Normen des Völkerrechts zu verletzen" ¹⁾.

Diese Definition entspricht in ihrem Wortlaut ganz der auch im klassischen Völkerrecht des westlichen Rechtskreises herrschenden Auffassung von der staatlichen Souveränität. Ergebnis der sowjetischen Begriffsbestimmung ist ebenfalls die Forderung nach der Beachtung eines strikten Konsensprinzips, sodaß die Lösung irgendwelcher die Interessen eines bestimmten Staates berührender Fragen nicht ohne dessen Teilnahme und freiwillige, im Akkord mit dem innerstaatlichen Verfassungsrecht ausgedrückte Zustimmung vor sich gehen darf ²⁾.

Inhalt der staatlichen Souveränität ist die "Unabhängigkeit" des Staates. Sie ist tatsächlicher wie rechtlicher Natur. Bei den tatsächlichen Kriterien kommt es nicht so sehr darauf an, ob der einzelne Staat machtmäßig imstande ist, Anschlägen

¹⁾ Jewgenjew im Akademielehrbuch, S. 90.

²⁾ vgl. hierzu Sadoroshnyj, Völkerrechtliche Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten, SGiP 1955, Nr. 8, S. 89-96 (S. 91).

auf seine Unabhängigkeit Widerstand zu leisten¹⁾. Wichtig für den tatsächlichen Grad der Unabhängigkeit des einzelnen Staates soll vielmehr seine wirtschaftliche Unabhängigkeit sein²⁾, sodaß es eine staatliche Souveränität "ohne unabhängige Ökonomie des Staates" nicht gebe³⁾.

Rechtlich wird Souveränität in einem abstrakten Sinne als "Recht" auf Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Machtvollkommenheit aufgefaßt⁴⁾. Eine derartige Behandlung der staatlichen Souveränität ermöglicht es einerseits, in irgendeiner Weise abhängige Staaten zur Geltendmachung ihres "Rechtes" auf staatliche Souveränität und auf die in ihr enthaltenen staatlichen Befugnisse anzureizen⁵⁾. Da die staatliche Souveränität jedoch ein Recht, aber nicht notwendig einen darauf gestützten dauernden Zustand darstellt, ist es andererseits zulässig, dieses Recht ganz oder teilweise nicht geltend zu machen, sodaß die "Unabhängigkeit" eines solchen Staatswesens - dieser Ansicht folgend - nur in dem Entschluß bestehen kann, seine Souveränität künftig selbst nicht auszuüben, sondern damit ein anderes Staatswesen zu betrauen.

-
- 1) vgl. hierzu Wyschinskij, Fragen der Rechts- und Staatstheorie, S. 410.
 - 2) vgl. hierzu Sujew, Das Prinzip der staatlichen Souveränität - das wichtigste Prinzip des Völkerrechts, NJ 1951, S. 105-110 (S. 109).
 - 3) so auch Wyschinskij, The Law of the Soviet State, S. 277.
 - 4) vgl. Korowin, Einige grundlegende Fragen der gegenwärtigen Theorie des Völkerrechts, SGiP 1954, Nr. 6, S. 34-44 = RID 1955, Heft 8, Sp. 221 ff.; Wyschinskij, Fragen der Rechts- und Staatstheorie, S. 410.
 - 5) auf die mit dieser Auffassung verbundene "große revolutionäre Wirkung" weist Korowin, Sp. 231 hin.

b) Völkerrechtliche Bewertung.

Die sowjetische Völkerrechtslehre sieht die staatliche Souveränität als allgemein anerkannten Grundsatz des Völkerrechts an¹⁾ mit der Folge einer Verpflichtung aller am Völkerrecht teilnehmenden Staaten, die Souveränität anderer Staaten zu achten. Jeder Anschlag auf die Souveränität fremder Staaten ist völkerrechtswidrig ohne Rücksicht darauf, ob diese ihre Souveränitätsrechte verteidigen können oder nicht²⁾. Man kann hieraus auch nach der Sowjetlehre das Gebot zur Einhaltung des Konsensprinzips ableiten mit der Folge, daß einen Staat betreffende, aber ohne seine Zustimmung getroffene Regelungen die Souveränität dieses Staates verletzen und mithin völkerrechtswidrig sind. Auch die sowjetische Völkerrechtslehre verwirft jedoch den Gedanken der absoluten Souveränität und sieht den souveränen Staat in seinem Handeln als an die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts und die freiwillig übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen gebunden an³⁾.

Die wichtigste völkerrechtliche Folge des Besitzes staatlicher Souveränität ist die Fähigkeit, Völkerrechtssubjekt zu sein. Die sowjetische Völkerrechtslehre sieht in der Regel allein souveräne Staaten als Völkerrechtssubjekt an⁴⁾.

Die Sowjetunion hält aus Gründen, auf die noch eingegangen werden wird, in den Beziehungen des allgemeinen Völkerrechts, d.h. also zu Staaten anderer Gesellschaftsordnungen, strikt an dem klassischen Begriff der einzelstaatlichen Souveränität und den daraus herrührenden Rechten und Pflichten fest.

1) Jewgenjew im Akademielehrbuch, S. 93.

2) Korowin, Lehrbuch, S. 153; Sujew, NJ: 1951, S. 109.

3) Jewgenjew ebda.

4) vgl. hierzu Modshorjan, Die Subjekte des Völkerrechts, S. 7 ff.

Dagegen macht der Begriff der staatlichen Souveränität im Geltungsbereich des Völkerrechts "neuen Typs" eine einschneidende Wandlung durch. Vor allem das bereits dargestellte Gebot des "sozialistischen Internationalismus" von der Einheit des sozialistischen Lagers hat - wenigstens rechtstheoretisch - den Grundsatz der staatlichen Souveränität erheblich deformiert. Es ist bereits oben ausgeführt worden, daß notfalls einzelstaatliche Interessen vor den Gesamtinteressen des sozialistischen Lagers zurückzuweichen haben¹⁾. Hier gerät eine nationale Politik unter Berufung auf die völkerrechtlich verbrieftete Souveränität der Einzelstaaten in den Verdacht "...einer nationalistischen Auslegung der Lösung der Souveränität", hier ist "jeder Schritt auf dem Weg nationaler Absonderung verbunden mit einer Stärkung der Abhängigkeit des betreffenden Staates von der kapitalistischen Einkreisung" und lähmt seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit²⁾. Nach dieser Auslegung kann die der staatlichen Souveränität zugrundeliegende generelle Unabhängigkeit von der Einflußnahme j e d e s anderen Staates für die Staaten des sozialistischen Lagers in erster Linie als Unabhängigkeit von der Einflußnahme anderer, nichtsozialistischer Staaten aufgefaßt werden. Dagegen kann es auf einen genau so hohen Grad von Unabhängigkeit gegenüber anderen sozialistischen Staaten nicht entscheidend bei der Souveränität eines sozialistischen Staates ankommen. Hier muß man sich auch vergegenwärtigen, daß nach einer anderen Regel des "sozialistischen Internationalismus"³⁾ den kommunistischen und Arbeiterparteien die führende Rolle in der Ausgestaltung der zwischen-

1) s.o.S. 76, B II 5 b.

2) vgl. Korowin, Der proletarische Internationalismus und des Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 57/58.

3) s.o.S. 76, B II 5 b.

staatlichen Beziehungen innerhalb des "sozialistischen Lagers" zukommen soll. Ihr Wirken auf internationaler Ebene würde unter Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen nach den Regeln des allgemeinen Völkerrechts über den formell allein maßgebenden Staatenwillen stattfinden, innerhalb des "sozialistischen Lagers" erfolgt es aber in direktem, allein maßgebenden Kontakt zwischen den verschiedenen Parteien¹⁾ und ist gerade mit den Maßstäben des allein für die Staaten geltenden Völkerrechts - auch des des "neuen Typs" - nicht erfaßbar. Bei so gearteten Beziehungen innerhalb des "sozialistischen Lagers" braucht hier dem Grundsatz der staatlichen Souveränität - wenigstens theoretisch - keine überragende Bedeutung zuzukommen. Ob diese Ausfüllung des Grundsatzes der staatlichen Souveränität mit "neuem Inhalt" auch in der Völkerrechtspraxis der Staaten des "sozialistischen Lagers" einen effektiven Niederschlag findet, erscheint im Augenblick noch offen. Angesichts der sowjetisch-chinesischen Streitigkeiten und einer sich abzeichnenden eigenständigen Politik Rumäniens sind hier jedoch Zweifel angebracht.

- c) Die Aufgaben der staatlichen Souveränität in den vom allgemeinen Völkerrecht geregelten zwischenstaatlichen Beziehungen.

Die-zumindest theoretisch- zweitrangige Bedeutung des Grundsatzes der staatlichen Souveränität im Völkerrecht "neuen Typs" wird verständlich, wenn man sich die Aufgaben klar macht, die der Souveränität eines sozialistischen Staates

¹⁾ Typisch daher bei Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 250/251, im Rahmen der Behandlung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus die Erwähnung von internationalen und nationalen Parteiverlautbarungen, die die Anerkennung der Grundsätze des sozialistischen Internationalismus durch die S t a a t e n des sozialistischen Lagers bestätigen.

im Zeitalter des Nebeneinanders zweier entgegengesetzter gesellschaftlicher Systeme zukommen.

Ausgangspunkt der sowjetischen Doktrin ist die Feststellung, daß der Souveränitätsgrundsatz wie jedes andere Völkerrechtsinstitut "...bestimmte innerstaatliche Klassenverhältnisse widerspiegelt ... und sich mit ihnen unvermeidlich ändert" ¹⁾. Folgt man dem, so hat sich innerhalb der Sowjetunion und der sozialistischen Länder das Proletariat als herrschende Klasse durchgesetzt und innerhalb der einzelnen Länder den früheren Klassenantagonismus entweder beseitigt - wie angeblich in der UdSSR -, oder es ist mit der Zurückdrängung oder Vernichtung der früher herrschenden Klassen auf dem Wege dorthin. Gleichzeitig nehmen aber am Völkerrecht noch viele Staaten mit kapitalistischer, der sozialistischen entgegengesetzter Gesellschaftsordnung teil. Angesichts dessen liegt die Aufgabe der staatlichen Souveränität als einer "Schranke" ²⁾ auf der Hand, hinter der die sozialistischen Staaten ungestört ihre eigene Gesellschaftsordnung aufbauen wollen. Tunkin ³⁾ sieht wegen dieses Nebeneinanders der beiden antagonistischen gesellschaftlichen Systeme die Existenz und das Weiterbestehen souveräner Staaten als Folge der Gesetzmäßigkeiten in der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart an, also als unvermeidbar. Außer der "Schrankenfunktion" ist von der sowjetischen Völkerrechtslehre zur Begründung ihres Festhaltens am Grundsatz der staatlichen Souveränität nichts wesentlich anderes mehr vorgetragen worden. Die Argumente treffen sich immer wieder in der Feststellung, die staatliche Souveränität sei nach außen eine Waffe im Kampf gegen die wirtschaftlichen und politischen Anschläge

1) so Sujew, NJ 1951, S. 105.

2) Sujew ebda.; genau so schon Korowin, Das Völkerrecht der Übergangszeit, S. 42/43.

3) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 154/155.

der imperialistischen Kräfte und nach innen geeignet, den Aufbau der hervorragendsten politischen und gesellschaftlichen Formen zu ermöglichen und zu sichern¹⁾.

Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, daß die sozialistischen Länder sich auch weiterhin für die strikte Aufrechterhaltung des Souveränitätsprinzips in den vom allgemeinen Völkerrecht geregelten Beziehungen einsetzen²⁾ und daß eine Änderung ihrer Einstellung zu dieser Frage so lange nicht zu erwarten ist, wie die beiden ideologisch und im gesellschaftlichen Aufbau entgegengesetzten Systeme bestehen³⁾. Da sich auf der anderen Seite jedoch innerhalb des Anwendungsbereichs des Völkerrechts "neuen Typs" die innerstaatlichen Klassenverhältnisse - von der einleitenden Feststellung Sujews her gesehen - geändert haben, entfällt im Verhältnis dieser Staaten zueinander die Schrankenfunktion der Souveränität; ihr Inhalt ändert sich als Folge neuer klassengebundener Bedürfnisse. Dagegen muß die Souveränität als Schranke in den staatlichen Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten, weil die Auseinandersetzung mit den in diesen Staaten herrschenden Klassen noch nicht beendet ist, weiter aufrecht erhalten werden. Damit wird die oben⁴⁾ ausgesprochene Feststellung bestätigt, daß die sowjetische Völkerrechtslehre die Souveränität des sozialistischen Staates in erster Linie als Unabhängigkeit von der Einflußnahme der Staaten anderer, entgegengesetzter Gesellschaftsordnungen ansieht.

1) vgl. hierzu Korowin, Lehrbuch, S. 139, und Lisowskij, S. 64.

2) Jewgenjew im Akademie-Lehrbuch, S. 94/95.

3) so Wiewióra, S. 231.

4) s.o.S. 84/85, b.

- d) Zur staatlichen Souveränität und Völkerrechtssubjektivität der einzelnen Unionsrepubliken der UdSSR.

Es bleibt noch, die Eigenarten der Souveränität der Sowjetunion als "Bundesstaat, gebildet auf der Grundlage der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter Sozialistischer Sowjetrepubliken"¹⁾ zu betrachten. Der Text der sowjetischen Verfassung geht von der Souveränität der einzelnen Unionsrepubliken aus²⁾, die nur in den Grenzen des die Kompetenz der Union regelnden Artikels 14 der Unionsverfassung Beschränkungen unterworfen ist. Die Unionsrepubliken haben danach eine eigene Staatsgewalt (Art 57 ff., Art 79 ff.), eigene Truppenformationen (Art 18b), das Recht auf auswärtige Beziehungen (Art 18a), ein eigenes **S t a a t s g e - b i e t** (Art 18) und schließlich das Recht auf freien Austritt aus der Union (Art 17).

Angesichts dieser Merkmale ist die sowjetische Völkerrechtslehre - nicht zuletzt wegen des durch Gesetz vom 1. Februar 1944 eingefügten Artikels 18a - der Ansicht, es handle sich bei den Unionsrepubliken um völkerrechtlich souveräne, weil unabhängige und selbständige Staaten, denen Völkerrechtssubjektivität zukomme³⁾. Danach seien die bis zur Gründung der UdSSR im Jahre 1922 bestehenden Sowjetrepubliken völlig selbständige Staaten gewesen, die dann durch den Gründungsvertrag einen bestimmten Teil ihrer Rechte "auf der Grundlage einer souveränen Willenserklärung"⁴⁾ an die Union abge-

1) so Art 13 der Sowjetverfassung.

2) vgl. Art 15 der Sowjetverfassung.

3) vgl. hierzu vor allem Jewgenjew, Rechtssubjektivität, Souveränität und Nichteinmischung im Völkerrecht, SGiP 1955, Nr. 2, S. 75-84 = RID 1955, Nr. 20, Sp. 567 ff. (Sp. 568/569); Modshorjan, Die Subjekte des Völkerrechts, S. 62 ff.; Bicharew, Die Unionsrepublik als Völkerrechtssubjekt, SGiP 1960, Nr. 6, S. 65-73.

4) Jewgenjew ebda.

treten hätten, ohne dadurch jedoch ihre Eigenstaatlichkeit aufgegeben zu haben. Die Folge dessen sei eine heute bestehende Völkerrechtssubjektivität sowohl der Union als auch der Unionsrepubliken.

Der Inhalt der unionsrepublikanischen Souveränität wird jedoch von außerhalb der Verfassung liegenden Faktoren bestimmt, die hieraus eine bloße Deklamation machen. Bundesstaatliche Ordnung kann von einer ihr entsprechenden Wirtschaftsstruktur nicht getrennt werden, sie kann nur bei einer wirklich freien Wirtschaft gedeihen und ist insbesondere mit straffer Wirtschaftsplanung unvereinbar¹⁾. Grundsätzlich wird das auch von der sowjetischen Rechtslehre anerkannt, wenn sie den Begriff des souveränen Staates - und um einen solchen soll es sich ja bei der Unionsrepublik handeln - mit dem Merkmal der wirtschaftlichen Unabhängigkeit verbindet²⁾. In Wirklichkeit ist aber eines der Kennzeichen der Sowjetföderation die "...engste Gemeinsamkeit... ..des Wirtschaftslebens", die Einheit des Wirtschaftssystems, die durch e i n e n Plan und eine über die ganze Union verbreitete "sinnvolle" Arbeitsteilung unter den einzelnen Unionsrepubliken gewährleistet wird³⁾. Schon angesichts dessen kann von einer eigenstaatlichen Souveränität der Unionsrepubliken kaum gesprochen werden, auch wenn man mit der sowjetischen Theorie die Souveränität nur als "Recht auf Unabhängigkeit" ansieht, denn dessen Realisierung - etwa durch Austritt aus der Union nach Art 18 der Unionsverfassung - wird bei der wirtschaftlichen Verzahnung der Republiken in-

1) s. Loewenstein, Verfassungsrecht und Verfassungsrealität, in: Beiträge zur Staatssoziologie, S. 430-480 (S. 458).

2) Sujew, Das Prinzip der staatlichen Souveränität - das wichtigste Prinzip des Völkerrechts, NJ 1951, S. 105-110 (S. 109); Wyschinskij, The Law of the Soviet State, S. 277.

3) Umanski, S. 161/162; vgl. auch Art 14 der Unionsverfassung.

einander nicht möglich sein.

Hinzukommt, daß in Anwendung der oben gewonnenen Schlußfolgerung - die völkerrechtliche Souveränität des sozialistischen Staates ist nach sowjetischer Ansicht in erster Linie gegenüber Staaten anderer Gesellschaftsordnungen von Wichtigkeit - die Souveränität der einzelnen Republik gegenüber der Union der übrigen Sowjetrepubliken der "Schrankenfunktion" als ihrer wichtigsten Aufgabe entbehrt, denn die ökonomischen und Klassenverhältnisse sind auf beiden Seiten gleich.

Der Souveränität der Unionsrepublik als ihrer politischen Unabhängigkeit steht weiter entgegen, daß die Republik bei der Anwendung ihrer einmal als gegeben anzusehenden Staatsgewalt - etwa in den auswärtigen Beziehungen - dem Grundsatz des proletarischen Internationalismus¹⁾ mit seinen bereits behandelten Geboten unterworfen ist, von denen es hier vor allem auf die "Einheit" - der Union - ankommt. Noch wichtiger ist, daß dem nach dem Verfassungstext bestehenden bundesstaatlichen Aufbau der UdSSR keineswegs auch eine entsprechende Gliederung des Parteiapparates entspricht mit wenigstens formell selbständigen Spitzengremien in den einzelnen Republiken. Bereits der VIII. Parteikongreß der damals noch Russischen Kommunistischen Partei (RKP) beschloß im März 1919, daß das Bestehen selbständiger Sowjetrepubliken nur für den staatlichen Aufbau gelte, daß es jedoch nur e i n e zentralisierte Kommunistische Partei mit e i n e m Zentralkomitee gebe, das die Parteiarbeit überall leite, während den Zentralkomitees in den Republiken nur die Rechte von Gebietskomitees wie in der RSFSR zukämen und sie voll und ganz dem ZK der RKP nachgeordnet seien²⁾. Diese

1) Modshorjan, Die Subjekte des Völkerrechts, S. 62.

2) Text bei Slatopolskij, Der Staatsaufbau der UdSSR, S. 47/48

Regelung wird bis heute mit der Begründung beibehalten, in der Sowjetföderation könne nur eine zentralisierte Partei die ihr zukommende führende Rolle ausüben¹⁾. Angesichts der Einheit von Partei und Staat in der UdSSR und des bestimmenden Einflusses der Partei gerade in der inneren, äußeren und Wirtschaftspolitik kann daher von einer wirklichen Unabhängigkeit der Unionsrepublik oder einer realen Chance, ein Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen, nicht die Rede sein. Das gilt natürlich auch für eine etwaige, aus ihrer angeblichen Völkerrechtssubjektivität herrührende auswärtige Betätigung der Unionsrepublik und ihre Unabhängigkeit in der Begründung und Geltendmachung völkerrechtlicher Rechte und Pflichten. Angesichts dessen muß Jewgenjew feststellen, zwar seien die Union und die Unionsrepublik jeweils Völkerrechtssubjekte, doch trete die UdSSR "... auf dem internationalen Schauplatz als Völkerrechtssubjekt, ... als einheitlicher Bundesstaat" auf²⁾.

Planwirtschaftliche Verflechtung, Unterwerfung unter eine völker- und verfassungsrechtlich nicht greifbare, zentralisiert aufgebaute Parteihierarchie und dazu in auswärtigen Angelegenheiten unter die ungeschriebenen, die statuierte bundesstaatliche Ordnung überlagernden Forderungen des sozialistischen Internationalismus nehmen der behaupteten Souveränität und Völkerrechtssubjektivität der einzelnen Unionsrepublik jede ernsthafte Bedeutung. Diese Faktoren erlauben den Schluß, daß die Gewährung staatlicher Souveränität und Völkerrechtssubjektivität an die einzelnen Unionsrepubliken in den einschlägigen Verfassungsartikeln wohl propagandistischen Zielen und einer innenpolitischen Befriedigung der zahlreichen im Verband der UdSSR lebenden Völkerschaften dienen mögen. Als staats- und völkerrechtli-

1) Slatopolskij ebda., S. 48.

2) Jewgenjew im Akademielexikon, S. 88.

chen Grundsätzen geht der Souveränität und Völkerrechtssubjektivität der einzelnen Unionsrepublik aber jeder Eigenwert ab und fehlt ihnen jede rechtliche Durchschlagskraft gegenüber der Union, anderen Unionsrepubliken oder bei einer Betätigung als selbständiges Glied der Völkerrechtsgemeinschaft. Angesichts dieses Widerspruchs zwischen geschriebenem Recht und der außerrechtlichen Regeln folgenden Wirklichkeit kann allein die Union als unabhängiger und selbständiger Staat angesehen werden, kann für unsere Untersuchung eine staatliche Souveränität und Völkerrechtssubjektivität der Unionsrepublik als nichtbestehend außer Betracht gelassen werden.

2. Souveräne Gleichheit.

Soweit ein Staat souverän ist, ist er in seinen Rechten und Pflichten allen anderen am Völkerrecht teilnehmenden Staaten gleichgestellt und hat Anspruch auf Achtung seiner eigenen Souveränität, wie er auch verpflichtet ist, die souveränen Rechte anderer Staaten zu achten. Auch der sowjetischen Völkerrechtslehre ist dieser Grundsatz der "souveränen Gleichheit" bekannt; als Verfechterin strikten Souveränitätsdenkens erkennt sie ihn "generell" an¹⁾.

Allerdings steht die sowjetische Lehre auf dem Standpunkt, daß die Frage der souveränen Gleichheit der Staaten nicht "abstrakt"²⁾ behandelt werden dürfe, sondern die führende Rolle der Großmächte diesen auch im Völkerrecht eine Sonderstellung einräume³⁾. Ausgangspunkt der hierfür gegebenen Begründung ist die Rolle, die namentlich die USA, Großbritannien, Frankreich, China und selbstverständlich die Sowjetunion mit ihrem Einsatz und ihren Opfern im zweiten Weltkrieg "bei der Rettung der Menschheit vor der faschisti-

1) so Koshewnikow, Das Prinzip der souveränen Gleichheit, aus: Der Sowjetstaat und das Völkerrecht, S. 65-105 = Sowjetwissenschaft 1954, Heft 1, S. 25 ff. (S. 55).

2) Koshewnikow, S. 57.

3) Koshewnikow, S. 56.

schen Plage" gespielt hatten¹⁾. Auf ihnen liege auch weiterhin die Hauptverantwortung für die Sicherung des Friedens in der Nachkriegszeit²⁾. Schließlich könne die Frage der souveränen Gleichheit überhaupt nicht ohne Berücksichtigung der territorialen Größe und der Bevölkerungszahl der einzelnen Mächte behandelt werden³⁾; die Begründung zwischenstaatlicher Beziehungen auf formalen und gleichmacherischen Grundsätzen würde eine schreiende Verletzung der elementarsten Gleichheit darstellen, weil gewisse Rechte und Pflichten nun einmal nur von den Großmächten wegen ihrer tatsächlichen Macht wahrgenommen werden könnten⁴⁾. So kommt man endlich zu dem Schluß, daß die souveräne Gleichheit die Garantie gleicher Chancen unter dem Schutz der Großmächte für jeden Staat zum Inhalt habe, sich materiell und geistig zu behaupten und zu entwickeln⁵⁾.

Abgesehen vom Vetorecht der Großmächte im Sicherheitsrat der UNO hat die behauptete völkerrechtliche Sonderstellung der Großmächte eine konkrete rechtliche Ausgestaltung noch nicht erfahren. Immerhin läßt sich soviel sagen, daß der von Korowin behauptete Inhalt des Grundsatzes der souveränen Gleichheit bedeutet, daß den Staaten normaler Größe und Bevölkerungszahl wenig mehr als ein Recht auf staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Existenz zusteht, das von den Großmächten geachtet werden muß. Es scheint diese Auffassung der Versuch zu sein, sicher unbestreitbare politische Gegebenheiten jetzt auch rechtlich fixieren zu wollen, ohne daß allerdings dabei bisher mit Ausnahme des erwähnten Vetorechts Ergebnisse erzielt worden sind.

1) vgl. hierzu Korowin, *The Second World War and International Law*, AJIL vol. 40 (1946), p. 742-755 (p. 746).

2) Lisowskij, S. 70/71.

3) Koshewnikow, *Sowjetwissenschaft* 1954, Heft 1, S. 57.

4) Korowin, AJIL vol. 40 (1946), p. 746.

5) Korowin ebda.

II. Nationale Souveränität - nationale Selbstbestimmung.

1. Die Träger der nationalen Souveränität.

In der sowjetischen Rechtslehre werden mehrere Arten der Zusammenfassung einer Mehrheit von Menschen auf der Grundlage bestimmter gemeinsamer Merkmale - meist der Sprache oder des Territoriums - zu einer nationalen Gruppierung unterschieden. Ausgangspunkt eines Zusammenschlusses der Menschen unter "nationalen" Kennzeichen sei die Liquidierung des Feudalismus und das Aufkommen des Kapitalismus gewesen, welch letzterer zur Eroberung der inneren Märkte der staatlichen Zusammenfassung aller Territorien mit gleichsprachiger Bevölkerung bedurft habe¹⁾. Bei diesem Prozeß handele es sich um die historische Erscheinung einer bestimmten Epoche, er sei wie alle Erscheinungen der ständigen Veränderung unterworfen und habe seinen Anfang, seine Geschichte und sein Ende²⁾. Man sollte sich demnach bei der folgenden Erörterung aller Fragen der "nationalen Souveränität" immer vergegenwärtigen, daß alle hiermit zusammenhängenden Probleme nur so lange Geltung beanspruchen können, als die Epoche des sich seine Märkte erobernden Kapitalismus noch nicht ihr Ende gefunden hat. An einzelnen Gruppierungen wird unterschieden zwischen "Nation" und "Nationalität", "nationaler Minderheit" und "Volk".

Den Begriff der "Nation" hat Stalin, der nach der Oktoberrevolution einige Jahre lang Volkskommissar für Nationalitätenfragen war, definiert

"als historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart" 3).

1) vgl. Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, in: Zur nationalen Frage, S. 70.

2) Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 32.

3) Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 32.

Diese Begriffsbestimmung wird auch noch heute als maßgebend angesehen¹⁾. Fehlt trotz des Vorhandenseins eines gemeinsamen Territoriums eines der anderen Merkmale der "Nation", so stellt eine solche Gruppe von Menschen nur eine "Nationalität" dar (russ. "narodnost")²⁾. Fehlt einer nationalen Gruppe die Grundlage des gemeinsamen Territoriums, so wird von einer "nationalen Minderheit" gesprochen³⁾.

Die "Nation" ist nicht immer mit einem "Volk" identisch. Ein Volk kann aus mehreren Nationen oder auch Nationalitäten bestehen, wenn diese ein gemeinsames Territorium besiedeln, über eine oder mehrere geistige Gemeinsamkeiten - historischer, kultureller, sprachlicher oder religiöser Art - verfügen und schließlich sich in dem Willen einig sind, ein bestimmtes Ziel gemeinsam zu erreichen. Dieses Ziel kann in der Befreiung von Fremdherrschaft, der Gemeinsamkeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems oder der Staatsgewalt bestehen⁴⁾.

Träger der nationalen Souveränität sind in erster Linie die "Nation", dann die "Nationalität" und schließlich das aus beidem zusammengesetzte und auf loserem Zusammenhalt beruhende "Volk"⁵⁾. Dagegen wird der "nationalen Minderheit" diese Eigenschaft wegen des Fehlens einer gemeinschaftlichen territorialen Grundlage abgesprochen⁶⁾; auf die Bedeutsamkeit eines solchen Hindernisses wird noch einzugehen sein.

1) sie wird auch bei Staruschenko, Gegen die Verdrehung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und Nationen, SGI P 1958, Nr. 1, S. 62-70 (S. 66), unter Nennung ihres Autors verwendet; siehe hierzu auch Weissner, Sowjetunion und Selbstbestimmung, S. 47.

2) Staruschenko, S. 67.

3) Staruschenko, S. 67.

4) vgl. hierzu Staruschenko, S. 66/67.

5) Staruschenko, S. 67; s. auch Lewin, D.B., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht, Sowjet-jahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 25 ff. (S. 30/31).

6) Staruschenko, S. 67.

2. Das Selbstbestimmungsrecht.

a) Das Selbstbestimmungsrecht als Inhalt der "nationalen Souveränität", sein Begriff und sein Endziel.

Es fragt sich, worin in sowjetischer Sicht der Inhalt der "nationalen Souveränität" besteht. Manche Autoren¹⁾ verstehen darunter das Recht der Nationen und Völker auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates. Dabei bedeutet "Selbstbestimmung" nach Stalin zunächst einmal nur, daß die Nation ihr Schicksal ohne Einmischung anderer sich nach eigenem Gutdünken einrichten kann, wobei die Bildung eines eigenen Staates nur einen Teil dieser Befugnis ausmacht²⁾. Für die Rechts-theorie hat D.B.Lewin das in eine Formel gebracht, nach der es sich bei der "Selbstbestimmung" um das "Recht der Völker und Nationen handelt",

"ohne jeden gewaltsamen Druck von außen ihre staatliche Zugehörigkeit zu bestimmen, was das Recht auf Bildung eines eigenen Staates einschließt, aber auch die Formen ihres inneren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens festzulegen"³⁾.

Staruschenko⁴⁾ hat diese Begriffsbestimmung aufgegliedert und unterscheidet zutreffend zwischen der äußeren und der inneren Seite der "Selbstbestimmung": nach außen gehören dazu alle Fragen der Gestaltung der staatlichen Zukunft der

1) so Modshorjan, Der Begriff der Souveränität im Völkerrecht, SGiP 1955, Nr. 1, S. 68-76 = RID 1955, Nr. 20, Sp. 577 ff. (Sp. 581) unter Berufung auf Lenin, Über das Recht der Nationen und Selbstbestimmung in: Zur Nationalen Frage, S. 70; Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 35.

2) vgl. hierzu Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 43/44.

3) Lewin, D.B., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 25 ff. (S. 30/31), ähnlich Barataschwili, S. 34.

4) Staruschenko, Gegen die Verdrehung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und Nationen, SGiP 1958, Nr. 1, S. 62-70 (S. 64).

Nation, nach innen das Recht, den staatlichen und gesellschaftlichen Aufbau zu bestimmen, Herr des Wirtschaftslebens und der natürlichen Erwerbsquellen des Landes zu sein und Fragen der Kultur und Religion selbständig zu regeln¹⁾.

Diese Ausfüllung des Begriffes der "nationalen Souveränität" mit dem der "nationalen Selbstbestimmung" ist neuerdings von Tasmuchamedow in seiner der "nationalen Souveränität" gewidmeten Monographie²⁾ gerügt worden. Seiner Ansicht nach ist die "nationale Souveränität"

"die Gesamtheit der souveränen Rechte der Nation auf freie Wahl ihres politischen und sozialen Aufbaus, auf ein unversehrtes nationales Territorium, auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, auf Achtung ihrer Sitten, Kultur, nationale Ehre und Werte, auf volle Gleichberechtigung mit anderen Nationen und Völkern" 3).

Innerhalb dessen sei das Selbstbestimmungsrecht nur ein Mittel zum Schutz und zur Sicherung dieser Rechte und insoweit auch ein Element der Souveränität eines unterjochten Volkes⁴⁾. Sieht man sich indessen Tasmuchamedows Definition der "nationalen Souveränität" genau an, so enthält sie mit den souveränen Rechten auf freie Wahl des politischen und sozialen Aufbaus und auf wirtschaftliche Unabhängigkeit die wesentlichen Bestandteile dessen, was von Lewin, Staruschenko, Modshorjan und anderen Autoren auf den Grundlagen der Erkenntnisse Lenins und Stalins unter dem Selbstbestimmungsrecht verstanden wird; der Unterschied zu diesen Ansichten besteht lediglich in einer Bündelung dieser und einiger weiterer, zum Teil immaterieller Merkmale. Für diese Untersu-

1) Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmung, S. 52, kommt unter Berufung auf Barataschwili, S. 79, auf dieser Grundlage sogar zu vier Normgruppen, nämlich dem Recht auf Bestimmung jeweils des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status.

2) Tasmuchamedow, S. 52-54.

3) Tasmuchamedow, S. 59.

4) Tasmuchamedow, S. 60.

chung wird daher davon ausgegangen, daß der Inhalt des Begriffes der "nationalen Souveränität" in Übereinstimmung mit der Mehrheit der sowjetischen Völkerrechtler zu seinem wesentlichen Teil im "Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen" besteht.

Zur Gestaltung ihrer staatlichen Zukunft als der äußeren Selbstbestimmung der Nation gehört auch das Recht, einen eigenen, bisher noch nicht vorhandenen Staat zu gründen und sich hierzu notfalls aus dem bisher die Nation beherrschenden Staatsverband zu lösen. Mit der Gestaltung der staatlichen Zukunft ist das Schicksal des nationalen Territoriums unauflösbar verbunden; die Gründung eines Staates ohne das Vorhandensein eines Territoriums ist nicht möglich¹⁾. Man kann daher nach allem die Selbstbestimmung als die jeder Nation und jedem Volk zustehende Unabhängigkeit in der Regelung der inneren und äußeren Angelegenheiten, darunter auch der staatlichen Zukunft, auffassen. Für den weiteren Gang der Untersuchung sind nur die einzelnen Merkmale der äußeren Selbstbestimmung - die staatliche Zukunft und das damit verbundene Territorium der Nation - von Belang.

Dabei muß man sich fragen, welchen Sinn die Herausarbeitung so weitgehender nationaler Unabhängigkeitsrechte für die sowjetische Lehre angesichts der von ihr selbst getroffenen Feststellung hat, daß das Entstehen und die Existenz von Nationalstaaten eine Folge des aufkommenden, um die Eroberung der Märkte kämpfenden Kapitalismus seien und mit diesem auch wieder ein Ende finden. Tatsächlich stellen die Gewährung der nationalen Selbstbestimmung und namentlich das Zugeständnis der Bildung eigener Nationalstaaten nur ein Durchgangsstadium dar. Lenin²⁾ hat sehr klar herausgestellt,

1) vgl. hierzu ausführlich Molodow, Einige Fragen des Territoriums im Völkerrecht, SGiP 1954, Nr. 8, S. 63 ff. (S. 65).

2) Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Marx-Engels-Marxismus, S. 319.

daß das Endziel des Sozialismus die Annäherung, ja die Verschmelzung der Nationen sei und daß es dazu der Übergangsperiode der völligen Befreiung, d.h. der Abtretungsfreiheit aller unterdrückten Nationen bedürfe: Nur so könne das Mißtrauen der Proletarier der Staaten, die diese Völker unterdrückt hätten, am schnellsten überwunden werden¹⁾. Die Annäherung und Verschmelzung der Nationen soll überdies schneller erreicht werden, wenn das Proletariat bei baldiger Erlangung der nationalen Unabhängigkeit sich, da dieses nationale Ziel erreicht ist, nicht weiter durch eine während des Kampfes um die nationale Befreiung scheinbar bestehende "Interessenharmonie" mit der nationalen Bourgeoisie von der Ausfechtung der sozialen Frage und damit vom Klassenkampf ablenken zu lassen braucht²⁾. Sind in einer Reihe von Nationalstaaten annähernd gleiche gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse als Folge der Machtübernahme durch das Proletariat geschaffen worden, so soll der Annäherung und allmählichen Verschmelzung der betreffenden Nationen nichts mehr im Wege stehen³⁾. Damit hat das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung nach Ansicht der "Klassiker des Marxismus-Leninismus" die ihm zugedachte Aufgabe erfüllt.

Die sowjetische Außenpolitik und die sowjetische Völkerrechtslehre haben sich in der Folgezeit an diese von Lenin und Stalin herausgearbeiteten Grundzüge der nationalen Selbstbestimmung gehalten. Nach der Gründung des Sowjet-

1) vgl. Punkt 2 des von Lenin inspirierten "Programmes der Partei" in der nationalen Frage, angenommen vom 6. Parteitag der RKP (B) im März 1919, abgedruckt im Anhang "Die wichtigsten Beschlüsse der KPdSU (B) zur nationalen Frage" zu Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 395/396.

2) Stalin ebda., S. 42.

3) vgl. Punkt 3 des "Programmes der Partei" zur nationalen Frage, abgedruckt im Anhang bei Stalin, ebda., S. 395/396, : "...empfiehlt die Partei die Vereinigung der nach dem Sowjettypus organisierten Staaten als eine Übergangsform auf dem Wege zur völligen Einheit."

staates und der Gewährung der Unabhängigkeit an einige westliche Randstaaten ist der Übergangscharakter der diesen Staaten gewährten Eigenstaatlichkeit des öfteren hervorgehoben worden. Je schneller Rußland die Freiheit und Abtrennung nichtrussischer Nationen anerkenne, desto schneller würden diese Völker auch wieder zu einer engeren und dauerhafteren Vereinigung als je zuvor mit der neuen Russischen Arbeiter- und Bauernrepublik streben¹⁾, zumal die Arbeiter in den neugebildeten Staaten schon jetzt begännen, die Niedertracht ihrer "Staatsgründer" zu begreifen und deren Macht zugunsten eines Sowjetsystems bald stürzen würden²⁾. Wyschinskij hob später in Anlehnung an diese Grundsätze den engen Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und der Annäherung und Verschmelzung für den Bereich der zwischenvölkischen Beziehungen gerade zwischen Rußland und Polen hervor³⁾.

Schließlich ist im Geltungsbereich des Völkerrechts "neuen Typs" der Begriff der nationalen Selbstbestimmung - rechtstheoretisch - bereits in sein ihm von Anfang an vorbestimmtes Endstadium getreten. Tunkin⁴⁾ hat das mit dem Satz ge-

-
- 1) vgl. Lenin, Finnland und Rußland, abgedruckt in: Lenin über internationale Politik und Völkerrecht, S. 275.
 - 2) Lenin in einem Interview mit der "Prawda" am 28.1.1920 aus Anlaß des bevorstehenden Friedensvertrages (vom 2. 2.1920) mit dem bürgerlichen Estland, abgedr. ebda., S. 528.
 - 3) Wyschinskij, Fragen der Rechts- und Staatstheorie, S. 145/146.
 - 4) vgl. Tunkin, Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen und das Völkerrecht, SGiP 1959, Nr. 1 = Sowjetwissenschaft 1959, Heft 7, S. 709 ff. (S. 718/719); ders., Völkerrecht der Gegenwart, S. 246/247, S. 248, wo der Fall der Vereinigung der nach dem Selbstbestimmungsrecht neugebildeten einzelnen Sowjetrepubliken zur UdSSR nach 1917 als beispielhaft für die "dialektische Einheit" zwischen diesem Grundsatz und dem des "sozialistischen Internationalismus" gerühmt wird.

kennzeichnet,

"der dialektische Zusammenhang zwischen nationaler Selbstbestimmung und der Vereinigung der sozialistischen Nationen schließt nicht aus, das Selbstbestimmungsrecht grundsätzlich anzuerkennen und sich dennoch für die Vereinigung der sozialistischen Staaten einzusetzen."

Angesichts der beginnenden politischen Desintegration im "sozialistischen Lager" und eines sich regenden selbstbewußten Nationalgefühls bei einzelnen seiner Mitglieder auch gegenüber anderen s o z i a l i s t i s c h e n Staaten - erinnert sei hier an Rumänien - sind jedoch Zweifel angebracht, ob dieses theoretische Endziel so selbstverständlich verwirklicht werden wird.

b) Beschränkungen und Ausgestaltungen des Selbstbestimmungsrechts.

Zu Beginn dieses Abschnitts sei noch einmal auf den Übergangscharakter des Selbstbestimmungsprinzips hingewiesen, sodaß im Folgenden herauszuarbeitende Feststellungen und Regelungen nach sowjetischer Ansicht Gültigkeit nur für die historische Epoche der Existenz des auf Eroberung von Märkten angewiesenen kapitalistischen Systems haben.

Bei jeder Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips ist nach der sowjetischen Lehre zunächst zu beachten, daß hier der Nation oder dem Volk nur ein "Recht auf Selbstbestimmung" gewährt wird, das nicht absolut, sondern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen geltend gemacht werden kann¹⁾. Das hat seinen Grund darin, daß die Nation bzw. das Volk als

¹⁾ vgl. die besonders krasse Darstellung bei Lewin, I.D., Souveränität, S. 251; der Vorzug der bolschewistischen Auffassung des Selbstbestimmungsrechts liege im Fehlen einer "Fetischisierung des Nationalstaates" und der Unterscheidung zwischen dem "Recht" und seiner "Zweckmäßigkeit" im Gegensatz zur bürgerlich-demokratischen Auffassung.

Träger der nationalen Souveränität das in ihr enthaltene Selbstbestimmungsrecht in ihrer Gesamtheit innehaben, daß also die Selbstbestimmung Sache der aus mehreren Klassen bestehenden Gesamtnation ist¹⁾. Innerhalb der Nation ist entsprechend den Gründen, die die nationale Bewegung auslösen sollen, häufig sogar die Bourgeoisie Wortführerin dieser Bewegungen²⁾, sodaß sich hierbei die Chancen des Proletariats, die Entwicklung und Erstarkung s e i n e r Klasse zu sichern, nach Ansicht Lenins nicht immer im Voraus garantieren lassen³⁾. Wird jedoch von vornherein ein nicht absolutes "Recht" auf Selbstbestimmung proklamiert, so kann auf diese Weise bei jeder Geltendmachung durch diese oder jene Nation die Entscheidung über die Zuerkennung verschieden ausfallen.

Es liegt daher auf der Hand, daß die Beschränkung des "Rechts" auf Selbstbestimmung in den Interessen des Proletariats innerhalb der nationale Forderungen erhebenden Gesamtnation zu suchen ist. Namentlich Stalin hat diesen unter Umständen entstehenden Gegensatz zwischen den Anliegen des Proletariats und der Gesamtnation unter der Formel der "dialektischen Stellung der nationalen Frage" ⁴⁾ im Sinne einer Nachordnung das Selbstbestimmungsrecht behandelt: die Interessen der aus mehreren Klassen zusammengesetzten Nation und des Proletariats seien zwei verschiedene Dinge; die nationale Frage könne nur im Zusammenhang mit den in ihrer Entwicklung betrachteten historischen Be-

-
- 1) vgl. die ausführliche Darstellung bei Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, S. 48/49.
 2) Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, in: Zur Nationalen Frage, S. 92.
 3) Lenin ebda., S. 93/94.
 4) Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 46.

dingungen gelöst werden¹⁾. Die Aprilthesen²⁾ haben die Zweckbestimmung des Selbstbestimmungsrechts in den beiden Sätzen zusammengefaßt:

"Die Frage des Rechtes der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall vollständig selbständig gelöst werden und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus."

Nach der Übernahme der Macht in Rußland durch das Proletariat im November 1917 änderte sich an dieser Zweckgebundenheit des Selbstbestimmungsrechtes nichts. Die Interessen des proletarischen Kampfes für den Sozialismus waren jetzt die Interessen des sozialistischen Sowjetstaates geworden. Diesen Interessen hatten sich, wenn "das Recht der zur Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht" es verlangte, die Forderungen der Nation auf nationale Selbstbestimmung unterzuordnen³⁾.

Die Opferung des Selbstbestimmungsrechtes - in sowjetischer Sicht - Polens, Litauens und Kurlands auf der Brester Friedenskonferenz durch Sowjetrußland im Jahre 1918 rührte zwar noch aus der militärischen Unterlegenheit Rußlands gegenüber den Mittelmächten her, beruhte also auf äußerem Druck und

1) Stalin ebda., S. 42 ff.

2) Resolution zur nationalen Frage, beschlossen von der VII. Allrussischen (April-) Konferenz der SDAPR im April (Mai neuerer Zeitrechnung) 1917, abgedr. bei Stalin, S. 365/366.

3) vgl. Stalin, Werke, Band V, S. 232.

nicht auf innerstaatlichen Klassenauseinandersetzungen¹⁾; diese Regelung wurde mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte ohnehin schnell hinfällig. Aber schon im Jahre 1920 - nur drei Jahre nach der nicht zuletzt unter der Losung der Selbstbestimmung siegreichen russischen Revolution - bezeichnete Stalin, die Frage dialektisch stellend, die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete als eine "im gegenwärtigen Stadium der Revolution durch und durch konterrevolutionäre Forderung"²⁾. Im Jahre 1921 war laut Stalin für Rußland die nationale Selbstbestimmung schon eine leere und ohnehin gänzlich verschwommene Formulierung, die man bereits vor zwei Jahren fallengelassen habe und die nur noch als revolutionäre Losung in den Kolonien brauchbar sei³⁾. Für den sowjetischen Bereich war das Problem im Zuge der Konsolidierung der Sowjetmacht und der Gründung der Sowjetunion im Jahre 1922 mit der Feststellung, daß das Selbstbestimmungsrecht dem Recht der Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht untergeordnet sei, vorerst erledigt⁴⁾. Man kann nach allem schon auf Grund der von Lenin und Stalin als den Klassikern der sowjetischen Selbstbestimmungslehre gegebenen theoretischen Grundlagen und praktischen Erkenntnisse zu dem Schluß kommen, daß die

-
- 1) vgl. die Darlegung bei Lenin, Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 189/190; die baltischen Staaten sind dann endgültig 1940 genau unter der Losung des Selbstbestimmungsrechtes wieder an die UdSSR zurückgegangen, vgl. hierzu grundlegend Meissner, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht.
- 2) Stalin, Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland, in: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 115.
- 3) Stalin, Die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage, Referat auf dem 10. Parteitag der KFR (B) am 10.3.1921, abgedr. ebda., S. 146.
- 4) Stalin, Die nationalen Momente in Partei und Staatsaufbau, Referat auf dem XII. Parteitag der KFR (B), abgedr. in: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 220.

Gewährung der Selbstbestimmung von Seiten des eine Nation in ihrem Verband haltenden Staates "dialektisch" gesehen werden muß und dabei den Erfordernissen des Kampfes des Proletariats um Erlangung und Festigung seiner Macht - letztere in Form des sozialistischen Staates - untergeordnet ist.

Genau so verhält es sich in dem Fall, daß einer Nation die nationale Selbstbestimmung zugestanden wird und sie jetzt an deren Ausgestaltung im einzelnen geht. Es wurde bereits eingangs festgestellt, daß es sich bei der Selbstbestimmung der Nationen aus den von Lenin herausgestellten Gründen um ein "Recht" handelt. Stalin hat diese Auffassung dann vom Gesichtspunkt der ihre Selbstbestimmung verwirklichenden Nation her konkret ausgestaltet:

Die Nation könne sich autonom im bisherigen Staatsverband einrichten, sie könne sich auch gänzlich aus diesem Staatsverband lösen. Das alles bedeute aber jedenfalls nicht, daß die Nation unter allen Umständen den Weg der Autonomie oder gar der Separation beschreiten müsse, wenn das für ihre Mehrheit, ihre werktätigen Schichten, nicht von Vorteil sei; wobei Stalin wieder auf die Dialektik dieser Frage hinweist¹⁾. Staruschenko hat aus dieser allgemeinen theoretischen Erkenntnis Stalins den folgerichtigen Schluß gerade für die sowjetische Völkerrechtslehre gezogen, wenn er feststellt, daß sich die "äußere" Selbstbestimmung einer Nation, also die Bestimmung ihrer nationalen Zukunft, in drei Formen vollziehen können: a) durch Lostrennung und Bildung eines unabhängigen eigenen Staates, b) durch Lostrennung mit dem Ziel, einem anderen Staate beizutreten, c) durch Vereinigung mit dem Staat, zu dem die Nation bisher schon gehörte, auf der

¹⁾ vgl. Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 45/46.

Grundlage der Autonomie, der Föderation oder eines Einheitsstaates¹⁾. Eine weitere mögliche Form der Selbstbestimmung soll schließlich die Bildung eines Staates sein, der nicht die ganze Nation umfasse, auf einem bestimmten Teil des nationalen Territoriums entstanden sei und nun in wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht einen vom Rest der Nation unterschiedlichen Weg beschreite²⁾.

Danach stellt sich das "Recht" auf Selbstbestimmung - von der Nation her betrachtet - in einer ähnlichen Fassung dar, wie sie schon bei der Behandlung der staatlichen Souveränität als dem "Recht" auf Unabhängigkeit beobachtet wurde: Die Nation kann die ihr gewährte Selbstbestimmung ausüben, entweder ganz - durch Lostrennung - , teilweise - durch Autonomie oder Föderation -, oder ohne Änderung ihres gegenwärtigen Status - durch Aufgehen in dem Staat, zu dem sie bisher schon gehörte, in einheitsstaatlicher Form. Selbst der Entschluß zum Einheitsstaat stellt einen, wenn auch den einzigen Akt der Selbstbestimmung durch die Nation dar³⁾. In welcher der gegebenen Formen die Selbstbestimmung ausgeübt wird, bemißt sich nach den "in ihrer Entwicklung betrachteten historischen Bedingungen" und dem Vorteil, den die gerade gewählte Lösung den werktätigen Schichten bringt, die - wenn vorhanden - in einem sozialistischen Staat repräsentiert werden.

1) Staruschenko, SGIP 1958, Nr. 1, S. 64, anknüpfend Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 44; auf die Selbstbestimmung durch Vereinigung mit einem anderen Staat hat bereits I.D.Lewin, Souveränität, S. 254, hingewiesen unter Hervorhebung der Unterworfenheit des Selbstbestimmungsprinzips unter das Moment des Klassenkampfes.

2) so Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 44, mit Hinweis auf die Teilung Deutschlands; diese Ansicht - Recht auf einen nationalen Teilstaat - findet aber in der Lenin/Stalinschen Selbstbestimmungslehre, die die Selbstbestimmung der Nation als Ganzes zum Inhalt hat, keine Grundlage und soll wohl eher der Spaltung Deutschlands und der "Zwei-Staaten-Theorie" eine scheinbar völkerrechtliche Grundlage geben.

3) vgl. hierzu Lewin, I.D., Souveränität, S. 261.

c) Die Bildung des Selbstbestimmungswillens und seine Verwirklichung.

Weil einerseits die Gewährung und Ausgestaltung der nationalen Selbstbestimmung im Einklang mit den Interessen des Proletariats erfolgen sollen, das in manchen Ländern bereits durch einen sozialistischen Staat verkörpert wird, andererseits aber die Nation in ihrer Grundform als Erscheinung des kapitalistischen Systems aus antagonistischen Klassen besteht, erhebt sich für die sowjetische Theorie die Frage, wie innerhalb der Nation der Selbstbestimmungswille gebildet wird und in welcher Weise er seinen Ausdruck finden soll, um den von sowjetischer Seite gestellten Anforderungen an das Selbstbestimmungsrecht zu genügen.

Innerhalb der Gesamtnation als Trägerin nationaler Souveränität und Selbstbestimmung wird gewöhnlich im Einklang mit den von der marxistisch-leninistischen Lehre entwickelten Gründen für das Entstehen nationaler Bewegungen die Bourgeoisie anfangs nationale Forderungen auslösen und als Wortführerin auftreten. Das Proletariat wird diese Politik der nationalen Bourgeoisie unterstützen. Beide Klassen sollen jedoch nach Ansicht von Lenin mit ihrem Handeln grundverschiedene Ziele anstreben: während die Selbstbestimmung für das Proletariat nur eine Durchgangslösung auf dem Wege zur Verschmelzung aller sozialistisch gewordenen Nationen darstellt und die Entscheidung im unvermeidlichen Klassenkampf mit der nationalen Bourgeoisie beschleunigen soll¹⁾, geht es der Bourgeoisie hierbei um die Gewinnung neuer Märkte und damit um nationale Vorteile, um eine Exklusivität gegenüber anderen und oft auf Kosten anderer Nationen²⁾. Für das Proletariat kommt es daher darauf an, bereits in der konkreten Gestaltung des beiden Klassen gemeinsamen Nahziels - der Er-

1) s.o.S. 99, C II, 2a.

2) vgl. Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, in: Zur Nationalen Frage, S. 92.

langung der Selbstbestimmung überhaupt - die für die Erreichung der proletarischen Ziele günstigen Ausgangspositionen abzustecken. Die Partei als Führerin des Proletariats ist daher

"verpflichtet, so zu agitieren und den Willen der Nation so zu beeinflussen, daß sich die Nationen in einer Form einrichten, die den Interessen des Proletariats am meisten entspricht" ¹⁾.

Die sowjetische Rechtslehre baute auf dieser von Stalin gegebenen theoretischen Grundlage auf und hält die aktive Rolle der marxistischen Partei bei der Willensbildung der Nation für unerläßlich:

Die Partei tritt mit einem konkreten Plan auf, der den gegebenen historischen Bedingungen entspricht, und gewährleistet durch ihren Einfluß, daß die Frage der nationalen Selbstbestimmung im Einklang mit den Interessen der werktätigen Massen gelöst wird²⁾. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise - namentlich, wenn die Partei sich bereits im Besitz der Machtmittel des Staates befindet, dem die Nation angehört oder dem sie künftig verbunden sein soll - die Entscheidung der Nation häufig im Sinne der Interessen des von der Partei verkörperten Proletariats ausfallen wird. Man kann daher als Merkmal der sowjetischen Selbstbestimmungslehre festhalten, daß die Willensbildung der ihre Selbstbestimmung verlangenden Nation nicht ohne Einflußnahme der nationalen marxistischen Partei vor sich gehen darf.

Diese Vorbedingung darf nicht außer acht gelassen werden, wenn man sich der Frage zuwendet, in welcher Form die Forderung der Nation nach Selbstbestimmung ihren Ausdruck finden soll, um den wirklichen Willen der Nation widerzuspiegeln. Die sowjetische Lehre zeichnet sich hier durch das Angebot

¹⁾ so Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 83.

²⁾ vgl. hierzu Slatopolskij, Die Bildung und Entwicklung der UdSSR als Bundesstaat, S. 17/18.

einer Vielzahl von Möglichkeiten aus, die jede für sich den nationalen Willen zuverlässig zum Ausdruck bringen soll. Lenin hat aus Anlaß der Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten 1917/18 in seiner "Niederschrift zum Programm der Friedensgespräche" ¹⁾ Möglichkeiten aufgezählt, nationale Unzufriedenheit - über das Festgehaltenwerden in einem fremden Staatsverband - auszudrücken.

Das sind literarische Äußerungen, Beschlüsse von Landtagen, Gemeindevertretungen, Versammlungen und ähnlichen Körperschaften, staatliche und diplomatische Akte, die wegen einer nationalen Bewegung der betreffenden Gebiete erfolgten, nationale Garantien, Reibereien und Zusammenstöße. Lenin bekennt sich jedoch auch zum Referendum, mit dessen Abhaltung die ganze Bevölkerung eines Gebietes ihr Selbstbestimmungsrecht ausübe ²⁾. Die Bedingungen, die eine freie Abstimmung gewährleisten, sollen danach sein: a) der Abzug aller Truppen aus dem betreffenden Gebiet, b) die Ansiedlung und Rückführung der in dem betreffenden Gebiet früher ansässig gewesen, später unter Druck ausgesiedelten und vertriebenen Einwohner, c) die Schaffung einer provisorischen, aus demokratisch gewählten Vertretern der Nation bestehenden Verwaltung in dem betreffenden Gebiet, der unter anderem das Recht zustehen soll, die unter b) vorgesehenen Maßnahmen zu treffen ³⁾. Schließlich kommt aber auch dem revolutionären Weg erhebliche Bedeutung dabei zu, dem Selbstbestimmungsrecht der Nation Ausdruck zu verleihen. Lenin sieht nur darin das Mittel, die nationale Selbstbestimmung n i c h t auf einige wenige Länder zu beschränken, was zu nationalen Privilegien und der Ermunterung des Nationalismus und Imperialismus führen würde ⁴⁾: Eine solche Entwicklung könne nur durch eine sozialistische Revolution in den "vorgesrittenen", d.h. Industrie-

1) Lenin, in: Lenin über internationale Politik und Völkerrecht, S. 338.

2) Lenin ebda.

3) Lenin über internationale Politik und Völkerrecht, S. 338.

4) vgl. Lenin, Die Frage des Friedens, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 56.

landern, verhindert werden¹⁾.

Die sowjetische Völkerrechtslehre hat die Leninschen Gedanken aufgenommen. Danach soll die freie Willensäußerung der Nation ihren Ausdruck in den Ergebnissen eines Plebiszites, den Stellungnahmen der nationalen Presse, den Beschlüssen von Versammlungen und Zusammenkünften, in Streikbewegungen, Demonstrationen und schließlich in einem bewaffneten, nationalen Befreiungskampf finden²⁾.

Schon aus dieser Aufzählung geht hervor, daß das Plebiszit nur eines der Mittel ist, den Willen der Nation auszudrücken. Tatsächlich hat die sowjetische Völkerrechtslehre zum Plebiszit kein richtiges Verhältnis³⁾. Es wird zwar unter Hervorhebung der von Lenin herausgearbeiteten, für eine wirksame Volksabstimmung notwendigen Bedingungen als eine Möglichkeit anerkannt, den Volkswillen einwandfrei und rechtlich wirksam zu ermitteln, jedoch wird dabei nie versäumt, auch die Schattenseiten des Plebiszites und den Mißbrauch, den die kapitalistischen Staaten mit der Durchführung und den Ergebnissen von Volksabstimmungen trieben, ausführlich darzustellen⁴⁾. Typisch für die im Endergebnis gespaltene Einstellung ist die bei Durdenewskij-Krylow zu findende Bewertung des Plebiszites⁵⁾. Die Verfasser begnügen sich damit, die Stellungnahmen ausschließlich westlicher Autoren für und gegen Plebiszite abzudrucken, wonach Volksabstimmungen zwar einerseits eine

1) Lenin ebda.

2) so Modshorjan, Die Grundrechte und -pflichten der Völkerrechtssubjekte, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 277-295 (S. 281).

3) typisch die schlagwortartige Erläuterung des Begriffes "Plebiszit" bei Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 454: "...nicht die einzige und nicht immer die beste Form, den Volkswillen auszudrücken."

4) Barsegow, S. 123/124.

5) Durdenewskij-Krylow, Bd. I, S. 213.

präzise Ausdrucksform des Volkswillens seien, andererseits jedoch die Souveränität des Staates, in dessen Verband sich die abstimmende Nation befände, untergraben. Abschließend wird festgestellt, das Plebiszit sei eben kein Allheilmittel. Endlich will Janowskij die Abhaltung von Plebisziten auf die Fälle beschränkt sehen, in denen die "Urbevölkerung" nicht im Laufe der Zeit umgesiedelt, vernichtet, gewaltsam assimiliert und durch Volkszugehörige der Nation des herrschenden Staates ersetzt worden sei¹⁾.

Größte Wichtigkeit kommt dagegen heute dem national - revolutionären, bewaffneten Befreiungskampf als Ausdruck der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung zu, was angesichts des bereits dargestellten Endzieles der nationalen Selbstbestimmung nicht überrascht. Bei der Beschreitung des revolutionären Weges soll nur die Frage von Belang sein, ob dieser Weg allgemein von der Bevölkerung "unterstützt" wird, um ihn als Ausdruck nationaler Selbstbestimmung ansehen zu können²⁾.

Bei der Beurteilung der von der sowjetischen Lehre aufgezeigten Möglichkeiten, den Willen einer Nation oder eines Volkes nach nationaler Selbstbestimmung auszudrücken, muß eingeräumt werden, daß in der Geschichte gerade mit nationalen Plebisziten mancher Mißbrauch getrieben wurde und daß auch im nicht-sowjetischen Schrifttum vielfach Bedenken sowohl gegen diese Art der Willensbekundung überhaupt als auch gegen die Einzelheiten ihrer Vorbereitung und Durchführung geäußert werden³⁾.

1) Janowskij, S. 21/22, unter Bezugnahme auf "die polnischen Westgebiete", d.h. die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, in denen seiner Meinung nach die "polnische Urbevölkerung" im Laufe der Jahrhunderte währenden deutschen Herrschaft und Besiedelung ein solches Schicksal erlitten habe.

2) vgl. hierzu ausführlich Barataschwili, S. 20, der auch die Wilsonsche Selbstbestimmungslehre wegen ihrer Beschränkung auf den verfassungsmäßigen Weg als "reaktionär" ablehnt.

3) s.o. Seiten 33, 35, A III, 5b.

Die von sowjetischen Autoren herausgearbeiteten Bedingungen, unter denen Plebiszite abzuhalten und als zuverlässige nationale Willensbekundung anzusehen seien, schließen Fehler und Mißbrauch jedoch auch nicht aus. Das gilt besonders von der bereits von Lenin als unerläßlich angesehenen Einrichtung und Funktion der provisorischen, aus "demokratisch" gewählten Vertretern der Nation zusammengesetzten Verwaltungen, die bei richtiger Besetzung und angesichts der gebotenen, aus anderen als nationalen Interessen erfolgenden Teilnahme der nationalen marxistischen Partei bereits die Weichen - etwa durch entsprechende Handhabung der Rückkehrerfrage - auf die gewünschte Art der Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung hin stellen können. Von den praktischen Auswirkungen solcher interimistischen Verwaltungen wird noch bei den Beispielsfällen für territoriale Änderungen im sowjetischen Bereich zu sprechen sein. Daneben ermöglicht auch die Beschränkung des Kreises der Abstimmungsberechtigten auf die "Urbevölkerung" - von der historischen Unbestimmbarkeit eines solchen Begriffes einmal ganz abgesehen - eine willkürliche Scheidung der in einem Gebiet ansässigen Bevölkerung: wer ist beispielsweise als "gewaltsam assimiliert" anzusehen, wer nicht und wer trifft die nötige Entscheidung hierüber im Einzelfall? Gerade angesichts des Begriffes der "gewaltsamen Assimilation" versagt auch in jedem Einzelfall die von Stalin gegebene Definition der Nation¹⁾, soweit sie auf die Gemeinsamkeit der Sprache und der Kultur abstellt, sodaß im Endergebnis die Feststellung der nationalen Zugehörigkeit dieses oder jenes Bürgers einer subjektiven und mehr oder minder willkürlichen Entscheidung unterliegt. Schon unter diesen Umständen wird es zweifelhaft sein, ob eine unter den vom sowjetischen Schrifttum herausgestellten Bedingungen abgehaltene Volksabstimmung wirklich den Willen der ganzen Nation widerspiegelt. Diese Zweifel verstärken sich, wenn man feststellt, daß die sowjetischen, auf Lenin zurückzuführenden Bedingungen einer abzuhaltenden Volksabstimmung

¹⁾ S.O.S. 24, 11, 1.

die Anwesenheit neutraler Beobachter, die Vorbereitung und Ablauf des Plebiszites überwachen, n i c h t vorsehen; der geforderte Abzug aller Truppen aus dem betreffenden Gebiet stellt als Garantie für eine wirklich freie und ungehinderte Abstimmung aller Angehörigen der Nation nur einen unvollkommenen Ersatz dar, denn der Truppenabzug vermag eine unzulässige, etwa gewaltsame Einflußnahme auf die Willensbildung und Willensausübung der Bevölkerung von Seiten interessierter Gruppen innerhalb des Abstimmungsgebietes nicht auszuschließen, sondern würde diese unter Umständen sogar erst ermuntern.

Der Anforderung festzustellen, was die g a n z e Nation will, vermag der übrige Katalog der zulässigen Willensbekundungen erst recht nicht zu genügen. Pressebekundungen, Versammlungsbeschlüsse, Streiks, Zusammenstöße und Aufstände sind häufig das Werk kleiner, revolutionärer Gruppen, deren Ziele durchaus nicht von der Mehrheit der Bevölkerung geillt oder gar unterstützt zu werden brauchen. Wird ihre Tätigkeit als Ausdruck des nationalen Selbstbestimmungswillens angesehen, so ermöglicht das einer entschlossenen und lautstark auftretenden Minderheit, ihre speziellen Gruppeninteressen als die Forderung der Gesamtheit oder Mehrheit der Nation nach nationaler Selbstbestimmung und der hierunter verstandenen konkreten Verwirklichung in einer der möglichen Formen auszugeben und unter dem Schein des gesamtnationalen Anliegens zu verwirklichen. Der gewichtigste Einwand schließlich gegen den sowjetischen Katalog von Selbstbestimmungs-Willensbekundungen gründet sich auf die Unterwerfung des Selbstbestimmungsprinzips unter die Interessen des Proletariats bzw. des von ihm verkörperten sozialistischen Staates und - zusammenhängend damit - auf die dargelegte führende Rolle der "Partei der Arbeiterklasse" bei jeder Selbstbestimmungskampagne. Lewin hat diese Beziehung zwischen Selbstbestimmungsprinzip und proletarischen Interessen für den Bereich des Rechts mit der Feststellung gekennzeichnet, das Selbstbestimmungsrecht sei mit der sozia-

listischen Revolution sowie dem Moment des Klassenkampfes verbunden und letzterem unterworfen¹⁾. Das bedeutet, daß bei fehlender Übereinstimmung mit den Interessen des Proletariats oder des sozialistischen, angeblich vom Proletariat getragenen Staates jede - objektiv noch so berechnete oder von der numerischen Mehrheit der Gesamtnation getragene - Selbstbestimmungskampagne Gefahr läuft, als "konterrevolutionär" und mithin unerlaubt abgestempelt zu werden. Ob eine solche Interessenübereinstimmung vorliegt, vermag jedoch - wie dargelegt - nur die Avantgarde des Proletariats, also die Partei, auf Grund ihrer Einsicht in die "objektiven Entwicklungsgesetze und historischen Bedingungen" festzustellen²⁾. Damit sind Beginn und Verlauf jeder Selbstbestimmungskampagne in sowjetischer Sicht dem zustimmenden Votum der Partei als Voraussetzung für ihre Berechtigung unterworfen. Entscheidend ist also, wie die jeweilige als "Partei der Arbeiterklasse" angesehene Formation im Interesse ihrer Gruppe und der angeblich von ihr vertretenen Schichten den Selbstbestimmungswunsch der gesamten Nation bewertet.

1) Lewin, I.D., Souveränität, S. 251 und 259. Dieser - gemessen am nachstalinistischen Schrifttum - bei Lewin öfter zu beobachtende Freimut mag seinen Grund darin haben, daß seinerzeit - 1948 - die Entkolonialisierung als derzeitiger Hauptanwendungsfall im sowjetischen, sich mit dem Selbstbestimmungsrecht befassenden Schrifttum noch nicht aktuell war und es deshalb nicht so nötig wie heute schien, auch in rechtstheoretischen Darlegungen auf etwaige Empfindlichkeiten der als Bundesgenossen zu gewinnenden "Dritten Welt" Rücksicht zu nehmen. Im übrigen liegt Lewin mit seinen Feststellungen vollauf auf der Linie Stalins, der wenigstens mit seinen Arbeiten zur nationalen Frage auch heute als "Klassiker des Marxismus-Leninismus" anzusehen ist.

2) s.o.S. 42/43, B I, und weiter S. 107/108, C II 2c.

3. Die Bewertung des Selbstbestimmungsrechts durch die sowjetische Völkerrechtslehre.

Die sowjetische Völkerrechtslehre steht heute auf dem Standpunkt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einen allgemein anerkannten Grundsatz des Völkerrechts darstelle¹⁾. Begründet wird diese Ansicht mit der Aufnahme des Prinzips in die UNO-Charter, namentlich durch die Artikel 1 (2), 55, 73 (b), die dem Grundsatz der Selbstbestimmung seine allgemeine Anerkennung bestätigen²⁾, auch wird auf die Atlantic-Charter und die Londoner Zustimmungserklärung der Sowjetregierung vom 24. September 1941 hierzu verwiesen³⁾. Die sich aus diesem Bezug ergebenden Bedenken, daß nämlich der Begriff der "self-determination" der UNO-Charter einen von der sowjetischen Auslegung verschiedenen⁴⁾ und im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises überhaupt unterschiedlich aufgefaßten Inhalt hat, werden nur von Tunkin erwähnt⁵⁾. Dieser meint jedoch, bereits die in der Charter enthaltenen - unvollkommenen - Bestimmungen bestätigten die allgemeine Anerkennung dieses Prinzips⁶⁾.

Zur Zeit besteht die Aufgabe des Selbstbestimmungsprinzips darin, ein völkerrechtliches Instrument im Kampf gegen den Kolonialismus zu sein und mit der Proklamierung des Rechtes auf Lostrennung und Bildung eines eigenen nationalen Staates

-
- 1) vgl. Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 36, 38-41; Lewin, D.B., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen und die Liquidierung des Kolonialismus, SGiP 1962, Nr. 8, S. 90-99 (S.92); ders., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht, in: Sowjetjehrbuch des Völkerrechts 1962, S. 25 ff. (S. 30/31); Uschakov, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 35; anders noch Lewin, I.D., Souveränität, der das Selbstbestimmungsrecht noch -1948- für eine "moralisch-politische Norm" hält.
 - 2) vgl. Lewin, D.B., SGiP 1962, Nr. 8, S. 92; Barataschwili, S. 48/49; Staruschenko SGiP 1958, Nr. 1, S. 63, 68.
 - 3) Barataschwili, S. 78.
 - 4) s.o.S. 29, 34-37, A III, 5 b.
 - 5) Tunkin ebda., S. 39.
 - 6) Tunkin ebda., S. 39.

den Unabhängigkeitsanspruch der Kolonialvölker juristisch zu untermauern¹⁾. Die sowjetische Völkerrechtslehre befindet sich mit dieser Beschränkung im Anwendungsbereich des Selbstbestimmungsrechtes auf der schon von Stalin 1921/22 herausgearbeiteten Linie²⁾, daß das Prinzip nicht mehr im sowjetischen Bereich, sondern nur noch in den Kolonialgebieten von aktueller Bedeutung sei. Diese Bedeutung wird nicht zuletzt in den "Reserven" zu sehen sein, die "die proletarische Revolution mit den revolutionären, nationalen Bewegungen in den abhängigen und Kolonialländern" hat³⁾.

Als allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts bringt das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung für die Völkerrechtssubjekte Rechte und Pflichten mit sich. Die um ihre Selbstbestimmung kämpfende Nation kann auf diesen Grundsatz ihren völkerrechtlichen Anspruch auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates stützen. Ihr ist nach sowjetischer Ansicht Völkerrechtssubjektivität zu eigen, wenn sie durch Bildung irgendeines vorläufig im Namen der Nation handelnden Organs beginnt, Merkmale einer Staatsbildung zu zeigen⁴⁾. Das ist die bisher einzige Ausnahme von der strikten Regel, nur souveräne Staaten könnten Völkerrechtssubjekte sein.

Für den Kolonialstaat dagegen, der die ihre Selbstbestimmung fordernde Nation in seinen Grenzen hält, rührt aus diesem Grundsatz die völkerrechtliche Verpflichtung zur Unabhängigkeitsgewährung her⁵⁾.

1) vgl. Lewin, SGiF 1962, Nr. 8, S. 92; Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 37, 42.

2) s.o.S. 103/104, C II, 2 b.

3) so Ljubomudrowa, S. 22.

4) vgl. hierzu Jewgenjew im Akademielexikon, S. 37.

5) so Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 43/44, 168.

Darüber hinaus sollen sogar alle anderen Staaten, soweit sie Mitglieder der UNO sind, verpflichtet sein, die ihre Selbstbestimmung verlangende Nation bei der Verwirklichung ihres Anspruches aktiv zu unterstützen¹⁾. Schließlich unterliegt das Selbstbestimmungsprinzip nach sowjetischer Ansicht gewissen Beschränkungen bei seiner völkerrechtlichen Anwendung: Die nationale Souveränität ist eben so wenig wie die staatliche Souveränität "absolut"; sie findet ihre Grenzen in den Rechten anderer Völker auf Selbstbestimmung und den Interessen der "Aufrechterhaltung des Friedens"²⁾.

An dieser Stelle muß jedoch bemerkt werden, daß die augenblicklich zu beobachtende Fixierung des Selbstbestimmungsprinzips durch die sowjetische Völkerrechtslehre auf den Vorgang der Entkolonialisierung nicht bedeutet, daß seine Anwendung in anderen Bereichen hinfort ausgeschlossen ist. Man hat es gerade bei der Stellung der "nationalen Frage" durch die Sowjetunion in hohem Maße mit einer "dialektischen Fragestellung" zu tun, deren Beantwortung allein abhängig ist von "den konkreten historischen Bedingungen", wie die Sowjetunion sie sieht. Das zeigt sich etwa darin, daß die Frage der nationalen Selbstbestimmung nach dem Sieg der Oktoberrevolution und der Konsolidierung der Sowjetmacht vorerst zu den Akten gelegt wurde. Es wird jedoch noch darzulegen sein, wie das Selbstbestimmungsprinzip vor, in und nach dem zweiten Weltkrieg im Rahmen der territorialen Veränderungen in Osteuropa zugunsten der Sowjetunion wieder hervorgeholt, in der völkerrechtlichen Argumentation genutzt und theoretisch zur Grundlage gebietsrechtlicher Regeln gemacht wurde. Es sollte deshalb nicht überraschen, wenn die UdSSR beim Vorliegen ihr genehm erscheinender Umstände des Prinzip der nationalen Selbstbestimmung auch in

1) Barsegow, S. 75.

2) vgl. Gelberg, Der westdeutsche territoriale Revisionismus im Lichte des Völkerrechts, SGiP 1962, Nr. 9, S. 94-104, (S. 103).

anderen geographischen Bereichen als dem der ehemaligen Kolonialländer und bei anderen politischen Vorgängen als dem der Entkolonialisierung wieder als völkerrechtliches Instrument benutzt. Auf der anderen Seite ermöglicht es der erwähnte Hinweis auf die dem Selbstbestimmungsrecht auferlegte Beschränkung der gebotenen "Aufrechterhaltung des Friedens", die Anwendung des Prinzips in politisch nicht genehmen Fällen nach Bedarf zu unterbinden oder wenigstens zu erschweren.

4. Zusammenfassung.

Man kann nach allem die "nationale Souveränität" als die Selbstbestimmung einer Nation oder eines Volkes in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten bezeichnen. Zur "äußeren Selbstbestimmung" gehört nach sowjetischer Ansicht das Recht auf eigene Bestimmung der staatlichen Zukunft und insbesondere auf Lostrennung aus dem bisherigen Staatsverband und Schaffung eines eigenen Staates. Die Gewährung, die Geltendmachung und die Ausgestaltung des Selbstbestimmungsrechtes hängen von den jeweils herrschenden "konkreten historischen Bedingungen" ab und sind den Bedürfnissen des Proletariats bzw. des angeblich von ihm getragenen sozialistischen Staates untergeordnet. Die nationale Willensbildung unterliegt daher der Beeinflussung durch die nationale marxistische Partei. Der Selbstbestimmungswillen findet seinen Ausdruck auf viele mögliche Arten, zu denen die Abhaltung eines Plebiszites und der national-revolutionäre, bewaffnete Befreiungskampf gehören. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist ein allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts; sein Anwendungsgebiet liegt zur Zeit in der Entkolonialisierung.

III. Die Gebietshoheit.

1. Der Begriff der Gebietshoheit.

- a) Das "nationale Territorium" und die Selbstbestimmung der Nation als Grundlagen der Gebietshoheit.

Ausgangspunkt für die inhaltliche Klärung des Begriffes der Gebietshoheit sind für die sowjetische Rechtslehre der Begriff des "nationalen Territoriums" und das Recht der Nationen und Völker auf Selbstbestimmung.

Innerhalb der von Stalin gegebenen Definition der Nation erscheint auch das Merkmal der "Gemeinschaft einer Menschengruppe auf der Grundlage eines gemeinsamen Territoriums" ¹⁾. Die sowjetische Rechtslehre bezeichnet unter Bezug auf diese Begriffsbestimmung der Nation jenes Merkmal als "nationales Territorium" ²⁾. Es ist

"der Teil des Erdballes, die nationale Basis, auf der die betreffende Nation gerade Gestalt annimmt oder bereits Gestalt angenommen hat....Das nationale Territorium bildet sich schrittweise, zugleich mit den anderen Merkmalen der Nation." ³⁾

Die Bildung des nationalen Territoriums ist verbunden mit dem allgemeinen Prozeß der Entstehung von Nationen als Folge der Schaffung eines nationalen Marktes durch die aufkommende Bour-

1) Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 32.

2) Janowskij, Das Problem des Erwerbs von Staatsgebiet im Völkerrecht, S. 8; Molodow, Einige Fragen des Territoriums im Völkerrecht, SGiP 1954, Nr. 8, S. 63 ff. (S. 65) unter ausdrücklichen Hinweis auf die Stalinsche Definition und die Eigenschaft des Territoriums als notwendige Voraussetzung bei der Entstehung einer Nation.

3) so die Definition bei Janowskij, S.8; inhaltlich genau so Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 112: "...Vermögen einer historisch bestimmten Gruppe von Menschen, die sich in den Ausmaßen des betreffenden geographischen Areals gebildet hat - eben seiner Urbevölkerung."

geoisie¹⁾. Für das Fortbestehen der auf ihm entstandenen Nation ist das nationale Territorium lebenswichtig²⁾, weil es die Quelle und überhaupt die Voraussetzung für den materiellen Wohlstand der auf ihm lebenden Gruppe bildet; es ist das Vermögen der ganzen Nation, mit dem diese wirtschaften und von dessen Erträgen sie leben muß. Wird ihr das "nationale Territorium" als Existenzgrundlage genommen, so ist sie nicht mehr fähig, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Jeder Anschlag auf das "nationale Territorium" stellt daher einen Angriff unmittelbar gegen die Unabhängigkeit und das Weiterbestehen der Nation dar³⁾.

Gleichzeitig bildet das "nationale Territorium" die Voraussetzung für die Geltendmachung und Ausübung des jeder Nation zustehenden Selbstbestimmungsrechtes⁴⁾. Ohne das Vorhandensein eines Territoriums sind die "äußere Selbstbestimmung", die Regelung der staatlichen Zukunft der Nation, und hierbei namentlich die Gründung und Existenz eines eigenen Nationalstaates nicht möglich, weil ein Staat ohne Territorium - von dem hier nicht zu behandelnden Fall der Exilregierung abgesehen - kein Staat ist; aus diesem Grunde steht nach sowjetischer Ansicht auch nationalen Minderheiten eine "nationale Souveränität" nicht zu⁵⁾. Die von der Nation kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes getroffene Regelung ihrer staatlichen Zukunft erfaßt daher auch immer das Schicksal des "nationalen Territoriums". Unterliegt das Gebiet demnach dem Selbstbestimmungsrecht der Nation, so hängt seine staatliche Zugehörigkeit allein von deren Willen und Entscheidung ab. Eine Verfügung über das "nationale Territo-

1) Janowskij ebda.

2) Barsegow, S. 55, 57; Molodzew, SGiP 1954, Nr. 8, S. 65/66 und die - mit einigen Änderungen - auf diesem Aufsatz beruhenden Ausführungen von Molodzew im Akademielehrbuch, S. 179/180.

3) Molodzew im Akademielehrbuch, S. 179.

4) vgl. hierzu Molodzew im Akademielehrbuch, S. 179; Tuschamedow, S. 29; Barsegow, S. 55/56.

5) so Staruschenko, SGiP 1958, Nr. 1, S. 67.

rium" ohne oder gegen diesen Willen verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Nation als deren nationale Souveränität.

Der Nationalstaat ist das Ergebnis der Ausübung der ihr zustehenden Selbstbestimmung durch die Nation, sei es, daß die Nation sich ihren Staat schuf, sei es, daß sie durch ihre Entscheidung ein schon bestehendes, fremdvölkisches Staatswesen auch als ihren Nationalstaat bestätigte. In jedem Fall beruhen die Herrschaftsgewalt und -ausübung des Nationalstaates auch nach sowjetischer Ansicht auf dem Willen der Nation oder zumindestens ihrer Mehrheit. Da der Nationalstaat für seine Bildung und Existenz auf das - räumlich abgegrenzte - nationale Territorium angewiesen und dieses untrennbar mit ihm verbunden ist, verdankt auch die vom Nationalstaat ausgeübte Gebietshoheit ihr Bestehen dem in der Regelung der national-staatlichen Zukunft ausgedrückten Selbstbestimmungswillen der Nation. Die Hoheit des Nationalstaates über ein bestimmtes Gebiet wird in Übereinstimmung mit dem Willen der darin ansässigen Bevölkerung, in ihrem Namen und zugunsten ihrer Interessen ausgeübt. Die Zustimmung der regierten Nation zu dem sie verkörpernden Nationalstaat ist also die Rechtsgrundlage der staatlichen Gebietshoheit¹⁾, so daß der Staat nicht Eigentümer des seiner Hoheit unterworfenen Territoriums ist, sondern nur "Depositär", "Treuhand", Vertreter für die Nation, der das nationale Territorium gehört²⁾. Hört der nationale Staat aus irgendeinem Grunde auf zu bestehen, so bleibt sein Gebiet dennoch Eigentum der Nation und unterliegt ihrer Verfügungsgewalt³⁾.

Die Gebietshoheit eines Nationalstaates reicht rechtens also in ihren räumlichen Ausmaßen so weit, wie sie die Zustimmung der ihr unterworfenen, das Gebiet in seinen räumlichen

1) so Barsegow, S. 57.

2) Barsegow ebda.

3) Barsegow ebda.

Ausmaßen besiedelnden Nation findet¹⁾. Im Idealfall des Nationalstaates umfassen dessen Grenzen die gesamte, sich auf Grund der oben herausgearbeiteten Merkmale²⁾ zu ihr bekennende Nation und beruhen auf deren Zustimmung. Jede Änderung der staatlichen Gebietshoheit in ihren räumlichen Ausmaßen und der damit verbundene Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit berühren das der betroffenen Bevölkerung zustehende Selbstbestimmungsrecht, über ihre staatliche Zukunft und ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, und bedürfen deshalb ihrer Zustimmung³⁾.

Wyschinskij brachte daher das Wesen des Territoriums als Grundlage der nationalen Existenz und namentlich der "äusseren" Selbstbestimmung auf die Formel:

"Das Staatsgebiet ist der materielle Ausdruck der Hoheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Volkes, das dieses Gebiet bewohnt." 4)

Gegen diese Begriffsbestimmung und die sich auf sie stützenden Völkerrechtler hat sich in jüngster Zeit Uschakow gewendet⁵⁾. Er bezeichnet die Formel als "völlig verworren" und wendet gegen sie ein, sie behandle nicht die juristische Natur des Staatsgebietes, sondern irgendwelche Bezie-

1) so Speranskaja, S. 100; ähnlich Barsegow, S. 79.

2) s.o.S. 94, C II, 1.

3) Barsegow, S. 56.

4) Wyschinskij, Fragen der Rechts- und Staatstheorie, S. 89; mit dieser Formel wird in fast allen Lehrbüchern, Monographien und Aufsätzen, die sich mit territorialen Fragen befassen, teils mit, teils ohne Bezug auf ihren heute stark kritisierten Autor - vgl. hierzu für das Völkerrecht Tunkin, Der XXII. Parteitag und die Aufgaben der sowjetischen Völkerrechtswissenschaft, SGiP 1962, Nr. 5, S. 3-17 - das Wesen des Territoriums gekennzeichnet. Siehe im einzelnen Janowskij, S. 7; Molodzow in SGiP 1954, Nr. 8, S. 65/66 und im Akademielehrbuch, S. 180; Barsegow, S. 55; Korowin Lehrbuch, S. 257; Lisowskij, S. 119.

5) Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 107/108.

hungen zwischen Gebiet und Bevölkerung, als juristischer Begriff könne das Gebiet "materiell" nichts ausdrücken, schließlich seien "Hoheit" und "Unabhängigkeit" Eigentümlichkeiten s t a a t l i c h e r Souveränität, und das Schlagwort der "Unantastbarkeit" gelte ebenfalls für die territorialen Beziehungen von Staat zu Staat. Für Uschakow besteht das Wesen des Territoriums nur in einem "Raum, innerhalb dessen ein Staat seine oberste Gewalt ausübt"¹⁾.

- Wyschinskij ist tot, Barsegow, Molodzew und Janowskij als die in Fragen des Territorialrechtes hervorgetretenen Autoren haben sich auf die Kritik Uschakows - soweit ersichtlich - nicht geäußert. Hier mag nur soviel gesagt werden, daß Wyschinskij's Formel meines Erachtens die nach wie vor geltenden Grundlagen sowjetischen staats-gebietsrechtlichen Denkens zutreffend wiedergibt, die in der Nation, ihrem auch das "nationale Territorium" erfassenden Selbstbestimmungsrecht und dem d a r a u s hervorgehenden nationalen Staat liegen. Dieser Entwicklungsreihe wird Uschakows Begriffsbestimmung nicht gerecht, sie beschränkt sich vielmehr auf das formalrechtliche Ergebnis dieses Prozesses und vermengt dabei - wie zu zeigen sein wird²⁾ - das Wesen des Staatsgebietes mit dem juristischen Gehalt der staatlichen Gebietshoheit.

Der rechtliche Gehalt der staatlichen Gebietshoheit hat nach sowjetischer Ansicht eine äußere und eine innere Seite. Nach innen bedeutet die Gebietshoheit das Recht des Staates, seine uneingeschränkte Herrschaft im Bereich des Staatsgebietes zu errichten und auszuüben³⁾, wozu vor allem die Gesetzgebung über die seiner Hoheit unterworfenen Bevölkerung gehört⁴⁾. Es ist bereits dargelegt worden, daß diese

1) Uschakow, ebda., S. 106.

2) S.u.S. 124, 125.

3) Barsegow, S. 58.

4) Lewin, Grundprobleme des gegenwärtigen Völkerrechts, S. 97.

Staatsgewalt innerhalb des Territoriums und auf ihm aus der nationalen Souveränität der ansässigen Bevölkerung hergeleitet und in ihrem Namen ausgeübt wird; sie bildet einen organischen Teil der staatlichen Souveränität¹⁾. Die Gebietshoheit wird über dem ganzen Gebiet ausgeübt und trägt, sofern es sich um einen Staat außerhalb des sozialistischen Lagers handelt, öffentlich-rechtlichen Charakter²⁾. Obwohl der Staat nicht Eigentümer des seiner Herrschaft unterworfenen Gebietes ist, steht es ihm kraft seiner Souveränität zu, nach eigenem Befinden und in Übereinstimmung mit dem mehrheitlichen Volkswillen die Ausgestaltung der - in nichtsozialistischen Ländern dann privat-rechtlichen - Eigentumsverhältnisse an den einzelnen Teilen des Staatsgebietes rechtlich zu regeln. Das ist dann jedoch eine Frage des innerstaatlichen Rechts³⁾.

Die nach außen gerichtete Seite der Gebietshoheit besteht nach sowjetischer Ansicht in der Ausschließlichkeit der Herrschaft des Staates und der Unzulässigkeit der Betätigung der Herrschaft anderer Staaten ohne seine Erlaubnis auf seinem Staatsgebiet⁴⁾. Völkerrechtlich ist allein diese äußere Seite der Gebietshoheit von Belang, während ihre Ausgestaltung im einzelnen auf dem Gebiet Sache der innerstaatlichen Rechtsordnung ist.

Das Wesen der Gebietshoheit läßt sich in der sowjetischen Völkerrechtslehre also folgendermaßen zusammenfassen:

-
- 1) Molodzew im Akademielehrbuch, S. 176; Korowin, Lehrbuch, S. 279.
 - 2) Barsegow, S. 56; zum öffentlich-rechtlichen und zugleich sachenrechtlichen Charakter der Gebietshoheit des sozialistischen Staates, vgl. unten S. 128/129, C III 2a.
 - 3) Barsegow, S. 58.
 - 4) so Korowin, Lehrbuch, S. 279; genau so Uschakow, S. 94; Molodzew im Akademielehrbuch, S. 176.

Entstehung, räumliche Begrenzung und rechtliche Ausgestaltung im Inneren eines Staates beruhen auf dem zustimmenden Willen der das Gebiet bewohnenden Bevölkerung und sind das Ergebnis der von ihr mit der Bildung eines Nationalstaates ausgeübten nationalen Selbstbestimmung; völkerrechtlich bedeutet die Gebietshoheit die Ausschließlichkeit der Herrschaft des Staates auf seinem Staatsgebiet.

b) Der Klassencharakter der Gebietshoheit.

Die Gebietshoheit bildet, wie schon erwähnt, einen Bestandteil der allgemeinen staatlichen Souveränität. Das Wesen der souveränen Staatsgewalt wird aber, da der Staat nach den Lehren des Marxismus-Leninismus einen Teil des Überbaues darstellt, von den im jeweiligen Staate herrschenden ökonomischen Verhältnissen geprägt, deren Stand und Entwicklung wieder die Klassenverhältnisse entscheidend beeinflussen. Daraus ergibt sich, daß auch die Gebietshoheit Klassencharakter haben muß. Nach sowjetischer Ansicht folgt daraus, daß in allen kapitalistischen Staaten, also praktisch in allen Ländern der Welt außerhalb des sozialistischen Lagers, die staatliche Gebietshoheit die Gebietshoheit der herrschenden Klasse, d.h. der Bourgeoisie, ist¹⁾.

Aus dieser Feststellung wird weiter geschlossen, daß in den kapitalistischen Ländern die oben dargelegte Kongruenz von nationaler Souveränität und staatlicher Gebietshoheit tatsächlich nicht besteht, auf Grund des Klassencharakters des Staates auch gar nicht bestehen kann. Während die nationale Selbstbestimmung in ihrem Nahziel - der Beseitigung einer etwa bestehenden Fremdherrschaft und der Schaffung eines eigenen nationalen Staates - die gemeinsame Sache der an sich antagonistischen Klassen und damit auch der "werktätigen Schichten" ist, kommt die Verwirklichung dieses Zieles

1) so Molodzew im Akademie-Lehrbuch, S. 180.

in kapitalistischen Staaten nach sowjetischer Ansicht nur der Bourgeoisie zugute, die ihren Staat und ihre Gebietshoheit errichtet.

Dem Klassencharakter der Gebietshoheit in kapitalistischen Staaten entspricht es, daß die Gebietshoheit auch innen entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bourgeoisie ausgestaltet wird: Das nationale Territorium, das doch eigentlich Eigentum der ganzen Nation ist, wird in seinen einzelnen Teilen Gegenstand des Privateigentums Einzelner und damit seinem wirklichen Eigentümer entzogen. Für das kapitalistische System soll jedoch gerade diese Ausgestaltung der Gebietshoheit nach innen lebensnotwendig sein, weil auch Grund und Boden zu den Produktionsmitteln gehören, deren Besitz die ökonomische Grundlage für die Existenz und Herrschaft der Bourgeoisie bilden¹⁾. Die staatliche Gebietshoheit regelt so nur die räumlichen Ausmaße des Territoriums dieses oder jenes Staates, während das Territorium im einzelnen nicht Objekt gesamtnationaler, staatlicher, sondern privatkapitalistischer Betätigung und Nutzung ist. Die innere Ausgestaltung der Gebietshoheit in den kapitalistischen Staaten offenbart so nach sowjetischer Ansicht ein erhebliches Auseinanderklaffen zwischen der nationalen Souveränität, die das Gebiet als Eigentum der ganzen Nation umfaßt, und der staatlichen Gebietshoheit, die nach innen das Gebiet Einzelnen zum Nachteil der Gesamtheit der Nation übereignet.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Verfassungen nahezu aller kapitalistischer Staaten nach dem Satz "Regierung des Volkes, für das Volk und nach dem Willen des Volkes" eine Volkssouveränität proklamiert²⁾, tatsächlich jedoch die Bourgeoisie die Hoheitsrechte der Völker usurpiert habe³⁾,

1) vgl. Barsegow, S. 60.

2) so Barsegow, S. 54 und die dort aufgeführten zahlreichen Beispiele.

3) Molodzew im Akademie-Lehrbuch, S. 180.

kann nach sowjetischer Ansicht in den kapitalistischen Staaten in Wirklichkeit nur von einer Fiktion der Volkssouveränität gesprochen werden. Diese Fiktion soll aus den dargelegten Gründen auch kennzeichnend für das Wesen der Gebietshoheit der kapitalistischen Staaten sein¹⁾. Diese hat danach nur das räumliche Ausmaß der staatlichen Herrschaft zum Inhalt, während die Hoheit selbst durch die Bourgeoisie und zu ihrem Nutzen als der herrschenden Klasse ausgeübt wird.

2. Die Gebietshoheit des sozialistischen Staates, insbesondere die Gebietshoheit der Sowjetunion.

a) Inhalt.

Dagegen soll die Gebietshoheit des sozialistischen Staates und namentlich der Sowjetunion einen völlig anderen Charakter tragen.

Nach sowjetischer Ansicht ist innerhalb der Sowjetunion das kapitalistische System zerschlagen und ist der diesem System eigene Klassenantagonismus in Ausgebeutete und Ausbeuter fortgefallen; es bestehen nur noch die Klassen der ehemals Ausgebeuteten. Das sozialistische Sowjetrecht geht deshalb heute, wie bereits ausgeführt²⁾, von der moralisch-politischen Einheit des Sowjetvolkes, bestehend aus miteinander verbündeten Arbeitern, Bauern und werktätiger Intelligenz, unter Führung des Proletariats und seiner Partei, der KPdSU, aus. Da es keine antagonistischen, sondern nur noch miteinander verbündete Klassen gibt, ist auch der Staat nicht mehr Instrument in den Händen einer Klasse, der Ausbeuterklasse, sondern dient zur Festigung der Ausübung der Herrschaft aller in der Sowjetunion noch bestehenden, miteinan-

1) Barzegow, S. 60.

2) 3.0.S. 42/43, B I.

der verbündeten Klassen. Die Souveränität der in der Sowjetunion lebenden Nationen, zum Ausdruck gekommen durch die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechtes in der staatlichen Form der Sowjetföderation, deckt sich daher mit der Souveränität des Sowjetstaates, an der alle Klassen teilhaben. Der grundsätzliche Unterschied zwischen der Gebietshoheit der kapitalistischen und der der sozialistischen Staaten besteht also nach sowjetischer Ansicht in dem Wegfall einer nur fingierten und ihrer Ersetzung durch eine echte Volkssouveränität¹⁾.

Der Übereinstimmung von staatlicher und nationaler Souveränität im Sowjetstaat entspricht auch die innere Ausgestaltung der Gebietshoheit. Das nationale Territorium, das der ganzen Nation gehört und ihrer Souveränität unterworfen ist, ist durch die Zerschlagung der Bourgeoisie dieser in allen seinen Teilen entzogen und Staatseigentum geworden²⁾. Da der Sowjetstaat aber, wie bereits ausgeführt, nach kommunistischer Ansicht das ganze Sowjetvolk in allen seinen miteinander verbündeten Klassen verkörpert, ist das nationale Territorium als Staatseigentum Eigentum der ganzen Nation. Das Territorium als Grund und Boden hat damit dasselbe Schicksal wie alle anderen Produktionsmittel erlitten, es ist Objekt des sozialistischen Eigentums geworden und bildet die "materielle Basis der sozialistischen Wirtschaft" ³⁾.

Die Gebietshoheit des Sowjetstaates hat also - im Gegensatz zur Gebietshoheit der kapitalistischen Staaten - eine doppelte Bedeutung: Zum einen bezeichnet sie, wie jede Gebietshoheit das räumliche Ausmaß der staatlichen Souveränität, zum anderen jedoch ist sie auch Ausdruck des staatlichen Eigentums am gesamten Gebiet. Korowin⁴⁾ hat das mit dem

1) vgl. auch Barsegow, S. 60.

2) vgl. Art 6 der Sowjetverfassung; Barsegow, S. 59, 60/61.

3) so Lisowskij, S. 120.

4) Korowin, Der Beitrag der UdSSR zum Völkerrecht, 36iP 1947, Nr. 11, S. 22-33 (S. 26).

Satz ausgedrückt:

"Die Beziehung des Sowjetstaates zum Territorium ist nach der traditionellen Terminologie gleichzeitig öffentlich-rechtlicher und sachenrechtlicher Art."

Man wird mit der sowjetischen Lehre¹⁾ in dieser Doppelbe-
deutung den wesentlichen, auch für die Rechtswissenschaft
außerhalb des "sozialistischen Lagers" beachtlichen Unter-
schied im Inhalt der Gebietshoheit eines sozialistischen
und eines nichtsozialistischen Staates sehen müssen.

Gegen diese Unterscheidung zwischen der Gebietshoheit des
Sowjetstaates und der der "bourgeoisen" Länder wendet sich
neuerdings Uschakow mit dem Vorwurf, hier würden juristi-
sche und soziale Kategorien unzulässig miteinander ver-
mengt²⁾. Für ihn besteht dieser Unterschied deshalb nicht,
weil juristisch gesehen in beiden Weltsystemen die Eigen-
art des Staatsgebietes in der Hoheit nur eines Staates
über einem räumlich abgegrenzten Territorium liege³⁾. Ent-
gegnungen auf diesen Vorwurf sind noch nicht bekannt gewor-
den. Hier mag jedoch auf das zu Uschakows Kritik an der Wy-
schinskijschen Formel des Territoriums Gesagte verwiesen
werden⁴⁾, namentlich, daß Uschakow auch hier nur dem for-
maljuristischen Ergebnis, nicht aber der dorthin führenden
und bei der Begriffsausfüllung nicht wegzudenkenden Ent-
wicklungsreihe Bedeutung beimißt. Im übrigen mutet der Vor-
wurf der Vermengung juristischer und sozialer Kategorien
gerade bei einem kommunistischen Rechtswissenschaftler ei-
genartig an, denn nach den Grundsätzen der marxistisch-
leninistischen Rechtstheorie kann es eine rein rechtliche
Begriffsbildung ohne Berücksichtigung der hierfür ausschlag-

1) Barsegow, S. 60, 65; Durdenewskij-Krylow, S. 204; Korowin
Lehrbuch, S. 259; Lisowskij, S. 120.

2) Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht,
S. 109-111. Ausdrücklich werden in diesem Zusammenhang
Durdenewskij-Krylow, S. 204 angegriffen.

3) Uschakow, S. 111.

4) s.o.S. 123, C III, 1 a.

gebenden "Gesetzmäßigkeiten und Entwicklung der ökonomischen Basis" überhaupt nicht geben.

Die "Doppelbedeutung" der Gebietshoheit des sozialistischen Staates mit der Folge der nur in einem sozialistischen Staat erreichbaren Kongruenz von nationaler und staatlicher Souveränität ist nicht nur als theoretische Konstruktion von Belang, sondern hat auch praktische Bedeutung. Hier befinden sich die - auf den ersten Blick und namentlich für "junge Völker" - logisch erscheinenden Ansatzmöglichkeiten, die Entwicklung vom Beginn einer nationalen Bewegung an unter dem Motto der Erreichung "voller" nationaler Selbstbestimmung auf die erstrebte Übereinstimmung von nationaler und staatlicher territorialer Souveränität zu lenken, wie sie von der sowjetischen Lehre verstanden wird.

Bisher ist bei der Bestimmung des Inhalts der Gebietshoheit des sozialistischen Staates nur die Lage in der Sowjetunion, d.h. das ausschließliche Staatseigentum am Territorium, zugrundegelegt worden. In vielen anderen sozialistischen Ländern besteht aber neben dem Staatseigentum noch das private Eigentum Einzelner oder von Genossenschaften am Grund und Boden¹⁾. Dennoch weist die Gebietshoheit dieser Volksdemokratien dieselben Merkmale wie die der Sowjetunion auf: Sie ist also - nach der traditionellen Terminologie - öffentlicher-rechtlicher und zugleich sachenrechtlicher Natur. Das hat seinen Grund darin, daß auch in den Volksdemokratien das Staatseigentum am Grund und Boden vorherrscht, das Privateigentum Einzelner dagegen allmählich zurückgeht und überdies "gesellschaftsgebunden" ist, d.h. seine Nutzung und Verwertung erfolgen in Übereinstimmung mit den "Volksinteressen"²⁾, eine beliebige Verfügung ist ausgeschlossen oder

¹⁾ vgl. hierzu die Aufzählung bei Barzegow, S. 61/62 und S. 64.

²⁾ ausführliche Darstellung bei Barzegow, S. 61-65.

wenigstens erschwert. Es ist daher durchaus zulässig, unter dem Begriff der Gebietshoheit des sozialistischen Staates nicht nur die Hoheit der Sowjetunion, sondern auch die der anderen sozialistischen Länder zu verstehen.

Das Territorium des sozialistischen Staates stellt also die materielle Basis des sozialistischen Wirtschaftssystems dar. Diese Funktion des Territoriums ist nicht ohne Einfluß auf das Verhalten des sozialistischen Staates in Gebietsfragen. Ein großes Territorium ermöglicht den Einsatz größerer sachlicher und persönlicher Mittel für den Aufbau des Sozialismus und später des Kommunismus; es ermöglicht darüber hinaus einen besseren Ausbau der Verteidigungsorganisation und erhöht schließlich die politische Manövrierfähigkeit¹⁾. Aus diesen Gründen ist der sozialistische Staat immer an einem möglichst großen Territorium interessiert, seine territoriale Erweiterung soll durch "freiwilligen Zusammenschluß" mit anderen Völkern vor sich gehen²⁾. Nach Trainin bedeutet das, daß dem sozialistischen Staat ein Hang zur ständigen territorialen Ausdehnung innewohnt.

Diese Ansicht, 1947 formuliert, als die Sowjetunion der einzige wirkliche sozialistische Staat war, bestätigt in wenn auch unvollkommener und wenig präziser Weise die große Bedeutung der Ableitung der staatlichen Gebietshoheit vom nationalen Selbstbestimmungsprinzip. Es ist bereits ausführlich dargelegt worden³⁾, wie schon Lenin die nationale Selbstbestimmung als reine "Durchgangslösung" herausgestellt hat, an deren Ende die Vereinigung der sozialistischen Nationen steht. Es ist daher durchaus folgerichtig, wenn Trainin

1) vgl. Trainin, Fragen des Territoriums im Staatsrecht, Mitteilungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR-Rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, 1947, Nr. 4, S. 217-234, Nr. 6, S. 394-410 (S. 409).

2) Trainin ebda.

3) S.O.S. 99, C II, 2a.

in Erkenntnis der Abhängigkeit zwischen staatlicher Gebiets-
hoheit und nationaler Selbstbestimmung auch der Gebiets-
hoheit der Staaten nur vorübergehenden Charakter beimißt, die
von den sich "freiwillig" vereinenden Völkern getragen wird.
Tunkin hat das zwölf Jahre später, als neben der Sowjetunion
schon eine ganze Reihe anderer sozialistischer Staaten be-
stand, mit dem bereits zitierten Satz ausgedrückt, die An-
erkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen schlies-
se die Vereinigung der sozialistischen S t a a t e n nicht
aus¹⁾. Damit ist die Entwicklung, die die Gebietshoheit so-
zialistischer Länder untereinander - wenigstens rechtstheo-
retisch - nehmen wird, vorgezeichnet.

Anderes dagegen gilt von der Gebietshoheit, wenn ein sozia-
listischer Staat sich in seinem Territorium mit einem kapi-
talistischen Staat berührt. Grenzen scheiden hier nicht nur
verschiedene Staaten, sondern auch unterschiedliche Wirt-
schafts- und Gesellschaftsordnungen, was in alle mit der
Regelung oder gar Änderung der Gebietshoheit zusammenhängen-
den Fragen "unausweichlich" eine große Schärfe hineinträgt²⁾.
Hier ergibt sich die Funktion der Gebietshoheit daraus, daß
diese auch nach sowjetischer Ansicht einen Unterfall der
staatlichen Souveränität bildet. Der Gebietshoheit fällt
deshalb im territorialen Bereich die bereits dargestellte
Aufgabe der staatlichen Souveränität des sozialistischen
Staates gegenüber nichtsozialistischen Staaten zu³⁾:

"Schranke" gegenüber dem vom Klassenfeind beherrschten Aus-
land zu sein. Für die Souveränität des sozialistischen Staa-
tes, die in erster Linie seine Unabhängigkeit und Abschir-
mung von jedweder Einflußnahme kapitalistischer Staaten be-
deutet und den störungsfreien Umbau der gesellschaftlichen

1) Tunkin, Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen
und das Völkerrecht, SGiP 1959, Nr. 1 = Sowjetwissen-
schaft 1959, Heft 7, S. 709 ff. (S. 719).

2) vgl. Barsegow, S. 66.

3) s.o.S.85-87, C I, 1c.

und ökonomischen Verhältnisse gewährleisten soll, ist deshalb eine strenge Handhabung der Gebietshoheit im Verhältnis zu kapitalistischen Staaten von besonderer Bedeutung. Hieraus erklärt sich wenigstens zum Teil das an den Grenzen der Sowjetunion und auch der anderen sozialistischen Länder eingeführte strenge "Grenzregime" mit seinem ausgeklügelten System von Grenzzonen, Grenzstreifen u.a.¹⁾, die sonstigen zu beobachtenden Zugangsschwerungen und die Allergie sozialistischer Länder gegenüber jeder noch so harmlosen Grenzverletzung. Die Zielsetzung gerade des Grenzregimes - Ausschluß wie immer gearteter Souveränitätsverletzungen durch "imperialistische Länder" ²⁾ - schließt eine strenge Handhabung auch an den Grenzen zu benachbarten sozialistischen Ländern nicht aus, weil - mit sowjetischen Augen gesehen - diese ihrerseits wieder an nichtsozialistische Länder angrenzen. Da die sozialistischen Staaten, so lange in der Welt die beiden ideologisch und gesellschaftlich einander entgegengesetzten Systeme bestehen, auf ihre strenge Souveränität gegenüber nichtsozialistischen Staaten nicht verzichten können, wird es auch in Zukunft bei der strikten Aufrechterhaltung und Betonung ihrer Gebietshoheit gegenüber diesen Staaten bleiben³⁾.

b) Die völkerrechtliche Gebietshoheit der Unionsrepubliken in der UdSSR.

Zu erörtern ist noch die Gebietshoheit in der UdSSR als Bundesstaat. Nach sowjetischer Auffassung stellen die einzelnen Unionsrepubliken souveräne Staaten mit eigener Völkerrechtssubjektivität dar. Bei der folgenden Betrachtung der Gebietshoheit der Unionsrepubliken sei vorweg jedoch an die sich dem

1) vgl. die eingehende Darstellung bei Molodtsov im Akademielehrbuch, S. 197/198 des sowjetischen, sich auf Verordnungen aus den Jahren 1927 und 1935 stützenden Grenzregimes.

2) so Molodtsov im Akademielehrbuch, S. 197.

3) vgl. Wiewióra, S. 231.

Völker- und dem Verfassungsrecht entziehenden Einflüsse, - planwirtschaftliche Verflechtung, zentralisierte Organisation der KPdSU, sozialistischer Internationalismus - erinnert, die einer Ausnutzung der unionsrepublikanischen Souveränität im Wege stehen¹⁾.

Nach sowjetischer Ansicht sind die Unionsrepubliken Nationalstaaten, deren Gebiet nicht nach zufälligen geographischen Gegebenheiten oder administrativen Erfordernissen abgegrenzt wird, sondern das nationale Territorium der dort ansässigen Nation darstellt²⁾. Die Bildung der Unionsrepublik und ihr Eintritt in die Sowjetföderation mitsamt der Übertragung etlicher staatlicher Hoheitsrechte auf die Nation sind die Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung des die Republik bewohnenden Volkes. Als Voraussetzung der Eigenstaatlichkeit wird daher auch das nationale Territorium von der Selbstbestimmung ergriffen. Artikel 18 der Unionsverfassung trägt dieser Konstruktion Rechnung. Danach darf das Gebiet der Unionsrepubliken nicht ohne deren Zustimmung geändert werden, Änderungen bedürfen allerdings nach Artikel 14e der Bestätigung durch die Union. Im übrigen ist die Gebietshoheit der Unionsrepublik wie alle ihre anderen staatlichen Hoheitsrechte auch durch den in Artikel 14 zugunsten der Union aufgestellten Kompetenzkatalog beschränkt. Unter diesen Voraussetzungen werden die Grenzen der einzelnen Unionsrepubliken als Staatsgrenzen angesehen³⁾, wobei zwischen inneren - zu benachbarten Unionsrepubliken - und äußeren Staatsgrenzen - zu benachbarten ausländischen Staaten - unterschieden wird⁴⁾. Für die völkerrechtliche Gebietshoheit sind nur die mit der äußeren

1) s.o.S. 89-91, C I, 1d.

2) vgl. Umanskij, S. 136.

3) vgl. Slatopolskij, Der Staatsaufbau der UdSSR, S. 145/ 146.

4) ebda.

Staatsgrenze der Unionsrepublik zusammenhängenden Fragen von Belang, während Probleme der inneren Staatsgrenze Sache des sowjetischen Staatsrechts sind. Grundlage der völkerrechtlichen Gebietshoheit ist außer dem bereits erwähnten Artikel 18. der Artikel 18a der Unionsverfassung, wonach Änderungen im Gebietsstand der Unionsrepublik auf Kosten oder zugunsten ausländischer Staaten der völkerrechtlichen Zustimmung der hiervon betroffenen Republik bedürfen.

Entgegen dem Verfassungstext sind jedoch alle territorialen Änderungen nach dem 1. Februar 1944, an dem durch verfassungsänderndes Gesetz und Einschub des Artikels 18a in die Unionsverfassung den Unionsrepubliken Völkerrechtssubjektivität zugesprochen wurde, ohne völkerrechtliche Beteiligung der betroffenen Unionsrepubliken durchgeführt worden. Sowohl der Vertrag über die Angliederung der Karpathoukraine an die UdSSR vom 29. Juni 1945¹⁾, durch den die Ukrainische SSR von der Tschechoslowakei Gebiet erlangte, als auch der Vertrag über die sowjetisch-polnische Staatsgrenze vom 16. August 1945, durch den die Weißrussische SSR und die Ukrainische SSR Gebietszuwachs verzeichnen konnten²⁾, als auch schließlich der polnisch-sowjetische Gebietsaustauschvertrag vom 15. Februar 1951³⁾, der den Gebietsstand der Ukrainischen SSR berührte, sind allein von der Union und den jeweiligen ausländischen Vertragspartnern geschlossen worden und erwähnen mit keinem Wort die nach Artikel 18, 18a gebotene völkerrechtliche Mitwirkung der betroffenen Unionsrepubliken⁴⁾. Im sowjetischen Schrift-

1) Vertragssammlung, Nr. 406, Bd. XI, S. 31/32.

2) Vertragssammlung, Nr. 485, Bd. XII, S. 76/77.

3) Vertragssammlung, Nr. 565, Bd. XIV, S. 154/155.

4) Wie Art. 18 bei Änderungen der "inneren Staatsgrenzen" der Republiken gehandhabt wird, läßt sich aus den beiden bei Maurach, S. 107/108, dargestellten Fällen von Gebietsänderungen ersehen, die jeweils ohne die nach Art. 18 gebotene Zustimmung der betroffenen Republiken erfolgten.

tum ist eine Begründung für diese offensichtliche Verletzung der genannten Unionsverfassungsartikel nicht zu finden. Es mag sein, daß dieses Übergehen der unionsrepublikanischen Gebietshoheit seinen Grund in der Fassung des Artikels 18a hat, der vom "Recht" der Unionsrepubliken spricht, unmittelbar Beziehungen zu auswärtigen Staaten aufzunehmen und mit ihnen Abkommen zu schließen. Ein Recht aber ist man nicht verpflichtet, geltend zu machen, welche Einstellung bereits bei der Zuerkennung anderer staatlicher Hoheitsrechte in der sowjetischen Theorie beobachtet werden konnte¹⁾. Unter diesen Umständen muß die in Artikel 18, 18a getroffene Regelung der behaupteten völkerrechtlichen Gebietshoheit der einzelnen Unionsrepubliken als reine verfassungsrechtliche Semantik bezeichnet werden: die Gewährung der entsprechenden "Rechte" dient wegen der ihnen innewohnenden Relativität bei der Geltendmachung in Wirklichkeit dem Zweck, die den Unionsrepubliken nach dem Verfassungstext eingeräumten Befugnisse durch entsprechende Formulierung genau so verfassungskonform wieder zu nehmen, damit die allein bestehende Machtposition der Union auch in völkerrechtlich-gebietshoheitlichen Fragen verschleiert zu legalisieren und die Mitwirkung der Unionsrepublik in diesen völkerrechtlichen Beziehungen auszuschalten. Die Formulierung der hier immer im Zusammenhang zu lesenden Artikel 18 und 18a der Unionsverfassung erlaubt es, wirkungsvoll unterstützt von den bereits dargelegten außerverfassungsrechtlichen Beschränkungen der unionsrepublikanischen Souveränität durch planwirtschaftliche Verflechtung, zentralisierten Parteaufbau und die Gebote des sozialistischen Internationalismus, jede freie und spontane Beteiligung der einzelnen Unionsrepublik bei der Regelung der ihr formell zustehenden völkerrechtlichen Gebietshoheit zu verhindern,

¹⁾ s.o.S. 82, C I 1a, und S. 105/106, C II 2b.

ja sogar als "illegal" abzustempeln¹⁾. Aus diesen Gründen kann die der Unionsrepublik als Völkerrechtssubjekt formell zuerkannte Gebietshoheit als in Wirklichkeit nichtbestehend angesehen werden. Offenbar kann sich - aus was für Gründen auch immer - auch Slatopolskij²⁾ dieser Einsicht nicht verschließen, wenn er durchaus im Einklang mit der Wirklichkeit, nicht aber mit dem Text der sowjetischen Verfassung feststellt, die äußere Staatsgrenze einer Unionsrepublik sei gleichzeitig die Staatsgrenze der UdSSR und könne nur durch Verträge der U n i o n mit ausländischen Staaten festgelegt werden. Für unsere Untersuchung kann nach allem die behauptete Gebietshoheit der Unionsrepublik als angeblichem Völkerrechtssubjekt außer Betracht bleiben, tatsächlich hat man es nur mit der Hoheit der Union zu tun.

3. Völkerrechtliche Auswirkungen des Begriffes der Gebietshoheit.

a) Der Grundsatz der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität.

Es ist bereits dargelegt worden, daß der rechtliche Gehalt des Begriffes der Gebietshoheit in der Ausschließlichkeit der Herrschaft eines jeden Staates und in der Unzulässigkeit der Betätigung und Einflußnahme anderer Staaten auf seinem Staatsgebiet besteht. Für das Völkerrecht ergibt sich hieraus auch nach sowjetischer Ansicht das Gebot der

1) der hier verwendete Begriff der Verfassungssemantik ist den Schriften von Loewenstein entnommen: die geltende Verfassung soll die bestehende Machtposition der augenblicklichen Machthaber legalisieren, ohne anderen Sozialkräften die Möglichkeit einer freien Beteiligung am politischen Prozeß zu gewähren; vgl. Loewenstein, Über Wesen, Technik und Grenzen der Verfassungsänderung, S. 13; Loewenstein, Verfassungslehre, S. 153/154.

2) Slatopolskij, Der Staatsaufbau der UdSSR, S. 116 und S. 145.

gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität der einzelnen Staaten. Dieses Prinzip stellt einen allgemein anerkannten Grundsatz des Völkerrechts dar¹⁾. Die allgemeine Anerkennung dieses Prinzips wird außer in seiner Aufnahme nach Artikel 2 Ziffer 4 in die UNO-Charter²⁾ in der Zustimmungserklärung der Sowjetunion zur Atlantic-Charter vom 24. September 1941 und den Erklärungen der Bandung-Konferenz der Völker Afrikas und Asiens vom April 1955 gesehen³⁾. Der Grundsatz der wechselseitigen Achtung der territorialen Integrität bringt für die Staaten die völkerrechtliche Verpflichtung mit sich, die Souveränität anderer Staaten auf ihrem Staatsgebiet nicht zu verletzen; jeder Anschlag auf das Territorium eines anderen Staates mindert dessen Souveränität und ist unzulässig⁴⁾. Die mit diesem Prinzip gebotene wechselseitige Achtung der territorialen Integrität ist für die sowjetische Völkerrechtslehre heute vor allem in Hinblick auf die unter dem Gebot der friedlichen Koexistenz geregelten Beziehungen zu den Staaten außerhalb des sozialistischen Lagers wichtig⁵⁾. Der Grundsatz verpflichtet die Staaten dann zu seiner Einhaltung vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß territoriale Streitigkeiten und Ambitionen in besonders hohem Maße kriegerische Verwicklungen auslösen können und daß diese vermieden werden müssen.

1) Korowin im Akademielehrbuch, S. 10; Molodzew ebda., S. 176.

2) Molodzew ebda., S. 176.

3) so Lewin, Die friedliche Koexistenz und das Völkerrecht, Nachrichten höherer Lehranstalten - Rechtswissenschaft - 1958, Heft 1, S. 104.

4) Korowin, Die fünf Prinzipien - die Grundlage der friedlichen Koexistenz, MŽ 1950, Nr. 5, S. 45 ff. (S. 45).

5) Korowin ebda.; ders. im Akademielehrbuch, S. 10.

- b) Das Verhältnis des Grundsatzes der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität zur Garantie des territorialen "status quo".

Man könnte nach dem vorstehend Erörterten meinen, der Grundsatz der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität habe die völkerrechtliche Garantie des gegenwärtigen territorialen Bestandes eines jeden Staates zum Inhalt, der ohne Zustimmung des betroffenen S t a a t e s nicht geändert werden dürfe¹⁾.

Gerade diese Folge des Prinzips wird in der sowjetischen Völkerrechtslehre heute jedoch energisch bestritten²⁾. Ausgangspunkt der sowjetischen Argumentation ist die Tatsache, daß die staatliche Gebietshoheit ihre Entstehung dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verdankt und im Idealfall rechtens so weit reicht, wie sie die Zustimmung der in dem Gebiet auf ihren nationalen Territorien ansässigen Nationen findet³⁾. Aus diesem Grunde besteht für das räumliche Ausmaß der Gebietshoheit eines jeden Staates zunächst einmal die Vermutung, daß sie mit dem souveränen Volkswillen übereinstimmt, also der nationalen Selbstbestimmung entspricht⁴⁾. Allein diese Vermutung bildet die Grundlage dafür, daß der betreffende Staat seine Territorialhoheit auf seinem ganzen Staatsgebiet zu Recht ausübt⁵⁾. Das gilt

1) so im Jahre 1948 noch I.D. Lewin, Souveränität, S. 262, der im Gegensatz zu den folgenden Ausführungen jede Änderung des territorialen "status quo" unter "dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechtes" als Ermöglichung "imperialistischer Machinationen" sowie "revisionistischer Pläne" und als Gefährdung des Weltfriedens ansieht.

2) vgl. zum folgenden Barsegow, S. 76-88; ders., Die Achtung der territorialen Integrität ist eines der wichtigsten Prinzipien der friedlichen Koexistenz, SGiP 1957, Nr. 9, S. 25-31 = RID 1958, Nr. 8, Sp. 231 ff., dieser Aufsatz ist ein, wenn auch gekürzter, Vorabdruck des entsprechenden Abschnittes der obigen Monographie; Šperanskaja, S. 97-117.

3) s.o.S. 122, C III, 1a.

4) Barsegow, S. 120/121; Šperanskaja, S. 116.

5) Barsegow ebda.

zunächst auch dann, wenn eine Nation sich unter der Herrschaft eines Staates befindet, der von einer anderen Nation, der Staatsnation getragen wird. Macht eine solche Nation jetzt ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend und fordert den Austritt aus dem bisherigen Staatsverband, wird ihr das jedoch von dem sie beherrschenden andersnationalen Staat verwehrt, so gilt die oben geschilderte Vermutung nicht mehr. Der betreffende Staat übt dann seine Gebietshoheit über die Teile seines Staatsgebietes, die von der ihre Selbstbestimmung fordernden Nation bewohnt werden, zu Unrecht aus, weil die Rechtsgrundlage dieser Hoheit entfallen ist¹⁾. Seine unter diesen Umständen weiterhin in den betreffenden Landesteilen ausgeübte Gebietshoheit genießt dann nicht mehr den aus dem allgemein anerkannten Grundsatz der wechselseitigen Achtung der territorialen Integrität herrührenden Schutz.

Diese Schlußfolgerung wird aus der UNO-Charter hergeleitet. Die Charta bestätige sowohl den Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität als auch den der nationalen Selbstbestimmung; beide seien allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts. Artikel 2 Ziffer 4 der Charta garantiere jedoch nur den Schutz des gesamten territorialen Besitzstandes vor der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt durch andere Staaten, lasse jedoch auf friedliche Weise herbeigeführte Änderungen zu²⁾. Dazu gehörten in erster Linie die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen erfolgenden Änderungen, zumal die UNO-Charta den Völkern dieses Recht ebenfalls garantiere. In Wirklichkeit schlossen sich die Achtung der territorialen Integrität und die Verwirklichung nationaler Selbstbestimmung nicht aus, weil die territoriale Integrität des Staates nur gegenüber einem Überfall v o n a u ß e n und

1) vgl. Barsegow, S. 78.

2) Barsegow, S. 81/82.

dadurch mit Anwendung von Waffengewalt herbeigeführten Lostrennungen garantiert werde¹⁾.

So kommen die sowjetischen Völkerrechtler zu der Schlußfolgerung, daß von dieser Garantie der Fall nicht berührt wird, in dem eine Nation in den Grenzen des bisherigen Staatsverbandes um ihre Lostrennung mit dem Ziel der Bildung eines eigenen Staates kämpft. Eine solche Situation darf nur aus dem Gesichtspunkt der betreffenden Nation und des ihr zustehenden Selbstbestimmungsrechtes völkerrechtlich gelöst werden, auch dann, wenn die Bekundung des Selbstbestimmungswillens der Nation in einem nationalen Befreiungskrieg gegen den andersnationalen Staat und eben auf dessen bisherigen Staatsgebiet erfolgt²⁾. Nach sowjetischer Ansicht stellt ein solcher Kampf niemals einen Aggressionskrieg dar, hier verhält sich vielmehr die "Kolonialmacht" völkerrechtlich gesehen falsch, die mit der kolonialen Inbesitznahme und dem gewaltsamen Festhalten der betreffenden Nation im bisherigen Staatsverband eine Aggression gegen deren Gebiet und Unabhängigkeit begeht³⁾. Infolgedessen wird ein solcher bewaffneter Aufstand oder Krieg der um ihre Selbstbestimmung kämpfenden Nation als völkerrechtsgemäß und gerade nicht als Angriff auf die territoriale Integrität des bisherigen Staatsverbandes angesehen⁴⁾. Noch einen Schritt weiter geht eine Ansicht, nach der überhaupt jede die bisherigen Grenzen ändernde innerstaatliche, namentlich soziale Revolution - "den Fortschritt fördernd" - kein nach dem Völkerrecht zu regelndes territoriales Problem zwischen den Staaten sei⁵⁾.

1) Barsegow, S. 82.

2) vgl. Speranskaja, S. 100/101; Molodow, Die friedliche Regelung von territorialen Streitigkeiten und Grenzfragen, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1963, S. 70-84 (S.77).

3) vgl. Scharmasanashwili, Der Kolonialkrieg - eine grobe Verletzung des Völkerrechts, SGiP 1957, Nr. 10, S. 55-61 = RID 1958, Nr. 8, Sp. 225 ff. (Sp. 231); Molodow ebda.

4) Scharmasanashwili ebda.; Molodow, S. 76/77; ders., Grenzen und Recht, MZ 1964, Nr. 10, S. 9-17 (S.15).

5) Koschewnikow-Piradow, Völkerrecht und Grenzfragen, Kommunist 1964, Nr. 2, S. 32-38 (S.34).

Barsegow hat diese ganze Problematik mit dem Satz gekennzeichnet, die Frage der territorialen Integrität dieses oder jenes Staates und die Frage der Unveränderlichkeit seiner Grenzen seien voneinander völlig verschiedene Probleme, zwischen die man kein Gleichheitszeichen setzen könne¹⁾.

Die Folge dieser sowjetischen Auffassung vom Grundsatz der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität ist, daß der territoriale Besitzstand eines Staates in seiner Gesamtheit - also der "status quo" - nur gegen Einwirkungen geschützt ist, die von außen und eindeutig von anderen Staaten herrühren. Selbst dieser Grundsatz erfährt nach der Ansicht von Janowskij noch eine wichtige Einschränkung²⁾. Wird nämlich die Gebietshoheit von einem Staat auf einem Teil seines Gebietes ohne die Zustimmung dort lebender fremdnationaler Bevölkerung ausgeübt und gliedert sich ein anderer Staat dieses Gebiet gewaltsam, aber mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung an, so soll eine solche Angliederung "gerecht" sein und den Grundsätzen des Völkerrechts entsprechen. Im übrigen genießt der Besitzstand des einzelnen Staates grundsätzlich dann keinen Schutz, wenn eine in seinem Staatsverband befindliche Nation um ihre nationale Selbstbestimmung und die Lostrennung ihres "nationalen Territoriums" - auch und gerade in Form des bewaffneten Kampfes auf seinem "Staatsgebiet" - sich bemüht. Folgt man Koshewnikow-Piradow, so gilt das auch bei den die Staatsgrenzen ändernden innerstaatlichen sozialen Auseinandersetzungen.

Eine solche Auffassung vermag jeden Angriff auf die territoriale Integrität eines Staates völkerrechtlich zu rechtfertigen, der nicht ganz eindeutig von einem anderen Staat

1) Barsegow, S. 79/80; genau so Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 111-113.

2) Janowskij, S. 15.

herrührt und dann eine Gebietshoheit des angegriffenen Staates trifft, die mit der Zustimmung aller in seinem Staatsverband lebenden Nationen ausgeübt wird. Dagegen sind Angriffe auf dem Umweg über die nationalen oder sozialen Anliegen - oder was man dafür ausgibt - innerstaatlicher, aber von außen gesteuerter Gruppen keine rechtlichen Grenzen gesetzt, auch dann nicht, wenn solche Auseinandersetzungen den ganzen oder teilweisen Anschluß des bisherigen Staatsgebietes im Wege irgendeiner Selbstbestimmungsbekundung an einen anderen Staat zur Folge haben. Deshalb kann eine solche Auffassung der Schutzwürdigkeit staatlicher territorialer Integrität nur als Aushöhlung dieses Völkerrechtsinstitutes zugunsten staatlicher und revolutionärer Expansion bewertet werden.

Bei dieser grundsätzlichen Regelung der völkerrechtlichen Schutzwürdigkeit staatlicher Gebietshoheit bleiben dennoch Fragen offen, die im sowjetischen Schrifttum bisher nicht beantwortet wurden. Leicht wird sich eine Antwort auf die Frage geben lassen, ob die territoriale Integrität eines Staates gegen Beeinträchtigungen von innen durch um ihre Selbstbestimmung kämpfende Nationen überhaupt nicht oder nur so weit nicht geschützt ist, als seine Gebietshoheit das nationale Territorium der unzufriedenen Nation umfaßt. Logischerweise wird der Staat den Anspruch auf Schutz seiner territorialen Unversehrtheit auch gegen Angriffe von innen immer dann behalten, wenn die unzufriedene Nation über ihr nationales Territorium hinaus Ansprüche auf Gebiete erhebt, die der den angegriffenen Staat tragenden Nation oder Nationen gehören, denn sonst würde deren Selbstbestimmungsrecht verletzt werden.

Weniger eindeutig beantworten läßt sich allerdings die Frage, ob im Falle eines "nationalen Befreiungskampfes" einer Nation innerhalb eines Staates die Gebietshoheit dieses Staates in den betreffenden Landesteilen auch von allen anderen, an dieser Auseinandersetzung unbeteiligten Staaten als unrechtmäßig angesehen werden darf, weil sie nicht mehr

dem Willen der betroffenen Bevölkerung entspricht. Das würde bedeuten, daß die betreffenden Landesteile als nicht mehr zum Staatsgebiet des "Unterdrückerstaates" gehörig angesehen werden, sondern zum Gebiet des sich neu formierenden oder jenseits der bestehenden Grenzen bereits bestehenden Nationalstaates zu rechnen sind, zu dem der Rest der Nation aus seinem bisherigen Staatsverband strebt. Die Tatsache, daß nach sowjetischer Völkerrechtsauffassung auch im nationalen Befreiungskamp stehende Nationen bereits Völkerrechtssubjektivität besitzen¹⁾, läßt eine solche Lösung folgerichtig erscheinen. Bei den zahlreichen, bei Barsegow²⁾ aufgeführten Beispielen von Nationen, die um ihre Loslösung aus dem bisherigen Staatsverband und um die Gründung eines oder die Vereinigung zu einem Nationalstaat kämpfen, wird jedoch jede Stellungnahme zu dieser Frage vermieden. Beispielsweise wird im Fall des (mittlerweile von Indien eroberten) Gebietes von Goa festgestellt, es sei "ein Teil Indiens"³⁾, ohne seine gebietsrechtliche Stellung näher zu erörtern. Im Falle Algeriens⁴⁾ wird berichtet, die Mehrheit der UNO-Mitglieder mit Einschluß der Sowjetunion habe die Achtung der Rechte des algerischen Volkes nicht als Verletzung der territorialen Integrität Frankreichs betrachtet. Wurde damit Algerien nicht mehr als französisches Staatsgebiet angesehen?

Angesichts der ausweichenden Konkretisierung dieser Auffassung von der Schutzwürdigkeit territorialer Integrität liegt der Schluß nahe, daß diese Auslegung des Grundsatzes in der Völkerrechtspraxis durch die UdSSR sehr zögernd angewendet wird und anscheinend mehr propagandistischen Ermunterungen des Unabhängigkeitsstrebens einzelner, noch in kolonialer Abhängigkeit befindlicher Völker dienen soll. Dennoch darf

1) Janowski, S. 9.

2) Barsegow, S. 85-87.

3) Barsegow, S. 85.

4) Barsegow, S. 86.

die potentielle Rechtsunsicherheit nicht übersehen werden, die in dieser sowjetischen, zum jederzeitigen außenpolitischen Gebrauch bereit liegenden Theorie für die völkerrechtliche Achtung der Gebietshoheit eines jeden Vielvölkerstaates liegt. Das gilt erst recht, sollte die vorerst nur von Koshewnikow-Piradow formulierte Ansicht in der sowjetischen Völkerrechtslehre weitere Verbreitung finden, auch jede soziale, die bisherigen Staatsgrenzen verschiebende Revolution entziehe sich der Beurteilung nach dem völkerrechtlichen Grundsatz der Achtung staatlicher territorialer Integrität.

D. Das Selbstbestimmungsprinzip als maßgebendes Kriterium für die Völkerrechtsgemäßheit von Änderungen der Gebietshoheit.

I. Zum Begriff des Gebietserwerbs.

Bevor in diesem Kapitel die Frage der Rechtmäßigkeit und Unrechtmäßigkeit von Gebietserwerb und die einzelnen Erwerbstitel abgehandelt werden, ist der Begriff des "Gebiets-erwerbs" selbst zu klären. Die sowjetische Völkerrechtslehre steht diesem Begriff skeptisch gegenüber. Nach ihrer Ansicht rühren er und die in der Terminologie des westlichen Rechtskreises übliche Unterscheidung zwischen originärem und derivativem Gebietserwerb aus einer Zeit her, in der das Gebiet als persönliches Eigentum des am Rechtsverkehr teilnehmenden Monarchen oder Feudalherren angesehen wurde und die Änderungen der Gebietshoheit den entsprechenden Regeln über Erwerb und Verlust des Eigentums folgten¹⁾. Diese Kennzeichnung der Änderung von Staatsgrenzen entspreche nicht mehr der mittlerweile festgestellten Tatsache, daß jedes besiedelte Gebiet untrennbar mit der darauf ansässigen Nation

¹⁾ vgl. Barsegow, S. 89/90.

verbunden und deren Eigentum sei, so daß Änderungen der Gebietshoheit unter Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips zu erfolgen hätten¹⁾. Janowskij²⁾ will deshalb den Ausdruck "Gebietserwerb" nur bedingt verwenden, d.h. unter ständiger Berücksichtigung der Tatsache, daß seine rechtliche Vollen-
 dung von der Einhaltung des Selbstbestimmungsprinzips ab-
 hängt. So betrachtet, bedeutet nach sowjetischer Ansicht
 auch "der Erwerb (Verlust) von Staatsgebiet den Erwerb (Ver-
 lust) von Gebietshoheit"³⁾, so daß man es bei der Beachtung
 des Selbstbestimmungsprinzips mit demselben "Gebietserwerb"
 wie im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises zu tun hat.

Was die Unterscheidung zwischen originären und derivativem
 Gebietserwerb angeht, so ist nach Meinung sowjetischer Völ-
 kerrechtler diese Unterscheidung in Bezug auf bewohntes Ge-
 biet, das immer einer Nation gehört, bereits wegen der auch
 dieser Nation zustehenden Selbstbestimmungsrechte sinnlos.
 In Bezug auf unbewohnte Gebiete ist sie ebenfalls angesichts
 der Tatsache, daß die Aufteilung der Welt unter die ver-
 schiedenen Staaten bereits vollendet ist, ohne Grundlage⁴⁾.
 Diese Nichtbeachtung der beiden unterschiedlichen Erwerbs-
 möglichkeiten ist, vom Standpunkt der sowjetischen Theorie
 her gesehen, folgerichtig⁵⁾. Man kann abschließend feststel-
 len, daß die sowjetische Völkerrechtslehre heute bei Anle-
 gung von aus der Terminologie des nichtsowjetischen Rechts-
 kreises stammenden Maßstäben Gebietserwerb nur noch in deri-
 vativer Form kennt.

1) Janowskij, S. 3.

2) Janowskij ebda.

3) Lisowskij, S. 120.

4) so Barsegow, S. 91/92.

5) anders, soweit ersichtlich, nur Durdenewskij-Krylow,
 Bd. I, S. 207, die den Begriff des "derivativen Erwerbes"
 wie selbstverständlich und ohne einschränkenden Zusatz
 verwenden.

II. Der Begriff der Annexion.

1. Der Annexionsbegriff bei Lenin.

Recht- bzw. Unrechtmäßigkeit eines Gebietserwerbes hängen nach sowjetischer Völkerrechtsauffassung grundsätzlich allein davon ab, ob dem Selbstbestimmungsrecht der von einer Gebietsänderung betroffenen Bevölkerung Genüge getan ist. Dieser Grundsatz ergibt sich aus der Leninschen Lehre von der nationalen Selbstbestimmung und dem engen Zusammenhang zwischen nationaler Souveränität und staatlicher Gebietshoheit.

Ausgangspunkt ist die schon herausgearbeitete Feststellung, daß jede Nation das Recht hat, über ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen und namentlich allein und ohne Einflußnahme anderer Staaten die Entscheidung über ihre staatliche Zukunft zu treffen¹⁾. Mit der Entscheidung über die nationale Zukunft ist das Schicksal des nationalen Territoriums untrennbar verbunden; es ist deshalb ebenfalls Gegenstand der nationalen Selbstbestimmung. Der Wille der Nation allein ist maßgebend für die Zukunft von Gebiet und Staat.

Als Annexion sieht Lenin daher jede Nichtberücksichtigung des Willens der Nation in Bezug auf Staat und Gebiet an, sobald die Nation ihren Wunsch auf konkrete Gestaltung ihrer staatlichen und damit auch territorialen Zukunft geäußert hat. Dieser Wille kann seinen Ausdruck auf die verschiedenste - schon geschilderte²⁾ - Weise finden, die von bloßen literarischen Äußerungen über Versammlungsbeschlüsse, Streiks und Demonstrationen, Volksabstimmungen bis hin zum bewaffneten national - revolutionären Befreiungskampf reicht³⁾. Jede territoriale Maßnahme, die gegen den solcher-

1) S.O.S. 96-98, C II, 2a.

2) S.O.S. 109-111, C II, 2c.

3) vgl. Lenin, Niederschrift zum Programm der Friedensgespräche. in: Lenin über internationale Politik und Völkerrecht, S. 338; ders., Zur Frage des Friedens, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 56.

art zum Ausdruck gebrachten Willen einer Nation getroffen wird, verletzt das der betreffenden Nation zustehende Selbstbestimmungsrecht. Das Wesen der Annexion besteht also darin, daß sie den Gegensatz zur Gewährung der nationalen Selbstbestimmung darstellt¹⁾. Ein Staat kann demnach sein Verhältnis zu einer in seinem Staatsverband befindlichen fremdvölkischen Nation - folgt man Lenin - nur unter der Alternative Gewährung nationaler Selbstbestimmung oder Annexion gestalten.

Als Folgerung aus der von ihm herausgearbeiteten Selbstbestimmungslehre hat Lenin²⁾ das Vorliegen einer Annexion mit dem Vorliegen folgender einzelner Merkmale verbunden:

1. mit dem Begriff der Gewalt.
2. mit dem Begriff der nationalen Fremdherrschaft.
3. mit dem Begriff der Verletzung des "status quo".

Das Vorliegen von G e w a l t gehört notwendig zum Annexionsbegriff, weil die Annexion ja eine Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes darstellt, die Nation also an ihrer Willensausübung gehindert wird. Der Begriff der "Gewalt" muß - als Behinderung oder gar Verhinderung nationaler Selbstbestimmung - weit gefaßt werden: Er wird nicht notwendig mit dem Einsatz polizeilicher oder militärischer Mittel verbunden sein, sondern jedes Nichteingehen auf in der oben dargestellten Weise zum Ausdruck gebrachte nationale Unzufriedenheit von Seiten eines Staates bedeuten, in dessen Verband die betreffende Nation lebt.

Die Bedeutung des Begriffes der n a t i o n a l e n F r e m d h e r r s c h a f t besteht darin, daß der einer Nation ihre Selbstbestimmung verwehrende Staat von einer an-

1) vgl. Lenin, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite sozialistische Konferenz, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 88.

2) Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 304.

deren als der unzufriedenen Nation getragen wird. Einen Selbstbestimmungswillen gegen den eigenen, von der Nation selbst geschaffenen und seither getragenen Nationalstaat gibt es jedoch nicht, weil das Selbstbestimmungsrecht mit der erfolgten Regelung der staatlichen und territorialen Zukunft nach dem Willen der Nation seine Erfüllung gefunden hat. Auch die freiwillige Vereinigung der bisher in ihrer staatlichen Zugehörigkeit geteilten Nation in einem Staat oder das freiwillige Aufgehen der Nation auf vielfältig möglicher föderativer oder sogar einheitsstaatlicher Grundlage in einem anderen, bisher nur von fremden Nationen getragenen Staat stellt die Erfüllung der nationalen Selbstbestimmungsforderungen dar - wie bereits gezeigt wurde -, sodaß von diesem Zeitpunkt an nach leninistischer Auffassung eine "nationale Fremdherrschaft" nicht mehr besteht.

Dagegen braucht eine Verletzung des "s t a t u s q u o" nicht unbedingt vorzuliegen, während die ersten beiden Merkmale zur Feststellung des Vorliegens einer Annexion unerlässlich sind¹⁾. "Status quo" bedeutet im Sinne der Leninschen Ausführungen die derzeitige staatliche und damit auch territoriale Zugehörigkeit der Nation oder einzelner ihrer Teile. Der "status quo" kann nämlich schon ohne seine Änderung bereits eine Annexion quasi als Dauerzustand darstellen, wenn die Nation ihre Unzufriedenheit mit ihrem weiteren Verbleib in dem Staat, dem sie bisher angehörte und der nicht von ihr getragen wurde, bekundet hat, diesem Wunsch jedoch nicht entsprochen wurde und die Nation seitdem gegen ihren Willen im fremden Staatsverband festgehalten wird. Diese Situation bildete angesichts des russisch beherrschten Vielvölkerreiches, das das zaristische Rußland darstellte, überhaupt den Ausgangspunkt und den Modellfall der Leninschen Selbstbestimmungslehre.

1) Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 304

Eine Verletzung des "status quo" und damit erst eigentlich eine Annexion liegt vor, wenn die derzeitige staatliche und territoriale Zugehörigkeit der Nation oder von Teilen der Nation gegen deren Willen geändert wird. Hierunter ist jede Angliederung von Gebieten ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung zu verstehen, also der als Gebietsänderung bedeutsame Fall.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß für Lenin das Wesen der Annexion nicht in dem Vorliegen der drei abstrakt für sich betrachteten Merkmale Gewalt, nationale Fremdherrschaft und eventuelle Verletzung des "status quo" liegt. Weder verabscheut er grundsätzlich die Anwendung von Gewalt noch die Herrschaft einer Nation über die andere noch eine Verletzung des "status quo" ¹⁾. Allein entscheidend ist für ihn, daß diese Maßnahmen gegen den Willen der Bewohner des betreffenden Gebietes erfolgen ²⁾. Mit Lenins eigenen Worten ist daher eine Annexion lediglich

"eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nation, eine Festlegung der Staatsgrenzen gegen den Willen der Bevölkerung" ³⁾.

Einzig Grundlage für die Recht- bzw. Unrechtmäßigkeit von Gebietsänderungen zwischen den Staaten ist also schon nach Lenin der zustimmende oder ablehnende Wille der betroffenen Bevölkerung.

Nach der Entstehung des Sowjetstaates, dessen Gründer und erster Führer Lenin als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare wurde, konnten diese vorerst theoretischen Erkennt-

¹⁾ vgl. Lenin, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAFR an die zweite sozialistische Konferenz, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 88.

²⁾ Lenin ebda.

³⁾ Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX, S. 304.

nisse in die Praxis umgesetzt werden. Am 26. Oktober 1917 alter Zeitrechnung (8. November neuer Zeitrechnung) erließ der II. Allrussische Sowjetkongress das von Lenin formulierte "Dekret über den Frieden", in dem die Sowjetregierung allen am Weltkrieg beteiligten Völkern und ihren Regierungen sofortige Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens "ohne Annexionen und Kontributionen" vorschlug. In dem Dekret wird der Begriff der Annexion auf der Grundlage der von Lenin erarbeiteten Selbstbestimmungslehre folgendermaßen definiert¹⁾:

"Unter Annexion oder gewaltsamer Besitznahme fremder Länder versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie überhaupt und der arbeitenden Klasse insbesondere jede Vereinigung eines kleinen oder schwachen Volkes mit einem großen oder starken Staate ohne den genau, klar und freiwillig ausgedrückten Wunsch oder die Zustimmung dieses Volkes ohne Rücksicht darauf, wie entwickelt oder rückständig die gewaltsam vereinigte oder gewaltsam in den Grenzen des betreffenden Staates zurückgehaltene Nation ist, ohne Rücksicht endlich darauf, ob die Nation in Europa oder in fernen transozeanischen Ländern sich befindet.

Wird eine Nation in den Grenzen des betreffenden Staates durch Gewalt zurückgehalten, wird ihr entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche - gleichviel, ob dieser Wunsch durch die Presse, in Volksversammlungen, in Parteibeschlüssen, in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterjochung zum Ausdruck kommt - das freie Abstimmungsrecht, bei völligem Abzug des Heeres der einverleibenden oder überhaupt stärkeren Nation, ohne den geringsten Zwang über die Formen der staatlichen Existenz dieser Nation zu beschließen, vorenthalten, so gilt ihre Vereinigung als Annexion, d.h. als gewaltsame Inbesitznahme."

Die Bedeutung des Leninschen "Dekretes über den Frieden" war sowohl taktischer als auch grundsätzlicher Natur. Ohne Zweifel war das Nahziel, das die Sowjetregierung mit seinem Erlaß im Auge hatte, die sofortige Beendigung des ersten Weltkrieges, an dem auch Rußland teilnahm. Die Proklamierung eines so weitgehenden Annexionsbegriffes würde, da sich auch

¹⁾ abgedruckt bei: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, S. 170.

andere Vielvölkerstaaten unter den kriegführenden Mächten - etwa Österreich-Ungarn - befanden, die nationalen Zersetzungserscheinungen verstärken und dadurch die Kriegsbereitschaft und Kampfbereitschaft der einzelnen Mächte schwächen. Im Hinblick auf einen schnellen Friedensschluß "ohne Annexionen und Kontributionen" war das Friedensdekret allerdings ohne jede Wirkung: Die aufgestellten Grundsätze mußten schon drei Monate später unter dem Eindruck der militärischen Überlegenheit der Mittelmächte mit der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk am 3. Dezember 1917 (15. Dezember 1917 neuer Zeitrechnung) aufgegeben werden; zu den Versailler Friedensverhandlungen, die den ersten Weltkrieg mit einer Fülle von nach den Leninschen Selbstbestimmungsgrundsätzen kaum zu rechtfertigenden Gebietsänderungen abgeschlossen, wurde Sowjetrußland überhaupt nicht zugezogen.

Die politische Bedeutung des Friedensdekretes wird daher auch mehr in ihrer grundsätzlichen Ablehnung "jeder" Einverleibung kleinerer oder schwächerer Völkerschaften, also ohne Beschränkung auf die Ereignisse des ersten Weltkrieges, gesehen¹⁾. Das Dekret ist, wie schon die Hinweise auf die "trans-ozeanischen Gebiete" in seinem Text zeigen, von geradezu zeitlosem Wert, so lange die nationale Frage und damit verbundene territoriale Streitigkeiten in der Außenpolitik eine Rolle spielen. Eine Bezugnahme auf den dort proklamierten Annexionsbegriff und der Hinweis, daß die Ablehnung von Annexionen den ersten außenpolitischen Akt der Sowjetregierung darstellte, und von dort eine gerade Linie zum sowjetischen Einschreiten gegen den Kolonialismus und jede nationale Fremdherrschaft führt²⁾, wird seinen Eindruck auf viele Völker nicht verfehlen.

1) vgl. Kulakow, Das Leninsche Dekret über den Frieden, MZ 1957, Nr. 9, S. 10 ff. (S. 11).

2) so z.B. Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. I, S. 227/228.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Leninsche Annexionsbegriff als seinem Gegenpol mit dem nationalen Selbstbestimmungsprinzip untrennbar verbunden und dessen Regeln, Beschränkungen und "dialektischer" Anwendungsweise unterworfen ist.

2. Der Begriff der Annexion in der heutigen sowjetischen Völkerrechtslehre.

Sieht man von dieser schwankenden Unterlage, auf der der Leninsche Annexionsbegriff von vornherein ruht, einmal ab, so kann nicht geleugnet werden, daß die Leninschen Theorien dem völkerrechtlichen Begriff der Annexion einen neuen Inhalt gegeben haben. Lag das Wesen der Annexion nach traditionellem und auch heute im westlichen Rechtskreis im wesentlichen noch unveränderten Völkerrechtsdenken in einer Verletzung des souveränen S t a a t e n willens durch Gewaltanwendung¹⁾, so ist nach sowjetischer Ansicht die Beachtung des souveränen Willens des betroffenen V o l k e s von ausschlaggebender Bedeutung für das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Annexion. Koshewnikow²⁾ sieht deshalb zutreffend in der Herausstellung der Gewaltanwendung gegen das betroffene V o l k bei der Lösung zwischenstaatlicher territorialer Streitigkeiten den "grundlegenden Beitrag zur fortschrittlichen Theorie des gegenwärtigen Völkerrechts".

Der sowjetischen Völkerrechtslehre blieb die Aufgabe, den Begriff der Annexion in den von Lenin gezogenen Bahnen auszulegen, die traditionellen Arten des Gebietserwerbs anhand des nationalen Selbstbestimmungsprinzips rechtlich neu zu bewerten und notfalls das Recht völkerrechtlichen Gebietserwerbs

1) S.o.S. 15/16, A III, 4a.

2) Koshewnikow, Die große sozialistische Oktoberrevolution und die völkerrechtliche Bedeutung der ersten außenpolitischen Akte des Sowjetstaates, SGiP 1957, Nr. 11, S. 50-60 (S. 53).

auf Grund der Leninschen Erkenntnisse umzugestalten¹⁾.

Bei der Erläuterung des Begriffes der Annexion ist deshalb vor allem in den allgemeineren Darstellungen der größeren Lehrbücher kaum etwas zu finden, das über die von Lenin und dem Dekret "Über den Frieden" proklamierten Grundsätze hinausgeht. Molodzew²⁾ beschränkt sich auf den wörtlichen Ausdruck der entsprechenden Passagen des Dekretes; Korowin³⁾ und Lisowskij⁴⁾ definieren die Annexion als "die Eroberung fremden Territoriums ohne die klar und freiwillig ausgedrückte Zustimmung der Bevölkerung"⁵⁾ und stellen fest, daß sie das nationale Selbstbestimmungsrecht verletze.

Dagegen geben Gromyko-Golunskij-Chwostow⁶⁾ eine, vom Leninschen Standpunkt her gesehen, zumindest unklare Begriffsbestimmung der Annexion. Die Verfasser bezeichnen als Annexion die gewaltsame Angliederung (Eroberung) durch einen Staat von Gebiet, das einem anderen Staat gehört. Bei ihren Erläuterungen haben sich die Verfasser offensichtlich vom Annexionsbegriff des Artikels 10 der Völkerbundssatzung und des Artikels 2 Ziffer 4 der UNO-Charter leiten lassen, die von der Annexion als Verletzung s t a a t l i c h e r Souveränität ausgehen.

Eine solche Definition wird der Eigenart des Leninschen Annexionsbegriffes nicht gerecht, wonach es nämlich entscheidend auf die Verletzung des souveränen Willens der betroffenen Nation ankommt. Schon aus dem "Dekret über den Frieden" und den von Lenin festgestellten drei Merkmalen einer Anne-

1) vgl. Janowskij, S. 6.

2) Molodzew im Akademiellehrbuch, S. 183/184.

3) Korowin, Lehrbuch, S. 263.

4) Lisowskij, S. 123.

5) Lisowskij ebda.; ähnlich Korowin ebda.; "Errichtung der Herrschaft eines starken Staates über eine schwache Völkerschaft gegen deren Willen".

6) Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. I, S. 122/123.

xion geht hervor, daß auch das Festhalten einer Nation, die noch keinen eigenen Staat besitzt, im bisherigen Staatsverband eine Annexion darstellt, obwohl sich dieser Vorgang auf dem Gebiet e i n e s Staates abspielt, ein einem a n d e r e n Staat gehörendes Gebiet also gar nicht betroffen ist.'

Darüber hinaus berücksichtigen Gromyko-Golunskij-Chwostow nicht, daß nach Leninschen Grundsätzen im Verhältnis zwischen zwei Staaten die gewaltsame Angliederung fremden Staatsgebietes dennoch keine Annexion darstellt, wenn sie zwar gegen den Willen des betroffenen Staates, aber mit Zustimmung der gegenüber diesem Staat fremdnationalen, von der Gebietsänderung betroffenen Bevölkerung erfolgt. Dieses Ergebnis seines eigenen Annexionsbegriffes hat Lenin mit folgenden Worten herausgestellt:

"...Nicht jede Angliederung eines fremden Territoriums ist Annexion, denn im allgemeinen sind die Sozialisten für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen und für die Bildung von größeren Staaten. Nicht jede Verletzung des "status quo" ist Annexion. Das zu glauben wäre reaktionär und verstieße gegen die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. Nicht jede Angliederung eines Landes ist Kriegsgewalt, denn die Sozialisten können nicht Gewaltanwendung und Kriege, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden, grundsätzlich ablehnen. Unter Annexion verstehen wir bloß die Angliederung eines Landes gegen den Willen seiner Bewohner. Mit anderen Worten, der Begriff der Annexion ist mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auf innigste verschmolzen..."¹⁾

Daher scheint uns die von Barsegow²⁾ gegebene Erläuterung des Begriffes der Annexion deren Wesen in enger Anlehnung an die Leninschen Grundsätze am besten zu verdeutlichen. Danach ist Annexion die "Festlegung der Staatsgrenzen gegen den Willen der Bevölkerung", sei es in Form der gewaltsamen

¹⁾ Lenin, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite sozialistische Konferenz, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 87/88.

²⁾ Barsegow, S. 77/78.

Angliederung, sei es in Form gewaltsamen Festhaltens in den Grenzen des "annektierenden" Staates, sei es schließlich in Form einfacher Aufoktroyierung der Grenze gegen den Volkswillen. Immer gehören zur Annexion die Merkmale

1. der Gewalt,

2. des "fremdnationalen Joches";

sie sind im bereits erörterten Leninschen Sinne zu verstehen. Die Folge einer Annexion ist die "ungesetzliche Ausdehnung der Hoheit des annektierenden Staates über das annektierte Gebiet...." ¹⁾.

Die rechtlichen und politisch-praktischen Folgen, die sich aus diesem Annexionsbegriff ergeben, können gar nicht wichtig genug eingeschätzt werden. Die Benutzung des zustimmenden oder ablehnenden Volkswillens als einziges Kriterium für die Recht- oder Unrechtmäßigkeit einer Gebietsänderung macht es möglich, jede gegen den Willen des betroffenen Staates vorgenommene territoriale Änderung, die nach traditioneller Auffassung eine glatte Annexion darstellt, als rechtmäßig anzusehen, sofern man die Zustimmung der hiervon betroffenen Bevölkerung erhält. Es ist bereits gezeigt worden, welche Art von Willensbekundungen nach sowjetischer Ansicht hier genügen und wie diese zustandekommen dürfen, um als Ausdruck des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Nation rechtliche Bedeutung erlangen zu können.

Es erhebt sich dann die Frage nach der rechtlichen Bewertung der Annexion. Sie ist nach einhelliger sowjetischer Ansicht rechtswidrig; die Gebietshoheit des annektierenden Staates über dem annektierten Territorium besteht zu Unrecht. Die Rechtswidrigkeit von Annexionen ergibt sich - so Gromyko-Golunskij-Chwostow²⁾ - aus der Verletzung der

1) so Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. I, S. 35/36.

2) Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. I, S. 123; genau so Bar-segow, S. 82, 83/84; Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. I, S. 35/36; Molodzew im Akademielehrbuch, S. 184/185.

in der UNO-Charter bestätigten allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts, nämlich der Verpflichtung zur Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der einzelnen Staaten und der Achtung der nationalen Selbstbestimmung.

Diese Herleitung der Rechtswidrigkeit der - hier immer im sowjetischen Sinn verstandenen - Annexion aus den in der UNO-Charter bestätigten allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts bringt jedoch erhebliche Unklarheiten mit sich. Die UNO-Charter ist zwar 1945 unter Beteiligung sowohl der Sowjetunion als auch von Staaten erarbeitet worden, die jedenfalls nicht auf dem Boden der sowjetischen Völkerrechtsauffassung stehen. Innerhalb dieser Staaten besteht - unbeschadet weiter Auffassungsunterschiede über den Inhalt und verpflichtenden Wert des Selbstbestimmungsprinzips¹⁾ - Einigkeit zumindest darüber, daß der Selbstbestimmungsbegriff der UNO-Charter den Völkern allenfalls das Recht gibt, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln, jedoch seine Grenzen an der Souveränität der schon bestehenden Staaten findet²⁾. Eine solche Auffassung hat auch den Wortlaut der Charter und damit einen gewissen Konsens der UNO-Gründer für sich, wenn man an den Vorbehalt der "wesentlich inneren Angelegenheiten einzelner Mitgliedsstaaten" in Artikel 2 Ziffer 7 denkt. Wieder anderen Inhalt hat das Selbstbestimmungsrecht in der Sicht der neu hinzugekommenen UNO-Mitglieder, die gerade ihre Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten erlangt haben; für sie ist sicher - insoweit mit dem sowjetischen Standpunkt übereinstimmend - der Gesichtspunkt von Bedeutung, wonach allen bisher abhängigen Völkern das Recht auf eigene, unabhängige Staaten zusteht³⁾. Andererseits ist sehr zwei-

1) vgl. hierzu die geraffte Darstellung bei Menzel, S. 182-184.

2) s. hierzu schon oben S. 29, 34, A III, 5b.

3) vgl. Menzel, S. 183.

felhaft, ob sie auch den dargestellten Beschränkungen und der ideologischen Einordnung des Prinzips in sowjetischer Sicht zustimmen, auch dürften die auf ihre errungene Souveränität besonders stolzen jungen Staaten angesichts der häufigen Stammesunterschiede innerhalb ihrer Staatsgebiete den grundsätzlichen Vorrang der nationalen vor der bereits etablierten staatlichen Souveränität nach sowjetischer Auffassung kaum anerkennen. Bei der Auslegung der vom Selbstbestimmungsprinzip handelnden Artikel der UNO-Charter müssen alle diese Auffassungen der verschiedenen Mitgliedergruppen herangezogen werden.

Von ihnen haben wenigstens die sowjetische und die im westlichen Rechtskreis noch "traditionelle" Auffassung nichts miteinander gemein. Geht in der sowjetischen Theorie die nationale Selbstbestimmung der Souveränität der schon bestehenden Staaten vor und verpflichtet diese Staaten, so findet sie nach der noch herrschenden "traditionellen" Auffassung gerade an der staatlichen Souveränität ihre Grenze, kann allenfalls Gegenstand einer auf freiem staatlichen Willen beruhenden vertraglichen Einzelregelung sein und ist je nach den tatsächlichen Verhältnissen und den herrschenden jeweiligen Anschauungen manchmal von Einfluß auf das politische Ermessen eines Staates¹⁾. Die wörtliche Erwähnung der "self-determination" in der UNO-Charter schafft noch keine völkerrechtliche Verbindlichkeit einer dieser beiden Auffassungen, sondern deckt nur Verschiedenes, ja Entgegengesetztes mit einem im juristischen Sprachschatz beider Seiten vorhandenen Begriff zu. Hierbei sei die im Augenblick wohl noch einseitig auf die Entkolonialisierung fixierte Selbstbestimmungsauffassung der "jungen Staaten" noch gar nicht herangezogen. Aber bereits die Außerachtlassung der entgegengesetzten "traditionellen" Auffassung einer großen Zahl von UNO-Mitgliedern macht den Hinweis der sowjetischen Völkerrechtler grob irreführend, das in der UNO-Charter erwähnte Selbstbestimmungsprinzip begründe

1) s.o.S.35 ff., A III, 5b.

die Völkerrechtswidrigkeit der im s o w j e t i s c h e n Sinn verstandenen Annexion.

In Wirklichkeit erfährt hier die in die UNO-Charter aufgenommene Formel der "self-determination of peoples" (Artikel 1 Ziffer 2) von der sowjetischen Völkerrechtslehre eine dem Rechtsbewußtsein vieler Mitglieder und wohl auch der Stellung des Prinzips innerhalb der wörtlich aufgefaßten Charter widersprechende Umdeutung im leninistischen Sinne. Ein solcher umgedeuteter Selbstbestimmungsbegriff kann sich nicht wie selbstverständlich auf die Erwähnung eines gleichnamigen Prinzips in der UNO-Charter stützen. Die von den Sowjets beschriebene Annexion in dem von ihnen verstandenen Sinne hat daher in den vom Selbstbestimmungsrecht handelnden Artikeln der UNO-Charter keine auch außerhalb ihrer Rechtssphäre anerkannte Grundlage.

Genau so verhält es sich mit den in der UNO-Charter bestätigten Grundsätzen der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Mitgliederstaaten und dem Verbot einer dagegen gerichteten Drohung mit oder Anwendung von Gewalt. Anwendungsfall des Artikels 2 Ziffer 4 der UNO-Charter ist immer die gewaltsame Beeinträchtigung der territorialen Integrität eines S t a a t e s durch einen anderen S t a a t , Ausgangspunkt des sowjetischen Annexionsbegriffes ist dagegen gewaltsames Vorgehen eines S t a a t e s gegen das einem V o l k oder einer N a t i o n gehörende Territorium. Dieses untersteht zwar ebenfalls immer - angesichts der Aufteilung der Welt unter die einzelnen Staaten - staatlicher Gebietshoheit, und insofern würde auch ein Vorgehen, das nach sowjetischer Auffassung eine Annexion darstellt, den Tatbestand des Artikels 2 Ziffer 4 der UNO-Charter erfüllen. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn die gewaltsam zurückgedrängte staatliche Gebietshoheit mit dem Willen der dieser Gebietshoheit unterworfenen Bevölkerung übereinstimmt; nur dann deckt sich der sowjetische Annexionsbegriff mit dem Tatbestand des Artikels

2 Ziffer 4 der UNO-Charter. Auf der anderen Seite geht der Schutz der territorialen Integrität eines Staates vor gewaltsamen Beeinträchtigungen zumindestens nach "traditioneller" völkerrechtlicher Auffassung gemäß Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter weiter als ihre aus dem sowjetischen Annexionsbegriff herrührende Garantie. Danach sind die UNO-Mitglieder zur Achtung des territorialen Besitzes anderer Staaten verpflichtet, der sich zur Zeit unter deren Hoheit befindet. Geschützt wird also generell der territoriale "status quo", wobei eventuelle rechtliche Beanstandungen hiergegen nur von Staaten ausgehen können. Nach sowjetischer Ansicht ist jedoch territoriale Integrität völkerrechtlich nur schutzwürdig, wenn der Gebietshoheit von Seiten ihr unterworfenen "fremder" Nationen zugestimmt wurde. Ist das nicht der Fall, so stellt die gewaltsame Angliederung des betreffenden Gebietes durch einen anderen Staat k e i n e Annexion dar, wenn die Bevölkerung diesem Vorgehen zustimmt. Dagegen wäre ein solches Handeln nach dem Wortlaut des Artikels 2 Ziffer 4 der UNO-Charter und nach dem Rechtsbewußtsein vieler UNO-Mitglieder eine schwere Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität des territorial geminderten Staates. Der Hinweis sowjetischer Autoren, die Rechtswidrigkeit von Annexionen in dem von ihnen verstandenen Sinne folge auch aus dem in Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charter bestätigten Grundsatz, gilt also nur sehr beschränkt.

Genau betrachtet, hat man es beim Selbstbestimmungsprinzip und folglich auch beim Annexionsbegriff einerseits in der sowjetischen Auslegung, andererseits in der auch dem Rechtsbewußtsein des westlichen Völkerrechtskreises entsprechenden Fassung der UNO-Charter mit Begriffen zu tun, die sich in ihrer östlichen und westlichen Variante inhaltlich nur im Schutz der territorialen Integrität und dort zum kleineren Teil decken und im übrigen mit jeweils demselben Wort inhaltlich Verschiedenes, ja Gegensätzliches bezeichnen. Die Behauptung der sowjetischen Völkerrechtslehre, daß sich die

Rechtswidrigkeit einer Annexion im Sinne ihrer Definition aus der Bestätigung der Völkerrechtsgrundsätze der nationalen Selbstbestimmung und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität zwischen den Staaten aus der UNO-Charter ergebe, trifft daher nur zum allergeringsten Teil zu. In Wirklichkeit stellt der sowjetische Annexionsbegriff mit seiner Orientierung auf den Willen der betroffenen Nation etwas Neues dar und ist dem mit dem souveränen Staatenwillen operierenden gebietsrechtlichen Denken des westlichen Völkerrechtskreises entgegengesetzt. Es ist deshalb sinnlos, an ihn aus dem westlichen Völkerrechtsdenken herührende Maßstäbe anzulegen und etwa auf dieser Grundlage Auseinandersetzungen zu führen. Wenn die sowjetische Völkerrechtslehre, wie gezeigt wurde, ihren Annexionsbegriff in einen rechtlichen Zusammenhang mit der UNO-Charter bringt und auf Grund dieser Verquickung den kapitalistischen Staaten etwa vorwirft, ihr territorialer Besitzstand beruhe auf der gewaltsamen Beeinträchtigung der nationalen Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in den einzelnen Ländern¹⁾, beruhe also auf Annexionen und verstoße mithin gegen das geltende Völkerrecht, so ist diese Feststellung, von ihrem mangelnden Wahrheitsgehalt einmal abgesehen, unzulässig. Man muß aus solchen Behauptungen: wie der oben erwähnten und der ständigen Bezugnahme in diesem Zusammenhang des sowjetischen Schrifttums auf die UNO-Charter schließen, daß hier in Wirklichkeit bewußt versucht wird, dem Annexionsbegriff der UNO-Charter unter Ausschaltung der Auffassung des westlichen Rechtskreises einen anderen Inhalt unterzulegen, als er dem Begriff von der Mehrheit der Mitglieder und namentlich der Gründer der Organisation gegeben wird. Daß dieser Leninsche Annexionsbegriff des Beifalls vieler junger Staaten sicher ist, kann nicht übersehen werden und liegt durchaus im Sinne seines Schöpfers. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß er völ-

¹⁾ so Barsegow, S. 78.

kerrechtlich in der Charta der Vereinten Nationen und im außersowjetischen Völkerrechtsdenken keine Stütze findet.

Neoenbei bemerkt, mutet die hier von der sowjetischen Völkerrechtslehre durch Umdeutung der besprochenen UNO-Charter-Grundsätze betriebene Aushöhlung des Instituts der Gebietshoheit und damit der staatlichen Souveränität eigenartig an. Denn gleichzeitig bemüht man sich ebenfalls in den Beziehungen des "allgemeinen Völkerrechts" - also gerade gegenüber den nichtsozialistischen Völkerrechtsteilnehmern - um die Aufrechterhaltung und schärfste Bewahrung dieses Instituts. Da auch sowjetischerseits der koordinationsrechtliche Charakter des Völkerrechts anerkannt wird, der in erster Linie auf der gegenseitigen Einhaltung völkerrechtlicher Grundsätze und daraus herrührender Verpflichtungen beruht, sollten die UdSSR und ihre Völkerrechtler auch der Souveränität und Gebietshoheit nichtsozialistischer Staaten die von d i e s e n erwartete Achtung angedeihen lassen. Dazu würde gehören, daß die sowjetische Völkerrechtslehre die Rechtswidrigkeit der Annexion in erster Linie als Verletzung des souveränen Staatenwillens brandmarkte¹⁾.

Keinem Zweifel unterliegt es dagegen, daß Annexionen, wie sie das sowjetische Schrifttum definiert, rechtswidrig nach den innerhalb des sozialistischen Lagers geltenden Maßstäben sind. Denn in diesem Rechtskreis stellt das Recht auf nationale Selbstbestimmung in dem von Lenin aufgefaßten Sinne einen allgemein anerkannten Grundsatz dar, und durch Annexionen wird dieses Recht der betroffenen Bevölkerung verletzt. Gegen diese Feststellung können keine Einwände erhoben werden, außer daß man sich die bereits häufig genug

1) wie es nur in der bereits erörterten, im Rahmen der Leninschen Selbstbestimmungslehre jedoch systemfremden Stelle bei Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. I, S. 122/123 geschieht.

dargetane Relativität dieser Konstruktion ins Gedächtnis zurückruft. Man könnte also damit sich abfinden, daß der sowjetische Annexionsbegriff und die aus ihm herrührenden rechtlichen Folgen eines der Institute des "Völkerrechts neuen Typs" darstellen und ihren fest umrissenen Geltungsbereich eben im "sozialistischen Lager" haben. Dieser Schluß ist jedoch unzutreffend, weil, wie bereits ausführlich dargestellt, die sowjetische Völkerrechtslehre ihren Annexionsbegriff in den nach dem "allgemeinen Völkerrecht" geregelten Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten - etwa auf dem Weg über eine entsprechende Auslegung der UNO-Charter - ebenfalls verwendet und den "traditionellen" Annexionsbegriff in ihrem Sinne umzugestalten versucht. Zwar besteht für die UdSSR als UNO-Mitglied nach dem Wortlaut des Artikels 2 der UNO-Charter die Verpflichtung, sich an die dort aufgeführten Grundsätze zu halten. Aber da deren Inhalt trotz klaren Wortlauts vielfältig und entgegengesetzt verstanden werden kann, ist es eine politische Aufgabe, unter Heranziehung der Völkerrechtswissenschaft in den UNO-Organen die "eindeutige" Auslegung der Bestimmungen zu erarbeiten. Das ist noch nicht geschehen, und so beharren die UdSSR und ihre Völkerrechtler auf ihrer Interpretation. Angesichts dessen kommt man um die Feststellung nicht herum, daß in grundsätzlichen Ausgangspositionen des Gebietsrechtes von einer Völkerrechtsgemeinschaft zwischen den beiden gesellschaftlichen und politischen Systemen in der Welt nicht mehr gesprochen werden kann.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß nach sowjetischer Ansicht eine Annexion die Festlegung oder Aufrechterhaltung von Staatsgrenzen gegen den Willen der hiervon betroffenen Bevölkerung und die dadurch gewaltsam herbeigeführte Angliederung oder das gewaltsame Festhalten einer Nation oder von Teilen der Nation innerhalb der Grenzen eines fremdvölkischen Staates bedeutet und das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Nation verletzt. Die Völkerrechts-

widrigkeit der Annexion bemißt sich daran, ob der territorialen Änderung oder dem betreffenden territorialen "status quo" die Zustimmung der hiervon betroffenen Bevölkerung fehlt. Deckt sich die nationale Souveränität der betroffenen Bevölkerung mit der staatlichen Souveränität des territorial geminderten Staates, so folgt die Rechtswidrigkeit der Annexion insoweit auch aus der Verletzung der territorialen Integrität dieses Staates. Hergeleitet wird diese Beurteilung aus den Bestimmungen der UNO-Charter, die die völkerrechtlich gebotene Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und dann auch der territorialen Integrität der Staaten bestätige.

III. Die Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zu den nach dem bisherigen Völkerrecht zulässigen Arten von Gebietserwerb.

Die Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zu den verschiedenen Arten des Erwerbs von Staatsgebiet, die sich bereits bis zur Teilnahme des Sowjetstaates am "allgemeinen Völkerrecht" dort herausgebildet hatten und von den Staaten als zulässige Veränderungen der Grenzen ihrer Staatsgebiete angesehen wurden, wird im Prinzip von den oben zusammengefaßt aufgeführten Grundsätzen bestimmt.

1. Annexion "traditioneller" Auffassung und Hoheitserlangung durch Zeitablauf.

a) Zur Annexion "traditioneller" Auffassung.

Unter diesen Umständen ist die sowjetische Einstellung zur "traditionellen" Annexion zwiespältig, weil deren Völkerrechtswidrigkeit sich nur auf die Verletzung des souveränen Staatenwillens gründet. Die sowjetische Völkerrechtslehre vermag diesem Einwand nur sehr bedingt zu folgen¹⁾. In An-

¹⁾ s.o.S. 153-156, 163, II 2.

lehnung an den Leninschen Satz, wonach die "Sozialdemokratie" nicht gegen jede gewaltsame Änderung des territorialen "status quo" sei¹⁾, lautet bei Annexionen "traditioneller Art" die Fragestellung: war die gewaltsame Angliederung fremden Staatsgebietes "gerecht" ²⁾? Das soll im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts der Fall sein, wenn die Angliederung

"auf der Grundlage der Interessen und des Willens der Mehrheit der Bevölkerung des anzugliedernden Gebietes beruht."
3)

Folgerichtig wird daher der "traditionelle" Annexionsbegriff grundsätzlich abgelehnt, weil er diese Fragestellung nicht enthält und das Selbstbestimmungsrecht der von der Änderung betroffenen Bevölkerung mißachtet⁴⁾.

Dahinter hat der Gesichtspunkt zurückzutreten, daß bei einer gewaltsamen Angliederung fremden Staatsgebietes auch der souveräne Wille des territorial geminderten Staates beeinträchtigt wird. So sieht Barsegow⁵⁾ in der Annexion "traditioneller" Auffassung neben einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes "auch" einen Verstoß gegen den Völkerrechtsgrundsatz der Achtung der territorialen Integrität. Das gilt aber - wie bereits erörtert - nur dann, wenn die Gebietshoheit des betroffenen Staates sich mit dem nationalen Selbstbestimmungswillen einer ihr unterworfenen "fremden" Bevölkerung deckt⁶⁾. Daher ist es auch einleuchtend, daß die Debellation als Unterfall des "traditionellen" Annexionsbegriffes

1) s.o.S. 149, 156, Lenin, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite sozialistische Konferenz, in: Über den Kampf um den Frieden, S. 87/88.

2) so und zum folgenden Janowskij, S. 15/16.

3) Janowskij, S. 15.

4) Janowskij, S. 16; Barsegow, S. 95.

5) Barsegow, S. 94.

6) s.o.S. 139/140, C III, 3b.

abgelehnt wird, weil ihre Verwirklichung einen Aggressionskrieg erfordere¹⁾; mit der gewaltsamen Einverleibung des gesamten Staatsgebietes werden ja auch die Teile annektiert, in denen die staatstragende Nation ihr "nationales Territorium" sieht und in denen daher die Hoheit des untergegangenen Staates "zu Recht" ausgeübt wurde. Insoweit verletzt also die Debellation auch nach der sowjetischen Völkerrechtstheorie den souveränen Staatenwillen.

Der "traditionelle" Annexionsbegriff ist daher für die sowjetische Völkerrechtslehre angesichts der für sie geltenden anderen rechtlichen Maßstäbe bei territorialen Änderungen nur von akademischem Interesse, an dem allenfalls die Höherwertigkeit der eigenen, neuen Auffassung und die Verworfenheit des überkommenen Annexionsverständnisses aufgezeigt werden kann. Die "traditionelle" Annexion wird so wegen der in ihr enthaltenen Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes als ein typisches Mittel des unter den kapitalistischen Staaten üblichen Gebietserwerbs angesehen; diese Staaten seien von dem unaufhörlichen Drang nach Ausweitung ihrer nationalen Märkte besessen und schreckten deshalb auch vor der Eroberung fremden Staatsgebietes nicht zurück²⁾.

b) Zur heilenden Kraft des Zeitablaufs.

Folgerichtig bestimmt die Ablehnung des "traditionellen" Annexionsbegriffes als Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes auch die Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zur Hoheitserlangung über ursprünglich annektiertes Gebiet im Wege des Zeitablaufs (Ersitzung). Während der Dauer der Annexion verliert die hiervon betroffene Nation nicht ihr Recht auf Entscheidung über ihre staatliche und territoriale Zugehörigkeit³⁾. Allerdings gilt, solange

1) Barsegow, S. 95.

2) vgl. Molodzew im Akademielehrbuch, S. 181, 183.

3) vgl. Scharmaschawili, Der Kolonialkrieg - eine grobe Verletzung des Völkerrechts, SGiP 1957, Nr. 10, S. 55-61 = RID 1958, Nr. 8, Sp. 225 ff. (Sp. 231).

sich ein nationaler Wille auf Änderung des durch Annexion herbeigeführten Zustandes nicht bemerkbar gemacht hat, die bereits erwähnte Vermutung der Übereinstimmung von nationaler Selbstbestimmung und staatlicher Gebietshoheit¹⁾. Gibt die "annektierte" Nation irgendwann einmal den Wunsch nach Änderung ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu erkennen, so ist nach sowjetischer Ansicht jedes weitere Festhalten unter Bezug auf die seit langem ausgeübte Hoheit von Seiten des herrschenden Staates völkerrechtswidrig, weil dadurch das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Nation verletzt wird²⁾. Folgerichtig wird der Hoheitserlangung durch Zeitablauf jede rechtliche Kraft abgesprochen, weil das Selbstbestimmungsrecht unveräußerlich sei³⁾. Die hierzu bei D.B. Lewin zu findende Einschränkung, bei Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht sei auch der Zeitablauf eine juristische Grundlage für die staatliche Zugehörigkeit eines Gebietes⁴⁾, entspricht nicht dem sowjetischen System gebietsrechtlichen Denkens, besagt aber inhaltlich auch nichts anderes als die oben zitierte herrschende Ansicht. Denn wenn die langjährig bestehende Gebietshoheit mit Zustimmung der unterworfenen Nation ausgeübt wird, kann nach sowjetischer Ansicht schon gar keine Annexion vorliegen, sodaß eine Grundlage für die Hoheitserlangung kraft Zeitablauf fehlt; liegt aber eine Annexion vor, so kann der Zeitablauf die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes nicht beseitigen.

Bemerkenswert ist noch, daß die hier herausgestellte herrschende Ansicht sich offenbar erst im Zusammenhang mit den

1) Barsegow, S. 120/121.

2) Barsegow, S. 111/112.

3) Barsegow ebda.; ähnlich Janowskij, S. 33; ders., Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze, in: Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 150-157 (S.154); Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 114/115.

4) Lewin, D.B., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht, in: Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 25 ff. (S. 40).

territorialen Änderungen der Nachkriegszeit gebildet hat und diese, insbesondere die Oder-Neiße-Linie, rechtfertigen soll¹⁾. Hingegen bezeichnen Durdenewskij-Krylow die Hoheitserlangung durch Zeitablauf im Jahre 1947 noch als "allgemein umstritten"²⁾. Im Jahre 1948 wurde von I.D. Lewin eine solche Hoheitserlangung sogar noch ausdrücklich anerkannt und ausgeführt, wer ein Gebiet hinlänglich lange beherrscht habe, dem stehe als Staat auch ein Recht hierauf zu³⁾. Die derzeitige Ansicht bestätigt damit praktisch die bereits theoretisch dargestellte Unterwerfung des Selbstbestimmungsprinzips und aller damit zusammenhängenden Fragen unter die Erfordernisse politischer Zweckmäßigkeit; hier liegt ein Fall vor, in dem die Frage nach der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes "dialektisch" gestellt und beantwortet wurde.

Bei der heute geltenden Verwerfung der heilenden Kraft des Zeitablaufs ist es auch ohne Bedeutung, wie lange das betreffende Gebiet sich schon im Besitz des einstmals annektierenden Staates befindet. Sogar vielhundertjähriger Besitz soll keine Grundlage für eine nunmehr rechtmäßige Ausübung der Gebietshoheit sein⁴⁾. So ist auch die Frage unerheblich, seit wann die gewaltsame Angliederung bereits vollendet und damit dem "Effektivitätsprinzip" des westlichen Völkerrechtskreises Genüge getan ist⁵⁾.

Die Kehrseite der Ablehnung einer solchen Hoheitserlangung besteht darin, daß gewaltsame Angliederungen fremder Territorien, die gegen den Willen der betroffenen Staaten, aber mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung erfolgen, also

1) Janowskij, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1952, S. 154 ff.; Barsegow, S. 153 ff.

2) Durdenewskij-Krylow, Bd. I, S. 207.

3) Lewin, I.D., Souveränität, S. 262.

4) Barsegow, S. 141; Janowskij, Gebietserwerb, S. 16.

5) Barsegow, S. 111; Molodow, Grenzen und Recht, M³ 1964, Nr. 4, S. 9-17 (S. 16).

nach traditioneller Auffassung eine Annexion darstellen, ebenfalls keines Zeitablaufs bedürfen, sondern sofort rechtmäßig sind. Wiewióra kommt deshalb zu dem Schluß, im gegenwärtigen Völkerrecht sei die Anerkennung eines solchen Gebietserwerbs durch die Staatengemeinschaft nicht vorgesehen, die für die Völkerrechtslehre des westlichen Rechtskreises von großer Bedeutung für die Feststellung ist, ob unangefochtener Besitz und mithin eine Voraussetzung für die Hoheitserlangung kraft Zeitablauf vorliegt¹⁾.

Die praktischen Folgen der sowjetischen Ansicht, dem Zeitablauf keine gebietsrechtlichen Folgen beizulegen, sind klar. Mit der gegebenen Begründung ist es schon im europäischen Raum möglich, die meisten Staatsgrenzen, die häufig bereits schon vor mehreren hundert Jahren mehr oder weniger gewaltsam und fast immer ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung gezogen wurden, in Frage zu stellen, wenn es gelingt, bei der im jeweiligen Staate fremdnationalen betroffenen Bevölkerungsgruppe einen Selbstbestimmungswillen zu entfachen. Bei den geringen Anforderungen, die von sowjetischer Seite dabei an die zulässige Repräsentation des nationalen Selbstbestimmungswillens gestellt werden, wird eine gewünschte Lenkung des "Volkswillens" sich leicht ermöglichen lassen.

2. Zession.

Die sowjetische Völkerrechtslehre unterzieht auch den im Wege der Zession erfolgten Gebietserwerb einer ähnlich kritischen Betrachtung. Den kapitalistischen Staaten wird wegen

¹⁾ Wiewióra, S. 236; die rechtlichen Ausführungen und Schlußfolgerungen des Verfassers dieser Untersuchung zielen auf die Rechtfertigung der Inbesitznahme der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße durch Polen als "ursprünglich slawische" nationale Territorien; vgl. hierzu mit derselben Tendenz auch Barsegow, S. 158 ff.; Janowski, S. 16.

ihrer Zessionspraxis eine ganze Reihe von Vorwürfen gemacht. Grundsätzlich wird in Anwendung des Prinzips, daß sich die Rechtmäßigkeit eines Gebietserwerbs nach der Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Bevölkerung richtet, bemängelt, daß bei vertraglichen Gebietsübergaben das Selbstbestimmungsrecht regelmäßig verletzt würde, weil den Ergebnissen von Volksabstimmungen und den Rechten der betroffenen Nationen, in einem eigenen Staat vereint zu sein, keine Rechtswirkung im Sinne einer Verpflichtung der vertragschließenden Parteien zu ihrer Beachtung beigelegt werde¹⁾. Schwerer wiegt der Vorwurf, daß bei einer Einteilung in freiwillige und erzwungene Zessionen unter kapitalistischen Staaten nur erzwungene Abtretungen vorkämen; die formelle Auffassung des Konsensprinzips führe zur Ausnutzung vertraglicher Formen als Rechtfertigung tatsächlicher Annexionen durch die machtmäßig starken Staaten gegen den Willen der kleinen und schwachen Länder vor allem in Form von Friedensverträgen nach Aggressionskriegen²⁾. Grund für dieses Verhalten soll ebenfalls der Drang der starken Staaten sein, auf Kosten anderer Länder ihre nationalen Märkte auszuweiten. Zessionen unter kapitalistischen Staaten verletzen also auch regelmäßig die Souveränität und souveräne Gleichheit der kleineren Länder und damit ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht der von diesen repräsentierten Nationen³⁾.

Diese Kritik bedeutet jedoch nicht, daß die sowjetische Völkerrechtslehre die Zession als Erwerbstitel ablehnt. Über den Rechtscharakter der Zession bestehen zwar Unstimmigkeiten - Janowskij⁴⁾ will die Zession nicht als Erwerbstitel, sondern nur als "Form" einer Gebietsänderung ansehen, deren Rechtsgrundlage die einschlägigen Völkerrechtsprinzipien,

1) so Janowskij, S. 30.

2) Janowskij, S. 19; ähnlich Molodzew im Akademielehrbuch, S. 182; Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 13.

3) Barsegow, S. 101.

4) Janowskij, S. 31.

an deren Spitze das Selbstbestimmungsrecht, bildeten -, doch steht die Mehrheit der sowjetischen Autoren auf dem Standpunkt, daß es sich hierbei um einen völkerrechtlichen Titel handele¹⁾. Äußerlich unterscheidet sich die nach Ansicht der sowjetischen Lehre zulässige Zession in keiner Weise von dem im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises üblichen Vorgang: Durch förmliche Übereinkunft, meist im Wege eines Vertrages, zwischen zwei Staaten wird die Hoheit des einen Vertragspartners über ein bestimmtes Gebiet auf den anderen Partner übertragen²⁾. Die Rechtswirksamkeit der Zession hängt jedoch von der Beachtung einiger völkerrechtlicher Grundsätze ab, an deren Spitze das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung steht³⁾. Allerdings bleibt offen, in welcher Form diese Achtung bei einem Vorgang, der sich rechtlich und tatsächlich allein zwischen Staaten abspielt, erfolgen soll. Janowskij spricht allgemein von "nationaler Willensäußerung"⁴⁾, die eine Zession rechtmäßig mache; es ist denkbar, daß dabei an den von Lenin aufgestellten Katalog der zur Selbstbestimmung führenden Willensäußerungen gedacht ist.

Da die Zession auch nach sowjetischer Auffassung in erster Linie ein Vertrag zwischen Staaten ist, kommt der Achtung des souveränen Willens der vertragsschließenden Parteien, darunter besonders der Freiwilligkeit und der souveränen Gleichheit wichtige Bedeutung zu⁵⁾. Die Freiwilligkeit der Zession soll nach sowjetischer Auffassung sich nicht in der Beachtung eines formalen Momentes - daß eben ein Vertrag geschlossen wurde, unter dem die Unterschrift beider Seiten steht - erschöpfen, sondern den wirklichen Willen der ab-

1) vgl. Barsegow ebda.; Durdenewskij-Krylow, Bd.I, S.206/207.

2) Barsegow, S. 96/97.

3) Barsegow, S. 101; Lewin, D.B., Das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen im Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 25 ff. (S. 40).

4) Janowskij, S. 30.

5) Barsegow, S. 101; Molodow im Akademielehrbuch, S. 186.

schließenden Staaten widerspiegeln. Barsegow hält dem wirklichen Willen beider Seiten entsprechende Zessionen unter kapitalistischen Staaten für undenkbar, weil das kapitalistische System zur Eroberung der Gebiete schwächerer Staaten zwänge; solche Zessionen legalisierten nur faktische Unterwerfungen und Eroberungen¹⁾. Man kann daraus schließen, daß die sowjetische Lehre Zessionen nur dann für freiwillig und mithin völkerrechtsgemäß hält, wenn wenigstens ein Partnerstaat nicht dem aus dem kapitalistischen System herrührenden Drang nach Marktausweitung und Eroberung unterworfen ist. Praktisch bedeutet das, daß nur Zessionen, an denen ein sozialistischer Staat auf einer Seite - oder erst recht auf beiden Seiten - Vertragspartei sei, den Anforderungen des Völkerrechts entsprächen. Man wird diese Forderung nirgends ausgesprochen finden, weil damit ja die Völkerrechtsgemäßheit aller jemals unter kapitalistischen Staaten zustandegekommenen Zessionen in Frage gestellt würde, woran die Sowjetunion, von konkreten Fällen abgesehen, kein Interesse hat. Immerhin läßt aber beispielsweise die Darstellung vertraglicher Gebietsübergaben bei Molodow²⁾ mit ihrer Unterscheidung zwischen den für "Ausbeuterstaaten" charakteristischen verschleierte Gebietsaneignungen durch den jeweils stärkeren Staat auf der einen Seite und der ein "Musterbeispiel" darstellenden vertraglichen Gebietsübergabepaxis der sozialistischen Staaten auf der anderen Seite auf eine wenigstens im Prinzip unterschiedliche Bewertung der Völkerrechtsgemäßheit von Zessionsverträgen schließen.

Angesichts der betonten Achtung auch des souveränen Staatenwillens bei Zessionen durch die sowjetische Völkerrechtslehre soll noch an die Behandlung gerade des Grundsatzes der "souveränen Gleichheit" der Staaten durch sowjetische Autoren erinnert werden³⁾: Bei "genereller" Anerkennung dieses Prinzips ist es nicht "abstrakt" und "gleichmacherisch",

1) vgl. eingehend Barsegow, Die Achtung der territorialen Integrität ist eines der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, SGiP 1957, Nr. 9, S. 25-31 = RID 1958, Nr. 8, Sp. 231 ff. (Sp. 234).

2) Molodow im Akademielehrbuch, S. 186/187.

3) s.o.S. 93, C I 2.

sondern unter Beachtung der territorialen Größe, der Einwohnerzahl und der tatsächlichen Macht der einzelnen Staaten anzuwenden. Schließlich kommt es für die Rechtswirksamkeit der Zession entscheidend darauf an, daß die Gebiets-
hoheit der verfügenden Parteien, vor allem aber des Zeden-
ten, sich mit der nationalen Souveränität, dem Selbstbe-
stimmungswillen der von ihm vertretenen Nation deckt. Nur
in den räumlichen Ausmaßen dieser Übereinstimmung darf der
Zedent über sein besiedeltes Staatsgebiet verfügen¹⁾; da-
rüber hinaus ist im Sinne der bereits herausgearbeiteten
Grenzen staatlicher Gebietshoheit sein eigenes "Staatsge-
biet" für den Zedenten "fremdes" Territorium, über das er
nicht verfügen darf und rechtswirksam nicht verfügen kann.
Man mag in dieser Verfügungsbeschränkung die nach sowjeti-
scher Ansicht auch bei Zessionen gebotene, eingangs ver-
mißte konkrete Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der
von der Zession betroffenen Bevölkerung sehen.

3. Zuweisung.

Schließlich unterzieht die sowjetische Völkerrechtslehre
auch den Gebietserwerb durch Zuweisung (adiudicatio) einer
kritischen Betrachtung²⁾. Regelmäßig wird die Zuweisung
nur als Ergebnis eines Schiedsspruches (Arbitrage) und des-
wegen nicht als Erwerbstitel angesehen, sondern als Ausle-
gung eines von den Parteien verschieden interpretierten
Gebietsänderungsvertrages, der seinerseits den Erwerbsti-
tel darstellt. Nach Auffassung der Völkerrechtslehre des
westlichen Rechtskreises³⁾ soll dagegen die Zuweisung von
Staatsgebiet durch die Staatengemeinschaft - meist auf
Friedenskonferenzen - im Wege eines "Gestaltungsurteils"⁴⁾

1) vgl. Barsegow, S. 103.

2) vgl. zum folgenden Barsegow, S. 116/117.

3) J.o.S. 28, A III, 5a.

4) Verdross, S. 215.

unter Beachtung der dauernden Interessen der Gemeinschaft und nicht der der streitenden Parteien und nach freiem Ermessen erfolgen¹⁾. Für Barsegow²⁾ stellt diese Art des Gebietserwerbs einen Ausnahmefall dar, und seine Stellungnahme beschränkt sich auf die Forderung, daß Entscheidungen im Wege der Zuweisung "dem Recht und der Gerechtigkeit" entsprechen müßten. Unter "Recht und Gerechtigkeit" wird, da über das Schicksal besiedelten Gebietes entschieden wird, die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der von der Zuweisung betroffenen Bevölkerung zu verstehen sein. Die recht allgemein gehaltene Behandlung dieser Erwerbsart bei Barsegow - alle anderen Autoren und bemerkenswerterweise auch Janowski schweigen sich hierzu aus - ist verständlich: Einem System von gebietsrechtlichen Regeln, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der ein Gebiet bewohnenden Bevölkerung und der Beachtung der hieraus rührenden staatlichen Gebietshoheit als Kriterien für seine Völkerrechtsgemäßheit aufbaut, ist die entscheidende Einflußnahme von dritten, in keiner rechtlichen Beziehung zu dem betreffenden Gebiet und seinen Bewohnern stehenden Staaten fremd.

4. Zusammenfassung.

Abschließend kann festgestellt werden:

Die sowjetische Völkerrechtslehre lehnt unter dem Gesichtspunkt der immer gebotenen Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der von Gebietsänderungen betroffenen Bevölkerung von den in den völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den nichtkommunistischen Staaten herausgebildeten Erwerbsarten die Annexion traditioneller Auffassung und ihre nachfolgende Heilung durch Zeiterwerb ab, weil ihrer Ansicht nach in der Handhabung dieser Erwerbsart unter den kapitalistischen Staaten immer das Selbstbestimmungsrecht verletzt wird. Diese Ablehnung gilt jedoch nicht für ein tatbestandlich eine Annexion traditioneller Auffassung darstellendes

1) vgl. die ausführliche Darstellung bei Wehberg, S. 109-112.

2) Barsegow, S. 117.

Vorgehen, das dem Willen der betroffenen Bevölkerung in dem angegliederten Gebiet entspricht. Dagegen werden die Zession und Adiudikation als Erwerbstitel im Grundsatz anerkannt.

5. Die Behandlung überkommener, nicht auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhender Erwerbstitel durch die sowjetische Völkerrechtslehre.

Die sowjetische Völkerrechtslehre sieht die früher zwischen kapitalistischen Staaten unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes zustandegekommenen territorialen Änderungen nach der bereits erörterten Vermutung der Übereinstimmung von nationaler Souveränität und staatlicher Gebietshoheit so lange als völkerrechtsgemäß an, bis die betroffene Bevölkerung ihre Einstellung zu ihrer derzeitigen staatlichen und territorialen Zugehörigkeit zum Ausdruck bringt. Ist die Nation kraft ihres Selbstbestimmungswillens mit ihrem weiteren Verbleib in der bisherigen oder einer modifizierten Form im alten Staatsverband einverstanden, so ist die ursprünglich nicht rechtmäßig erworbene und ausgeübte Gebietshoheit des Herrscherstaates nunmehr rechtlich unanfechtbar¹⁾. Zeigt sich die Nation dagegen mit ihrem weiteren Verbleib im derzeitigen Staatsverband unzufrieden, so stellt der bereits rechtswidrig erfolgte Gebietserwerb mit seiner Aufrechterhaltung nach sowjetischer Ansicht einen latenten Verstoß gegen das Völkerrecht dar. In jedem Fall einer Kollision früherer Erwerbstitel mit dem erst jetzt zum Ausdruck gebrachten Selbstbestimmungsrecht geht dieses vor²⁾.

Aus dieser Argumentation leitet die sowjetische Völkerrechtslehre für ihren eigenen staatlichen Bereich die heutige Rechtmäßigkeit der bereits durch Verträge zwischen dem Zarenreich und Persien, Afghanistan und China zustandegekom-

¹⁾ Barsegow, S. 120.

²⁾ Barsegow, S. 122.

menen sowjetischen Südgrenzen und Ostgrenzen her¹⁾. Namentlich die sowjetisch-chinesische Grenze entspreche dem Selbstbestimmungsrecht, weil die in Transbaikalien und dem Fernen Osten ansässigen Bewohner - meist Russen - sich freiwillig mit der Russischen Föderation bzw. mit der späteren UdSSR vereinigt, weil die dort ansässigen, kleineren nichtrussischen Völker ihrer Autonomie im Rahmen der RSFSR zugestimmt und weil schließlich die Völker Kasachstans und Mittelasiens freiwillig ihre Republiken in die UdSSR eingebracht hätten²⁾.

IV. Zulässige Gebietsveränderungen und ihre Regeln nach der sowjetischen Völkerrechtslehre.

Angesichts der leninistisch-stalinistischen Grundlagen sowjetischen gebietsrechtlichen Denkens und angesichts der daraus herrührenden Kritik an den von den kapitalistischen Staaten herausgebildeten Gebietserwerbstiteln ergibt sich die Grundlage für den von der sowjetischen Völkerrechtslehre herausgearbeiteten Katalog an zulässigen territorialen Veränderungen von selbst: Titel für den völkerrechtsgemäßen Erwerb von Staatsgebiet und die rechtmäßige Ausübung von Gebietshoheit ist die Übereinstimmung der staatlichen Gebietshoheit mit dem souveränen Willen der betroffenen Bevölkerung, ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

1) Barsegow, S. 120.

2) vgl. hierzu Chwostow, Die chinesische "Rechnung nach dem Register" und die Rechte der Geschichte, MZ 1964, Nr. 10, S. 21-27 (S. 22, 25/26); genau so argumentiert der Redaktionsartikel der "Prawda" vom 2.9.1964, Zum Gespräch Mao Tse Tungs mit einer Gruppe japanischer Sozialisten.

1. Das "ethnische Prinzip".

Bei der Erarbeitung von Zulässigkeit und Ausmaß territorialer Änderungen geht die sowjetische Völkerrechtslehre von dem schon erwähnten Begriff der Nation aus als

"historisch entstandener stabiler Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart." 1)

Die staatliche Zugehörigkeit eines Gebietes richtet sich danach, ob das von einer Nation bewohnte Gebiet deren nationales Territorium ist, und folgt dann der von der Nation kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes gewählten Form ihres staatlichen Daseins: regelmäßig als Staatsgebiet eines eigenen Nationalstaats, möglicherweise aber auch als Territorium eines in den verschiedenen Formen der Bundesstaatlichkeit aufgehenden Teilstaates oder schließlich als Teil des Staatsgebietes des die einzelne Nation in sich aufnehmenden Einheitsstaates²⁾. Diese mit der Reihenfolge "Territorium" - "nationales Territorium" - "Staatsgebiet des von der Nation geschaffenen oder bejahten Staates" schlagwortartig gekennzeichnete gebietsrechtliche Grundregel bezeichnet Barsegow³⁾ zutreffend als "ethnisches Prinzip". Aus dem ethnischen Prinzip - der Zugehörigkeit des ganzen nationalen Territoriums zu dem von der Nation gebildeten oder bejahten Nationalstaat in seinen verschiedenen Formen - rührt das Recht jeder Nation auf Vereinigung aller Teile ihres nationalen Territoriums in ihrem Nationalstaat⁴⁾ her. Das gilt nicht nur für den Fall eines

1) Barsegow, S. 127; der Autor verschweigt allerdings die Herkunft dieser von Stalin in "Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage", S. 32 gegebenen Begriffsbestimmung.

2) s.o.S. 105/106, C II, 2b, und 119-124, C III, 1a.

3) Barsegow, S. 128/129; ähnlich Korowin, Lehrbuch, S. 274.

4) so Janowskij, S. 9.

gerade erst entstehenden Nationalstaates, sondern auch dann, wenn ein solches Staatswesen schon einige Zeit existierte¹⁾. Das gilt umgekehrt auch, wenn die betreffenden Teile des nationalen Territoriums sich schon seit langem, sogar seit der Aufteilung der Erde in Staaten, unter der Hoheit eines anderen, nie unter der des "eigenen" Staates befanden: Das Recht auf Vereinigung aller Teile des nationalen Territoriums ist ein Fall des nationalen Selbstbestimmungsrechts, verjährt nie, und jeder Hinweis auf einen eventuellen Hoheitserwerb durch Zeitablauf stellt, wie bereits ausgeführt, eine Annexion gegenüber der weiterhin rechtswidrig festgehaltenen Bevölkerung dar. Gebietsänderungen sind also in Übereinstimmung mit dem ethnischen Prinzip immer dann völkerrechtsgemäß, wenn dadurch bisher unter fremder Herrschaft stehende Teile des nationalen Territoriums dem von der Nation getragenen Staat zugeschlagen werden.

Diese Auffassung läßt den Schluß zu, daß Teilen einer Nation nur insoweit ein Selbstbestimmungsrecht bei der Festlegung ihrer staatlichen und territorialen Zugehörigkeit zusteht, als es um eine Vereinigung mit dem schon bestehenden oder in dem jetzt zu schaffenden, eigenen Nationalstaat geht. 'Das "ethnische Prinzip" gilt also nur in einer Richtung, nämlich zur gesamten Nation hin. Ein solches Ergebnis entspricht auch den bereits erörterten leninistischen Grundlagen der Selbstbestimmungslehre²⁾, wonach die Gesamtnation grundsätzlich Trägerin des Selbstbestimmungsrechtes ist und das Ziel jeder nationalen Selbstbestimmung in der Erringung der eigenstaatlichen Form besteht, die die Gesamtnation für angebracht hält. Infolgedessen kann, stellt man sich auf den Boden der sowjetischen Selbstbestimmungslehre, Teilen der Nation dann kein Selbstbestimmungsrecht zustehen, wenn sie von der Gesamtnation wegstreben. Unter diesem Gesichtspunkt erweist sich die auf die deutsche Teilung bezogene, entgegengesetzte Ansicht

1) Janowskij ebda.

2) S.o.S. 94/95, C II 1, S. 96/97, C II 2a, und S. 105/106, C II 2b.

Tunkins¹⁾ als fehlerhaft.

In dieser Richtung liegt auch die völkerrechtliche Bedeutung des "ethnischen Prinzips". Wenn Barsegow²⁾ feststellt, damit würden Grenzveränderungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Zusammensetzung der in dem betreffenden Gebiet lebenden Bevölkerung und des von ihr zum Ausdruck gebrachten Willens zugelassen, so soll nach dieser Auffassung gewährleistet werden, daß kein Nationsteil unter die Hoheit eines für ihn "fremden" Staates gelangt. Das "ethnische Prinzip" soll auch keine Rechtsgrundlage dafür abgeben, daß sich ein Nationsteil aus eigenem, aus was für Gründen auch immer gespeisten Willen unter die Hoheit eines rassistisch fremden Staates begibt.

2. Die "historischen Rechte".

Weil das ethnische Prinzip und damit die Regel, daß jedes Gebiet als nationales Territorium dem von der betreffenden Nation getragenen Nationalstaat angehören soll, nach sowjetischer Ansicht den Grundsatz jeder territorialen Änderung darstellen, kommt den "historischen Rechten" bei der Feststellung große Bedeutung zu, wessen nationales Territorium ein bestimmtes Gebiet ist.

Bei der Klärung des Begriffes der historischen Rechte ist wieder vom Begriff des nationalen Territoriums auszugehen; es ist, wie bereits erwähnt, "der Teil des Erdballes, auf dem sich die betreffende Nation gebildet hat oder auf dem sie gerade Gestalt annimmt³⁾". Dabei soll es nicht so sehr auf die Gebiete ankommen, die die Nation zu "biblischen"

1) Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 44/45.

2) Barsegow, S. 128/129.

3) Janowskij, S. 8,
s. auch oben S. 119-121, C III 1a.

Zeiten innehatte, sondern darauf, wo sich die "natürlichen, lebenswichtigen historischen Prozesse in der Entwicklung der Völker" abgespielt hätten¹⁾. Man wird darunter im Sinne der Lenin/Stalinschen Nationalitätentheorie das Gebiet verstehen müssen, auf dem die betreffende Gruppe von Menschen die die Merkmale einer Nation bildenden Gemeinsamkeiten der Sprache, des Wirtschaftslebens und "der sich in der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart" annahm. Dabei ist es nicht erforderlich, daß die betreffende Menschengruppe sich in diesem Zeitpunkt der gerade angenommenen Gemeinsamkeiten bereits bewußt war, so daß die Entstehung einer Nation und das Entstehen eines, auch auf ein Gebiet gerichteten Nationalgefühls zwei verschiedene Dinge sein können. Kurz: Die Nation kann schon einige Zeit als solche bestanden haben, ohne daß sie sich ihrer Eigenschaft als Nation bereits bewußt war.

Häufig kommt es vor, daß ein Gebiet nacheinander von verschiedenen Nationen bewohnt wurde. Dabei muß unterschieden werden, welche Nation dort entstand und welche Gruppe bereits mit allen Merkmalen einer Nation das betreffende Gebiet in Besitz nahm. Nur die Nation, die auf einem Gebiet als Nation entstand, kann dieses als ihr nationales Territorium bezeichnen. Nahmen nacheinander mehrere Gruppen auf einem bestimmten Gebiet die Merkmale einer Nation an, so regelt sich die Beantwortung der Frage, wessen nationales Territorium das Gebiet darstellt, nach dem Grundsatz der Priorität, d.h. es kommt darauf an, welche Gruppe von Menschen das Gebiet zuerst besiedelte und dann dort zur Nation wurde²⁾. Keine Bedeutung für die "gerechte Regelung" der nationalstaatlichen Zugehörigkeit eines Gebietes hat dagegen das weitere Schicksal eines Territoriums, auf dem eine Nation sich bildete³⁾. Steht fest, daß ein Gebiet das

1) vgl. Barsegow, S. 140.

2) vgl. Barsegow, S. 142 anhand der Frage, wessen nationales Territorium die ehemals sudetendeutschen Gebiete in der Tschechoslowakei seien; nach Meinung des Autors gebührt die Priorität den "slawischen Völkern".

3) vgl. zum folgenden Janowskij, S. 16.

nationale Territorium einer bestimmten Nation darstellt, so ist jede Änderung der nationalen Zusammensetzung der auf ihm lebenden Bevölkerung, jede Regelung seiner staatlichen Zugehörigkeit, die ohne die Zustimmung der **a u f d i e s e m G e b i e t e n t s t a n d e n e n N a t i o n** erfolgt, unzulässig und ohne rechtliche Bedeutung. Infolgedessen spielt es keine Rolle, ob die Nation ihr nationales Territorium oder Teile davon später verließ, wenn das nur ohne ihre Zustimmung geschah. Unerheblich ist, ob die Nation oder Teile von ihr auf dem ganzen oder auf Stücken des nationalen Territoriums denationalisiert wurden, d.h. in Völkern aufgingen, die sich später ganz oder teilweise in den Besitz des nationalen Territoriums gesetzt hatten, auch wenn die Denationalisierung bereits erfolgreich abgeschlossen worden ist, wenn nur die Besitznahme **g e g e n** den Willen der Nation erfolgte. Das gilt erst recht, wenn auf Teilen des nationalen Territoriums die Urbevölkerung als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen vernichtet wurde und sich danach andere Völker darauf niedergelassen haben.

Unerheblich ist es auch, daß das nationale Territorium ganz oder teilweise unter die Hoheit "fremder" Staaten gelangt ist, wenn das nur ohne den zustimmenden Willen der Urbevölkerung vor sich ging. Das gilt auch in Fällen, in denen das nationale Territorium seit der Bildung von Staaten immer unter fremder Hoheit, aber noch nie unter der Hoheit des eigenen nationalen Staates stand oder in denen es bereits Jahrhunderte lang fremder Herrschaft unterworfen war. Gerade im Zusammenhang mit den "historischen Rechten" zeigt die bereits dargestellte Ablehnung der Erlangung von Gebietshoheit im Wege des Zeitablaufs durch die sowjetische Völkerrechtslehre erst ihre ganze Bedeutung und volle Schärfe. Die Berufung auf "historische Rechte" bedeutet immer die Forderung auf Rückgewähr des nationalen Territoriums¹⁾. Der Staat, der

¹⁾ vgl. Janowski, S. 35; ders., Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1962, S. 155.

den Beweis führen kann, daß ein bestimmtes Gebiet ganz oder teilweise das nationale Territorium der von ihm getragenen Nation darstellt, kann "historische Rechte" auf das Gebiet geltend machen¹⁾. Dann kann nach sowjetischer Ansicht dieser Anspruch durch keinen Hinweis auf Hoheitserwerb durch Zeitablauf oder auf Änderungen der nationalen Zusammensetzung mehr streitig gemacht werden. Der erhobene Anspruch ist völkerrechtsgemäß, und seine Verweigerung stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar, weil der Nation die wichtigste Grundlage nationaler Selbstbestimmung, das nationale Territorium, entzogen wird.

Im Zusammenhang mit den "historischen Rechten" scheint an dieser Stelle der Hinweis angebracht, daß hier eine Parallele zum "Recht auf Heimat" nicht gezogen werden kann. Dieses bezeichnet im deutschen Völkerrechtsdenken "den Schutz des einzelnen Menschen gegenüber staatlichen Anordnungen, die ihn zwingen, seinen bisherigen Lebenskreis zu verlassen und eine neue Heimat in einem anderen Staat zu suchen²⁾". Es wird manchmal nur als eine vorerst politische Forderung angesehen³⁾. Eine andere Ansicht geht davon aus, daß auf Grund der Deportationsverbote nach der Haager Landkriegsordnung (sog. "Martens'sche Klausel" i.Vb. m. Artikel 43) und nach Artikel 49 der Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vom 12.8.1949 ein i n d i v i d u e l l e s "Recht auf Heimat" bereits völkerrechtlich anerkannt sei, insofern es Schutz vor Vertreibung vom angestammten Wohnsitz gewährt⁴⁾. Offen bleibt auch unter den Befürwortern eines individuellen Heimatrechtes, ob es schon jetzt ein nach dem Völkerrecht zu ach-

1) Janowski ebda.

2) so Menzel, S. 186.

3) Menzel, S. 186, 187/188.

4) so Schneider, Die völkerrechtliche Bedeutung und Beurteilung der Artikel IX und XIII des Potsdamer Protokolls, in: Das Recht auf die Heimat (Herausgeber Rabl), S. 169 ff. (S. 189).

tendes kollektives Heimatrecht gibt¹⁾, was dem derzeit geltenden Völkerrecht, dessen Subjekte nur Staaten und in beschränktem Umfang internationale Organisationen sind, wohl widerspräche. Unter "Heimatrecht" ist demnach die Beziehung jedes Menschen zu einem bestimmten Gebiet auf der Grundlage zu verstehen; ihm seinen bisherigen, räumlich fixierten, individuellen Lebenskreis nicht zu nehmen, es kann in jeder Generation neu gewonnen werden. Das "nationale Territorium" orientiert sich hingegen an einer Gruppe, die dort - rein objektiv betrachtet - bestimmte Merkmale angenommen und sich zur "Nation" qualifiziert hat, es kann nur e i n m a l einem Zusammenschluß von Menschen zugeordnet werden und wird von der nachfolgenden historischen Entwicklung im Hinblick nur auf diese Gruppe berührt²⁾.

1) für das geltende Völkerrecht ablehnend Laun, Das Recht der Völker auf die Heimat ihrer Vorfahren, Internationales Recht und Diplomatie 1958, S. 149 ff. (S. 157); Schneider, Idee und Struktur eines kollektiven Rechts auf die Heimat, in: Das Recht auf die Heimat, S. 104 ff. (S. 119, 121), und ders., Die völkerrechtliche Bedeutung und Beurteilung der Artikel IX und XIII des Potsdamer Protokolls, ebda., S. 169 ff. (S. 188, 190), sieht in dem "Heimatverband" bereits jetzt den Träger eines kollektiven Menschenrechts auf Heimat und de lege ferenda ein Völkerrechtssubjekt eigener Art, eventuell "gesetzlich vertreten" durch den "Heimatstaat" (Anwendungsfall dort: deutsche Vertriebene aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, in ihrem völkerrechtlichen Rückwanderungsanspruch vertreten durch die Bundesrepublik Deutschland). Das in der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen", abgedr. Jahrbuch für Internationales Recht Bd. 3 (1954), S. 181, proklamierte "Recht auf Heimat" geht von einer kollektiv-menschenrechtlichen Auffassung aus. Unklar Bülck, Das Recht auf Heimat, Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 3 (1954), S. 58 ff. (S. 81-84), der wegen der Verletzung des offenbar als Institut des geltenden Völkerrechts verstandenen Selbstbestimmungsprinzips, das auch die Volksgrenzen garantiert, nur zur Rechtswidrigkeit des Austreibungsaktes Stellung nimmt.

2) Aus diesem Grunde trifft m.E. die von Meissner, Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht, S. 54, festgestellte, aber nicht ausdrückliche Bejahung eines Heimatrechts durch die sowjetische Völkerrechtslehre wegen der "engen Verbindung von Volk und Siedlungsgebiet und damit Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht" nicht zu. Das "nationale Territorium" ist kein Siedlungsgebiet, sondern das Entstehungsgebiet e i n e r Nation, und nur d i e s e r Nation steht ein Selbstbestimmungsrecht im Zusammenhang mit dem in Frage stehenden Gebiet zu; alle anderen, auf dem Gebiet nur s i e d e l n d e n Nationen haben dort keine Rechte.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß ein gegenwärtig von einer Nation bewohntes Gebiet mit deren nationalem Territorium nicht identisch zu sein braucht, und daß umgekehrt das einer Nation gehörige nationale Territorium sich gegenwärtig im Besitz einer fremden Nation und eines fremden Staates befinden kann. Wenn im Zuge der Verwirklichung der "historischen Rechte" bestimmte Gebiete als nationale Territorien dem von der Nation getragenen Staat angegliedert werden, so gehört zur vollen Wiederherstellung der "historischen Rechte" nach sowjetischer Ansicht auch die Übereinstimmung des von einer Nation getragenen Staates mit der nationalen Zusammensetzung der ihm unterworfenen Bevölkerung auf dem nationalen Territorium. Die Aussiedlung fremdvölkischer Gruppen aus dem einer anderen Nation gehörenden Territorium wird damit zu einem "Akt historischer Gerechtigkeit" und zur Vollendung der nationalen Selbstbestimmung der staatstragenden Nation. Der sowjetischen Völkerrechtslehre gelingt es auf diese Weise, zum Beispiel die Austreibung von 2,5 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei¹⁾ oder ganz allgemein die zwangsweise Aussiedlung von Völkergruppen zu rechtfertigen²⁾.

Mit dem im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises anzutreffenden Begriff der "historischen Rechte"³⁾ deckt sich der gleichnamige Begriff in der sowjetischen Auffassung nur zum Teil. Da im Westen unter dieser Bezeichnung alle von einem Staat erhobenen Gebietsansprüche zusammengefaßt werden, die aus der Tatsache früherer staatlicher Hoheitsausübung in dem Gebiet oder früherer Besiedlung des Gebietes

1) Barsegow, S. 142; die bei Kordt, Ungleiches Vertrag und Annexion im sozialistischen Völkerrecht und in der Staatenpraxis sozialistischer Länder, Festschrift für Hermann Jahrreiß, S. 201-219 (S. 212/213) geäußerte Ansicht, bei jedem Widerspruch zwischen Grenzziehung und Bevölkerungsverteilung hätten die "ursprünglichen Bewohner" die Gebiete ohne Rücksicht auf ihre Volkszugehörigkeit zu einem kommunistischen oder nichtkommunistischen Staat verlassen müssen, übersieht die sowjetische rechtstheoretische Rechtfertigung dieser Aktionen unter dem Gesichtspunkt des nur einmal einer Gruppe von Bewohnern zuzuordnenden "nationalen Territoriums".

2) vgl. Tschishow im Akademielehrbuch, S. 145/146.

3) s.o.S. 38, A III, 5c.

durch ein jetzt zum fordernden Staat gehörendes Volk her-
rühren, stimmen die "historischen Rechte" mit dem gleich-
namigen sowjetischen Prinzip nur dann überein, wenn dadurch
gleichzeitig ein Anspruch auf "nationales Territorium" im
Sinne der sowjetischen Auffassung erhoben wird. Der sowje-
tischen Theorie muß wegen ihrer Ableitung des Prinzips aus
der Lenin/Stalinschen Nationalitäten- und Selbstbestimmungs-
lehre ein Begriff der "historischen Rechte" fremd sein, der
n u r aus der Tatsache früherer staatlicher Hoheitsausübung
in dem strittigen Gebiet hergeleitet wird, wenn damit nicht
der Anspruch auf Rückgewähr "nationalen Territoriums" ver-
bunden ist¹⁾²⁾.

Aus der Tatsache früherer staatlicher Gebietshoheit können
im Sinne der sowjetischen Theorie Ansprüche auf ein Gebiet
nur erhoben werden, wenn dieses als Teil des "nationalen
Territoriums" schon einmal zum Gebiet des zu der Zeit be-
reits bestehenden, von der Nation getragenen Staates gehörte.

Um so merkwürdiger berührt es daher, daß einige sowjetische
Autoren von dieser - in sich folgerichtigen - Linie abwei-
chen und unter der Überschrift "Gebietsrückgabe durch Wie-
derherstellung der historischen Rechte von Staaten"³⁾ ver-
suchen, Gebietsansprüche a l l e i n aus der Tatsache der
früheren Zugehörigkeit dieser Territorien zum fordernden

1) Die Darstellungen bei Barsegow, S. 140 ff. und bei
Janowski, S. 9, 16, 33 ff., 35 sowie Sowjetjahrbuch
des Völkerrechts 1962, S. 155 liegen folgerichtig ganz
auf dieser Linie; genau so auch Uschakow, Die Souveräni-
tät im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 114/115.

2) Der bei Kordt, S. 218, zu findende Hinweis auf die
sowjetischen Angliederungen der Bukowina, Kurilen und
Karpathenukraine, läßt mit der Erklärung, diese Gebiete
hätten nie zum russischen Staatsverband gehört, die auf
das "nationale Territorium" bezogene sowjetische Kon-
struktion solcher Angliederungen als Erfüllung "histo-
rischer Rechte" unberücksichtigt.

3) so Molodtsov im Akademielehrbuch, S. 188.

Staat oder seinem Rechtsvorgänger völkerrechtlich herzu-
 leiten. Typisch für diese Inkonzessenz ist der Aufsatz von
 Ulanowskij, der die Rechtfertigung der Angliederung Süd-
 sachalins und der Kurilen, die bis zum Jahre 1945 zu Japan
 gehörten, an die UdSSR zum Inhalt hat¹⁾. Hier wie auch bei
 Molodzew²⁾ wird die "historische Gerechtigkeit" dieser An-
 gliederung darin gesehen, daß russischen Seeleuten und
 Abenteurern "das Verdienst der Entdeckung und Aneignung³⁾"
 dieser Gebiete im 17. Jahrhundert gebühre und daß die In-
 seln dem zaristischen Rußland in den Verträgen von St.
 Petersburg 1875 bzw. Portsmouth 1905 durch Japan abgepreßt
 worden seien.

In ähnlichen Bahnen bewegt sich in neuester Zeit die Argu-
 mentation, mit der der Volksrepublik China "historische
 Rechte" in Sibirien und Mittelasien bestritten werden⁴⁾.
 Einerseits wird ausgeführt, die Chinesen hätten namentlich
 in Mittelasien trotz jahrhundertelanger Raub- und Tribut-
 züge keine staatliche Herrschaft begründen können⁵⁾ - wo-
 rauf es allein bei den "historischen Rechten" gar nicht
 ankommt -, andererseits wird auf die sowjetischen Arbeiter
 und Bauern verwiesen, die mit ihrer Arbeit in Generationen
 diese Gebiete erschlossen hätten⁶⁾. Gedacht ist hier offen-
 bar an die russischen Siedler in Sibirien.

Daß die Kurilen, Sachalin und die Gebiete an der sowjeti-
 schen Ostgrenze bereits vor ihrer Entdeckung bzw. Erschlies-
 sung durch Russen von einer eingeborenen Bevölkerung bewohnt

1) Ulanowskij, Territoriale Fragen der Friedensregelung mit
 Japan, SGiP 1952, Nr. 5, S. 66-70; ähnlich auch Korowin,
 Lehrbuch, S. 274.

2) Molodzew ebda.

3) Ulanowskij, S. 68.

4) Chwostow, Die chinesische "Rechnung nach dem Register"
 und die Rechte der Geschichte, MZ 1964, Nr. 10, S. 21-27;
 "Prawda" vom 2.9.1964, Zum Gespräch Mao Tse Tungs mit
 einer Gruppe japanischer Sozialisten.

5) Chwostow ebda., S. 25/26.

6) Chwostow ebda., S. 22; "Prawda" vom 2.9.1964.

waren und in sowjetischer Sicht d e r e n "nationales Territorium" darstellen müßten, wird mit Schweigen übergangen. Im übrigen ähneln die Hinweise auf die Entdeckung und Erschließung durch Russen in hohem Maße der angeblich sonst nur bei kapitalistischen Staaten üblichen und hier als Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes wortreich angeprangerten¹⁾ Rechtfertigung des originären Erwerbes der von "nicht-zivilisierten" Völkern bewohnten Kolonialgebiete als Okkupation "herrenlosen" oder "unentdeckten" Landes. In der sowjetischen Selbstbestimmungslehre, die sonst den Leitfa-
den für die Beurteilung der Völkerrechtsgemäßheit territo-
rialer Änderungen abgibt, hat diese Argumentation keine Grundlage. Hier haben Erfordernisse der politischen Zweck-
mäßigkeit mit der angestrebten Erhaltung des sowjetischen territorialen Besitzstandes den Sieg über die von der sowje-
tischen Völkerrechtstheorie aufgestellten Regeln davongetra-
gen.

Nach allem kann man den Begriff der "historischen Rechte" in der sowjetischen Völkerrechtslehre folgendermaßen zusam-
menfassen²⁾:

Er bedeutet den Anspruch der Nation auf Rückgewähr des ihr gegenwärtig ganz oder teilweise ohne ihre Zustimmung entzo-
genen nationalen Territoriums ohne Rücksicht auf die seit
seinem Verlust in oder mit dem betreffenden Gebiet vorgegan-
genen nationalen oder gebietsrechtlichen Veränderungen. Die
auf den historischen Rechten beruhenden Gebietsansprüche
werden entweder von dem Staat geltend gemacht, in dem sich
aufgrund ihres Selbstbestimmungsrechtes die Nation vertreten
sieht, oder von dem Staat, der bereits zur Zeit des Verlu-
stes des betreffenden Gebietes den Nationalstaat der betref-
fenden Nation darstellte und die Hoheit über das nationale
Territorium ausübte. Die historischen Rechte stellen einen
Unterfall des ethnischen Prinzips dar und ergänzen es gleich-
zeitig, denn während das ethnische Prinzip die Vereinigung

1) vgl. Barsegow, S. 90-92.

2) vgl. Janowski, S. 35; ders., Sowjetjahrbuch des Völker-
rechts 1962, S. 155; Barsegow, S. 140/141; Uschakow,
Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 114/115.

aller Teile des von der Nation gegenwärtig bewohnten nationalen Territoriums in einem Nationalstaat proklamiert, dem nicht alle Teile bisher angehörten, erweitern die historischen Rechte diesen Anspruch auf alle Gebiete, die bei der Bildung der Nation zu deren nationalen Territorium oder dem darauf von ihr getragenen Nationalstaat gehörten, ohne Rücksicht darauf, ob diese Gebiete im jetzigen Zeitpunkt noch von der Nation bewohnt werden oder nicht. Gebietsansprüche nach dem Selbstbestimmungsrecht sind daher nach sowjetischer Auffassung immer dann völkerrechtlich zulässig, wenn sie entweder einer Willensbekundung der ihr nationales Territorium bewohnenden Bevölkerung entsprechen oder die historischen Ansprüche eines Staates auf ein Gebiet als Teil des nationalen Territoriums einer in seinem Staatsverband lebenden Nation befriedigen¹⁾.

Die praktischen Auswirkungen der historischen Rechte als Rechtfertigung einer auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechtes erfolgten Gebietsänderung ergeben sich bereits aus der obenstehenden, für sich selbst sprechenden Darstellung des Begriffes. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß mit den historischen Rechten als dem Anspruch auf Rückgewähr des Territoriums, in dem die von dem fordernden Staat vertretene Nation entstand und die Merkmale einer Nation annahm, bei konsequenter Handhabung und mit der nötigen politischen und militärischen Macht im Hintergrund allein schon die europäische Landkarte gründlich geändert und auf den Stand des frühen Mittelalters gebracht werden könnte, als die meisten europäischen Nationen der Gegenwart sich aus den damals in Europa ansässigen Volksstämmen herausbildeten. Einige unter dem Einfluß der Sowjetunion nach 1945 in Osteuropa erfolgten Gebietsveränderungen, deren Verlauf und Rechtfertigung wenigstens zum Teil noch darzustellen sein werden, zeugen von der Verwirklichung der historischen Rechte in der Auffassung der sowjetischen Völkerrechtslehre.

¹⁾ so die Zusammenfassung bei Janowskij, S. 30.

An dieser Stelle soll zur Verdeutlichung nur erwähnt werden, daß die völkerrechtliche Rechtfertigung der Oder-Neiße-Grenze durch die sowjetische Völkerrechtslehre sich weitgehend auf die "historischen Rechte" Polens auf seine "Westgebiete", in denen sich die polnische Nation im frühen Mittelalter bildete, stützt und die folgenden siebenhundert Jahre Geschichte unbeachtet läßt¹⁾.

3. Wirtschaftliche Gründe.

Im Sinne der Stalinschen Begriffsbestimmung ist die Nation eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, die unter anderem auf der Grundlage der Gemeinschaft des Wirtschaftslebens entstanden ist²⁾. Infolgedessen ist bei den auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen völkerrechtsgemäßen Gebietsveränderungen auch der Gesichtspunkt "der Gemeinschaft des Wirtschaftslebens des nationalen Kollektivs"³⁾ zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, daß das nationale Territorium "die materielle Basis des wirtschaftlichen Wohlergehens der Nation" darstellt. Die nach dem Selbstbestimmungsrecht gebotene Vereinigung aller Teile des nationalen Territoriums ist deshalb auch wirtschaftlich von großer Bedeutung. Darüber hinaus wird durch die möglichst weitgehende Vereinigung des nationalen Territoriums auch die Grundlage für einen möglichst großen Warenumsatz geschaffen⁴⁾; denn nach der Leninschen Selbstbestimmungslehre soll die Entstehung von Nationalstaaten ihren Grund in der zur Eroberung der inneren Märkte gebotenen Zusammenfassung aller Territorien mit gleichsprachiger

1) vgl. im einzelnen Barsegow, S. 141, 178-180, Janowski, S. 16; Shukow, Die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der westlichen Neiße - eine unerschütterliche Grenze des Friedens, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 348; Molodow im Akademie-Lehrbuch, S. 188.

2) Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, S. 32.

3) so Barsegow, S. 136.

4) vgl. Barsegow, S. 137.

Bevölkerung haben¹⁾. Territoriale Veränderungen aus wirtschaftlichen Gründen sind also grundsätzlich nur insoweit zulässig, als durch Angliederung von Teilen des nationalen Territoriums dem Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung entsprochen wird. Allerdings wird dieser Grundsatz weit ausgelegt: zum nationalen, aus wirtschaftlichen Gründen staatlich zu vereinenden Territorium werden auch Städte gerechnet, die das wirtschaftliche Zentrum des betreffenden Gebietes bilden und unter dem Einfluß fremdvölkischer Herrschaft ihre nationale Zusammensetzung zuungunsten der Urbevölkerung veränderten. Tatsächlich handelt es sich bei dieser von Barsegow²⁾ gebrachten Konstruktion um eine Rechtfertigung der aus dieser Lösung herrührenden Gebietsveränderung nicht aus dem "wirtschaftlichen Faktor", sondern aus den oben besprochenen "historischen Rechten". Das ergibt sich aus der Anwendung der Konstruktion durch den Autor:

Auf diese Weise rechtfertigt Barsegow die Übergabe der Stadt Wilna, deren Bevölkerung im Gegensatz zu den litauisch besiedelten umliegenden Landgebieten überwiegend polnisch war, zusammen mit ihrer ländlichen Umgebung durch die Sowjetunion, die dieses vormals polnische Gebiet einen knappen Monat vorher an sich gebracht hatte, im Oktober 1939 an das damals noch selbständige Litauen.

Auch die sowjetische Völkerrechtslehre muß allerdings in Rechnung stellen, daß die Bildung von Wirtschaftsraumen und deren Verflechtung untereinander keine Rücksicht auf die Grenzen der meist schon Jahrhunderte alten nationalen Territorien nehmen können, daß also die völkerrechtliche Bewertung wirtschaftlich begründeter Gebietsveränderungen nur anhand des Selbstbestimmungsrechtes in hohem Maße unpraktisch ist. Aus diesem Grunde raumt selbst Barsegow als sonst konsequentester Verfechter der Achtung des Selbstbestimmungsrechtes

1) s.o.S. 94, C II, 1; Lenin, Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, in: Zur nationalen Frage, S. 70.

2) Barsegow, S. 137.

bei Gebietsveränderungen - ohne allerdings ausdrücklich von diesem Grundsatz abzuweichen - ein, daß Gebietsveränderungen auch "unter Berücksichtigung der ökonomischen Erfordernisse eines historisch entstandenen, wirtschaftlich eine Einheit darstellenden Gebietes" vorgenommen werden dürften¹⁾. Hier ist also das Selbstbestimmungsrecht der von der Veränderung betroffenen Bevölkerung nicht mehr der Bewertungsmaßstab für die Rechtmäßigkeit des Hoheitswechsels, sondern es sind allein die beiderseitigen ökonomischen Interessen der an der Grenzverschiebung beteiligten Staaten ausschlaggebend²⁾. Meist werden sich solche Gebietsveränderungen, die den Interessen beider Staaten Rechnung tragen sollen, im Wege des Gebietsaustausches³⁾ oder überhaupt der Vereinbarung unter den Staaten⁴⁾ verwirklichen lassen. Die Völkerrechtsgemäßheit solcher Grenzveränderungen richtet sich dann unter Ausklammerung des Selbstbestimmungsprinzips allein danach, ob der Souveränität und der souveränen Gleichheit der beteiligten Staaten Genüge getan wurde⁵⁾. Unter diesen Umständen ist ein Hoheitswechsel auch ohne Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips an einzelnen Teilen des Staatsgebiets zulässig⁶⁾; nach Meinung anderer Autoren⁷⁾ soll es sich dabei nur um flächenmäßig unbedeutende und dünnbesiedelte oder gar unbewohnte Landstriche handeln. Man wird aus diesen Einschränkungen schließen dürfen, daß die Völkerrechtsgemäßheit solcher Gebietsveränderungen dann ihre Grenze findet, wenn auf diese Weise das nationale Territorium einer durch den abtretenden Staat repräsentierten Nation ganz

1) Barsegow, S. 137, ähnlich Molodzew im Akademielehrbuch, S. 187.

2) Janowskij, S. 37, Molodzew ebda.

3) Molodzew, Die friedliche Regelung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen, in: Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1963, S. 70-84 (S. 78).

4) Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 114/115.

5) Janowskij, S. 37, Molodzew ebda.

6) Janowskij, S. 37.

7) Koschewnikow-Piradow, Völkerrecht und Grenzfragen, Kommunist 1964, Nr. 2, S. 32-38 (S. 37/38); Uschakow, Die Botenschaft N.S. Chruschtschows und die friedliche Regelung territorialer Streitigkeiten, SGiP 1964, Nr. 5, S. 3-10 (S. 7).

oder zu wesentlichen Teilen unter fremde Hoheit gelangen soll. Eine solche Änderung kann nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Nation völkerrechtsgemäß sein.

Man kann also Gebietsveränderungen aus wirtschaftlichen Gründen nach sowjetischer Auffassung immer dann als völkerrechtsgemäß ansehen, wenn Teile des nationalen Territoriums vereint werden und dadurch dem Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Nation entsprochen wird, oder wenn einzelne Stücke des Staatsgebietes unter Beachtung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen und Wahrung der souveränen Gleichheit vor allem des abtretenden Staates einem anderen Staate angegliedert werden.

4. Militärische Erwägungen.

Die Einstellung der sowjetischen Völkerrechtslehre zur Völkerrechtsgemäßheit von Gebietsveränderungen aus militärischen Erwägungen führt zu ähnlichen Ergebnissen. Hier sei jedoch vorausgeschickt, daß im folgenden nur die völkerrechtliche Bewertung von Gebietsänderungen behandelt werden soll, die sich **n i c h t** als Folge eines Krieges ergeben haben; Gebietsveränderungen im Zusammenhang mit einem Krieg werden rechtlich anders beurteilt und bedürfen einer besonderen Darstellung¹⁾.

Bei der Frage nach der Rechtmäßigkeit von territorialen Veränderungen im militärischen Interesse verfißt Barsegow²⁾ auch hier wieder den Grundsatz, daß solcher Gebietserwerb nur im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen dem geltenden Völkerrecht entspreche. Militärischen Überlegungen wird eine Bedeutung als selbständiger Rechtsgrund territorialer Veränderungen nach dem Völkerrecht abgesprochen.

1) s. unten S. 204 ff., Hauptteil E.

2) Barsegow, S. 151.

Allenfalls sei ihre Berücksichtigung denkbar im Zusammenhang mit dem ethnischen Prinzip, den historischen Rechten oder dem wirtschaftlichen Faktor, also prinzipiell immer mit einzelnen Unterfällen des Selbstbestimmungsrechtes. Soweit der Grundsatz, der uns anerkennenswert und vom Standpunkt der Grundlagen sowjetischen Gebietsrechtsdenkens durchaus folgerichtig zu sein scheint.

Die Mehrheit der sowjetischen Lehrmeinungen ist allerdings in dieser Frage viel zurückhaltender. Durdenewskij-Krylow¹⁾ und Korowin²⁾ bezeichnen recht allgemein das Selbstbestimmungsrecht als die "einzige"³⁾ rechtliche Grundlage völkerrechtsgemäßer Grenzziehung, "natürlich" seien dabei lebenswichtige Verteidigungsinteressen des Landes zu berücksichtigen⁴⁾. Da den von solchen Gebietsveränderungen betroffenen Teilen der Nation auf Grund des "ethnischen Prinzips" jedoch das Recht zusteht, territorial mit der Gesamtnation vereinigt zu bleiben⁵⁾, fragt sich, wie die beiden sich logisch und im gegebenen Fall meist auch praktisch einander ausschließenden Grundsätze der "nationalen Selbstbestimmung" und der "lebenswichtigen Verteidigungsinteressen" zueinander stehen und welche Reihenfolge zwischen ihnen gilt. Im Gegensatz zu der bei diesem Problem zunächst klaren Stellungnahme Barsegows schweigen sich Korowin und Durdenewskij-Krylow hierzu aus. Auch bei Janowskij ist im Anschluß an grundsätzliche Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht ein ähnlich zusammenhangloser Übergang zur Bejahung von Gebietsveränderungen aus Gründen der nationalen Verteidigung festzustellen⁶⁾, bei denen von der Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes nicht mehr die Rede ist: Der Autor erklärt

1) Durdenewskij-Krylow, Bd. I, S. 220.

2) Korowin, Lehrbuch, S. 274.

3) Korowin ebda.

4) Durdenewskij-Krylow, Bd. I, S. 220.

5) s.o.S. 178, D IV, 1.

6) Janowskij, S. 37/38.

Grenzverschiebungen an einzelnen Stücken des Staatsgebietes im Wege einer Vereinbarung zwischen den interessierten Staaten für zulässig. Auf diese Einstellung schwenkt schließlich auch Barsegow¹⁾ nach Ablegung seines prinzipiellen Bekenntnisses zum Selbstbestimmungsrecht ein in Erkenntnis der Abhängigkeit einer Grenzziehung "von der konkreten internationalen Lage und den spezifischen internationalen Bedingungen" und den nationalen Verteidigungsbedürfnissen; damit ist man wieder bei der bereits wiederholt festgestellten "dialektischen Stellung" der Frage der nationalen Selbstbestimmung angelangt. So betrachtet, sollen unter Berücksichtigung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen vereinbarte Gebietsveränderungen völkerrechtsgemäß sein²⁾.

Die Frage, ob militärische Erwägungen einen selbständigen Rechtsgrund für Gebietsveränderungen abgeben können, wird demnach von der sowjetischen Völkerrechtslehre folgendermaßen beantwortet: Bei grundsätzlicher Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes als einzigem Rechtsgrund für Gebietsveränderungen sind derart begründete, vereinbarte Grenzverschiebungen an einzelnen Teilen des Staatsgebietes zulässig³⁾. Praktisch bedeutet das, daß sich die Völkerrechtsgemäßheit derartiger Gebietsveränderungen allein an der Einhaltung der üblichen Regeln beim Abschluß völkerrechtlicher Vereinbarungen bemißt, also daran, ob der souveräne Staatenwillen und die souveräne Gleichheit der Beteiligten berücksichtigt wurden. Wegen der Beschränkung solcher Änderungen auf einzelne dünn oder unbesiedelte Gebietsteile und der Grenzen, von denen an solche Änderungen wieder nach dem Selbstbestimmungsrecht zu beurteilen sind, kann auf das zum Rechtsgrund der "wirtschaftlichen Gründe" Ausgeführte verwiesen werden⁴⁾. Unter diesen Umständen stellen nach allem auch "militärische Erwägungen" einen selbständigen Rechtsgrund für territoriale Veränderungen dar.

1) Barsegow, S. 151/152.

2) Barsegow ebda.

3) genau so auch Uschakow, Die Souveränität im gegenwärtigen Völkerrecht, S. 114/115.

4) S.O.S. 120 - 192, D IV, 3.

5. Die praktische Durchführung von Gebietsveränderungen.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht über das nationale Territorium in Form des ethnischen Prinzips, der historischen Rechte und teilweise auch der ökonomischen Erfordernisse des "nationalen Kollektivs", mit dem "wirtschaftlichen Faktor" und schließlich Erwägungen der nationalen Verteidigung erschöpft sich der Katalog der Rechtsgründe, die - vom Ausnahmefall des Krieges abgesehen - nach Ansicht der sowjetischen Völkerrechtslehre Gebietsveränderungen zulässig machen¹⁾. Dabei kommt dem Selbstbestimmungsrecht mit seinen Unterfällen die wichtigste Bedeutung zu, während die anderen Rechtsgründe zwar teils von dem Selbstbestimmungsrecht untergeordneter, häufig aber auch von selbständiger Bedeutung sind, jedoch nur zur Rechtfertigung von Grenzverschiebungen geringeren Umfangs dienen. Dabei erhebt sich die Frage nach den praktischen und rechtlich zulässigen Wegen, auf denen nach sowjetischer Ansicht die aus den aufgeführten Gründen rechtmäßigen Gebietsveränderungen verwirklicht werden dürfen.

a) Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden Veränderungen.

Bei der Behandlung der Durchführungen von Gebietsveränderungen in Verfolg des wichtigsten Rechtsgrundes, des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, sei die Feststellung Barsegows²⁾ vorangestellt, die die ganze Problematik und Relativität des auf diesem Prinzip von der sowjetischen Völkerrechtslehre aufgebauten Systems gebietsrechtlicher Regeln treffender enthüllt, als es der nichtkommunistische Beobachter in langer kritischer Abhandlung darzustellen vermag. Barsegow schreibt im Anschluß an die Herausstellung des Selbstbestimmungsprinzips und seiner einzelnen Unterfälle

1) vgl. Barsegow, S. 154; Janowski, S. 38/39.

2) Barsegow, S. 154/155.

als Grundlage für Gebietsveränderungen:

"Man muß jedoch zwei voneinander verschiedene Prozesse unterscheiden: 1) die Bildung und Existenz einer allgemeinen, Gebietsveränderungen regelnden Völkerrechtsnorm, und 2) die Anwendung dieser allgemeinen Norm auf konkret bestimmte Gebiete und Fälle. Die praktische Anwendung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung muß sich unvermeidlich nach den Verhältnissen, Bedürfnissen und historischen Besonderheiten dieses oder jenen Landes richten."

Mit diesem Hinweis soll weniger einer etwaigen Nichtanwendung des Prinzips der Selbstbestimmung das Wort geredet werden - dazu ist gerade die ganze Barsegowsche Darstellung zu eindeutig auf diesem Prinzip aufgebaut -, als vielmehr die Beachtung der vielfältigen, schon von Lenin herausgearbeiteten Möglichkeiten empfohlen werden, das Prinzip im konkreten Falle zu handhaben.

Bei der Durchführung von Gebietsänderungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der damit über die staatliche Zukunft und Zugehörigkeit ihres nationalen Territoriums entscheidenden Bevölkerung muß unterschieden werden, ob das nationale Territorium oder der Teil von ihm, der einem anderen Staat angegliedert werden soll, noch von der Nation, die sich auf dem nationalen Territorium bildete, bewohnt wird oder nicht.

aa) Erster Unterfall: Das "nationale Territorium" wird noch von der berechtigten Nation bewohnt.

Ist das nationale Territorium noch von seiner Urbevölkerung, der allein das Entscheidungsrecht über die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes zusteht, bewohnt, so ist Voraussetzung für einen völkerrechtsgemäßen Erwerb dieses Gebietes eine zustimmende Willensbekundung der betroffenen Bevölkerung oder mindestens ihrer Mehrheit¹⁾. In welcher Form diese

1) vgl. Janowski, S. 38/39.

Willensbekundung vor sich gehen darf, um den Mehrheitswillen wirksam auszudrücken, ergibt sich aus den schon von Lenin geschaffenen Grundsätzen, nach denen der Selbstbestimmungswille der Nation zulässig bekundet werden kann¹⁾; Janowskij²⁾ läßt es zwar mit der Aufzählung von Plebisziten und den Beschlüssen gewählter und bevollmächtigter Organe bewenden, doch wird man mit Modshorjan³⁾ auch die Stellungnahmen der nationalen Presse, Versammlungsbeschlüsse, Streikbewegungen und Demonstrationen als nach sowjetischer Ansicht ausreichende Formen nationaler Willensbekundungen ansehen können, so daß im Sinne solcher Äußerungen herbeigeführte Gebietsveränderungen durchaus völkerrechtsgemäß sind. Was das Zustandekommen solcher "nationaler" Willensbekundungen angeht, so sei an die bereits dargestellte, gebotene führende Rolle der nationalen marxistischen Partei in der nationalen Bewegung erinnert und an die Möglichkeiten, ihre Betätigung als mit Zustimmung der Mehrheit der Nation erfolgt anzusehen. Damit soll gesagt werden, daß es im konkreten Fall mehr darauf ankommt, daß ein Volkswille zugunsten dieser oder jener Entscheidung in einer der möglichen, gerade angebracht erscheinenden Formen bekundet wird, als darauf, ob diese Bekundung wirklich den Willen der numerischen Mehrheit der Nation widerspiegelt.

Ist der Wille der betreffenden Nation auf die vorbezeichnete Art ermittelt worden, so hat die daraufhin vorzunehmende Gebietsveränderung nach sowjetischer Ansicht eine dem Völkerrecht entsprechende Rechtsgrundlage. Stimmt auch der bisher auf dem betreffenden nationalen Territorium herrschende "fremde" Staat der Grenzveränderung zu, so steht einer durch Vereinbarung zwischen dem "fremden" Staat und dem

1) s.o.S. 108-110, C III, 2c.

2) Janowskij, S. 37/38.

3) Modshorjan, Die Grundrechte und -pflichten der Völkerrechtssubjekte, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 281.

von der betreffenden nation getragenen Nationalstaat herbeigeführten Gebietsübergabe nichts mehr im Wege. Der Gebietserwerb durch den Nationalstaat wird dann vertraglich durch Zession erfolgen. Die Zession stellt allerdings, und insofern hat Janowskij mit seiner Kennzeichnung der Zession als Form und nicht als Erwerbstitel recht¹⁾, praktisch nur formal einen Vertrag dar, denn von der einem Vertrag bei seinem Zustandekommen eigenen souveränen und auf Gleichberechtigung beruhenden Entscheidungsfreiheit des "fremden" Staates kann, wenn man der sowjetischen Völkerrechtslehre und den ihr von Lenin vorgezeichneten Grundsätzen folgt, nicht die Rede sein. Erhebt nämlich der "fremde" Staat Einwände gegen die Übergabe des fraglichen Gebietes, so macht er sich eines Verstoßes gegen das Völkerrecht schuldig, weil jedes weitere Festhalten einer Nation in einem fremden Staat gegen ihren eindeutig bekundeten Willen eine Annexion im Sinne der Leninschen Auffassung darstellt. Dem "fremden" Staat wird also, wenn er sich völkerrechtsgemäß verhalten will, eine freie Entscheidung über die Übergabe gar nicht zustehen, er muß das Gebiet abtreten; und die Verhandlungen über den Abschluß des Zessionsvertrages werden nur noch die Details und die formelle Erklärung der Zustimmung zu der von vornherein feststehenden Übergabe regeln.

Die hier aufgeworfene Frage nach der Entscheidungsfreiheit des "fremden", über das nationale Territorium ganz oder teilweise herrschenden Staates führt gleich zum nächsten Problem:

Was geschieht, wenn der "fremde" Staat nicht gewillt ist, dem bekundeten Selbstbestimmungswillen der ihm bis jetzt unterworfenen Nation zu entsprechen? Die Verwirklichung des so bekundeten Wunsches der betreffenden Nation nach einer Gebietsveränderung überschneidet sich etwas mit einer der Möglichkeiten der voranzugehenden Willensbekundung

1) Janowskij, S. 31.

der Nation: Der national-revolutionäre Befreiungskampf ist, wie schon Lenin herausgearbeitet hat¹⁾, eine der Formen, dem Selbstbestimmungswillen Ausdruck zu verleihen; gleichzeitig ist er aber auch das Mittel, das Selbstbestimmungsrecht gegen den Willen des herrschenden, "fremden" Staates zu verwirklichen und auf diese Weise auch die staatliche Zugehörigkeit des ganzen nationalen Territoriums oder einzelner Teile desselben zu regeln. Aus diesem Grunde ist die gewaltsame Durchführung einer nach dem Selbstbestimmungsrecht rechtmäßigen Territorialveränderung im Wege eines Aufstandes und Befreiungskampfes der "fremder" Herrschaft unterworfenen Bevölkerung zulässig²⁾. Die sowjetische Völkerrechtslehre läßt aber, wie bereits ausgeführt, auch eine gewaltsame Angliederung des umstrittenen Gebietes zu³⁾; sie rechtfertigt damit die Anwendung von Kriegsgewalt⁴⁾ gegen den "fremden" Staat durch den "Nationalstaat", der abgesplitterte Teile des nationalen Territoriums mit Zustimmung der darauf siedelnden Bevölkerung an sich reißt. Unter dem national-revolutionären Befreiungskampf sind also sowohl Aufstände der unter der Fremdherrschaft auf dem nationalen Territorium lebenden Bevölkerung als auch nationale Befreiungskriege zu verstehen, die der von der Nation getragene Staat um die Herausgabe von unter Fremdherrschaft stehenden Teilen des nationalen Territoriums mit der darauf lebenden "Urbevölkerung" gegen den "fremden" Staat führt. Sowohl die auf Grund eines Aufstandes als auch die auf Grund des nationalen Befreiungskampfes erfolgte, gewaltsame Angliederung von Teilen des nationalen Territoriums an den Nationalstaat wie auch die gewaltsame Schaffung eines Nationalstaates auf dem nationalen Territorium und Staatsge-

1) s.o.S. 109-111, C II, 2c; für die Völkerrechtslehre Barataschwili, S. 20 und Scharmasanaschwili, RID 1958, Nr. 8, Sp. 231.

2) Barataschwili ebda.; Scharmasanaschwili ebda.

3) vgl. Janowskij, S. 15/16; ähnlich Barsegow, S. 87/88; vgl. auch oben S. 141/142, C III, 3b.

4) Janowskij, S. 16.

biet eines "fremden" Staates ist "gerecht" ¹⁾, weil sie dem Selbstbestimmungsrecht der in diesem Gebiet lebenden Nation entspricht. Die im Wege solcher Gewaltanwendung gegen den Willen des bisherigen, "fremden" Gebietsherren zustandegekommenen Gebietsveränderungen sind deshalb nach sowjetischer Ansicht auch völkerrechtsgemäß. Ein Verstoß gegen das Völkerrecht ergibt sich auch nicht aus der mit der Gewaltanwendung verbundenen Beeinträchtigung der Souveränität des bisherigen Gebietsherrn; denn dessen Gebietshoheit ist, wie bereits dargelegt, nach Ansicht der sowjetischen Völkerrechtslehre nicht schutzwürdig, weil sie in den betreffenden Gebieten nicht in Übereinstimmung mit der ihr unterworfenen fremdnationalen Bevölkerung ausgeübt wurde.

bb) Zweiter Unterfall: Das "nationale Territorium" wird nicht mehr von der berechtigten Nation bewohnt.

Befinden sich Teile des nationalen Territoriums unter fremder Herrschaft und sind nicht mehr von der Urbevölkerung bewohnt, die sich auf diesem Gebiet zur Nation ausbildete, so scheidet eine dennoch nach dem Selbstbestimmungsrecht gebotene und zulässige Vereinigung dieses Gebietes mit dem von der auf ihm entstandenen Nation gebildeten Nationalstaat oder mit jedem anderen Staat auf der Grundlage einer nationalen Willensbekundung der heute auf dem Gebiet lebenden Bevölkerung aus. Der auf einem Gebiet lebenden Bevölkerung steht nach sowjetischer Auffassung, wie bereits dargestellt, das Selbstbestimmungsrecht über die staatliche Zugehörigkeit dieses Gebietes nur zu, wenn es das nationale Territorium dieser Bevölkerung darstellt. Dagegen müssen die "historischen Rechte" der heute nicht mehr auf diesen Teilen ihres nationalen Territoriums lebenden Nation auf dieses Gebiet als Unterfall des ihr zustehenden Selbstbestimmungsrechtes befriedigt werden.

1). Janowski, S. 15

Auf Grund dieser Rechte "gerechte" Gebietsveränderungen können im Wege vertraglich zwischen dem von der fordernden Nation getragenen Nationalstaat und dem bisherigen, fremden Gebietsherren vereinbarter Gebietsrückgabe erfolgen, also im Wege der Zession. Für die "Entscheidungsfreiheit" des bisherigen Gebietsherren bei diesem Vertragsschluß gilt das oben Gesagte¹⁾. Die Rechtmäßigkeit der so durchgeführten Gebietsübergabe bemißt sich allein daran, ob dem in den historischen Rechten zutagegetretenen Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Nation Genüge getan ist, während die Betätigung des Willens des an sich souveränen, bisherigen Gebietsherren sich bei dem Vertragsschluß in der Abgabe der ihm nach sowjetischer Ansicht als völkerrechtliche Pflicht obliegenden Zustimmungserklärung erschöpft.

Widersetzt sich der bisherige Gebietsherr der auf der Grundlage der historischen Rechte und mithin des Selbstbestimmungsrechts verlangten Gebietsveränderung, so ist die gewaltsame Angliederung der geforderten Teile des nationalen Territoriums an den von der Nation getragenen Nationalstaat - notfalls auch im Wege einer kriegerischen Auseinandersetzung - nach sowjetischer Ansicht zulässig²⁾. Auch hier ist die durch die Gewaltanwendung beeinträchtigte Souveränität des bisherigen Gebietsherren nicht schutzwürdig, weil diese nicht auf der Zustimmung der auf dem Gebiet entstandenen Nation, sondern nur auf der Zustimmung derjenigen Bevölkerung beruht, die sich gegen den Willen der Urbevölkerung und durch deren Vertreibung, teilweiser Ausrottung und Denationalisierung rechtswidrig in den Besitz des betreffenden Gebietes gesetzt hat³⁾.

1) S.O.S. 198, unter aa).

2) vgl. Janowskij, S. 15/16.

3) Janowskij ebda.

- b) Die auf den Rechtsgründen wirtschaftlicher und militärischer Erwägungen beruhenden territorialen Veränderungen.

Anderes gilt von dem sich auf die Rechtsgründe der "wirtschaftlichen Bedürfnisse" und die "Erfordernisse der nationalen Verteidigung" ohne Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Nationen stützenden Erwerb von Staatsgebiet. Diese Gebietsveränderungen können in Friedenszeiten nur im Wege gegenseitiger Vereinbarung zwischen den interessierten und betroffenen Staaten herbeigeführt werden, d.h. im Wege der Zession. Die Völkerrechtsgemäßheit der auf diesen Rechtsgründen beruhenden Gebietsveränderungen hängt von der Achtung der Souveränität und souveränen Gleichheit aller von der vertraglichen Gebietsübergabe betroffenen Staaten ab. Das führt in der Praxis der Sowjetunion manchmal dazu, daß auf diesen Rechtsgründen beruhende Gebietsveränderungen in Form von Gebietsaustauschverträgen durchgeführt werden.

6. Zusammenfassung.

Wichtigstes Kriterium für die Rechtmäßigkeit und wichtigster Rechtsgrund bei Gebietsveränderungen ist nach sowjetischer Ansicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Es steht jeder Nation oder Teilen der Nation über ihr nationales Territorium ganz oder teilweise zu. Dabei ist unter nationalem Territorium das Gebiet zu verstehen, auf dem die Nation sich bildete, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Nation dort heute noch ansässig ist oder ohne ihre Zustimmung ganz oder teilweise davon vertrieben oder darauf ausgerottet oder gewaltsam denationalisiert und assimiliert wurde. Lebt die Nation noch auf ihrem nationalen Territorium, so sind Gebietsveränderungen mit ihrer Zustimmung zulässig, die nach dem "ethnischen Prinzip" unter Berücksichtigung der nationalen Zusammensetzung des Gebietes und dem Gebot der Zusammenfassung aller Teile der Nation in einem Nationalstaat

erfolgen. Ohne Rücksicht darauf, ob die Nation noch ganz oder teilweise auf ihrem nationalen Territorium lebt oder nicht, sind Gebietsveränderungen als Befriedigung "historischer Rechte" ebenfalls zulässig. Sie bestehen in der Rückgabe des nationalen Territoriums, das der Nation oder dem seinerzeit schon von der Nation getragenen Nationalstaat entrissen wurde, an den heute von der anspruchsberechtigten Nation getragenen Staat.

Daneben stellen auch wirtschaftliche und militärische Erfordernisse Rechtsgründe für einen rechtmäßigen Gebietsenerwerb dar, sei es im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes, sei es - namentlich bei kleineren, dünn oder gar nicht besiedelten Gebietsteilen - auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der souveränen Gleichheit aller von der Gebietsveränderung betroffenen Staaten unter Ausklammerung des Selbstbestimmungsrechtes.

Gebietserwerb auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes erfolgt im Wege der Zession, möglicherweise im Zusammenhang damit auch durch Adiudikation, bei Einholung der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung im Wege eines Plebiszits o.ä., oder im Wege eines vom Willen der betroffenen Bevölkerung getragenen national-revolutionären Kampfes oder nationalen Befreiungskrieges. Gebietserwerb auf Grund wirtschaftlicher oder militärischer Erfordernisse erfolgt im Wege der Zession, die manchmal die Form eines vertraglich vereinbarten Gebietsaustausches hat.

Gebietserwerb und siegreiche Beendigung eines Krieges.

I. Die verschiedenen Arten von Kriegen.

1. Gerechte und ungerechte Kriege.

Schon die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung ließen erkennen, daß der Marxismus-Leninismus und mithin auch die sowjetische Völkerrechtslehre nicht grundsätzlich gewaltsame Auseinandersetzungen und namentlich Aufstände innerhalb der Staaten, aber auch Krieg zwischen ihnen ablehnen. Dennoch redet die sowjetische Völkerrechtslehre nicht jeder Gewaltanwendung und jedem Krieg das Wort. Der Marxismus-Leninismus unterscheidet vielmehr zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen, und die sowjetische Völkerrechtslehre folgt ihm hierin¹⁾.

Ein "ungerechter" Krieg ist nach sowjetischer Ansicht der Eroberungskrieg, der mit dem Ziel der gewaltsamen Angliederung fremder Staaten und der Unterwerfung fremder Völker unter die Herrschaft des Eroberers geführt wird. Jeder Krieg ist nach Lenin "die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", während die Politik wiederum konzentrierter Ausdruck der wirtschaftlichen Verhältnisse ist²⁾. Diese drängen unter dem kapitalistischen System die Staaten zur Erschließung immer neuer Rohstoffquellen und Absatzmärkte, darin soll jedoch seit jeher das Hauptziel der von den kapitalistischen Staaten geführten Kriege bestehen. Jetzt aber sollen sich Produktion und Kapital in den einzelnen kapitalistischen Staaten zu wenigen internationalen Monopolen verschmolzen

1) vgl. zum folgenden Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 401-403.

2) vgl. hierzu den ausführlichen Abriß bei Deborin, S.8-10.

haben¹⁾, gleichzeitig ist die territoriale Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Großmächte beendet²⁾. Damit soll sich der Kampf um Märkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären und Maximalprofite verstärkt haben,

"eine weitere Teilung, eine weitere Bereicherung ist nur noch auf Kosten anderer, auf Kosten eines Staates im Interesse eines anderen möglich. In dieser Frage eine Entscheidung herbeiführen kann man nur durch Gewalt - und deshalb wurde der Krieg unter den räuberischen Weltmächten unvermeidbar." 3)

Mit der Monopolisierung, der abgeschlossenen Aufteilung der Welt und dem daraus herrührenden ständigen Drang der stärksten kapitalistischen Staaten nach Neuverteilung der Güter und Territorien in der Welt habe der Kapitalismus sein monopolistisches, sein höchstes Stadium, den Imperialismus erreicht⁴⁾. Vom imperialistischen Drang nach Neuverteilung der Territorien werden nicht nur die "Kolonialgebiete" erfaßt, sondern auch die "alten Länder"; auch hier kommt es weiter zu Annexionen im Leninschen Sinne⁵⁾. Solange der Imperialismus besteht, soll aus den ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten die Gefahr des Ausbruchs immer neuer Kriege bestehen; andererseits sei aber mit der inzwischen erreichten Stärke des sozialistischen Lagers und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern der Ausbruch neuer Kriege nicht mehr unvermeidlich⁶⁾. Hier kann also zum Eroberungskrieg bereits festgehalten werden, daß er nach sowjetischer Ansicht wegen der aufgezeigten Gründe nur von kapitalistischen Staaten geführt werden kann.

1) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 72/73.

2) Lenin ebda., S. 62-71, 73.

3) Lenin, Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Bd.II/1, S. 400.

4) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 72.

5) Lenin ebda., S. 100.

6) Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 401.

Einen ähnlichen Fall des "ungerechten" Krieges bildet nach sowjetischer Ansicht der Angriffskrieg. Während zwischen kapitalistischen Staaten der unter ihnen ausgetragene Krieg meist auf beiden Seiten einen Eroberungskrieg darstellt, wird mit dem Begriff des Angriffskrieges nur der Krieg auf Seiten d e s Staates bezeichnet, der als e r s t e r seine Streitmacht gegen einen anderen Staat einsetzt¹⁾. Aus der marxistisch-leninistischen Lehre von den Gründen und vom Wesen des Krieges ergibt sich der Schluß, daß Angriffskriege regelmäßig nur von kapitalistischen Ländern als Folge des ihnen gesetzmäßig innewohnenden Dranges nach Neuaufteilung der Welt und ihrer Reichtümer begonnen werden. Man kann deshalb im Sinne der sowjetischen Völkerrechtslehre den Angriffskrieg als einen Fall des Eroberungskrieges betrachten, bei dem die Frage nach dem mit den Kampfhandlungen beginnenden Staat gestellt wird.

Ein "gerechter" Krieg dagegen "besteht in der Verteidigung des Volkes gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche"²⁾. Setzt sich ein Volk gegen einen ä u ß e r e n Überfall zur Wehr, so spricht man von einem Verteidigungskrieg. Es fällt auf, daß Koshewnikow als Träger der Verteidigung gegen einen äußeren Überfall "das Volk" ansieht, obwohl heute praktisch alle Völker in irgendeinem Staatsverband organisiert sind und daher die Verteidigungsbemühungen von den Staaten ausgehen und gesteuert werden. Tatsächlich gestattet diese Unterteilung es aber, auch Kriege als Verteidigungskriege anzusehen, die ein kapitalistischer Staat gegen ihn überfallende andere kapitalistische Staaten führt und die daher häufig auch als Gegenschlag gegen die Aggression zum Eroberungskrieg werden können, weil das Volk sich gegen seine drohende Unterwerfung unter fremde Herrschaft wehrt. Auf diese Weise ist es möglich, den zwei-

1) Koshewnikow im Akademiellehrbuch, S. 404.

2) Koshewnikow ebda., S. 402.

ten Weltkrieg, der ja bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 ein nur unter kapitalistischen Staaten geführter Krieg war, von Anfang an als einen "gerechten" Krieg anzusehen¹⁾; anderenfalls ließe sich auch schlecht erklären, daß die Sowjetunion - über ihren eigenen "gerechten" Verteidigungskrieg hinaus - sich auch mit so eindeutig "imperialistischen" Staaten wie Großbritannien und den USA verbündete.

"Die Verteidigung eines Volkes gegen Unterjochungsversuche" bezeichnet dagegen den schon als Verwirklichungsform des Selbstbestimmungsrechtes bekannten nationalen Befreiungskrieg, sei es innerhalb eines Staatsverbandes als Kampf der widerrechtlich ganz oder teilweise festgehaltenen Nation um eigene Entscheidung ihrer staatlichen und territorialen Zukunft, sei es als Krieg des von einer Nation getragenen Staates für die Angliederung von unter Fremdherrschaft stehenden Teilen ihres nationalen Territoriums. Diese Art von Kriegen nach bereits dargestellter sowjetischer Ansicht ist immer gerecht²⁾.

2. Der Angriffskrieg.

Der Angriffskrieg ist nach sowjetischer Ansicht immer völkerrechtswidrig gewesen³⁾. 'Das wird aus dem Briand-Kellogg-Pakt über den Verzicht auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik hergeleitet, dem die UdSSR im Jahre 1928 beitrug. Sie dehnte den Geltungsbereich des Vertrages später durch besonderes Protokoll vom 9. Februar 1929 auf ihre Nachbarstaaten Polen, Rumänien, Estland, Lettland, später auch auf die Türkei und Litauen aus.

1) vgl. Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 402/403: "Kampf der V ö l k e r gegen den Faschismus".

2) vgl. Janowskij, S. 15/16; , s.o.S. 198/199, D IV, 5a.

3) vgl. zum folgenden Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 403-405.

Das Verbot des Angriffskrieges folgt nach sowjetischer Ansicht weiter aus Artikel 1 Ziffer 1 der UNO-Charter, wonach das Ziel der Organisation darin besteht, Kollektivmaßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des internationalen Friedens, zur Unterdrückung von Angriffshandlungen und anderen Friedensbrüchen zu ergreifen. Auf diesen Grundsätzen beruhe das gesamte VII. Kapitel der Charter mit dem darin vorgesehenen Sanktionssystem.

Eine Bestätigung des Gebots findet sich nach sowjetischer Ansicht auch in den Statuten der nach dem zweiten Weltkrieg eingesetzten Internationalen Militärgerichtshöfe. Gedacht wird hierbei an Artikel 6 Buchstabe b) des Statuts vom 8. August 1945, das von den vier Großmächten beschlossen wurde und dem sich eine große Zahl anderer gegen die Achsenmächte angetretener Staaten anschloß. Danach wurden als "Verbrechen gegen den Frieden" "die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen..." angesehen. Bei Koshewnikow¹⁾ endet das Zitat allerdings schon allein mit der Aufzählung des Angriffskrieges als "Verbrechen gegen den Frieden".

Trotz des Beitritts der Sowjetunion zum Briand-Kellogg-Pakt und zur UNO und ihrer Beteiligung an der Ausarbeitung des IMT-Statuts hält die sowjetische Völkerrechtslehre diese Abkommen für unzulänglich, weil es in ihnen an einer genauen Definition des Begriffes der Aggression fehle²⁾. Die UdSSR bemüht sich daher seit 1933, im internationalen Rahmen neben der Ächtung des Angriffskrieges auch zu vertraglichen Vereinbarungen über die Definition der Aggression bzw. des Aggressors zu gelangen. Damals schlug die UdSSR eine solche Definition auf der Londoner Abrüstungskonferenz und im Rahmen des Völkerbundes gegen die ablehnende Haltung der west-

1) Koshewnikow ebda., S. 404.

2) Koshewnikow ebda., S. 403/404.

lichen Großmächte vor und schloß im Juni 1933 auf der Basis dieser Definition entsprechende Verträge mit einigen Nachbarstaaten ab, darunter mit Polen und Finnland.

Nach Artikel II dieser Verträge wird als

"Aggressor der Staat betrachtet werden, der als e r s t e r eine der folgenden Handlungen begeht:

1. Kriegserklärung an einen anderen Staat.
2. Einfall mit bewaffneten Kräften, auch ohne Kriegserklärung, in das Gebiet eines anderen Staates.
3. Angriff mit Land-, See- oder Luftstreitkräften, auch ohne Kriegserklärung, auf das Gebiet, die Schiffe oder Luftfahrzeuge eines anderen Staates.
4. Seeblockade der Häfen oder Küsten eines anderen Staates.
5. Unterstützung von bewaffneten Banden, die auf dem Gebiet eines Staates gebildet sind und in das Gebiet eines anderen Staates einfallen, oder Weigerung trotz Verlangens von Seiten des dem Angriff ausgesetzten Staates, auf dem eigenen Gebiet alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um solchen Banden jede Hilfe und jeden Schutz zu entziehen."

1)

Nach Artikel III sollte k e i n e Erwägung politischer, militärischer, wirtschaftlicher oder anderer Art für einen Angriff als Entschuldigung oder Rechtfertigung dienen.

Koshewnikow²⁾ ergänzt das noch mit dem Hinweis, das gelte auch für sich auf die innere Lage eines Staates beziehende Motive.

Das Verbot des Angriffskrieges im Sinne der oben gegebenen Definition des Aggressors ist wohl die wichtigste Konkretisierung des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz³⁾, der den Staaten auferlegt, es in ihren Beziehungen untereinander nicht zum Kriege überhaupt kommen zu lassen. Die sowjetische Definition des Aggressors und mithin des Angriffskrieges zeichnet sich durch eine klare Fassung wichtiger Tatbestände

1) Text bei Lummert, S. 47.

2) Koshewnikow ebda., S. 404.

3) s.o.S. 73, B II 5a.

aus, die nach dem Rechtsbewußtsein wohl aller Staaten bedeutsame Elemente eines Angriffskrieges enthalten. Die Definition hat jedoch, wie Lummert¹⁾ zutreffend feststellt, zwei Nachteile. Zum einen werden, da in der Regel jeder Staat den anderen des Beginns der Angriffshandlungen bezichtigen wird, häufig Beweisschwierigkeiten die Feststellung unmöglich machen, wer nun wirklich der Angreifer im Sinne der sowjetischen Definition war. Zum anderen wird durch die Fixierung des ganzen Problems auf die Frage, wer zuerst angegriffen hat, der Fall der manchmal gebotenen präventiven Notwehr übergangen, so daß der Staat, dessen Nachbar sich zum Überfall auf ihn rüstet, sich in dem Dilemma befindet, entweder durch vorheriges Losschlagen in präventiver Notwehr formal einen der Aggressionstatbestände zu erfüllen und mithin als Angreifer dazustehen, oder aber der Vernichtung oder zumindest schwerer Kämpfe auf eigenem Gebiet sicher zu sein. Angesichts dieser Mängel ist es der Sowjetunion auch trotz mehrfacher Versuche nach dem zweiten Weltkrieg nicht gelungen, ihrer Definition des Aggressors über die eigene Einflußsphäre hinaus zu einer völkerrechtlichen Anerkennung zu verhelfen.

Dagegen gilt die Definition des Angriffskrieges nicht für einen "ersten Schlag", der im Rahmen eines nationalen Befreiungskrieges geführt wird, den der von einer bestimmten Nation getragene Staat etwa um Teile des der Nation gegen ihren Willen entrissenen nationalen Territoriums beginnt. In diesem Fall liegt, wie bereits erörtert, mit dem Befreiungskrieg ein "gerechter Krieg" vor²⁾. Beruft sich hier der angegriffene Staat auf das Verbot eines Angriffskrieges, wie ihn die sowjetische Völkerrechtslehre und -praxis definiert hat, so würde das eine Behinderung der Nation in der Ausübung des ihr zustehenden Selbstbestimmungsrechtes und mithin einen neuen, völkerrechtswidrigen

1) Lummert, S. 48.

2) S.O.S. 207, E I, 1.

Annexionsakt darstellen. So sei denn festgehalten, daß von einem Angriffskrieg nur dann gesprochen werden kann, wenn ein Staat im Rahmen eines "Eroberungskrieges" und mithin eines "ungerechten Krieges" den ersten Schlag gegen einen anderen Staat führt. Angesichts der bereits erörterten Gründe, die die sowjetische Rechtslehre beim Ausbruch von Eroberungskriegen für gegeben ansieht¹⁾, kann, wenn man der sowjetischen Theorie folgt, ein Angriffskrieg nur von einem kapitalistischen Staat begonnen werden.

3. Konkretisierung des Themas auf den Fall des siegreich beendeten Verteidigungskrieges.

Dieser Hinweis ist wichtig in Anbetracht des in diesem Hauptteil behandelten Themas "Gebietserwerb als Folge eines siegreich beendeten Krieges". Der auf Grund siegreicher Beendigung eines nationalen Befreiungskrieges erlangte Gebietszuwachs hat seinen Rechtsgrund, wie gezeigt, im Selbstbestimmungsrecht, nicht jedoch im Sieg, der lediglich eine Form der Verwirklichung dieses Rechtes darstellt²⁾.

Gebietserwerb aufgrund eines siegreich beendeten Angriffskrieges, der ja, wie gezeigt, ein ungerechter, ein Eroberungskrieg ist, scheidet ebenfalls aus. Die sowjetische Völkerrechtslehre lehnt diese Art des Gebietserwerbes, die in nichtvertraglicher Form eine Annexion traditioneller Auffassung, in vertraglicher Form eine erzwungene Zession darstellt, ab, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Nation verletzt und überdies ein typisches Ergebnis der dem kapitalistischen System innewohnenden Gesetzmäßigkeiten sein soll³⁾.

1) s.o.S. 205/206, E I, 1.

2) s.o.S. 199/200, D IV, 5.

3) s.o.S. 164/165, D III, 1a, und S. 169/170, D III, 2.

Das Thema "Gebietserwerb als Folge eines siegreich beendeten Krieges" kann sich - folgt man immer der sowjetischen Einstellung der Kriege - mithin auf den Fall des Verteidigungskrieges beschränken. Die im folgenden zu untersuchenden Voraussetzungen eines nach der sowjetischen Völkerrechtslehre rechtmäßigen Gebietserwerbes gehen deshalb auf Seiten des erwerbenden Staates von folgender Ausgangslage aus: Der betreffende Staat ist von einem anderen Staate widerrechtlich - d.h. ohne Vorliegen der Voraussetzungen eines nationalen Befreiungskrieges auf dessen Seite - im Sinne der oben dargelegten Auffassung angegriffen worden, er hat sich gegen diesen Angriff zur Wehr gesetzt, mithin einen Verteidigungskrieg geführt, und hat diesen Krieg als Sieger über den Aggressor beendet.

II. Die Zulässigkeit von Gebietsveränderungen nach einem siegreich beendeten Verteidigungskrieg.

Vorbemerkung: Die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der besiegten Nation.

Auch die sowjetische Völkerrechtslehre schließt nicht aus, daß die siegreiche Beendigung eines Verteidigungskrieges den Anlaß für territoriale Veränderungen bieten kann. Dabei erhebt sich jedoch die Frage, auf welchen Rechtsgründen die aus diesem Anlaß vorgenommenen Gebietsveränderungen beruhen müssen, um dem Völkerrecht zu entsprechen.

Es liegt nahe, auch bei solchen Gebietsveränderungen von der Grundlage sowjetischen gebietsrechtlichen Denkens, dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, auszugehen oder zumindest folgerichtig die Frage nach der Anwendbarkeit des Selbstbestimmungsprinzips zu stellen. In Wirklichkeit wird in diesem Zusammenhang das Prinzip nur selten erwähnt. Immerhin sei hervorgehoben, daß von den sowjetischen Völkerrechtlern Barsegow¹⁾ sich für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auch bei Friedensregelungen nach gewonnenen

¹⁾ Barsegow, S. 102.

"gerechten" Kriegen, also Verteidigungskriegen, ausspricht: Die Rechtmäßigkeit territorialer Veränderungen beruhe auf der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, und dieser Gesichtspunkt gelte auch gegenüber der besiegten Nation.

Auf der anderen Seite werden jedoch vom selben Autor die Bestrafung des Aggressors und die Beseitigung der Ursachen der Aggression durch Schaffung günstiger Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung und für eine Demokratisierung der inneren Verhältnisse des besiegten Staates als Grundlage für einen gerechten Friedensschluß angesehen¹⁾. Diese Bestrebungen des Siegers werden meist mit dem Willen der besiegten Nation kollidieren, und wenn in Verfolg dieser Absichten die Abtrennung von nationalem Territorium der besiegten Nation zur Debatte steht, auch deren Selbstbestimmungsrecht verletzen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn aus diesem Grunde andere kommunistische Autoren das Selbstbestimmungsrecht der besiegten Nation den Interessen des künftigen Friedens und vor allem der Sicherheit der ehemals angegriffenen Siegerstaaten unterordnen wollen²⁾. Bei dieser Einstellung spielt auch der Gedanke der Verwirkung des Selbstbestimmungsrechtes der besiegten Angreifernation gegenüber den Siegerstaaten eine Rolle. Die proklamierte Unterordnung des Selbstbestimmungsrechtes unter die Erfordernisse der künftigen Friedenssicherung ermöglicht es den zitierten Autoren, mit diesem Hinweis die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens, die ja ohne Zustimmung der betroffenen deutschen Bevölkerung erfolgte, gegenüber dem Einwand der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts zu verteidigen. Bei dieser Argumentation wird von den Autoren allerdings übersehen, daß sie sich mit ihrer Rechtfertigung der Nichtanwendung des an sich auch nach ihrer Meinung bestehenden

1) Barzegow ebda.

2) vgl. Gelberg, Der westdeutsche territoriale Revisionismus im Lichte des Völkerrechts, SGiP 1962, Nr. 9, S.103; Baumgarten bei Goguel, S. 374.

Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen deutschen Bevölkerung zu der bereits dargestellten, zumindest auf sowjetischer Seite herrschenden Ansicht in Widerspruch setzen, wonach der deutschen Bevölkerung ein Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der umstrittenen Gebiete, die polnisches "nationales Territorium" wären, gar nicht zustünde¹⁾.

Man kann mithin feststellen, daß die Frage nach der Einhaltung des Selbstbestimmungsprinzips bei Gebietsveränderungen, die als Ergebnis eines siegreich beendeten Verteidigungskrieges vorgenommen werden, gegenüber den unmittelbar aus dem Sieg erwachsenden politischen Notwendigkeiten - Friedenssicherung und Schutz des siegreichen Angegriffenen - von zweitrangiger Bedeutung ist und meist gar nicht erst gestellt wird.

1. Der Schutz des Siegerstaates vor künftigen Angriffen des Besiegten.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß nach Ansicht von Barsegow²⁾ die Aufgabe jeder Friedensregelung nach erfolgreicher Verteidigung gegen den Angreifer darin bestehen soll, die Voraussetzungen für künftige Aggressionen zu beseitigen. Zu diesen Voraussetzungen gehören sicher Teile des Staatsgebietes des Angreifers, die wegen ihrer günstigen strategischen Lage diesem schon bisher als Ausgangsbasis für seine Angriffe dienten oder in Zukunft als solche dienen können. Folgerichtig hält es die sowjetische Völkerrechtslehre für zulässig, Gebietsveränderungen zum Schutz des siegreich Angegriffenen vor künftigen Aggressionen von seiten des besiegten Staates durchzuführen³⁾. Die Veränderungen sollen sich allerdings auf diejenigen Gebietsteile

1) s.o.S. 184, 189, D IV, 2.

2) Barsegow, S. 102.

3) Janowskij, S. 38; Molodow im Akademielehrbuch, S. 188.

beschränken, die wegen ihrer Lage eine Bedrohung des angegriffenen Staates darstellen, und nicht etwa den ganzen territorialen Besitzstand des unterlegenen Aggressors in Frage stellen¹⁾. Die neue Grenzziehung wird allein von den Verteidigungsinteressen des siegreichen Angriffsopfers abhängen, so daß man es hier mit einem Gebietserwerb aus rein militärischen Erwägungen zu tun hat.

Häufig betreffen solche Gebietsveränderungen Teile des nationalen Territoriums der den Aggressorstaat tragenden Nation. Dennoch wird von der sowjetischen Völkerrechtslehre die Frage nach dem bei solchen Friedensregelungen ohnehin schon zweitrangigen Selbstbestimmungsprinzip im Zusammenhang mit Gebietsveränderungen als Schutz vor künftiger Aggression überhaupt nicht gewillt. Sowohl aus den Ausführungen bei Janowskij als auch bei Molodzew²⁾ kann man im Gegenteil schließen, daß **a l l e i n** die Erwägungen militärischer Art die Rechtsgrundlage dieser territorialen Veränderung bilden und auch ihr konkretes Ausmaß bestimmen. Man kann daher für den Gebietserwerb auf der Grundlage des Schutzes vor künftigen Aggressionen feststellen, daß hierbei die Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips ausgeschlossen ist.

2. Die Bestrafung des Aggressors und der Ersatz des von ihm angerichteten Schadens.

Darüber hinaus will die sowjetische Völkerrechtslehre nach der siegreichen Beendigung eines Verteidigungskrieges auch Gebietsveränderungen unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit des Angreiferstaates für die von ihm begangene Aggression und deren Folgen zulassen³⁾. Es wird vorgetragen,

1) Janowskij ebda.

2) Janowskij, S. 38; Molodzew im Akademielehrbuch, S. 188.

3) vgl. zum folgenden Tunkin, Völkerrecht der Gegenwart, S. 229-231.

die völkerrechtlich anerkannte Verantwortlichkeit des Aggressors für die von ihm begangenen Angriffshandlungen schließe unbestritten die Wiedergutmachung des dadurch verursachten Schadens ein. Tunkin beruft sich ausdrücklich zur Bestätigung dieser Ansicht auf Schätzel¹⁾ und Wehberg²⁾, greift diese aber im folgenden an, weil sie sich für beschränkte Gebietsveränderungen nach einem gewonnenen Verteidigungskrieg n u r unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes aussprechen. Nach seiner Ansicht dagegen schließt die Verantwortlichkeit des Aggressors für die von ihm begangenen Angriffshandlungen die Ergreifung von Sanktionen gegen diesen Staat durch den siegreichen Verteidiger nicht aus. Die Vergeltung soll in der Abtrennung von Gebietsteilen des Verlierers zugunsten des Siegers bestehen³⁾.

Selbstverständlich scheidet bei einem auf dieser Grundlage beruhenden Gebietserwerb jede Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips aus. Das räumt auch Tunkin ein, wenn er die Abtrennung von Gebieten "in den Fällen, in denen sie über die Rückgabe ihnen früher entrissener Gebiete an die entsprechenden Staaten hinausgeht", mit dem Prinzip der Verantwortlichkeit eines Staates für die von ihm begangenen Aggressionen rechtfertigt⁴⁾. Bleibt noch zu erwähnen, daß eine auf der Grundlage des Vergeltungsprinzips durchgeführte Gebietsveränderung nach sowjetischer Ansicht etwas anderes sein soll als die nach "dem Recht des Siegers" in der kapitalistischen Staatenpraxis angeblich sonst üblichen Gebietsabtretungen⁵⁾.

1) Schätzel, Die Annexion im Völkerrecht 1950, S. 2.

2) Wehberg, Krieg und Eroberung im Wandel des Völkerrechts, S. 103.

3) Tunkin ebda., S. 229, 231.

4) Tunkin ebda., S. 231.

5) Tunkin ebda., S. 231.

Tatsächlich stellt der Erwerbsgrund der Bestrafung des Aggressors jedoch nur eine sowjetische Neufassung des früher verbreiteten "Siegerrechtes" dar. Ob und in welchem Ausmaß der besiegte Aggressor Staatsgebiet abtreten muß, hängt allein vom Ermessen des Siegers ab. Der strikte Ausschluß jeder Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips - obwohl in seiner sowjetischen Fassung auch schon elastisch genug - unterstreicht die praktisch geforderte völlige Unterordnung des besiegten Staates unter den Willen des Siegers. Dessen einzige Schranke in Bezug auf seine Gebietsforderungen ist das Recht des unterlegenen Staates auf Fortbestehen, das ein Minimum an Staatsgebiet einschließt. Die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges gegenüber Deutschland und Japan durchgeführten Territorialveränderungen werden, soweit sie nicht auf der Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips in seiner sowjetischen Auffassung beruhen, von der sowjetischen Völkerrechtslehre mit dem Grundsatz der "Bestrafung des Aggressors" gerechtfertigt¹⁾.

III. Die praktische Durchführung von Gebietsveränderungen zu Lasten des besiegten Angreiferstaates.

Nach sowjetischer Ansicht sind also zugunsten des Siegers in einem Verteidigungskrieg Gebietsveränderungen aus Gründen der Verhütung künftiger Aggressionen, der Vergeltung oder der Schadensersatzleistung für die Angriffshandlungen zulässig. Allerdings dürfen solche Grenzverschiebungen erst nach Beendigung des Krieges durchgeführt werden, während die - auch mit der kriegführenden Gegnerpartei und dem späteren Sieger - vor Ausbruch der Kampfhandlungen geschlossenen Grenzverträge für die Dauer des Krieges nicht geändert,

¹⁾ Tunkin ebda., S. 231; grundsätzlich auch Barsegow, S. 102.

d.h. einseitig aufgehoben werden können¹⁾. Auch leiten die sowjetischen Völkerrechtler allein aus der kriegerischen Besetzung gegnerischen Staatsgebietes während, aber auch nach der Beendigung der Kampfhandlungen keine territoriale Souveränität für den Okkupanten her²⁾.

Beendet ist der Krieg durch die Einstellung der Feindseligkeiten und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, durch Veröffentlichung eines besonderen Akts über die Beendigung des Kriegszustandes oder schließlich durch tatsächliche Einstellung der Kampfhandlungen ohne besondere juristische Beurkundung³⁾. Erst dann ist auch die Durchführung von Gebietsveränderungen zugunsten des siegreichen Verteidigers möglich.

Über die rechtliche Form solcher Gebietsveränderungen aus den dargestellten Rechtsgründen besteht auch sowjetischerseits Klarheit: Territoriale Veränderungen werden in einem Friedensvertrag zwischen den ehemals kriegführenden Parteien vereinbart, so daß sie praktisch im Wege der Zession durchgeführt werden⁴⁾. Allenfalls können die territorialen Veränderungen bereits in einem vorläufigen Friedensvertrag (Präliminarfrieden) festgelegt werden, der die wesentlichsten Bestimmungen über den Frieden zwar schon enthält, der aber im endgültigen Friedensvertrag noch erheblich ergänzt oder geändert werden kann⁵⁾. Auch beim Präliminarfrieden sind die ehemals gegeneinander kriegführenden Staaten die abschließenden und unterzeichnenden Parteien. Danach sind also immer die Teilnahme an den Verhandlungen und die Abgabe einer Zustimmungserklärung durch den besiegten Staat zu den getroffenen Entscheidungen notwendig.

1) so Durdenewskij, Das Sowjetterritorium seit 30 Jahren in den Akten des Völkerrechts, SGiP 1947, Nr. 12, S. 58; Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, Sp. 138.

2) Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. II, S. 35/36.

3) Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 448/449.

4) vgl. Barsegow, S. 102; Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 449.

5) Koshewnikow ebda.

Angesichts dieser Einstellung erwachsen allerdings der sowjetischen Völkerrechtslehre erhebliche Schwierigkeiten mit der Rechtfertigung des Potsdamer Abkommens und der darin vorgesehenen territorialen Regelungen, die nach sowjetischer Ansicht trotz des Fehlens deutscher Vertreter bei den Verhandlungen rechtmäßig und endgültig sein sollen¹⁾. Um dennoch an der Endgültigkeit und Verbindlichkeit der territorialen Bestimmungen auch für Deutschland festhalten zu können, wird erklärt, die Völkerrechtsgemäßheit des Potsdamer Abkommens und die Bindung Deutschlands an die darin vereinbarten Gebietsveränderungen rühren aus "dem antifaschistischen Befreiungscharakter" des zweiten Weltkrieges her, aus der Rolle, die in diesem Kriege die Großmächte - die UdSSR, die USA und England - gespielt hätten, und aus der Verantwortung, die diese für die Umwandlung Deutschlands in einen friedliebenden Staat auf sich genommen hätten²⁾. Anspruchsvoller ist die Begründung für eine angebliche Bindung Deutschlands an das von ihm nicht unterzeichnete Potsdamer Abkommen, die Gelberg³⁾ gibt: Auf Grund der Berliner Erklärung der Großmächte vom 5. Juni 1945 repräsentierten diese an Stelle einer nicht vorhandenen deutschen Regierung die oberste Gewalt in Deutschland; daraus und aus Artikel 4 der Erklärung über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vom 7./8. Mai 1945 rühre die Befugnis der Großmächte her, Beschlüsse über die Grenzen Deutschlands zu fassen, was dann in Potsdam auch geschehen sei.

Im Rahmen dieser Arbeit ist die spezielle Problematik des Potsdamer Abkommens nicht zu untersuchen. Hier geht es vielmehr um die Klärung der Frage, ob nach Ansicht von

-
- 1) so Gelberg, Der westdeutsche territoriale Revisionismus im Lichte des Völkerrechts, SGiP 1962, Nr. 9, S. 100.
 - 2) so Shukow, Die polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße - eine unerschütterliche Grenze des Friedens, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 348 ff. (S. 351).
 - 3) Gelberg, SGiP 1962, Nr. 9, S. 100.

Vertretern der sowjetischen bzw. sozialistischen Völkerrechtswissenschaft ausnahmsweise von dem sonst ebenfalls grundsätzlich anerkannten Prinzip abgegangen werden darf, Gebietsübergaben auf Kosten des besiegten Angreiferstaates nicht ohne seine Beteiligung und Zustimmung festzusetzen. Hierzu sind die Äußerungen von Shukow und Gelberg anhand des Potsdamer Abkommens referiert worden. Von ihnen ist die Meinung Shukows indiskutabel und verwischt die hier zu klärende Frage. Gelbergs Ausführungen laufen auf die Feststellung hinaus, daß Deutschland auf der Potsdamer Konferenz durch die siegreichen Großmächte auf Grund der oben erwähnten Erklärungen vertreten und mithin durch die Konferenzbeschlüsse auch gebunden sei, die vor allem in territorialer Hinsicht als Präliminarfrieden angesehen werden¹⁾. Aus dieser - mit einer Art "Vertretung" Deutschlands operierenden - Ansicht ergibt sich aber, daß Gebietsveränderungen i m m e r unter Teilnahme des besiegten Staates, sei es in Form eines Präliminarfriedens, sei es in Form eines endgültigen Friedensvertrages, vereinbart werden müssen.

IV. Zusammenfassung.

Nach allem stellt auch die siegreiche Beendigung eines Verteidigungskrieges nach sowjetischer Ansicht einen Rechtsgrund für völkerrechtsgemäßen Gebietserwerb dar, wenn dieser entweder zur Verhinderung künftiger Aggressionen oder zur Bestrafung des Aggressors oder zur Wiedergutmachung des von dem besiegten Staat angerichteten Schadens auf dessen Kosten erfolgt. Die praktische Durchführung solcher Gebietsveränderungen geht im Wege der Vereinbarung als Präliminarfrieden oder als Friedensvertrag zwischen den ehemals kriegführenden Parteien vor sich.

¹⁾ Gelberg ebda., S. 100.

F.

Der Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Staaten auf das Recht des völkerrechtlichen Gebiets-erwerbs.

I. Grundsatz und bisherige praktische Bedeutung.

Es erhebt sich die Frage, ob die Sowjetunion sich auch beim Recht des Gebietserwerbs von der bereits bekannten Unterscheidung zwischen dem "allgemeinen" Völkerrecht und dem Völkerrecht "neuen Typs" leiten läßt, mit anderen Worten, ob die inneren, gesellschaftlichen Verhältnisse des von einer Grenzänderung betroffenen Staates ihren Niederschlag in den gebietsrechtlichen Beziehungen zu Staaten der gleichen oder antagonistischen Gesellschaftsform finden. In diesem Zusammenhang ist auch an mögliche Auswirkungen der Grundsätze der "friedlichen Koexistenz" und des "sozialistischen Internationalismus" auf die behandelten Erwerbstitel und Erwerbsformen von Staatsgebiet zu denken.

Im Grundsatz geht die sowjetische Völkerrechtslehre davon aus, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse im Inneren der von einer Gebietsveränderung betroffenen Staaten auch Einfluß auf die Gestaltung ihrer gebietsrechtlichen Beziehungen haben. So meinen Jewgenjew-Krylow¹⁾, daß die Frage der Änderung von Staatsgrenzen immer eng mit der Klassenstruktur und den daraus herrührenden Funktionen des einzelnen Staates verbunden sei. Auch Barsegow²⁾ unterscheidet zwischen Grenzen und Grenzveränderungen einerseits sozialistischer zu kapitalistischen Staaten, andererseits sozialistischer Staaten untereinander, die jeweils "grundsätzlich anderen Charakter"³⁾ hätten.

1) Jewgenjew-Krylow in Kudrjawzew u.a., Bd. I, S. 227/228.

2) Barsegow, S. 65-67.

3) Barsegow, S. 66.

Bevor wir uns den Einzelheiten dieser Unterscheidung zuwenden, sei vorangestellt, daß sie bisher nur von überwiegend theoretischer Bedeutung sind. Erst nach 1945 bildeten sich mit der Schaffung der Volksdemokratien neben der Sowjetunion andere sozialistische Staaten. Deshalb stellen die meisten zwischen der UdSSR und angrenzenden Staaten durchgeführten Gebietsveränderungen Verschiebungen der zwischen einem sozialistischen und anliegenden kapitalistischen Staaten bestehenden Grenzen dar. Das gilt auch von den als Musterbeispiele für Gebietsveränderungen unter sozialistischen Staaten bezeichneten Verträgen zwischen der UdSSR und der ČSR vom 29. Juni 1945 ¹⁾ über die Angliederung der Karpathen-ukraine an die Sowjetunion und zwischen der UdSSR und der Polnischen Republik vom 16. August 1945 ²⁾ über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze ³⁾. Beide Male war in Wirklichkeit nur die UdSSR der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach ein "sozialistischer" Staat.

Die Tschechoslowakei war dagegen noch eine bürgerliche Demokratie. In ihr überwog das private Eigentum an den Produktionsmitteln, obwohl bereits Betriebe in "Volkseigentum" überführt worden waren, die dem Deutschen Reich, seinen Staatsangehörigen, wirklichen oder angeblichen Kollaborateuren gehört hatten. In der Regierung der ČSR überwog bis zu den Wahlen im Mai 1946, die den Kommunisten die Mehrheit brachten, trotz erheblicher Konzilianz des Staatspräsidenten Beneš gegenüber sowjetischen Wünschen der bürgerliche Einfluß. Die Entwicklung zur Volksdemokratie begann in der ČSR frühestens nach den erwähnten Maiwahlen 1946, die Entscheidung fiel aber erst in den Ereignissen vom Februar 1948.

1) Vertragssammlung, Nr. 406, Bd. XI, S. 31/32.

2) Vertragssammlung, Nr. 485, Bd. XII, S. 76/77.

3) vgl. Generalow, Grundzüge der völkerrechtlichen Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, SGI 1950, Nr. 7, S. 14-26 (S. 19); Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 50 ff. (S. 61); Molodow, Die friedliche Regelung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1963, S. 70-84 (S. 79).

Mit dem polnischen Staat des Jahres 1945 verhielt es sich ähnlich. Die Wirtschaftsordnung in diesem Agrarland war vom privaten Eigentum an den Produktionsmitteln geprägt, obwohl seit dem Vorrücken der Sowjettruppen 1944 der Großgrundbesitz und die Deutschen und "Kollaborateuren" gehörenden Betriebe enteignet worden waren. Allerdings befand sich die "Provisorische Regierung der Nationalen Einheit", deren Kern bereits 1944 als "Lubliner Komitee" von der einrückenden Roten Armee mitgebracht und mit Regierungsbeugnissen versehen worden war, in größerer Abhängigkeit von der Sowjetunion als die Regierung der ČSR. Dennoch war Polen zu der Zeit seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach noch keine Volksdemokratie. Überdies verdankt die polnisch-sowjetische Staatsgrenze, wie noch zu zeigen sein wird¹⁾, ihre Entstehung Ereignissen und einer Zeit, in der von einem polnischen Staat überhaupt und erst recht von einem sozialistischen Polen auf dem vorkriegspolnischen Staatsgebiet keine Rede sein konnte.

Tatsächlich ist die einzige Gebietsveränderung zwischen der UdSSR und einem anderen "sozialistischen Staat" der vertraglich am 15. Februar 1951 mit der Volksrepublik Polen vereinbarte Austausch von Gebietsteilen in der Gegend von Lemberg²⁾.

II. Gebietsrechtliche Beziehungen nach dem "allgemeinen" Völkerrecht.

Die völkerrechtlichen Beziehungen sozialistischer zu nicht-sozialistischen Staaten werden durch das "allgemeine" Völkerrecht geregelt, dessen umfassendster Grundsatz nach sowjetischer Ansicht das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" ist³⁾.

1) s. unten S. 256 ff., G II.

2) Vertragssammlung, Nr. 565, Bd. XIV, S. 154/155; s. auch unten S. 278 ff., G III.

3) s.o.S. 70 ff., B II 5a.

Den Regeln des "allgemeinen" Völkerrechts unterliegen auch territoriale Änderungen zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat. Die Bedeutung solcher Grenzverschiebungen liegt nicht nur in einem staatlichen Hoheitswechsel, sondern auch im Wechsel des dieses Hoheit mit dem jeweiligen Klasseninhalt ausfüllenden gesellschaftlichen Systems, was in Änderungen dieser Art "unausweichlich grose Schärfe" hineintragen soll¹⁾. Aus diesem Grunde kommt nach sowjetischer Ansicht der Achtung des territorialen Besitzstandes und der territorialen Unversehrtheit der Staaten unabhängig von ihren verschiedenen Gesellschaftsordnungen besondere Bedeutung zu, und sind Gebietsänderungen nur in streng bestimmten Fällen, gewöhnlich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, möglich²⁾.

Die Achtung der territorialen Integrität ist jedoch gleichzeitig einer der vom Prinzip der friedlichen Koexistenz getragenen allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts. Die Grenzen dieses Grundsatzes sind auch die Grenzen der friedlichen Koexistenz als des an alle Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gerichteten Gebotes, es in ihren Beziehungen zueinander nicht zum Kriege kommen zu lassen. Wenn in Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität nur so weit gilt, als die der territorialen Integrität zugrundeliegende Gebietshoheit sich mit dem Selbstbestimmungswillen der dieser Hoheit unterworfenen Nationen deckt und im Umkehrschluß vor nationalen Befreiungskriegen eines einem anderen Gesellschaftssystem angehörenden Nationalstaates nicht geschützt ist, so wird dadurch das den Inhalt des Koexistenzprinzips ausmachende Antikriegsgebot wesentlich durchlöchert. Man kann also für die rechtliche Regelung des Ge-

1) Barsegow, S. 66; der Autor meint, die kritische Einstellung der "bourgeoisien" Staaten zur polnisch-sowjetischen Grenze von 1939/1945, zur Oder-Neiße-Linie und zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR im Jahre 1940 erkläre sich daher.

2) Barsegow, S. 66.

bietserwerbs zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen feststellen, daß der ihre allgemeinen völkerrechtlichen Beziehungen tragende Grundsatz der friedlichen Koexistenz nur beschränkt gilt. Klammert man nämlich die nationalen Befreiungskriege zwischen zwei Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung aus, so bedeutet der Grundsatz der friedlichen Koexistenz in gebietsrechtlichen Beziehung das Gebot an die Staaten, wegen territorialer Ansprüche keinen Krieg zu beginnen und keine fremde Gebietshoheit gewaltsam zu beeinträchtigen, die sich *n i c h t* nach dem Selbstbestimmungsprinzip rechtfertigen lassen. Bei Zugrundelegung dieser aus den Darlegungen der sowjetischen Völkerrechtslehre herrührenden Folge¹⁾ verbietet das Prinzip der friedlichen Koexistenz den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen *a l l e i n*, zur Erweiterung ihres Staatsgebietes gewaltsame Auseinandersetzungen untereinander zu führen oder mit diesen zu drohen, die sich als Eroberungskriege und darunter namentlich als Angriffskriege nach den sowjetischen Definitionen darstellen.

Im übrigen gelten mit dieser Einschränkung für Gebietsveränderungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten die bereits herausgearbeiteten Erwerbsgründe und Erwerbsformen. Hier kommt es vor allem auf die strikte Beachtung des Selbstbestimmungsprinzips an, wie die sowjetische Rechtslehre es versteht und anwendet. Denn zum einen soll ja die Unterwerfung bzw. das gewaltsame Festhalten fremder Nationen bzw. Nationsteile samt dem ihnen zustehenden "nationalen Territorium" typisch nur für die den Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfenen Staaten sein. Dem kann nur durch strikte Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips begegnet werden. Zum anderen aber sichert bei solchen territorialen Veränderungen auch nur dieses Prinzip in den sowjetischerseits erarbeiteten Ausdrucksformen, seiner gebotenen

1) s.o.S. 140-142, 165, 198/199, C III, 3b; D III, 1a; D IV, 5a.

Steuerung durch die nationale marxistische Partei und seiner Unterordnung unter die Interessen der sozialistischen Revolution bzw. des "sozialistischen Staates", daß die betreffende Nation oder ihr Teil zu einer "richtigen" Entscheidung bei der anstehenden territorialen Änderung kommt.

In erster Linie wird allerdings die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes in Frage kommen, wenn die Angliederung eines Gebietes mit seiner darauf lebenden Bevölkerung von einem kapitalistischen an einen sozialistischen Staat zur Debatte steht. Bei der umgekehrten Fragestellung wird mit Sicherheit von der sowjetischen Völkerrechtslehre auf die gebotene "dialektische" Handhabung und die Schranken hingewiesen werden, die das Selbstbestimmungsrecht in dem vorrangigen Bedürfnis des sozialistischen Staates auf Festigung und Aufrechterhaltung seiner politischen Macht findet¹⁾. Hinzukommt, daß die Frage nach erneuter Selbstbestimmung der sich bereits auf Grund dieses Rechtes "freiwillig" im sozialistischen Staat befindlichen Nationen ohnehin nicht auftaucht, weil nach sowjetischer Ansicht nur die im sozialistischen Staat erreichte volle Übereinstimmung von staatlicher Gebietshoheit und nationaler Souveränität²⁾ die vollkommenste Verwirklichung der Selbstbestimmung der betreffenden Nation darstellt, so daß jede rückläufige Entwicklung unter die Hoheit eines kapitalistischen Staates die von der Nation erlangte Selbstbestimmung notwendig schmälern würde. In der völkerrechtlichen Praxis der Sowjetunion sind solche Fälle denn auch noch nicht vorgekommen, sie sind auch in Zukunft nicht zu erwarten. Die Abtretung von Gebieten eines sozialistischen Staates an einen kapitalistischen Staat ist deshalb theoretisch nur im Wege der Zession aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen auf der Grundlage der Freiwilligkeit, der souveränen Gleichheit und insbesondere des gegenseitigen Nutzens

1) s.o.S. 103/104, C II, 2b.

2) s.o.S. 127/128, C III, 2a.

möglich, sieht man von dem nach sowjetischer Ansicht ohnehin undenkbaren Fall ab, daß ein von einem sozialistischen Staat verlorener Aggressionskrieg die Grundlage für den Erwerb von Staatsgebiet des sozialistischen Staates durch einen kapitalistischen Staat darstellt. Auch bei solchen Zessionen aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen werden aber einer entsprechenden Gebietsübergabepaxis enge Grenzen in Anbetracht der wichtigen Rolle gesetzt sein, die das Territorium als "Quelle des Wohlstandes der Nation" und des sozialistischen Staates und für dessen Verteidigungsinteressen spielt. Auf den einzigen, unter diese Rechtsgründe zu fassenden Fall einer - wenn auch nur vorgeschlagenen - Gebietsabtretung eines sozialistischen an einen kapitalistischen Staat, den sowjetischen Gebietsaustauschvorschlag an Finnland vom Herbst 1939, wird noch einzugehen sein.

III. Gebietsrechtliche Beziehungen nach dem Völkerrecht "neuen Typs".

Eine andere Bedeutung legt die sowjetische Völkerrechtslehre Änderungen der Gebietshoheit sozialistischer Staaten untereinander bei. Das soll sich schon aus der Gebietshoheit des sozialistischen Staates ergeben, in dem sich dessen Souveränität mit der in der Selbstbestimmung ausgedrückten Souveränität der Nationen vollkommen deckt, was in gebietsrechtlicher Hinsicht seinen besonderen Ausdruck in der Aufhebung des privaten Eigentums Einzelner am nationalen Territorium und seiner Ersetzung durch das Eigentum des sozialistischen Staates findet¹⁾. Überdies ist nach sowjetischer Ansicht ein Staat mit sozialistischer Basis auch in seiner Politik anderen Gesetzmäßigkeiten unterworfen als ein kapitalistischer Staat, sodaß ihm das für jenen typische Streben nach territorialer Expansion ohne Rücksicht auf das

¹⁾ s.o.S. 127-133, C III, 2a.

Selbstbestimmungsrecht der davon betroffenen Nationen fehlt¹⁾. Das ermöglicht einem sozialistischen Staat die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes sowohl der unter eigener als auch der unter der Hoheit anderer Staaten stehenden Nationen oder fremdnationalen Bevölkerungsteile und der Gleichberechtigung auch schwächerer Staaten. Nach sowjetischer Ansicht beruht auf diesen sich aus der gemeinsamen sozialistischen Basis ergebenden Eigenheiten die prinzipielle Andersartigkeit der zwischen sozialistischen Staaten vorkommenden Gebietsveränderungen²⁾.

Rechtliche Grundlage dieser Änderungen ist auch hier der die völkerrechtlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten tragende Grundsatz des "sozialistischen Internationalismus"³⁾⁴⁾. Die darauf beruhenden Rechtstitel - Selbstbestimmungsrecht und unter Ausklammerung dieses Prinzips die zwischenstaatliche Vereinbarung bei Beachtung des Staatenwillens und der souveränen Gleichheit - sind nominell die gleichen wie bei Gebietsänderungen gegenüber kapitalistischen Staaten. Die Anwendung dieser Grundsätze durch die anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegenden sozialistischen Staaten soll aber immer ihre Einhaltung garantieren und ihre Nichtachtung zugunsten eines territorialen Expansionismus ausschließen. Hier liegt also theoretisch ein Fall der behaupteten "prinzipiellen Höherwertigkeit" eines Völkerrechtsgrundsatzes bei seiner Anwendung unter sozialistischen Staaten vor.

1) vgl. Barsegow, S. 66.

2) vgl. hierzu im einzelnen Generalow, SGiP 1950, Nr. 7, S. 18/19; Schurschalow, Völkerrechtliche Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten (Monographie), S. 45/46.

3) Allgemein hierzu s.o.S. 74 ff., B II, 5b.

4) so für das Gebietsrecht Molodow, Die friedliche Regelung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1963, S. 79.

Auf diesen theoretischen Grundlagen konnten nach Ansicht der sowjetischen Völkerrechtslehre territoriale Meinungsverschiedenheiten, die teilweise schon seit langem bestanden, auf friedliche und alle Seiten zufriedenstellende Weise zwischen einzelnen Staaten Osteuropas gelöst werden, nachdem in diesen Staaten das kapitalistische durch das sozialistische System ersetzt worden war¹⁾. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Gebietsveränderungen, wie bereits bemerkt²⁾, mit Ausnahme des polnisch-sowjetischen Gebietsaustausches von 1951 noch nicht um Völkerrechtsakte zwischen sozialistischen Staaten, sondern zwischen der Sowjetunion als sozialistischem Staat einerseits und ihr politisch eng verbundenen bzw. von ihr abhängigen und durch im Lande stehende sowjetische Truppen kontrollierten Ländern mit noch kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung andererseits. Es bleibt als einziger Fall "sozialistischen" Wechsels der Gebietshoheit der polnisch-sowjetische Gebietsaustausch von 1951. Ohne seiner Behandlung im einzelnen vorgreifen zu wollen³⁾, kann hier doch schon festgestellt werden, daß er als vertraglicher Gebietsaustausch keine Besonderheiten aufweist, aus denen auf eine grundsätzlich neue Anwendung der oben erwähnten Völkerrechtsgrundsätze geschlossen werden kann. Man muß deshalb bis heute die von der sowjetischen Völkerrechtslehre herausgearbeiteten Merkmale für die "Andersartigkeit" von Gebietsveränderungen sozialistischer Staaten untereinander nur als theoretische Regeln bezeichnen, die noch des Beweises durch die Praxis harren.

Immerhin dürfen die Eigenarten dieses Systems nicht übersehen werden. Hier sei vor allem an die aus dem Grundsatz des sozialistischen Internationalismus als der Grundlage auch gebietsrechtlicher Beziehungen der sozialistischen

1) Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, S. 61.

2) s.o.S. 222/223, I.

3) s.unten Seite 278 ff., G III.

Staaten¹⁾ erwachsenden völkerrechtlichen Verpflichtungen erinnert. Zu ihnen gehört neben dem Gebot der gegenseitigen brüderlichen Hilfe²⁾ vor allem der Grundsatz, die Einheit des sozialistischen Lagers zu wahren und jede "nationalistische Auslegung der Losung der Souveränität" als Schwächung dieser Einheit anzusehen³⁾. Mit dieser Formel kann Gebietsansprüchen innerhalb des sozialistischen Lagers jederzeit wirksam begegnet und bei Bedarf der derzeitige territoriale Besitz der einzelnen Staaten zementiert werden. Hinzu kommt die geforderte Anerkennung der "führenden Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Weltssystem" als "integrierender Bestandteil des Prinzips des sozialistischen Internationalismus"⁴⁾. Folgt man ausnahmsweise den kommunistischen Autoren und sieht mit ihnen die tschechoslowakisch-sowjetischen und polnisch-sowjetischen Grenzveränderungen des Jahres 1945 als Gebietsveränderungen zwischen sozialistischen Staaten an, so hat diese Regel des sozialistischen Internationalismus allerdings ihre Bewährung in der Praxis hinter sich: Beide Male kamen nämlich die Vorteile dieser neuen Grenzziehungen allein der Sowjetunion zugute. Allerdings beruht die führende Rolle der UdSSR, wie Martin ausführt⁵⁾, in erster Linie auf der ökonomischen, politischen und militärischen Macht der Sowjetunion, so daß mit der Hinfälligkeit dieser Faktoren auch die entsprechende völkerrechtliche Verpflichtung zur Anerkennung der führenden Rolle dieses Staates entfallen wird. Wenn demnach gerade dieser Leitsatz des sozialistischen Internationalismus nicht viel mehr ist als die rechtlich verbindliche Fest-

1) vgl. Barsegow, S. 66/67; Molodzw ebda., S. 79.

2) Molodzw ebda.

3) Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, S. 57/58; s.auch oben S. 76, 84/85, B II, 5b.

4) s.o.S. 76, B II, 5b, und Martin, Deutsche Außenpolitik 1958, Heft 3, S. 279/280.

5) Martin ebda.

legung eines im Augenblick bestehenden politischen und machtmäßigen Kräfteverhältnisses, so kommt ihm dennoch, so lange dieses Verhältnis besteht, gerade bei der Lösung von territorialen Fragen zwischen sozialistischen Ländern, an denen die Sowjetunion interessiert ist, große Bedeutung zu. Das gilt besonders für Gebietsveränderungen aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen.

Der für Gebietsveränderungen nach sowjetischer Ansicht wichtigste Rechtsgrund - das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung - wird, wenn man der sowjetischen Theorie folgt, in den gebietsrechtlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander auf den ersten Blick eine doppeldeutige Rolle spielen. Auf der einen Seite ist, wie bereits ausgeführt, der Begriff der Nation und mithin auch der der nationalen Selbstbestimmung nach sowjetischer Ansicht verbunden mit dem Aufkommen des Kapitalismus, der zur Eroberung der inneren Märkte der staatlichen Zusammenfassung aller Gebiete mit gleichsprachiger Bevölkerung bedurfte¹⁾, während der Sozialismus nach der von der nationalen Bewegung beherrschten Übergangsperiode zu einer Verschmelzung der Nationen führen wird. Auf der anderen Seite ist dargelegt worden, daß nach sowjetischer Ansicht wegen des anderen Inhalts der staatlichen Gebietshoheit und des Fehlens jeglichen territorialen Expansionismus gerade unter den sozialistischen Staaten erst von einer wirklichen Selbstbestimmung der Nationen die Rede sein kann, nach der dann auch die Grenzen zwischen den einzelnen Staaten gezogen wurden²⁾. Ist also nach Lenin die nationale Selbstbestimmung nur ein Durchgangsstadium zu einem um so intensiveren Zusammenschluß der Staaten und Nationen unter dem Sozialismus, so soll nach Auffassung der sowjetischen Völkerrechtslehre erst unter dem Sozialismus echte Selbstbestimmung möglich sein. Eine Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch wird man vielleicht

1) s.o.S. 94, C II, 1.

2) so Barsegow, S. 66.

in der Äußerung von Tunkin¹⁾ finden, daß das Selbstbestimmungsrecht die Vereinigung der sozialistischen Staaten nicht ausschließe, und man muß im Zusammenhang damit die Feststellung Schurschalows²⁾ sehen, daß die Besonderheit des Selbstbestimmungsrechtes unter der Diktatur des Proletariats in der Abschaffung der nationalen Unterdrückung und der Herstellung der Gleichheit der Nationen bestehe. Das bedeutet - einen Schritt weiter gedacht -, daß innerhalb des sozialistischen Lagers die Frage nach der Zugehörigkeit einer Nation zu diesem oder jenem - immer sozialistischen - Nationalstaat nicht mehr von der Bedeutung ist, die man ihr unter dem Kapitalismus zumessen würde, weil es im Sozialismus keine Überordnung einer Nation über die andere mehr gäbe. Damit aber würde der angeblich wichtigste Beweggrund nationaler Selbstbestimmung entfallen, nämlich durch Schaffung eines eigenen nationalen Staates der unter den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems üblichen, nicht gewollten Einflußnahme fremder Nationen oder fremdnationaler Staaten zu entgehen. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich eines Tages die Frage erheben, ob innerhalb eines sozialistischen Systems das Fortbestehen einzelner Nationalstaaten noch notwendig ist; man würde die Frage im Sinne der Leninschen Lehren³⁾ mit der Verschmelzung⁴⁾ der sozialistischen Staaten beantworten müssen.

1) Tunkin, Ein neuer Typ der internationalen Beziehungen und das Völkerrecht, SGiP 1959, Nr. 1 = Sowjetwissenschaft 1959, Heft 7, S. 709 ff. (S. 713/719).

2) Schurschalow, Völkerrechtliche Prinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten (Monographie), S. 46.

3) s.o.S. 98-101, C II, 2a.

4) vgl. für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den angeblich sich auf das Selbstbestimmungsrecht gründenden Unionsrepubliken innerhalb der UdSSR die Zukunftsprognose bei Slatapolskij, Die Sowjetföderation auf einer neuen Etappe der Entwicklung der gegenseitigen nationalen Beziehungen, Mitteilungsblatt der Moskauer Universität, 1962, Nr. 2, S. 17-27; man kann sich danach theoretisch wegen der annähernd gleichen gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten vorstellen, daß auch die Staatsgrenzen innerhalb des sozialistischen Lagers einmal zu ethnographischen Unterscheidungslinien werden.

Dieser Endpunkt der von Lenin vorhergesagten Entwicklung ist bis heute trotz des bald zwanzigjährigen Bestehens eines "sozialistischen Lagers" reine Zukunftsmusik geblieben und seine Verwirklichung erscheint angesichts der beginnenden Desintegrationstendenzen in diesem Lager ferner denn je. Es ist aber doch angebracht, sich dieses theoretische Ziel im Hinblick auf eine zwar systemwidrige, aber wider Erwarten aus tagespolitischen Gründen sich etwa als notwendig erweisende Gebietsveränderung unter sozialistischen Staaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes vor Augen zu halten.

Für die Gegenwart kann anhand der Erkenntnisse der sowjetischen Rechtstheorie festgestellt werden, daß die staatliche Zugehörigkeit einer g a n z e n Nation, die mit ihrem gesamten nationalen Territorium von einer Gebietsveränderung betroffen wird, zu diesem oder jenem s o z i a l i s t i s c h e n Staat nicht mehr von großer Bedeutung ist. Schon aus diesem Grunde wird das der ganzen Nation zustehende Selbstbestimmungsrecht als Grundlage für zukünftige Grenzverschiebungen zwischen sozialistischen Staaten mehr und mehr an Wichtigkeit verlieren. Folgt man überdies der sowjetischen Völkerrechtslehre darin, daß sich die Grenzen der sozialistischen Staaten bereits in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen davon betroffenen Nationen befinden¹⁾, so sind territoriale Veränderungen hinsichtlich ganzer Nationen auf der Grundlage dieses Prinzips innerhalb des sozialistischen Lagers nicht mehr zu erwarten. Nur die Angliederung von Teilen einer Nation nebst dem ihnen zugehörenden nationalen Territorium an den von der Mehrheit der Nation getragenen Staat auf der Grundlage des "ethnischen Prinzips" ist innerhalb des sozialistischen Lagers noch theoretisch denkbar.

¹⁾ Barsegow, S. 66, für die UdSSR speziell auch Chwostow, MŽ 1964, Nr. 10, S. 22, Prawda vom 2.9.1964, "Zum Gespräch Mao Tse Tungs mit einer Gruppe japanischer Sozialisten."

Dagegen werden Gebietsveränderungen ohne Einhaltung des Selbstbestimmungsprinzips aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen innerhalb des sozialistischen Lagers auf der Grundlage von Verträgen keinesfalls ausgeschlossen sein. Für derartige Veränderungen gelten die bereits oben dargelegten Regeln und Gebote des "sozialistischen Internationalismus", von denen die anzuwendenden Grundsätze der Achtung des souveränen Staatenwillens und der souveränen Gleichheit geformt werden.

IV. Zusammenfassung.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Die sowjetische Völkerrechtslehre unterscheidet bei Territorialveränderungen grundsätzlich, ob die Grenzen zu einem kapitalistischen oder zu einem sozialistischen Staat geändert werden. Im Verhältnis zu kapitalistischen Staaten gilt das "allgemeine" Völkerrecht, zu dem das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" als wichtigster Grundsatz, dann auch die herausgearbeiteten Rechtsgründe für einen völkerrechtlich zulässigen Gebietserwerb gehören. In gebietsrechtlicher Hinsicht bedeutet der Grundsatz der "friedlichen Koexistenz" lediglich das Gebot, reine Eroberungskriege, die nicht durch das Selbstbestimmungsrecht gerechtfertigt werden können, zu vermeiden. Von den Erwerbsgründen kommt dem Selbstbestimmungsrecht die größte Bedeutung zu, sofern die Eingliederung von Gebietsteilen in einen sozialistischen Staat ansteht. Umgekehrt scheidet die Angliederung von Gebieten aus einem sozialistischen und ihr Anschluß an einen kapitalistischen Staat auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes aus. Es kommen zugunsten kapitalistischer Staaten nur vertragliche Gebietsveränderungen aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen an kleineren Teilen des Staatsgebietes und auf der Grundlage strikter Beachtung des beiderseitigen Vorteils in Betracht.

Gebietsveränderungen sozialistischer Staaten untereinander richten sich nach dem Völkerrecht "neuen Typs" und unterliegen den aus dem Grundsatz des "sozialistischen Internationalismus" herrührenden Regeln, besonders den Verpflichtungen zur gegenseitigen brüderlichen Hilfe, zur Wahrung der Einheit des sozialistischen Lagers und der Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion. Wegen der behaupteten Übereinstimmung von staatlicher Gebietshoheit und nationaler Souveränität in den sozialistischen Staaten wird jedoch das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage territorialer Veränderungen an Bedeutung wenigstens in der Theorie allmählich verlieren; es kommt nur noch für die Angliederung bisher noch nicht mit ihrem Nationalstaat vereinigter Teile einer Nation in Betracht. Wichtig wird lediglich vertraglicher Gebietserwerb von einzelnen Stücken fremden Territoriums aus wirtschaftlichen oder militärischen Gründen sein, Gebietserwerb, dessen Ausgestaltung sich vor allem nach den Grundsätzen des "sozialistischen Internationalismus" richtet.

G.

Schluß.

Anwendungsfälle sowjetischer Titel, Rechtsgründe und Regeln beim völkerrechtlichen Erwerb von Staatsgebiet.

Vorbemerkung.

Nachdem die sowjetischerseits für territoriale Veränderungen geltenden Regeln im Grundsatz herausgearbeitet worden sind, soll im folgenden ihre Anwendung an einzelnen Beispielfällen dargestellt werden. Zu den "Beispielen" sei jedoch im voraus bemerkt, daß es sich bei einigen von ihnen nicht um die praktische Verwirklichung vorher bereits theoretisch herausgearbeiteter Grundsätze handelt, sondern um einen gerade entgegengesetzten Vorgang: in der Praxis durchgeführte Gebietsveränderungen dienen später der sowjetischen Völkerrechtslehre dazu, aus ihnen allgemeine Regeln herzuleiten, die zunächst die konkrete Gebietsveränderung völkerrechtlich rechtfertigen, dann aber auch grundsätzliche Bedeutung für die Zukunft haben sollen.

Das gilt zwar sicher nicht vom "ethnischen Prinzip", das sich unmittelbar schon aus den Leninschen Schriften zum Selbstbestimmungsrecht ergab. Seine Anwendung bei der Angliederung der Karpathenukraine beruhte mithin auf einer schon für den sowjetischen Bereich bestehenden, wenn auch nicht völkerrechtlichen, theoretischen Grundlage, und der sowjetischen Völkerrechtslehre blieb nur noch die Aufgabe, die von Lenin erarbeiteten Grundsätze in rechtliche Formen zu gießen. Dazu konnte auch diese Angliederung dienen. Auf einem anderen Blatt stehen allerdings die politischen Erwägungen und Gegebenheiten, die möglicherweise zu diesem Gebietserwerb gerade in den Jahren 1944/45 führten und die unten dargestellt werden sollen¹⁾.

¹⁾ s.unten Seite 250-252, G I, 4.

Anders verhält es sich dagegen mit den "historischen Rechten". Sie werden zwar samt der Nation als ihrem Träger aus der Lenin-Stalinschen Selbstbestimmungslehre hergeleitet und namentlich aus dem Stalinschen Nationsbegriff¹⁾ mit seiner "...Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der ... Gemeinschaft des Territoriums". Der dort-her rührende Begriff des "nationalen Territoriums"²⁾ ist jedoch erst von Janowski³⁾ in seiner Festlegung als Entstehungsort der Nation zum alleinigen Angelpunkt der "historischen Rechte" gemacht worden. Dabei dient seine ausführliche Schlußfolgerung, daß alle nach dem Entstehen einer Nation auf deren "nationalem Territorium" vollzogenen staatlichen und volklichen Veränderungen ohne die Zustimmung dieser Nation rechtlich unbeachtlich seien, der Rechtfertigung der Oder-Neiße-Linie auf der Grundlage, daß es sich bei den hier in Frage stehenden Gebieten um polnisches "nationales Territorium" im Sinne seiner Begriffsbestimmung handele⁴⁾. Die Angliederung der ehemals ostpolnischen Gebiete dient dazu, die sowjetische Auffassung der "historischen Rechte" als Grundsatz des Gebietserwerbs zu entwickeln⁵⁾. Das geschah zu einer Zeit, als die nach Ansicht Janowski's und anderer sowjetischer Völkerrechtler nach dem Grundsatz der "historischen Rechte" erfolgten Gebietsveränderungen - die Ziehung der Oder-Neiße-Linie und die Angliederung der Westukraine und Westweißrußlands⁶⁾ sowie der Kurilen und Südsachalins⁷⁾ an die UdSSR - bereits mehr als zehn Jahre zurücklagen⁸⁾. Es wird darzustellen

1) s.o.S. 95, C II, 1.

2) s.o.S. 119, D III, 1a.

3) Janowski, S. 8, 15/16, 35.

4) Janowski, S. 15/16.

5) Janowski, S. 35.

6) Janowski, S. 15/16, 33.35; siehe auch Barsegow, S. 141, 158-180; Molodzew im Akademielehrbuch, S. 188.

7) Molodzew ebda.; Ulanowski, Territoriale Fragen der Friedensregelung mit Japan, SGiP 1952, Nr. 5, S. 66-70 (S. 68/69).

8) Janowski's hierin grundlegende Abhandlung erschien im Jahre 1956.

sein, wie gerade beim Paradefall "historischer Rechte", der Ziehung der polnisch-sowjetischen Ostgrenze 1939/45, der Gesichtspunkt der Wiedergutmachung historischen "nationalen", **n i c h t** staatlichen Unrechts eine sehr untergeordnete Rolle spielte, dafür aber die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom Herbst 1939 und die angloamerikanischen Vereinbarungen aus den Jahren 1944/45 jeweils auf Kosten des geschlagenen oder zu einer wirksamen Stellungnahme sonstwie nicht imstande befindlichen Polens ausschlaggebend waren. In Wirklichkeit hat man es gerade bei dem von Janowski maßgebend herausgearbeiteten Grundsatz der "historischen Rechte" mit einer zur Rechtfertigung einer vorangegangenen Gebietsveränderung und in Anknüpfung an gewisse Begriffsbildungen Stalins entwickelten gebietsrechtlichen Regel zu tun.

Politisch bereits vollendeten Tatsachen verdankt auch der Versuch seine Entstehung, territoriale Veränderungen nach Beendigung eines Krieges auch ohne formelle und unmittelbare Zustimmung des geschlagenen Angreiferstaates für rechtlich zulässig zu erklären¹⁾, wie das im Falle des nördlichen Ostpreußens und Königsbergs geschieht. In Wirklichkeit geht es hier darum, der staatsrechtlich schon 1946 vollzogenen Angliederung dieses Gebietes an die UdSSR²⁾ auch völkerrechtlich endgültigen Charakter zu verleihen, ohne sich mit den erst Jahre nach der Angliederung wieder möglichen deutschen Widersprüchen auseinandersetzen zu müssen bzw. um diesen jeden Ansatzpunkt zu nehmen. So werden bezeichnenderweise die hier erörterten Ansichten von Shukow³⁾ und Gelberg⁴⁾ auch erst 1958 bzw. 1962 vertreten⁵⁾.

1) S.o.S. 218 ff., E III.

2) S.unten S. 297 ff., G V, 2b.

3) Shukow, Die polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße - eine unerschütterliche Grenze des Friedens, Sowjet-jahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 348 ff.

4) Gelberg, Der westdeutsche territoriale Revisionismus im Lichte des Völkerrechts, SGiP 1962, Nr. 9, S. 94-104.

5) während Barsegow, S. 176, 177 und Janowskij, S. 15/16 wie selbstverständlich von einer territoriale Veränderungen wirksam bewirkenden Kraft des Potsdamer Abkommens ausgehen, an dem Deutschland nicht beteiligt war.

Was den zu behandelnden polnisch-sowjetischen Gebietsaustausch von 1951 als Beispiel für eine territoriale Veränderung nach dem Völkerrecht "neuen Typs" angeht, so ist die sowjetische Völkerrechtslehre in der Bezeichnung der hierfür repräsentativen Grenzverschiebungen ungenau¹⁾. Man kann aber nicht sagen, daß sowjetischerseits gerade aus diesem Gebietsaustausch oder den anderen, unseres Erachtens unzutreffenden Beispielfällen erst konkrete Regeln entwickelt wurden. Vielmehr sind Grundsätze für den Gebietserwerb unter sozialistischen Ländern bisher nur theoretisch und nicht aus der Rückschau auf bestimmte territoriale Verschiebungen aufgestellt worden.

Die Rechtsgründe militärischer und wirtschaftlicher Erwägungen bei vertraglichem Gebietserwerb sind nicht neu, und die hier darzustellenden Beispiele können nicht als Ansatzpunkt bezeichnet werden, von denen aus die sowjetische Völkerrechtslehre erst hinterher bestimmte völkerrechtliche Regeln herleitete..

I.

Die Angliederung der Karpathenukraine an die UdSSR als Beispiel für Gebietsveränderungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ("ethnisches Prinzip").

1. Vorgeschichte.

Zuvor sei ein Blick auf die ethnische Zusammensetzung der karpathenukrainischen Bevölkerung geworfen. Bei einer im Jahre 1930 von den tschechoslowakischen Behörden durchgeführten Volkszählung ergab sich folgende Aufteilung²⁾:

¹⁾ s.o.S. 222/223, F I.

²⁾ nach Brügel, Der Fall Karpathorußland, Europa-Archiv, 8. Jahrg. 1953, S. 6021-6028 (S. 6028).

62 % der rund 700 000 Einwohner¹⁾ rechneten sich zur "russischen und kleinrussischen", 16 % zur ungarischen, 13 % zur jüdischen, 4,76 % zur tschechoslowakischen und der Rest von knapp 4 % zur deutschen und rumänischen Nationalität. Unter der Bezeichnung "russische und kleinrussische Nationalität" ist der ukrainische Bevölkerungsteil zu verstehen, der laut Kolarz²⁾ allerdings mehr russisches als ukrainisches Nationalgefühl aufwies. Die Einwohner ukrainischer und ungarischer Volkszugehörigkeit lebten in jeweils geschlossenen Siedlungsgebieten.

Bis zum Zusammenbruch der Donaumonarchie gehörte die Karpathenukraine staatsrechtlich zum Königreich Ungarn. Nach dem Ende des ersten Weltkrieges bildeten sich in dem wirtschaftlich sich auf die Wald- und Landwirtschaft stützenden, kaum industrialisierten Land ukrainisch ausgerichtete Nationalräte, deren Delegierte sich im Jahre 1919 in der Stadt Hust versammelten und nach sowjetischen Quellen "feierlich die Vereinigung der Transkarpathenukraine mit der Sowjetukraine ausriefen" ³⁾⁴⁾. Das ganze Gebiet wurde jedoch auf Grund der Verträge von St. Germain (Minderheitenschutzvertrag zwischen den Alliierten Mächten und der ČSR vom 10. September 1919) und Trianon (Friedensvertrag vom 4.6.1920 mit Ungarn) an die Tschechoslowakei angegliedert⁵⁾. Damit sollte zur Eindämmung eines befürchteten ungarischen Revisionismus aus strategischen Gründen eine Landbrücke zwischen den Staaten der "kleinen Entente" - ČSR, Rumänien und Jugoslawien - geschaffen werden⁶⁾. Die Verwirklichung eines im Vertrag von St. Germain vorgesehenen Autonomiestatuts für die Karpathenukraine ist von der Prager Regierung immer wieder hinausgezögert worden⁷⁾.

1) Lewyitzkyj, S. 27.

2) Kolarz, S. 165.

3) so Slatopolskij, Die Bildung und Entwicklung der UdSSR als Bundesstaat, S. 211.

4) Nach Janowskij, S. 31, soll es sich allerdings um "die Verordnung der Volksversammlung" vom 18. Dezember 1918 handeln; ein Tagungsort wird nicht angegeben.

5) Brügel, S. 6021.

6) Brügel ebda.

7) Brügel ebda.

Nach dem Münchener Abkommen im Jahre 1938, das zur Reduzierung der ČSR auf einen tschechischen Reststaat führte, gelangte der Südteil der Karpathenukraine auf Grund des Ersten Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 sofort, der Nordteil nach einer kurzen, von Deutschland geschützten Periode einer vom ukrainischen Volksteil getragenen Eigenstaatlichkeit im März 1939 wieder unter ungarische Hoheit. Diese bestand über dem gesamten Gebiet bis zum Einmarsch der Roten Armee im Oktober 1944.

Nachdem der tschechische Reststaat im März 1939 in ein deutsches "Protektorat" umgewandelt worden war, bildete sich nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges in London eine tschechoslowakische Exilregierung unter dem ehemaligen Staatspräsidenten Beneš. Sie erkannte das Münchener Abkommen und die Wiener Schiedssprüche nicht an und trat für die Wiederherstellung der ČSR in den Grenzen der Zeit vor der Münchener Konferenz ein. Allerdings befürchtete die Exilregierung bereits seit 1939, als die UdSSR in die ostpolnischen Gebiete einmarschiert war und das mit ethnischen Argumenten begründet hatte, ein ähnliches Vorgehen in der Karpathenukraine¹⁾. Beneš soll spätestens 1943 innerlich, wenn auch widerstrebend, zu einer Aufgabe des Gebietes um den Preis bereit gewesen sei, dafür eine kommunistische Machtübernahme in der ČSR nach Kriegsende vermeiden und bei künftiger deutscher Bedrohung sowjetischer Hilfe sicher sein zu können²⁾.

Vorerst kam es am 18. Juli 1941 zum Abschluß eines sowjetisch-tschechoslowakischen Abkommens über Zusammenarbeit im Kriege auf der Grundlage der Anerkennung voller Unabhängigkeit der ČSR³⁾. Wenn darin auch nicht expressis verbis

1) vgl. den Bericht des ehemaligen Sekretärs von Präsident Beneš, Táborský, Beneš and Stalin - Moscow 1943 und 1945, Journal of Central European Affairs, Bd. 13 (1953), S. 154-181 (S. 164).

2) Táborský ebda.

3) vgl. Šedivý-Kořalková, S. 11.

der "vormünchener" Besitzstand der ČSR garantiert wurde, so konnte Beneš eine solche Zusicherung doch in einem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Molotow am 9. Juni 1942 erhalten¹⁾. Dafür sprach auch die Erfüllung der tschechoslowakischen Bitte durch die Sowjetregierung, ungarischen Kriegsgefangenen karpathenukrainischer Herkunft den Eintritt in die in der UdSSR aufgestellten tschechoslowakischen Truppenteile zu erlauben²⁾. Am 12. Dezember 1943 unterzeichneten Beneš und Stalin in Moskau einen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege³⁾, der in seinem Artikel 4 die gegenseitige Achtung der staatlichen Hoheit und Unabhängigkeit sowie die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Vertragsparteien vorsah⁴⁾. Gleichzeitig erhielt Beneš in einem persönlichen Gespräch von Stalin die Zusicherung, daß die Karpathenukraine an die ČSR zurückgegeben werden würde⁵⁾. Schließlich wurde am 8. Mai 1944 ein Vertrag zwischen beiden Staaten über die Verwaltung der "befreiten Gebiete" abgeschlossen, der die Übernahme der Zivilverwaltung in den betroffenen Teilen der ČSR durch die tschechoslowakische Regierung vorsah und die dort befindliche Zivilbevölkerung ihrer Hoheit und Verfügungsgewalt unterwarf⁶⁾.

1) Táborický, S. 165; vgl. Anhang Nr. 1.

2) Táborický, S. 165.

3) vgl. Šedivy-Kořalková, S. 12.

4) Text bei Brügel, S. 6022, und Anhang Nr. 2.

5) Táborický, S. 166/167.

6) auszugsweiser Text bei Rabl, Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete, S. 110.

2. Die Selbstbestimmungskampagne im Herbst 1944 und die Ereignisse bis zum Abschluß des Vertrages vom 29. Juni 1945.

Im Herbst 1944 rückte die Rote Armee auf ihrem Vormarsch nach Westen und Südwesten in die Karpathenukraine ein. Die tschechoslowakische Exilregierung entsandte Ende Oktober 1944 entsprechend dem Abkommen vom 8. Mai 1944 eine Delegation unter Leitung ihres Bevollmächtigten Němec zur Übernahme der Zivilverwaltung in das befreite Gebiet. Diese mußte bald feststellen, daß die Rote Armee unter den ansässigen Ukrainern Rekruten aushob¹⁾. Außerdem bildeten sich überall ohne Teilnahme der nichtukrainischen Gruppen, aber unter kommunistischer Führung und unterstützt von der Roten Armee "Volksausschüsse", die - zunächst auf lokaler Ebene - die zivile Verwaltung an sich zogen²⁾ und eine "demokratische Umgestaltung" begannen³⁾. Der sowjetukrainische Sender Kiew berichtete, daß "es der ewige Traum der Karpathenukraine ist, mit dem ukrainischen Volk in einer Familie vereint zu leben"⁴⁾. Im Lande selbst wurden die Volksausschüsse zu Trägern dieser Bewegung. Den Bürgermeistern wurden Petitionen zur Unterschrift vorgelegt, nach denen die ihnen unterstellte Einwohnerschaft die Angliederung an die Sowjetukraine befürwortete. Ähnliche Bittschriften gingen an Stalin als den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, auch wurde die Beneš-Regierung mit Forderungen auf Gewährung des Austritts der Karpathen-

-
- 1) Táboršký, S. 171; auf sowjetischer Seite wird von 25 000 spontanen Meldungen junger Karpathenukrainer zur Roten Armee berichtet, s. Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 610.
 - 2) vgl. hierzu und zum folgenden den bei Táboršký, S. 171/172 zitierten Bericht des Bevollmächtigten Němec an die Londoner Regierung vom Dezember 1944.
 - 3) Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 610.
 - 4) Táboršký ebda., der eine Sendung vom 7. November 1944 zitiert.

ukraine aus der ČSR und auf "Vereinigung mit den ukrainischen Brüdern" jenseits der Karpathen geradezu überschwemmt¹⁾). Höhepunkt dieser Bewegung war der Zusammenschluss von Delegierten der Volksausschüsse zum "Ersten Kongress der Volksausschüsse der Transkarpathenukraine" am 22. November 1944 in Mukačevo²⁾). Die 663 Delegierten nahmen unter dem Vorsitz des Kommunisten I. Turjanica³⁾ einstimmig ein "Manifest" an, in dem "der Wunsch des Volkes der Transkarpathenukraine nach dem Eintritt in den Verband der Sowjetukraine" geäußert wurde⁴⁾). In den folgenden Wochen ging eine Welle von Versammlungen über das Land hinweg, in denen die Bevölkerung durch die Annahme von Resolutionen und in einer Sammlung von "hunderttausenden" von Unterschriften ihr Einverständnis mit dem Manifest bekundete⁵⁾). Der Kongress von Mukačevo erklärte sich als "Nationalrat" zur provisorischen Regierung der Karpathenukraine⁶⁾ und verwies am 1. Dezember 1944 die Némec-Delegation des Landes unter Hinweis auf den vom Kongress beschlossenen Austritt des Gebietes aus dem Staatsverband der ČSR⁷⁾).

Auf die tschechoslowakischen Proteste äußerte Außenminister Molotow am 19.12.1944 noch scheinbar neutral, hier handele es sich um eine tschechoslowakische innere Angelegenheit, in die sich die UdSSR nach dem Vertrag vom 12.12.1943 nicht einmischen dürfe und wolle⁸⁾). Zehn Tage später hieß es bereits gegenüber dem in Moskau um Unter-

1) Tábořský, S. 171.

2) vgl. hierzu und zum folgenden Slatopolskij, Die Bildung und Entwicklung der UdSSR als Bundesstaat, S. 211/212.

3) Rabl ebda., S. 110.

4) Slatopolski ebda.; Geschichte der Ukrainischen SSR ebda. so Slatopolskij ebda.; s. auch Carman, S. 112.

6) vgl. Babij, Die Wiedervereinigung des ukrainischen Volkes in einem ukrainischen, sowjetischen, sozialistischen Staat, SGiP 1954, Nr. 3, S. 17-29 (S. 27/28).

7) vgl. den bei Tábořský, S. 172 abgedruckten Bericht

8) Némec's und Brügel, S. 6025.
Tábořský, S. 172.

stützung bittenden Němec, die Sowjetunion könne sich dem spontan und frei ausgedrückten Willen der karpathenukrainischen Bevölkerung nicht entziehen, die sich eng an die ukrainische Nation gebunden fühle¹⁾. Auf derselben Linie lag ein Brief Stalins an Beneš vom 23. Januar 1945, in dem überdies keine einseitige, sondern eine vertragliche Lösung der Frage mit der ČSR in Aussicht gestellt wurde²⁾. Daraufhin gab die umgebildete tschechoslowakische Regierung nach ihrem ersten Zusammentritt auf dem Boden der ČSR in Kaschau (Košice)³⁾ in der Kaschauer Erklärung vom 5. April 1945 das Bestehen einer karpathenukrainischen Frage öffentlich zu erkennen, sicherte aber die Lösung des Problems entsprechend dem Willen der karpathenukrainischen Bevölkerung und in Freundschaft mit der UdSSR zu⁴⁾. Am 29. Juni 1945 wurde in Moskau ein Vertrag über die Angliederung der Karpathen-ukraine an die Ukrainische SSR und damit an die Sowjetunion unterzeichnet⁵⁾. Nach Artikel 1 des Vertrages war die Grundlage der Angliederung "der von der Bevölkerung ...geäußerte Wunsch, sich mit ihrer angestammten Heimat, der Ukraine, zu vereinigen".

3. Die Behandlung der Angliederung durch die sowjetische Völkerrechtslehre.

Die sowjetische Völkerrechtslehre hat sich bemüht, diesen Akt mit dem Selbstbestimmungsprinzip zu begründen und als Vereinigung eines Teiles des ukrainischen nationalen Territoriums mit dem von der ukrainischen Nation getragenen Nationalstaat, der Ukrainischen SSR im Staatsverband der Sowjetunion, zu kennzeichnen. Vorgezeichnet wurde diese Linie

1) Tábořský ebda.

2) vgl. den Abdruck des Briefes bei Brügel, S. 6026, in deutscher Übersetzung, bei Tábořský, S. 173-175 auf Englisch; Anhang, Nr. 4.

3) vgl. Šedivý-Kořalková, S. 15.

4) auszugsweiser Text bei Langer, S. 241, und Anhang, Nr. 5.

5) vgl. Brügel, S. 6027.

der völkerrechtlichen Argumentation bereits in der von Außenminister Molotow aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages am 29. Juni 1945 gehaltenen Rede, auf deren Inhalt ausdrücklich hingewiesen werden soll¹⁾. In der Rede wird in enger Anlehnung an die von Lenin und Stalin gegebene Selbstbestimmungs- und Nationalitätenlehre dargelegt, daß das Volk der Karpathenukraine seinen Merkmalen nach ein Teil der ukrainischen Nation ist und sich seinen "Traum", die Wiedervereinigung in e i n e m ukrainischen Nationalstaat, trotz seiner Unterwerfung unter wechselnde nationale Fremdherrschaft, trotz sprachlicher und kultureller Unterdrückung bewahrt habe. Von besonderem Interesse sind die Hinweise Molotows auf die erzwungene Auswanderung eines Teiles der karpathenukrainischen Bevölkerung aus seiner Heimat und auf die Tatsache, daß die Karpathenukraine bereits seit dem Ende des 9. Jahrhunderts von ihrem "Mutterland, der Ukraine", losgerissen war. Da zu der Zeit ein spezifisch ukrainischer S t a a t noch gar nicht bestand, hat man als "Mutterland" das nationale Territorium der ukrainischen Nation aufzufassen, dessen einer Teil südlich der Karpathen dann unter die Herrschaft von von fremden Nationen getragenen Staaten geriet. Dieser Ausgangspunkt eröffnet - in der auf dem "ethnischen" Prinzip beruhenden Argumentation ganz folgerichtig - bei Molotow einen geraden Weg zu der Feststellung, " z u m e r s t e n M a l in seiner Geschichte sieht sich das ganze ukrainische Volk im Rahmen eines e i g e n e n , einheitlichen Staates vereint". - Es soll schon in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sowohl bei Molotow als auch bei den ihm folgenden Lehrmeinungen die in der Karpathenukraine lebenden anderen nationalen Gruppen, namentlich die Ungarn, mit Stillschweigen übergangen werden. Anscheinend wird das ganze Land allein als ukrainisches "nationales Territorium" angesehen, auf dessen s o

¹⁾ Molotow, Fragen der Außenpolitik, S. 23-25, Anhang Nr. 7.

festgelegten nationalen Charakter die Besiedlung durch Teile anderer Nationen später keinen Einfluß mehr haben kann¹⁾.

Für die sowjetische Völkerrechtslehre ist es wichtig, zur Begründung der Gebietsveränderung mit dem "ethnischen Prinzip" auf Willensbekundungen hinweisen zu können, die den Wunsch der Karpathenukrainer nach nationaler Selbstbestimmung - hier in Form der Vereinigung mit dem bereits vom Großteil der Nation getragenen Nationalstaat, der Ukrainischen SSR im Verband der UdSSR - ausdrückten. Es wird daher nicht versäumt, den Versammlungsbeschluß aus dem Jahre 1918 oder 1919 zum Ausgangspunkt der Beweisführung zu machen: Danach war also die Angliederung des Gebietes an die ČSR durch die Pariser Vorortverträge gegen den ausdrücklich bekundeten Willen der karpathenukrainischen Bevölkerung erfolgt²⁾; sie stellte demnach eine Annexion im Sinne der von Lenin gegebenen, in der sowjetischen Völkerrechtslehre verwendeten Auffassung dar. Allerdings sind aus den Jahren 1919 bis 1944 keine dem entsprechenden sowjetischen oder sowjetukrainischen Äußerungen oder Schritte bekannt geworden.

Die ausschlaggebende Bedeutung wird jedoch den Ereignissen vom Herbst 1944 beigemessen, die den Rechtsgrund der Übergabe der Karpathenukraine an die Sowjetunion darstellen. Dabei hält sich die sowjetische Völkerrechtslehre mit der Behandlung der Initiierung und Steuerung der Geschehnisse, die zum Manifest von Mukačevo führten, nicht auf.

1) s.o.S. 180-182, D IV, 2.

2) vgl. im einzelnen Slatopolskij, S. 211; Janowski, S. 30/31; allgemeiner Korowin, Lehrbuch, S. 410 und auf tschechoslowakisch-kommunistischer Seite Šedivý-Kořalková, S. 26. Ob die ČSSR auch heute noch dieser Argumentation folgt, ist unbekannt; immerhin sah d.Verf. im Mai 1966 bei einem Besuch im "Museum der tschechoslowakischen Armee" in Prag an einer Ausstellungswand eine Fotografie vom Sommer oder Herbst 1944, die den auf S. 244 erwähnten I.Turjanica in der Uniform der tschechoslowakischen, auf sowjetischer Seite kämpfenden Streitkräfte zeigt.

Man kann aber feststellen, daß sie genau den von der sowjetischen Selbstbestimmungstheorie entwickelten Grundsätzen entsprachen. Das gilt vor allem von der Rolle der bereits von Lenin vorgesehenen provisorischen Verwaltungen in dem Gebiete, dessen Bevölkerung von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch macht¹⁾. Die "Volksausschüsse" in der Karpathenukraine entsprachen genau diesem Muster; ihre Tätigkeit erfolgte überdies unter Anleitung und aktiver Teilnahme der nationalen marxistischen Partei, womit eine weitere Voraussetzung sozialistischer Selbstbestimmung erfüllt war. Als den entscheidenden Selbstbestimmungsakt, der den Wunsch der ganzen Bevölkerung nach Vereinigung mit der Sowjetukraine als ihrem Nationalstaat ausdrückt, wird überwiegend das vom Ersten Kongress der Volksausschüsse der Karpathenukraine - als "Sprecher" der Bevölkerung - am 26. November 1944 verabschiedete "Manifest von Mukačevo" angesehen²⁾. Diese Bewertung folgt ebenfalls den bereits von Lenin formulierten Grundsätzen, wonach die Beschlüsse von "Versammlungen und ähnlichen Körperschaften" als zulässige Bekundungen des Selbstbestimmungswillens der ganzen Nation angesehen werden können³⁾. Nach einer anderen Ansicht⁴⁾ sollen allerdings erst die auf den folgenden Massenversammlungen erlangten Unterschriften die zustimmende Willenserklärung der betroffenen Bevölkerung darstellen. In allen sowjetischen Darstellungen, die diese Ereignisse als "freie Willenserklärung der Bevölkerung der Transkarpathenukraine" feiern⁵⁾ wird jedoch ein grundlegender Verstoß gegen die Leninischen Selbstbestimmungsprinzipien nicht erwähnt: die Anwesenheit von sowjetischen Truppen während der ganzen Vorgän-

1) s.o.S. 109, 112, C II, 2c.

2) Generalow, SGiP 1950, Nr. 7, S. 19; Janowskij, S.30/31; Molotow, S. 23-25.

3) vgl. Lenin, Niederschrift zum Programm der Friedensgespräche, in: Lenin über internationale Politik und Völkerrecht, S. 338; s.o.S. 109, C II, 2c.

4) Slatopolski, S. 212.

5) Molodzew im Akademielehrbuch, S. 185; ähnlich Korowin, Der proletarische Internationalismus und das Völkerrecht, S. 61.

ge auf dem Territorium der Karpathenukraine. Lenin hatte seinerzeit - anhand der Abhaltung von Plebisziten - den Abzug aller Truppen aus dem über seine staatliche Zugehörigkeit entscheidenden Land als Voraussetzung einer freien Willensbekundung gefordert¹⁾ So wird durch die Anwesenheit sowjetischer Truppen während der entscheidenden Zeit der Wert der abgehaltenen Selbstbestimmungskampagne erheblich gemindert.

Sieht man von diesem Fehler ab und stellt sich ganz auf den Boden der sowjetischen Selbstbestimmungstheorie, so hat man es hier mit einem typischen Fall von Gebietserwerb auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts in Form des ethnischen Prinzips zu tun: Ein auf seinem nationalen Territorium lebender Volksteil schließt sich auf Grund seiner eigenen Entscheidung dem von seiner Nation getragenen Staat an, und die neugeschaffene Staatsgrenze entspricht genau der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung in den von ihr berührten Gebieten²⁾. Die äußere Form, in der der Gebietserwerb auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts durchgeführt wird, ist die der Zession. Janowskij³⁾ hat - vom Standpunkt der bereits herausgestellten Regeln für die Zulässigkeit von Zessionen in der sowjetischen Völkerrechtslehre durchaus zutreffend - die Übergabe der Transkarpathenukraine wegen ihrer Übereinstimmung mit dem ausdrücklichen Selbstbestimmungswillen der von ihr betroffenen Bevölkerung als Musterfall für eine den Forderungen des sozialistischen Völkerrechts entsprechende Zession bezeichnet. Allerdings darf hier nicht übersehen werden, daß nach der Fassung der Vertragsurkunde vom 29. Juni 1945 im Präsens⁴⁾ und auch nach der Darstellung bei Janowskij⁵⁾

1) Lenin ebda.

2) s.o.S. 177-179, D IV, 1.

3) Janowskij, S. 30/31.

4) siehe Anhang Nr. 6.

5) Janowskij, S. 30/31.

- "...die Tschechoslowakei.. übergab ..kraft Vertrages... die Transkarpathenukraine..." - die Gebietshoheit erst zu diesem Zeitpunkt auf die UdSSR übergang, also vorher noch de iure bei der ČSR lag. Dann bedeutete die Zulassung der Loslösungskampagne, der Tätigkeit der "Volksausschüsse" und des "Nationalrates" und der Ausweisung der Němec-Delegation durch die sowjetischen Militärbefehlshaber eine schwere Beeinträchtigung der Souveränität der ČSR, die von der UdSSR in ihren "vormünchener Grenzen" und vertraglich in ihrer "staatlichen Hoheit und Unabhängigkeit" bestätigt worden war, und einen groben Vertragsbruch von Seiten der Sowjetregierung.

In der Rückschau läßt sich das sowjetische Verhalten in der Zeit vom Herbst 1944 bis zum Juni 1945 völkerrechtlich nur mit dem bereits bekannten und sich hier in seiner ganzen Schärfe zeigenden Grundsatz rechtfertigen, daß die Gebietshoheit eines Staates nur so lange schutzwürdig ist, wie sie sich mit dem Selbstbestimmungswillen der ihr unterworfenen fremdnationalen Bevölkerungsgruppen deckt, deren nationales Territorium unter diese Hoheit fällt¹⁾. Diese Voraussetzung war im Fall der Karpathenukraine seit dem Manifest von Mukačevo vom 26. November 1944 nach sowjetischer Völkerrechtsauffassung nicht mehr gegeben.

4. Nichtkommunistische Stellungnahmen zur Angliederung.

So stellt sich denn die Angliederung der Karpathenukraine - folgt man den sowjetischen Völkerrechtlern - als ein in geradezu klassischer Weise auf Grund des Selbstbestimmungsprinzips völkerrechtsgemäßer Gebietserwerb dar, der seine Ursache allein in der Verwirklichung des "nationalen Traumes" der karpathenukrainischen Bevölkerung hat. Um so be-

1) S.o.S. 142/143, C III, 3b.

fremdender wirkt angesichts dessen der Hinweis Korowins¹⁾, daß diese Territorialveränderung "den Grundinteressen der Sicherheit der slawischen Völker Mittel- und Südosteuropas entspricht". Dieser Hinweis läßt die politischen Gründe erkennen, die die UdSSR zur Stellung der Selbstbestimmungsfrage in diesem Gebiet und zu der auf Grund von deren "Ergebnissen" durchgeführten vertraglichen Angliederung bewogen! Der Sowjetunion ist mit dem Erwerb der Transkarpathenukraine ein militärisch wichtiges Eindringen über die Karpathen hinweg nach Süden in die Ungarische Tiefebene gelungen. Kolarz²⁾ vergleicht den so errungenen Vorteil mit den militärischen Folgen des Erwerbes einer Grenzprovinz Spaniens nördlich der Pyrenäen auf Kosten Frankreichs. Bei den militärischen Verhältnissen des Jahres 1945 ermöglichte dieser Erwerb einen wenig zu hindernden Zugang und unter dieser Drohung auch Machteinfluß in politischer Hinsicht nicht nur auf Ungarn, sondern auch auf die anderen Staaten der Donauebene. Angesichts der oben zitierten Bestätigung durch Korowin besteht wenig Anlaß, an dieser von nichtkommunistischen Autoren³⁾ gegebenen Motivierung des sowjetischen Vorgehens zu zweifeln. Carman⁴⁾ sieht darüber hinaus allerdings noch den - für ihn wichtigeren - Grund in der Befriedigung eines ukrainischen Nationalismus, der unter anderem auch die Triebfeder des sowjetischen Verhaltens bei der Angliederung der ostpolnischen Gebiete⁵⁾ gewesen sei. Das scheint uns zweifelhaft zu sein angesichts der dargestellten Wirklichkeit unionsrepublikanischer staatlicher und völkerrechtlicher Souveränität in der Sowjetunion.

1) Korowin, Lehrbuch, S. 140.

2) Kolarz, S. 164.

3) vgl. neben Kolarz ebda., auch Carman, S. 111/112.

4) Carman ebda.

5) s. unten Seite 254 ff., G II.

Eine völkerrechtliche Beurteilung der Geschehnisse in der Transkarpathenukraine vom Herbst 1944 bis zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 29. Juni 1945 führt vom Standpunkt des Völkerrechts des westlichen Rechtskreises zu dem Ergebnis, daß alleinige und wirksame Rechtsgrundlage für die seitdem von der Sowjetunion dort ausgeübte Gebietshoheit der Übergabevertrag vom 29. Juni 1945 ist. Die Regierung Beneš-Fierlinger war die rechtmäßige tschechoslowakische Regierung und befugt, über das Staatsgebiet der Republik unter Einhaltung der Verfassung zu verfügen. Rabl¹⁾ will anscheinend gegen die Legitimation dieser Regierung, für das tschechoslowakische Volk zu sprechen, Einwände aus der Tatsache herleiten, daß nach der Erweiterung und Umbildung der ehemaligen Londoner Exilregierung am 5. April 1945 in Kaschau maßgebende Regierungsämter von Kommunisten oder ihren Mitläufern innegehalten wurden; die Regierung sei deshalb als von "der Sowjetunion abhängig" zu betrachten. Das mag in politischem Sinne zutreffen, doch ist 1945 der damaligen tschechoslowakischen Regierung von niemandem, weder in der ČSR noch im westlichen Ausland, ihre Legitimation bestritten worden; sie war vielmehr von den meisten und wichtigsten Staaten der Welt anerkannt.

Unbeachtlich nach westlichen Maßstäben ist dagegen die in der Karpathenukraine durchgeführte Selbstbestimmungskampagne. Zum einen ist, wie bereits aufgezeigt²⁾, das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage für die Völkerrechtsgemäßheit von Gebietsveränderungen nach gegenwärtig noch herrschender Ansicht kein Institut des Völkerrechts. Zum anderen aber wäre nach westlichen Begriffen die **g a n z e** betroffene Bevölkerung zu befragen gewesen. Offensichtlich aber handelte es sich hier um eine rein ukrainische Angelegenheit, von deren Entscheidung die Angehörigen aller

1) Rabl ebda., S. 118.

2) s.o.S.35, A III, 5b.

anderen Minderheiten ausgeschlossen wurden, so daß günstigstenfalls nur zwei Drittel der Bevölkerung überhaupt an den Willenskundgebungen teilnahmen. Die ohne Wahl oder ein anderes Mandat der Bevölkerung entstandenen Volksausschüsse mit ihrer kommunistischen Führung repräsentierten nur einen Teil der ukrainischen Volksgruppe; ob es die Mehrheit war, wird sich in Anbetracht der Entstehung dieser Ausschüsse und der Tatsache, daß diese sich keiner Wahl stellten, nie feststellen lassen; gleiches gilt auch von ihrem Kongreß in Mukačevo. Die Annahme des "Manifestes" durch die Bevölkerung auf Massenversammlungen und durch Zeichnen von Unterschriftenlisten bedarf keiner weiteren Erläuterung: Diese Akte sprechen den einfachsten Anforderungen an eine freie und durch Geheimhaltung unbeeinflussbare Willensbildung und Willensbekundung Hohn. Durch die Anwesenheit der Truppen des prästendierenden Staates und das Fehlen neutraler Beobachter in dem seine "Selbstbestimmung" bekundenden Gebiet wurde eine freie Willensbekundung illusorisch. Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß auch keine Rede war von einer naturgemäß zu jeder Willensentscheidung gehörenden Alternative zu der der Volksmeinung vorgelegten Anschlußlösung an die Ukrainische SSR, etwa im Sinne eines Verbleibes bei der ČSR oder einer Eigenstaatlichkeit im Rahmen der Sowjetföderation. Nach allem konnte bei den Vorgängen im Herbst 1944 von wirklich freier Selbstbestimmung, wie sie im westlichen Völkerrechtskreis aufgefaßt wird, nicht gesprochen werden.

Wie die Bevölkerung der Karpathenukraine wirklich zu einer Angliederung an die UdSSR stand und überhaupt über ihre zukünftige staatliche Zugehörigkeit dachte, ist auf diese Weise nicht ermittelt worden. Sicherlich gab es nur wenige, die eine Rückkehr zur wiedererstandenen Tschechoslowakei befürworteten. Zumindest für den slawischen Bevölkerungsteil wird auch ein weiteres Verbleiben bei Ungarn nicht zur Debatte gestanden haben. Es erscheint jedoch mehr als fraglich, ob angesichts der bei einer Einführung des Sowjetsystems zu erwartenden einschneidenden, wirtschaftlichen und gesellschaft-

lichen Änderungen die Mehrheit der Bevölkerung oder auch nur der ukrainischen Volksgruppe für eine Angliederung an die Sowjetukraine und damit an die UdSSR eingenommen war.

II. Die Rückgliederung West-Weißrußlands und der West-Ukraine (ehemals polnische Ostgebiete) an die UdSSR als Beispiel für Gebietsveränderungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts (historische Rechte).

1. Vorgeschichte.

a) bis zum Sommer 1939.

Die im folgenden abzuhandelnde Gebietsveränderung betrifft die Territorien in Osteuropa, die von 1921 bis 1939 bzw. 1945 unter der Hoheit des polnischen Staates standen und heute als Bestandteile der Weißrussischen bzw. Ukrainischen SSR zum Staatsgebiet der UdSSR gehören. Es handelt sich dabei um eine Fläche von rund 200 000 qkm, die 1939, und von rund 180 000 qkm, die 1945 endgültig zur Sowjetunion kamen¹⁾ mit insgesamt fast 13 000 000 Einwohnern im Jahre 1939. Ethnisch verteilte sich diese Zahl auf rund 7 000 000 Ukrainer, 3 000 000 Weißrussen und je über eine Million Polen und Juden²⁾. Nach einer polnischen Statistik aus dem Jahre 1931 betrug der polnische Bevölkerungsanteil in den Wojewodschaften, die östlich der heutigen polnisch-sowjetischen Staatsgrenze liegen oder von ihr durchschnitten werden, zwischen 14,5 und mehr als 50 Prozent³⁾. In diesen Gebieten konzentrierte sich das Polentum auf die größeren

1) vgl. zu den Zahlen v. Rauch, S. 286, Barsegow, S. 170, Kolarz, S. 163 und S. 183.

2) v. Rauch ebda., Dallin, S. 75.

3) abgedr. bei Alius, S. 44; im einzelnen betrug der polnische Bevölkerungsanteil in der Wojewodschaft Tarnopol 49,3 %, Stanislau 22,4 %, Wolhynien 16,6 %, Polesien 14,5 %, Nowogrodek und Lemberg je etwas über 50 %; in der Wojewodschaft Wilna betrug der polnische Anteil nach Kolarz (S. 140) unter Berufung auf polnische Statistiken 69,2 %.

Städte, während es auf dem Lange kaum in Erscheinung trat; hier stellte es in vielen Kreisen nur den Großgrundbesitz¹⁾. eine geschlossene polnische Besiedlung hörte etwa östlich der Linie Suwalki - westlich Grodno - Brest-Litowsk - Przemysl auf. Allerdings war die polnische Minderheit um Lemberg in Ostgalizien beträchtlich.

Das Gebiet des Königreichs Polen reichte bis zur ersten polnischen Teilung 1772 über den Oberlauf der Düna hinaus nach Nordosten, über den Oberlauf des Dnjepr und bis zu einer Linie hart westlich Kiew-Tscherkassy nach Osten, während es im Südosten und Süden vom Oberlauf des Dnjestr und dem Karpathenkamm begrenzt wurde. Danach gingen alle Gebiete östlich von Düna und Dnjepr an Rußland, in der zweiten und dritten Teilung, 1793 und 1795, auch alle Gebiete östlich der Linie Oberlauf der Memel-Grodno-Brest-Litowsk-Oberlauf des Bug. Soweit Restpolen nicht vorher preußisch bzw. österreichisch geworden war oder jetzt endgültig wurde, wurde es nach dem Wiener Kongreß 1815 als "Königreich Polen" in Personalunion mit Rußland vereinigt. Einen selbständigen polnischen Staat gab es von 1795 bis zum Ende des ersten Weltkrieges nicht mehr.

Die Vierzehn Punkte Präsident Wilsons sahen auch die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates aus "...denjenigen Gebieten..., die von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt werden..."²⁾, vor. Die polnischen Forderungen gingen allerdings in Richtung Osten erheblich weiter. Roman Dmowski, der Präsident des polnischen Nationalkomitees in Paris, verlangte in einer Denkschrift an Präsident Wilson vom 8.10.1918 eine Ostgrenze entlang der Linie westlich Witebsk-Minsk-Sluzk-Pinsk-Kamenez-Podolsk mit Ein-schluß dieser Städte³⁾. Zur Begründung berief er sich auf

1) vgl. die Denkschrift von Roman Dmowski an Präsident Wilson vom 8. Oktober 1918, abgedruckt bei Goguel, S. 894.

2) Text bei Alius, S. 17.

3) abgedruckt bei Goguel, S. 894.

historische Ansprüche Polens und folgte dabei in etwa der Ostgrenze von 1793/95, zum anderen darauf, daß die Polen trotz ihrer Minderzahl in diesen Gebieten als einzige dort intellektuell und wirtschaftlich regierungsfähig seien. Es wurde aber auch an eine Wiederherstellung der Ostgrenze von 1772 gedacht¹⁾.

Durch Dekret vom 29. August 1918 annullierte die Sowjetunion die Verträge über die polnischen Teilungen und erkannte das Recht des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Einheit an²⁾. Nachdem jedoch am 13. November 1918 die Sowjetunion auch den Frieden von Brest-Litowsk für nichtig erklärt hatten, bildeten sich auf Teilen des von Polen im Osten beanspruchten Gebietes am 1. Januar 1919 eine weißrussische und erstmals im Winter 1917/18, dann endgültig Ende 1919 eine ukrainische Sowjetrepublik. Seit dem Wiedererstehen eines polnischen Staates im November 1918 war jedoch die polnisch-russische Grenze fließend und Gegenstand ständiger bewaffneter Auseinandersetzungen mit der Roten Armee und ukrainischen Formationen. Die auch mit der Wiederherstellung eines polnischen Staates befaßte Versailler Friedenskonferenz setzte eine besondere Kommission mit der Anweisung ein, die Ostgrenze Polens nach ethnischen Merkmalen festzulegen. Das erfolgte mit dem Vorschlag der - zu Unrecht nach dem britischen Außenminister Lord Curzon benannten - Linie "Grodno-Jalowka-Nemirow-Brest-Litowsk-Dorochusk-Ustilug-östlich Grubeschow-über Krylow und weiter westlich von Rawaruska-östlich Przemyśl bis zu den Karpathen"³⁾. Der oberste Rat der Entente veröffentlichte diese Linie am 8. Dezember 1919 und bestimmte sie zur polnisch-sowjetischen Grenze⁴⁾. Die Er-

-
- 1) in diesem Sinne noch der exilpolnische Außenminister Zaleski am 14.12.1940, s. Documents, Bd. I, S. 100, Nr. 81.
 2) Geschichte der Sowjetunion, S. 172.
 3) Potjomkin-Minz, S. 107.
 4) s. Anhang Nr. 8.

klärung war jedoch ohne praktischen Wert, weil sich polnische Truppen bereits erheblich östlich der Linie befanden und Marschall Pilsudski an einer Wiederherstellung Polens in den Grenzen des Jagellonenreiches und damit noch über die Grenzen von 1772 hinaus festhielt.

Im polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 erreichten die Polen zunächst Minsk und Kiew, wurden dann aber von der Roten Armee bis Warschau zurückgeworfen. Der Oberste Rat legte daher am 10. Juli 1920 der polnischen Regierung nahe, einen sofortigen Waffenstillstand abzuschließen und ihre Truppen hinter die am 8.12.1919 als polnische Ostgrenze bestimmte Linie zurückzuziehen. Lord Curzon übermittelte telegraphisch am 12. Juli 1920 diesen Vorschlag der Sowjetregierung und präzisierte den Grenzvorschlag vom 8.12.1919 für den galizischen Raum. Hier gab es ursprünglich eine Alternative: die Linie A, Przemysl-Karpathen, sollte im Fall einer Autonomie Ostgaliziens die Grenze zwischen diesem und Polen bilden, anderenfalls sollte durch die Linie B Lemberg an Polen und das Gebiet östlich davon an die UdSSR fallen. Aufritisches Drängen und aus überwiegend ethnischen Gründen erklärte sich der Oberste Rat nun im Curzon-Telegramm für die Linie A ¹⁾.

Durch den polnischen Sieg bei Warschau über die Rote Armee wurden diese Vorschläge jedoch wieder hinfällig. Die territorialen Bestimmungen des Friedens von Riga (18. März 1921) standen ganz im Zeichen der polnischen Forderungen nach dem Stand von 1793/95 ²⁾ mit einer Grenze entlang der Linie südlich Dünaburg-Oberlauf der Düna-hart westlich Minsk-Unterlauf des Slutsch-östlich Rowno-östlich Tarnopol-westlich Kamenez-Podolsk und Tschernowitz. Beide Seiten verzichteten

¹⁾ vgl. zum Vorstehenden Alius, S. 28-32; Potjomkin-Minz, S. 107.

²⁾ vgl. Polnisches Weißbuch, S. 284, und Außenminister Zaleski am 14.12.1940; Anhang Nr. 9

auf über diese Linie nach Westen bzw. Osten hinausgehende territoriale Rechte und Ansprüche¹⁾ und sicherten den unter jeweils fremde Hoheit gelangenden nationalen Minderheiten - Polen einerseits, Weißrussen und Ukrainern andererseits - weitgehende Rechte zu²⁾. Am 15. März 1923 wurde die Grenze namens der Entente auch von der Botschafterkonferenz anerkannt³⁾; diese zog gleichzeitig den Plan zurück, Ostgalizien für 25 Jahre einem polnischen Mandat zu unterstellen und die Frage einer staatlichen Zugehörigkeit dann dem Völkerbund zu unterbreiten⁴⁾, sodaß die polnische Hoheit hier keinen Beschränkungen mehr von Seiten der Großmächte unterlag. Ein Protest der Sowjetukraine vom 12. März 1923 hiergegen bei den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens blieb ohne Erfolg; in der Note wurde die Errichtung polnischer Hoheit über Ostgalizien ohne Zustimmung und Befragung der zu drei Vierteln aus Ukrainern bestehenden Bevölkerung für unwirksam erklärt⁵⁾. Die auf diese Weise zustandegekommenen Grenzen Polens im Osten, wie auch die in Versailles zustandegekommenen Grenzen im Westen führten dazu, daß nach polnischen Statistiken im Jahre 1931 nur 68,9 % der polnischen Bürger auch Einwohner polnischer Muttersprache waren⁶⁾.

Bis 1939 bestätigte die Sowjetunion Polen noch mehrfach seinen Gebietsstand. Artikel 1 des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 15. Juli 1931 verbot allgemein jeden Gewaltakt gegen die territoriale Unversehrtheit der Vertragsparteien⁷⁾; der nur drei Jahre laufende Vertrag wurde durch Unterzeichnung eines Protokolls am 5. Mai 1934

1) s. Anhang Nr. 10; Art 3 des Vertrages.

2) Art 7 des Vertrages; vgl. Wyschinskij-Losowski, Bd. II, Sp. 510.

3) Langer, S. 28.

4) Shotwell-Laserson, S. 18.

5) Barsegow, S. 169; Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 460.

6) Alius, S. 44.

7) Polnisches Weißbuch, S. 220, Dokument Nr. 157.

bis zum 31. Dezember 1945 verlängert, hierbei wurden in einem besonderen Schlußprotokoll¹⁾ unter anderem auch die territorialen Regelungen des Rigaer Friedens bekräftigt. Überdies hatten beide Seiten am 3. Juli 1933 in London ein Abkommen über die Definition des Aggressors abgeschlossen²⁾.

b) Der Hitler-Stalin-Pakt.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 ermöglichte Hitler sein Vorgehen gegen Polen, ohne ein Eingreifen der Sowjetunion befürchten zu müssen. Der hierfür zu zahlende Preis bestand in einer sowjetischen Beteiligung am Gebiet des polnischen Staates. Im geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt wurden die "Interessensphären" beider Seiten in Polen "ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt"³⁾ und die Frage des möglichen Weiterbestehens eines restpolnischen Staates vorerst offen gelassen.

2. Die Ereignisse seit dem Herbst 1939.

a) Hergang bis zum 28. September 1939.

In dem am 1. September 1939 von Deutschland gegen Polen begonnenen Krieg verhielt sich die Sowjetunion anfangs neutral. Am 7. September erfolgte jedoch eine nicht bekanntgegebene Teilmobilisierung von Truppen in der Ukraine, in Weißrußland und in vier anderen Wehrkreisen⁴⁾. Vom 14. September 1939 an erschienen in der Sowjetpresse Artikel, in

1) Anhang Nr. 11.

2) Text s.o.S. 208, E I, 2.

3) siehe Anhang Nr. 12.

4) Dallin, S. 67; eine sowjetische Bestätigung findet sich bei Deborin, S. 65.

denen zwar das Fehlen jeglicher Gelüste auf polnisches Gebiet beteuert, aber auch klargestellt wurde, daß die UdSSR angesichts des unerwartet schnellen Zerfalls Polens um das Schicksal der westlich angrenzenden Gebiete und der dort lebenden Ukrainer und Weißrussen besorgt sei¹⁾. Am 17. September überschritten sowjetische Truppen die Grenze nach Polen und besetzten dessen Staatsgebiet bis zu der mit dem Deutschen Reich vereinbarten Linie, die vom 22. September an die Demarkationslinie zwischen beiden Heeren bildete. In der dem polnischen Botschafter am 17. September 1939 in Moskau überreichten Note²⁾ wird das sowjetische Vorgehen mit dem angeblichen Aufhören eines polnischen Staates auf Grund seiner militärischen Niederlage und einer daraus herrührenden Hinfälligkeit aller polnisch-sowjetischen Verträge begründet, außerdem mit einer Bedrohung der UdSSR durch die auf polnischem Gebiet eingetretene Lage und mit der sowjetischen Sorge um die dort ohne Verteidigung lebenden ukrainischen und weißrussischen "Blutsbrüder". Ein hiergegen gerichteter, sich auf die bestehenden Verträge berufender polnischer Protest vom gleichen Tage blieb ohne Erfolg³⁾.

Der am 28. September 1939 abgeschlossene deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag⁴⁾ sah in dem östlich der "endgültig" festgesetzten "Grenze der beiderseitigen Reichinteressen" gelegenen Gebiete die Übernahme der "erforderlichen staatlichen Neuregelung" durch die Sowjetunion vor. In Änderung der Demarkationslinie vom 23. August/22. September 1939 gelangten der Suwalki-Zipfel, Lublin und Siedlce von sowjetischer unter deutsche Verfügungsgewalt, andererseits gingen die Gebiete im Norden um Bialystok, im Süden

1) Dallin, S. 69.

2) s. Anhang Nr. 13.

3) vgl. Anhang Nr. 14.

4) vgl. Anhang Nr. 15.

um Przemyśl an die UdSSR, die sich damit erheblich über die den ethnischen Gegebenheiten in etwa entsprechende Curzon-Linie hinaus nach Westen ausdehnte. Die polnische Exilregierung erhob auch gegen dieses Abkommen Protest¹⁾.

b) Selbstbestimmungskampagne und Rückkehr zur UdSSR.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee in die ostpolnischen Gebiete - nunmehr als Westukraine bzw. Westweißrußland bezeichnet - wurden örtliche provisorische Verwaltungen gebildet. Sie setzten sich aus "Vertretern der örtlichen Bevölkerung, der Roten Armee und von den Parteiorganisationen zur Arbeit in der Westukraine und Westweißrußland entsandten Vertretern" zusammen²⁾. Ihre Aufgabe bestand zunächst in "der Zerschlagung der alten, von den Ausbeutern getragenen Staatsmaschine"³⁾, in der Organisation der Versorgung⁴⁾ und auf dem Lande in der Durchführung einer Bodenreform⁵⁾. Gleichzeitig wurden "zum Schutz des staatlichen Umbaus" Rote Garden mit KP-Mitgliedern an der Spitze geschaffen⁶⁾. Den örtlichen Verwaltungen oblag nach Bekanntmachungen der Armeebefehlshaber und entsprechenden Aufrufen der provisorischen Verwaltungen von Lemberg und Białystok die Gründung von Organisationskomitees zur Abhaltung von

1) Polnisches Weißbuch, S. 247, Dokument Nr. 180.

2) so Słatopolskij, Die Bildung und Entwicklung der UdSSR als Bundesstaat; ähnlich Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 478/479 und Geschichte der Weißrussischen SSR, Bd. II, S. 384/385; laut Bonatt, International Law and the Plebiscites in Eastern Poland 1939, Journal of Central European Affairs, Jahrg. 1945/46 (Bd. 5), S. 378-393 (S. 383/384), gehörten den Verwaltungen auch Angehörige des NKWD an, und die jeweils 2-3 Vertreter der örtlichen Einwohnerschaft seien Mitglieder der örtlichen kommunistischen Parteien gewesen.

3) Słatopolskij, S. 170.

4) Geschichte der Weißrussischen SSR, Bd. II, S. 384/385.

5) Geschichte der Weißrussischen SSR ebda.;

6) Bonatt, S. 383/384.

Geschichte der Weißrussischen SSR ebda.;

Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 477/478.

Wahlen zu "Volksversammlungen" der Westukraine und Westweißrußlands¹⁾. Den Organisationskomitees gehörten neben den Delegierten der örtlichen Verwaltungen weitere Offiziere der Roten Armee, NKWD-Angehörige und hohe Mitglieder des Staatsapparats der Ukrainischen und Weißrussischen SSR an²⁾. Die Komitees veranstalteten mit Unterstützung der Roten Armee³⁾ öffentliche Versammlungen unter Arbeitern, Bauern, der Intelligenz und den Roten Garden, auf denen - überdies teilweise auch direkt von den provisorischen Verwaltungen⁴⁾ - die Kandidaten aufgestellt wurden⁵⁾. Bereits hier erhielten die Kandidaten den "Auftrag", "für die Errichtung der Sowjetmacht in der Westukraine und in Westweißrußland zu kämpfen und die Einbeziehung dieser Gebiete in die UdSSR zu erreichen"⁶⁾. Für jeden Wahlbezirk gab es nur einen Kandidaten⁷⁾. Alle Kandidaten waren auf einer Einheitsliste zusammengefaßt⁸⁾, unter ihnen waren wenige Bewerber polnischer Volkszugehörigkeit⁹⁾, dafür aber etliche prominente Sowjetbürger, wie Molotow, Marschall Woroschilow und der Präsident des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR, Gretschucha¹⁰⁾. Wahlbe-

1) Slátopolskij, S. 170-172; Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 479/480; Bonatt, S. 384/385.

2) Bonatt ebda.; Shotwell-Laserson, S. 24; Rabl ebda., S. 117.

3) Bonatt, S. 385/386.

4) Geschichte der Weißrussischen SSR, Bd. II, S. 385.

5) Geschichte der Weißrussischen SSR ebda.; Geschichte der Sowjetunion, S. 543.

6) Geschichte der Sowjetunion ebda.; nach Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 479/480, war eine solche Parole schon im Aufruf der provisorischen Verwaltung von Lemberg vom 4.10.1939 enthalten.

7) Bonatt, S. 387; Shotwell-Laserson, S. 24

8) Babić, Die Wiedervereinigung des ukrainischen Volkes in einem ukrainischen, sowjetischen, sozialistischen Staat, SGiP 1954, Nr. 7, S. 17-19 (S. 24).

9) Kolarz, S. 178; Bonatt, S. 387; beide wissen von Massenverhaftungen - nach Kolarz ebda., nur unter den Polen, nach Bonatt, S. 383, ohne Ansehen der Nation - gleich nach dem Einmarsch der Roten Armee zu berichten.

10) Bonatt, S. 387.

rechtigt war jedermann, also auch alle Neueinwanderer aus der UdSSR, dagegen nicht die verhafteten oder kriegsgefangenen Personen¹⁾. Im übrigen waren die Wahlvorschriften nur an wenigen Aushangtafeln bekanntgegeben worden und lagen sonst nur in Heften für den Dienstgebrauch vor²⁾.

Die nichtöffentliche Stimmenauszählung³⁾ ergab nach dem Wahltage, dem 22. Oktober 1939, daß in der Westukraine 90,93 % und in Westweißrußland 90,67 % der Wähler für die Einheitsliste gestimmt hatten⁴⁾. Die in Lemberg und in Bialystok daraufhin zusammengetretenen Volksversammlungen beschlossen am 26. bzw. 29. und 30. Oktober 1939, die Sowjetmacht in der Westukraine und in Westweißrußland zu errichten, den Großgrundbesitz, die Banken und die größere Industrie zu enteignen und schließlich - so die Lemberger Versammlung -

"den Obersten Sowjet der UdSSR zu bitten, die Westukraine in den Verband der(UdSSR) aufzunehmen, die Westukraine dabei der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik anzugliedern, um auf diese Weise das ukrainische Volk in einem Staat wiederzuvereinigen...." 5).

Ein gleichlautender Beschluß wurde in Bialystok gefaßt, dieser erging einstimmig, während in Lemberg eine Gegenstimme von einem ukrainischen Anwalt abgegeben wurde, der hierfür eine achtjährige Gefängnisstrafe erhielt⁶⁾.

Diesen "Bitten" wurde im November 1939 durch entsprechende Gesetze der Obersten Sowjets der UdSSR, der Ukrainischen und der Weißrussischen SSR entsprochen.

1) Bonatt, S. 385; nach Lewytskyj, S. 23, waren bereits viele demobilisierte Rotarmisten in der Absicht dauernder Niederlassung zugezogen.

2) Bonatt, S. 384.

3) Bonatt, S. 390.

4) Bonatt, S. 389/390; Nasarenko, S. 465; Geschichte der Sowjetunion, S. 543.

5) Text bei Babij, S. 25; s. im übrigen Geschichte der Ukrainischen SSR, Bd. II, S. 481; Geschichte der Weißrussischen SSR, S. 387.

6) Bonatt, S. 390.

Die polnische Exilregierung protestierte am 21. Oktober 1939 von Paris aus gegen die in Anwesenheit der Roten Armee durchgeführte Abstimmung, bezeichnete sie als völkerrechtswidrig und mithin nichtig und ihr Ergebnis als nicht rechtsgültig¹⁾.

c) Die weitere Behandlung der Grenzfrage bis zum 16. August 1945.

Nach dem deutschen Einfall in die Sowjetunion 1941 wurden die ehemals ostpolnischen Gebiete bis Anfang und Mitte 1944 von deutschen Truppen besetzt. Mit einem am 30. Juli 1941 in London geschlossenen Bündnisabkommen nahmen die exilpolnische und die sowjetische Regierung die diplomatischen Beziehungen wieder auf, wobei die Sowjetregierung erklärte, die deutsch-sowjetischen Verträge über territoriale Änderungen in Polen hätten ihre Geltung verloren²⁾. Auch die britische Regierung versicherte, sie erkenne keine dieser Veränderungen an, wollte darunter aber keine Grenzgarantie verstehen³⁾. Die sowjetisch-exilpolnischen diplomatischen Beziehungen wurden jedoch im April 1943 wegen der Katyn-Morde wieder abgebrochen. Als sich Anfang 1944 die Rote Armee der Grenze von 1921 näherte, entspann sich aus Anlaß einer exilpolnischen Erklärung, daß nun die Russen "Polens Grenze" überschritten, ein Noten- und Pressekrieg zwischen beiden Regierungen⁴⁾. Die Sowjetnote vom 11. Januar 1944⁵⁾ steckte mit ihrem Beharren auf sowjetischer Hoheit über die strittigen Gebiete unter Berufung auf die Abstimmungen vom Herbst 1939, mit dem Inaussichtstel-

1) Polnisches Weißbuch, S. 249, Dokument Nr. 183.

2) s. Anhang Nr. 16.

3) vgl. Rhode-Wagner, S. 24.

4) s. im einzelnen Alius, S. 61-67.

5) s. Anhang Nr. 17.

len einzelner Änderungen zugunsten Polens auf der Grundlage der "Curzon-Linie" und mit der Verweisung Polens auf den "...durch die Deutschen entrissenen...., jahrhundertealten polnischen Boden" den zukünftigen sowjetischen Kurs in dieser Frage ab. Auch die britische Regierung, 1939 die Garantiemacht Polens, begann im Laufe des Jahres 1944 diese Entwicklung anzuerkennen¹⁾.

Mittlerweile hatte die Sowjetregierung ihre Gunst einem 1942 in Moskau konstituierten "Bund Polnischer Patrioten" zugewendet, dessen Mitglieder emigrierte Kommunisten und Mitläufer waren und der in der Grenzfrage die sowjetische Ansicht vertrat. Auf der Linie der Sowjetnote lagen auch bereits ein "Manifest der gesellschaftlich-politischen und demokratischen Kampforganisationen Polens" vom 15. Dezember 1943 und die Erklärung eines am 1. Januar 1944 gebildeten "Landesvolksrates" als kommunistische Willensäußerungen innerhalb Polens²⁾.

Im Sommer 1944 ließ sich im Gefolge der vorrückenden Roten Armee erst in Cholm, dann in Lublin ein aus Mitgliedern des Moskauer Patriotenbundes bestehendes "Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung" mit dem Anspruch nieder, künftig die Regierungsgewalt in Polen auszuüben. Die Gruppe nahm in einem in Lublin am 22. Juli 1944 erlassenen Manifest ebenfalls im Sinne der sowjetischen Vorstellungen zur Grenzfrage Stellung³⁾ und installierte gemäß einem Abkommen mit der UdSSR seine Zivilverwaltung nur in den Gebieten westlich der Curzon-Linie⁴⁾. Innerhalb dieses Bereiches lebende Personen ukrainischer, weißrussischer und litauischer Volkszugehörigkeit wurden als Folge von Abkommen mit den

1) vgl. die bei Alius abgedruckten Reden Churchills vor dem Unterhaus vom 22.2. und 15.12.1944, S. 67 und 82.

2) Einzelheiten bei Barsegow, S. 172/173.

3) s. Anhang Nr. 18.

4) Gromyko-Golunskij-Chwestow, Bd. II, S. 561/562.

entsprechenden Unionsrepubliken wechselweise gegen Personen polnischer Volkszugehörigkeit umgesiedelt¹⁾.

Auf der Konferenz von Jalta erlangte am 12. Februar 1945 der sowjetische Plan, die polnische Ostgrenze entlang der Curzon-Linie²⁾ zu ziehen, auch die Anerkennung der westlichen Großmächte²⁾. Nachdem auf ihr Drängen das Lubliner Komitee um den ehemaligen exilpolnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk und zwei weitere Repräsentanten der Londoner Richtung im Juli 1945 erweitert und die Londoner Exilregierung fallengelassen worden war, schloß diese "Provisorische Regierung der Nationalen Einheit" am 16. August 1945 in Moskau einen Vertrag über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze³⁾.

Im Vergleich zur Curzon-Linie enthielt die Grenze, wie von der UdSSR schon in der Note vom 11. Januar 1944 angedeutet und in Punkt 6 des Jalta-Abkommens festgelegt, einige Abweichungen zugunsten Polens vor allem in Galizien. Sie war jedoch für Polen erheblich günstiger im Vergleich zur deutsch-sowjetischen Grenze der "beiderseitigen Reichsinteressen" vom 28. September 1939, weil in Galizien das Gebiet um Przemyśl und im Norden das flächenmäßig noch größere Gebiet um Białystok wieder polnisch wurden. Der Verzicht auf das Białystoker Gebiet befreite die UdSSR von einer beträchtlichen polnischen Minderheit, mithin von möglichem neuen Konfliktstoff⁴⁾. An dem Vertrag ist schließlich sein Artikel 3 bemerkenswert, der den Verlauf der Grenze in Ostpreußen nur vorläufig und "bis zu einer endgültigen Lösung der territorialen Fragen in einem Friedensvertrag" - offenbar mit Deutschland - regelt.

1) Gromyko-Golunskij-Chwostow ebda.

2) vgl. Punkt 6 des Abschlußkommuniqués von Jalta, Anhang Nr. 19.

3) s. Anhang Nr. 20

4) vgl. Kolarz, S. 190.

3. Die Rechtfertigung der Angliederung in der sowjetischen Völkerrechtslehre.

In der sowjetischen Völkerrechtslehre stützt sich die Begründung der neuen polnisch-sowjetischen Grenze, bei Ausserachtlassung des deutsch-sowjetischen geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 und des Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939, auf vier Ereignisse: Die Erklärung des Obersten Rates der Entente und das Curzon-Telegramm über die polnisch-sowjetische Grenze von 1919/1920, den Rigaer Frieden von 1921, die "Wahlen" in Westweißrußland und der Westukraine im Herbst 1939 und den polnisch-sowjetischen Grenzvertrag vom 16. August 1945.

a) Die "historischen Rechte" und die Einstellung der UdSSR zum Rigaer Frieden.

Bei der Begründung des Erwerbes der ostpolnischen Gebiete geht die sowjetische Völkerrechtslehre davon aus, daß diese Gegenden zum nationalen Territorium der ukrainischen und der weißrussischen Nation gehören¹⁾. Nachdem sie ursprünglich dem Kiewer Reich - der "Rus'"²⁾ - verbunden waren, gerieten diese Gebiete gegen den Willen ihrer Bewohner, der oft genug in antipolnischen Aufständen zum Ausdruck gekommen war, unter polnische Hoheit. Die Tatsache ihrer jahrhundertelangen staatlichen Zugehörigkeit zu Polen - bis zu den polnischen Teilungen 1772-95 und dann 1920-1939 - ändert nach sowjetischer Ansicht nichts daran, daß die von Polen auf Grund s e i n e r "historischen Rechte" nach 1918 und nach 1939 geltend gemachten Ansprüche³⁾ völ-

¹⁾ vgl. Babij, S. 19; Barsegow, S. 170; Janowskij, S. 34; ähnlich Molotow, S. 454/455 auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 9. April 1947.

²⁾ so und zum folgenden Janowskij, S. 34/35.

³⁾ vgl. polnisches Weißbuch, S. 284; Zaleski, Documents, S. 100 und oben Seite 256/257, G II, 1a.

kerrechtlich unhaltbar sind: Es handelt sich bei den strittigen Gebieten nicht um polnisches nationales Territorium, und die unter polnischer Hoheit lebenden Ukrainer und Weißrussen haben niemals in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes ihr Einverständnis mit dieser Hoheit erklärt. Nach der sowjetischen Version der "historischen Rechte" waren die polnischen Ansprüche damit wirksam bestritten. Rechtstheoretisch mußte also immer wieder der vorgebrachte polnische und später exilpolnische Einwand gegen die sowjetischen Erwerbungen im Herbst 1939, soweit er auf die "historischen Rechte" gestützt wurde, sein Ziel auf sowjetischer Seite verfehlen.

Andererseits wurde durch diese Ausgangsstellung - ostpolnische Gebiete als ukrainisches bzw. weißrussisches nationales Territorium - der s o w j e t i s c h e n Völkerrechtslehre eine Argumentation mit dem historischen Prinzip erleichtert. Bis zum Ende des Zarenreiches befanden sich das ukrainische und das weißrussische nationale Territorium in e i n e m Staate, dem Russischen Kaiserreich. Nach 1917 bildeten sich - nach sowjetischer Ansicht - in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ukrainische und weißrussische, bolschewistisch gefärbte Staatswesen auf den jeweiligen nationalen Territorien, soweit diese unter der Herrschaft der Sowjetmacht standen. Soweit sie - vor Ausbruch des polnisch-russischen Krieges 1920 - unter effektiver polnischer Herrschaft standen, war aber dennoch durch die von den Großmächten vorgeschlagene Curzon-Linie als künftige Grenze auf rein ethnischer Grundlage auch international das Recht des ukrainischen und weißrussischen Volkes anerkannt worden, auf seinem ganzen nationalen Territorium in jeweils einem nationalen Staat zu leben.

Angesichts dessen waren die territorialen Regelungen des Friedens von Riga "ungerecht". Durch sie wurden nach sowjetischer Ansicht die Westgebiete der "Nationalstaaten" Ukraine und Weißrußland "losgerissen" und damit das Selbst-

bestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung verletzt¹⁾. Seit dem Rigaer Frieden war diese Ungerechtigkeit auch "historisch", weil damit den von beiden Völkern getragenen Staaten (Sowjetrepubliken) Teile der von diesen einst als Staatsgebiet innegehaltenen, nationalen Territorien ent-rissen worden sind²⁾.

Daß die Sowjetunion als Vertragspartner des Rigaer Frie-dens in diese "historische" Ungerechtigkeit" unter dem Druck der eigenen militärischen Schwäche einwilligte, wird mit den für den Sowjetstaat existentiell notwendigen Er-fordernissen eines sofortigen Friedensschlusses begründet. In der Rückschau wird behauptet, der Vertrag sei damals erzwungen worden, und seine territorialen Bestimmungen hätten nur provisorischen Charakter gehabt³⁾. Das mag vom heutigen sowjetisch-völkerrechtlichen Standpunkt, nach dem Zessionen ohne zustimmende Willensbekundungen der betrof-fenen Bevölkerung keine völkerrechtliche Grundlage haben, zutreffen; die Regeln für den Gebietserwerb im Wege eines Friedensvertrages zugunsten Polens scheiden beim Rigaer Frieden aus, weil von einem Verteidigungs- oder nationalen Befreiungskrieg auf seiten Polens zu der Zeit nicht die Rede sein konnte. Allerdings hat die Sowjetregierung in den Jahren 1921-1939, abgesehen von dem gesondert liegen-den Fall Ostgaliziens⁴⁾, keine auf die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Ukrainer oder Weißrussen ge-stützten Einwände gegen den Rigaer Frieden offiziell ge-äußert, sondern ihren Verzicht nach Artikel 3 des Vertra-ges später noch bekräftigt⁵⁾. Hinweise auf den ständigen

1) vgl. Babiĵ, S. 19; Potjomkin-Minz, S. 114; Geschichte der Sowjetunion, S. 229.

2) s.o.S. 203, Zusammenfassung in D IV 6; vgl. auch Geschichte der Weißrussischen SSR, Bd. II, S. 387/388.

3) vgl. Barsegow ebda.; Meschkow-Chalipow, S. 396.

4) s. hierzu Barsegow, S. 169.

5) s.o.S. 258, G II, 1a.

Wunsch der unter polnischer Herrschaft befindlichen Ukrainer und Weißrussen nach Angliederung an die entsprechenden Sowjetrepubliken¹⁾ vermögen nichts daran zu ändern, daß die Sowjetregierung bis 1939 den Rigaer Frieden vorbehaltlos anerkannte²⁾. Soweit behauptet wird³⁾, die UdSSR habe die Forderung nach Wiederherstellung der Curzon-Linie als Grenze zu Polen niemals aufgegeben⁴⁾, mag das ein geheimer Wunsch der Sowjetregierung gewesen sein, es war aber kein erklärtes Ziel der sowjetischen Außenpolitik.

b) Die Bewertung der Ereignisse im Herbst 1939.

Das deutsch-sowjetische geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 wird bis heute von der sowjetischen Geschichtsschreibung und Völkerrechtslehre überhaupt nicht, der deutsch-sowjetische Grenzvertrag vom 28. September 1939 wird nur in einer nichtsowjetischen Quelle erwähnt⁵⁾. Die sowjetischen Begründungen der Ereignisse im Herbst 1939 folgen etwa der in der Note vom 17. September 1939 gewählten Argumentation⁶⁾ und wenden sich dann sogleich den "Wahlen" zu den Volksversammlungen zu. Zum Einmarsch der Roten Armee wird überdies behauptet, er sei wegen des drohenden Vorrückens deutscher Truppen in diese Gebiete erfolgt⁷⁾.

1) vgl. Nasarenko, S. 461; Goguel, S. 863/864.

2) vgl. hierzu auch Woolsey, The Polish Border Question, AJIL vol. 38 (1944), p. 441-448 (444/445).

3) Goguel, S. 863/864.

4) die sie in Wirklichkeit bis 1939 wegen des polnischen Verhaltens niemals war.

5) s. die kommentarlose Erwähnung in der sowjetzonalen Darstellung bei Goguel ebda.

6) s. Anhang Nr. 13.

7) vgl. im einzelnen Iwaschin, Der Beginn des zweiten Weltkrieges und die Außenpolitik der UdSSR, S. 7/8; ders. in: Internationale Beziehungen und die Außenpolitik der UdSSR, S. 139; die militärischen Argumentation überwiegt auch in Geschichte der Weißrussischen SSR, Bd. II, S. 383.

Die völkerrechtliche Rechtfertigung der Angliederung folgt dagegen den Regeln des Selbstbestimmungsrechts und der damit verbundenen "historischen Rechte" und stützt sich auf die Wahlkampagne, die "Wahlen" selbst und die Entscheidung der beiden Volksversammlungen als den maßgebenden Willensbekundungen der von der künftigen Gebietsveränderung betroffenen Bevölkerung. Der ausschlaggebende Rechtsakt wird dabei in den Resolutionen der Volksversammlungen gesehen, in denen um die Aufnahme der Gebiete in die UdSSR angesucht wurde¹⁾.

Die Mehrzahl der sowjetischen Autoren ist dagegen in der Bezeichnung des maßgebenden Willensaktes ungenauer. So wird behauptet, es habe ein "Plebiszit auf breiter demokratischer Grundlage stattgefunden"²⁾, was nicht zutrifft, es sei denn, man sieht mit Babij³⁾ die Wahlen "ihrem Wesen nach" als Plebiszit an. In Wirklichkeit fanden aber "Wahlen" zu gesetzgebenden Körperschaften statt, die sich, wie die Erlasse von Nationalisierungs- und Bodenreformbeschlüssen zeigen, v o r der erst mit den Beschlüssen der Obersten Sowjets der UdSSR und der Ukrainischen und Weißrussischen SSR vollzogenen staatsrechtlichen Angliederung auch mit anderen Fragen beschäftigten. Daß bereits während der Wahlkampagne jedermann wußte, welche grundlegende Entscheidung die erst zu wählenden Versammlungen treffen sollten, mag, wenn man so will, den Wert der Aufnahmegesuche an den Obersten Sowjet der UdSSR erhöhen; eine rechtliche Bedeutung hatten Wahlkampagne und Wahlakt jedoch nicht.

Die "Schönheitsfehler" beim Zustandekommen der "freien" Willensentscheidung⁴⁾ werden jedoch von der sowjetischen

1) Barsegow, S. 170/171; Nasarenko, S. 465.

2) Janowski, S. 34; Molodzow im Akademielehrbuch, S. 185 berichtet von einer "frei durchgeführten Volksabstimmung (Plebiszit)".

3) Babij, S. 24.

4) Wyschinskij-Losowski, Bd. I, Sp. 784.

Völkerrechtslehre nicht gewertet: die Anwesenheit der Roten Armee, ihre Einflußnahme und die sowjetischer Parteiorganisationen auf die provisorischen Verwaltungen und die Wahl-Organisationskomitees¹⁾. Gerade hierin liegt aber der krasse Verstoß gegen die Leninschen Grundsätze nationaler Selbstbestimmung, 'die einen Truppenabzug und die Errichtung provisorischer Verwaltungen aus der ihr Selbstbestimmungsrecht ausübenden Bevölkerung vorsehen²⁾. Überdies wurde die "Selbstbestimmungskampagne" auch in Gebieten abgehalten, die bei Bialystok und Przemysl weit westlich der auch von der UdSSR als ethnische Grenze anerkannten Curzon-Linie lagen³⁾ und unzweifelhaft polnisches nationales Territorium darstellten.

Kehrten die ehemals ostpolnischen Gebiete nach sowjetischer Ansicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes zurück, so beseitigte ihre Angliederung gerade an die Ukrainische bzw. Weißrussische SSR gleichzeitig das "historische Unrecht" von Riga⁴⁾.

Ein Teil des nationalen Territoriums, das von den Zeiten der Kiewer Rus' bis zum Zarenreich in dessen Verband, dann erst recht in Form der nach 1917 gegründeten Ukrainischen und Weißrussischen Sowjetrepubliken mit "Zustimmung seiner Bewohner" ein staatliches Ganzes bildete, wurde gegen den Willen der Bevölkerung als Folge von Gewalt Polen als einem fremdnationalen Staat einverleibt und wird nunmehr bei Achtung des Selbstbestimmungsrechtes dem von der Mehrheit der Nation getragenen Staat wiedergegeben.

-
- 1) s.o.S. 261-263, G II, 2b und die dort zitierten sowjetischen Quellen.
 2) s.o.S. 109, C II, 2c.
 3) das räumen sogar Wyschinskij-Losowskij ebda., ein.
 4) Barsegow, S. 171; Wyschinskij-Losowskij ebda.; Babij, S. 19; Nasarenko, S. 461.

Die Problematik der mit Vorkriegspolen abgeschlossenen Verträge wurde von der sowjetischen Völkerrechtslehre auf der Grundlage der Note vom 17. September 1939 ¹⁾ umgangen, wonach diese Verträge wegen des Zerfalls des polnischen Staates ihre Gültigkeit verloren hätten ²⁾. In Wirklichkeit amtierte die polnische Regierung im französischen, dann im Londoner Exil weiter, wo die Sowjetregierung im Sommer 1941 mit ihr wieder diplomatische Beziehungen aufnahm, obwohl in Bezug auf den "Zerfall des polnischen Staates" dieselbe Lage wie im Herbst 1939 bestand.

c) Der Vertrag vom 16. August 1945.

Dieser Vertrag gab nur noch die äußere Form für die bereits im Herbst 1939 auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes und der "historischen Rechte" gefallenen Entscheidung ab, die inzwischen in Teheran und Jalta auch von den angelsächsischen Verbündeten der UdSSR gebilligt worden war; er ist die "vertragliche Bestätigung" der Beseitigung des historischen Unrechts von 1921 ³⁾. Nachdem bereits die Sowjetnote vom 11. Januar 1944 ⁴⁾ die Korrektur der sowjetischen Erwerbungen von 1939 in enger Anlehnung an die Curzon-Linie angekündigt hatte, ohne aber an diesen Erwerbungen im Grundsatz etwas zu ändern, geht die auch in den Vertragstext aufgenommene ⁵⁾, offizielle Lesart dahin, hier seien beträchtliche Abtretungen zugunsten Polens durch die UdSSR erfolgt ⁶⁾.

1) s. Anhang Nr. 13.

2) vgl. Wyschinskij-Losowskij, Bd. I, Sp. 784, Bd. II, Sp. 511; s. auch Wyschinskij in "Fragen der Rechts- und Staatstheorie", S. 147, der im Herbst 1939 einen geradezu haßerfüllten Abriß der polnischen Geschichte gab, die Rolle Polens in der Geschichte als "kühne Dummheiten" bezeichnete und die Existenzberechtigung eines polnischen Staates als von nur temporärer Bedeutung ansah.

3) so Durdenewskij, Das Sowjetterritorium seit dreißig Jahren in den Akten des Völkerrechts, SGiP 1947, Nr. 12, S. 61; ähnlich Barsegow, S. 171, 176/177; vgl. auch Wyschinskij-Losowskij, Bd. I, Sp. 785.

4) s. Anhang Nr. 17.

5) s. Anhang Nr. 20.

6) vgl. Generalow, SGiP 1950, Nr. 7, S. 90; Barsegow, S. 177; Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, Sp. 719/720.

4. Zur Argumentation der polnischen bzw. exilpolnischen Regierung; nichtkommunistische Stellungnahmen zur Rückgliederung.

Wenn im folgenden vom polnischen Standpunkt gesprochen wird, so ist damit die Einstellung der bis zum September 1939 in Polen amtierenden Regierung und ihrer Rechtsnachfolgerin im Exil gemeint; die heutige, kommunistische Regierung Polens folgt der sowjetischen Argumentation¹⁾.

Die Stärke des polnischen Standpunktes besteht darin, daß - wie es auch in den Verlautbarungen am 17. September 1939 zum Ausdruck kam²⁾ - das sowjetische Vorgehen in Ostpolen unter Bruch der eingegangenen Verträge³⁾ erfolgte und schon aus diesem Grunde völkerrechtswidrig war. Dem folgen auch zahlreiche nichtpolnische Autoren zu Recht⁴⁾. Darüber hinaus stellte das sowjetische Vorgehen angesichts einer intakten, den polnischen Staat repräsentierenden und international anerkannten Regierung, über deren Willen man sich mit dem Truppeneinmarsch, kurzen Kampfhandlungen, militärischer Besetzung und der Abhaltung einer Selbstbestimmungs- und Loslösungskampagne hinwegsetzte, eine Annexion dar⁵⁾.

Aus dem polnisch-sowjetischen Abkommen vom 30. Juli 1941 darf jedoch nicht auf eine neue sowjetische Garantie für den polnischen Gebietsstand vom 17. September 1939 geschlossen werden. Die Kraftloserklärung der betreffenden deutsch-sowjetischen Verträge in Artikel 1 des Vertrages⁶⁾ hatte

1) s. Anhang Nr. 18 und "Fünf Jahre Volkspolen", S. 59, 94-97.

2) s. Anhang Nr. 14.

3) s.o.S. 258, 259, G II, 1.

4) vgl. im einzelnen Carman, S. 19; Shotwell-Laserson, S. 24/25; Woolsey, AJIL vol. 38 (1944), p. 447.

5) so zutreffend Langer, S. 280; ähnlich Rabl ebda, S. 117.

6) vgl. Anhang Nr. 16.

nicht ein Wiederaufleben der Grenze von Riga zum Inhalt, sondern ließ die Frage der künftigen polnisch-sowjetischen Grenze offen. Die polnische Erklärung vom 5. Januar 1944, die sowjetischen Truppen hätten "Polens Grenze" - nach dem Stand vom 17. September 1939 - überschritten¹⁾, war mit- hin einseitig und hatte in diesem Vertrag keine Grundlage.

Die Schwäche des polnischen Standpunktes lag dagegen ein- mal in den "historischen Rechten" Polens, die man nament- lich der Grenzregelung im Rigaer Frieden zugrundegelegt hatte²⁾. Dieser Gesichtspunkt war, wie bereits ausgeführt³⁾, nach sowjetischem Völkerrechtsdenken unhaltbar und hat auch in der nichtsowjetischen Literatur keine Unterstützung ge- funden⁴⁾. Auch der polnische Hinweis auf die Kraftloserklä- rung der Teilungsverträge und die Zuerkennung des Selbst- bestimmungsrechtes an Polen⁵⁾ durch Sowjetrußland im Herbst 1918 muß fehlgehen, denn damit konnte schon nach leninisti- scher Auffassung nur die Bildung eines polnischen National- staates auf polnischem nationalen Territorium gemeint sein.

Die größte Schwäche des polnischen Standpunktes muß aber in seiner Verwundbarkeit gegenüber der sowjetischen Argu- mentation mit dem Selbstbestimmungsrecht und darauf aufbau- end mit den ukrainischen und weißrussischen "historischen Rechten" gesehen werden. In dem sich seit 1939 hinziehenden Notenkrieg mit der UdSSR hat die polnische Regierung es auch vermieden, hierauf einzugehen, sieht man von dem Pro- test vom 21. Oktober 1939 gegen die Durchführung von "Volks-

1) s. Alius, S. 61.

2) vgl. polnisches Weißbuch, S. 284, und Anhang Nr. 9; s. auch oben S. 256-258, G II, 1.

3) s.o.S. 267-268, G II, 3a.

4) vgl. allenfalls v. Puttkamer in Strupp-Schlochauer, Bd. I, S. 304; die ostpolnischen Gebiete, namentlich um Lemberg und Wilna, seien jahrhundertlang "von Po- len politisch und kulturell geprägt".

5) Anhang Nr. 9.

abstimmungen" während der militärischen Besetzung ab¹⁾. Exilpremier Mikolajczyk stützte im August 1942 gegenüber Präsident Roosevelt seine Einwände gegen die Curzon-Linie als polnisch-sowjetische Grenze auf wirtschaftliche Gründe²⁾. Allerdings konnte die polnische Regierung sich bei ihrem Wunsch' nach Wiederherstellung der Grenze von 1921 auch kaum auf die Sympathien der davon betroffenen Ukrainer und Weißrussen stützen, denen gegenüber die Politik Vorkriegspolens mit kultureller Unterdrückung, Strafexpeditionen namentlich gegen aufsässige ukrainische Dörfer und religiöser Majorisierung zu unklug und intolerant gewesen war³⁾. Zumindest bei den Ukrainern mußten ohnehin ein starkes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl und ein ausgeprägter Widerwille gerade gegen polnische Herrschaft in Rechnung gestellt werden.

Der wirkliche Wille der Bewohner Ostpolens in Bezug auf ihre staatliche Zugehörigkeit im Herbst 1939 ist unbekannt⁴⁾. Die Wahlkampagne, die Wahlen und die Beschlüsse der Volks-

-
- 1) vgl. Polnisches Weißbuch, S. 249, Dokument Nr. 183; der Protest war nach geltendem Völkerrecht gerechtfertigt. Hierauf und auf die in der Tat jeder freien Wahl hohnsprechenden Begleiterscheinungen der Kundgebungen im Herbst 1939 stützt sich allein auch Bonatt, S. 392/393 bei seiner mit Recht ablehnenden völkerrechtlichen Bewertung der Vorgänge; er übersieht jedoch die sowjetische, schon damals erkennbare Stützung der Wahlkampagne auf das Selbstbestimmungsrecht der nichtpolnischen Majoritäten, von denen nur als "polish citizens" die Rede ist.
- 2) vgl. Mikolajczyk, S. 60/61.
- 3) vgl. im einzelnen Kolarz, S. 163; Shotwell-Laserson, S. 23, 38, 47; Rabl, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, S. 117/118 m.w.Nachw.
- 4) Kolarz ebda., meint, der Wille der Bevölkerungsmehrheit sei gegen, Shotwell-Laserson, S. 24, meinen, er sei trotz allem, außer in Lemberg und Wilna, für die Angliederung an die UdSSR gewesen.

versammlungen stellten jedenfalls nach unserer Auffassung, wenn man einmal das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage territorialer Veränderungen anerkennt, keine freie, ungehinderte Willenskundgebung dar, wie sich schon aus dem obenstehenden Bericht ergibt. Diese Ereignisse scheiden nach nichtsowjetischer, zutreffender Auffassung als Rechtsgrundlage für einen völkerrechtsgemäßen Gebietserwerb durch die UdSSR aus¹⁾.

Der Erwerb wird dagegen durch den Vertrag vom 16. August 1945 legitimiert und hat seitdem seine Völkerrechtswidrigkeit verloren²⁾, auch wenn der Vertrag nur die in Jalta bereits politisch geschaffene Lage rechtlich bestätigt³⁾. Der auch hier vorgebrachte Einwand von Rabl⁴⁾ gegen die Legitimation der mehrheitlich aus Kommunisten zusammengesetzten polnischen Regierung scheint uns wegen deren Anerkennung am 5. Juli 1945 auch durch die Westmächte nicht begründet zu sein.

1) vgl. im einzelnen v. Puttkamer ebda.; Carman, S. 158; Rabl, Die gegenwärtige völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete, S. 116/117, der eine "per consensus inter alios" Polen nicht bindende, durch die deutsch-sowjetischen Abkommen begründete sowjetische Hoheit 1939-41 annimmt; Bonatt, S. 392/393; a.A. Faust, S. 150, unter Berufung auf die durch den Rigaer Frieden in Ostpolen herbeigeführte ethnische Lage.

2) Carman, S. 79/80; Langer, S. 280.

3) v. Puttkamer ebda.

4) Rabl ebda., S. 117.

III. Der polnisch-sowjetische Gebietsaustauschvertrag vom 15. Februar 1951 als Beispielsfall für Gebietsveränderungen aus wirtschaftlichen Gründen und zwischen Staaten des "sozialistischen Lagers".

1. Tatsächlicher Hergang.

Am 22. Mai 1951 erschienen in der sowjetischen Presse Verlautbarungen über einen bereits am 15. Februar desselben Jahres zwischen der UdSSR und der Volksrepublik Polen vereinbarten Austausch von Staatsgebiet im mittleren Abschnitt der polnisch-sowjetischen Staatsgrenze¹⁾. Nach dem Vertrag²⁾ handelt es sich dabei um ein 480 qkm großes, nördlich von Lemberg und östlich von Tomaszow gelegenes Gebiet aus der Wojewodschaft Lublin, das die Sowjetunion erhielt, und um ein gleich großes, östlich von Lemberg und südlich von Przemyśl gelegenes Landstück aus dem Gebiet (Oblast') Drogobytsch (poln. Drohobycz), das an Polen ging. Nach den Zeitungsberichten erfolgte der Austausch auf polnisches Bitten.

2. "Wirtschaftliche Gründe" des Erwerbs.

In der Präambel und in den Artikeln des Vertrages fehlt jede Begründung für den Austausch. Nach den Berichten der Presse und sowjetischer Völkerrechtler³⁾ war der Rechtsgrund des beiderseitigen Gebietserwerbs die "wirtschaftliche Gravitation dieser Gebiete mit den angrenzenden Bezirken der UdSSR und Polens"⁴⁾. Polen gelangte in den Besitz einiger Oelfelder und einer Raffinerie bei Ustrzyki Dolne, während die UdSSR durch den Austausch die Bahnli-

1) vgl. S. 2 der "Prawda" vom 22. Mai 1951.

2) Vertragssammlung Nr. 565, Band XIV, S. 154/155; Anhang Nr. 21.

3) vgl. Molodtsov im Akademielexikon, S. 187; Barsegov, S. 138.

4) "Prawda" ebda.

nien Rawaruska-Kowel und Lemberg-Kowel, die nach der Grenzziehung von 1945 teilweise über polnisches Gebiet führten, in ihrer ganzen Streckenführung bekam.¹⁾.

Die nach dem Austauschvertrag neu gezogene Grenze entspricht der namentlich von Barsegow²⁾ aufgestellten Forderung nach Berücksichtigung der ökonomischen Bedürfnisse historisch als wirtschaftliches Ganzes gewachsener Gebiete. Hier wurde die 1945 in ihren lokalen Einzelheiten oft schematisch gezogene und nur den ethnischen Gegebenheiten folgende Grenze revidiert³⁾. Durch den Austausch flächenmäßig gleich großer Gebiete ist wenigstens dem ersten Anschein nach der souveränen Gleichheit beider Parteien Genüge getan worden. Ob dadurch auch die wirtschaftlichen Interessen beider Seiten in gleichem Maße geachtet wurden, bleibt offen. Rhode meint⁴⁾, die Erlangung beider Bahnlinien in ihrer ganzen Streckenführung sei für die UdSSR ein echter wirtschaftlicher Vorteil gewesen, während die nur unbedeutenden Oelvorkommen von Ustryzki Dolne für Polen wirtschaftlich keine Rolle gespielt hätten. Rechtliche Einwände gegen ein solches, etwa bestehendes Mißverhältnis ließen sich zwar gerade aus der sowjetischen Völkerrechtslehre ableiten, die die "ungleichen Verträge" ablehnt⁵⁾, sie sind jedoch hier nie erhoben worden. Es ist daher davon auszugehen, daß der polnisch-sowjetische Gebietsaustauschvertrag den von der sowjetischen Völkerrechtslehre aufgestellten Erfordernissen von Gebietsveränderungen mit wirtschaftlichen Erwägungen als Rechtsgrund entspricht.

1) vgl. zu den wirtschaftlichen Einzelheiten Rhode, Polnisch-sowjetischer Gebietsaustausch, Zeitschrift für Geopolitik, XXII. Jahrg. 1951, S. 443-444 (S. 444), der die Erlangung der Bahnlinien durch die UdSSR für den wichtigsten Grund des Austausches hält.

2) Barsegow, S. 137.

3) wie auch die Präambel des Vertrages erkennen läßt; Vertragssammlung ebda., und Anhang Nr. 21.

4) Rhode, S. 444.

5) Koshewnikow im Akademielehrbuch, S. 247.

3. Der Erwerb als Anwendungsfall des Völkerrechts "neuen Typs".

Eine Würdigung des Vertrages unter dem Gesichtspunkt des "Völkerrechts neuen Typs" wird dadurch erschwert, daß die UdSSR außer dem vorliegenden noch keine weiteren Gebietsaustauschverträge geschlossen hat. Zum Vergleich kann jedoch eine andere Gebietsveränderung aus wirtschaftlichen Gründen herangezogen werden, bei der das sowjetische Staatsgebiet sogar einseitig gemindert wurde: die sowjetisch-afghanische Grenze wurde 1926 bzw. 1946 im Bereich des Amu-Darja zum ausschließlichen wirtschaftlichen Vorteil Afghanistans so abgeändert, daß diesem die Flußinsel Urta-Tugai übergeben und es durch Verschiebung der Grenzlinie zur Flußmitte den Amu-Darja zur Schifffahrt und Bewässerung nutzen darf¹⁾.

Afghanistan ist noch heute ein Staat mit halbfeudaler Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es erstaunt daher, daß die Sowjetunion sich hier zu einer einseitigen Gebietsminderung herbeiließ, während sie gegenüber Polen, das nach den sowjetischen Quellen den Anstoß zum Vertrag von 1951 gegeben hatte und das demnach von den wirtschaftlichen Folgen der bis dahin geltenden Grenzziehung mehr als die UdSSR gedrückt wurde, durch einen auf den Quadratkilometer genau berechneten Tausch der Bitte des sozialistischen Nachbarlandes nachkam. Der Grundsatz der brüderlichen Hilfe, sonst eine der Leitideen des sozialistischen Internationalismus²⁾, scheint hier in einer nicht gerade auffallenden Weise berücksichtigt worden zu sein.

Auch der Vertragstext nimmt nicht auf etwaige neue völkerrechtliche Grundsätze Bezug. Während die einzelnen Artikel

1) vgl. hierzu die Darstellung bei Barsegow, S. 138.

2) s.o.S. 76, B II, 5b.

die sachlichen Einzelheiten des Austausches regeln, wird in der Präambel allein von einer "teilweisen Änderung und Ergänzung" des Vertrages über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze vom 15. August 1945 gesprochen; dort konnte wegen der seinerzeitigen, noch ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen erst recht nicht vom sozialistischen Internationalismus und den nach dem "Völkerrecht neuen Typs" geregelten Beziehungen die Rede sein.

Auch in den sowjetischen Darstellungen, die den Vertrag von 1951 im einzelnen behandeln¹⁾, fehlt jeder Hinweis auf dessen rechtstheoretische Andersartigkeit. Allein Molodzew²⁾ bezeichnet den Vertrag als mustergültig für die von der UdSSR und den Volksdemokratien geübte Gebietsübergabepaxis, für die Achtung der Völkerrechtsnormen und die Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen, erwähnt aber auch nicht das "Völkerrecht neuen Typs". Im übrigen lassen sich die anderen Eigenheiten dieses Musterbeispiels auch bei den gebietsrechtlichen Vereinbarungen der UdSSR mit dem halbfeudalen Afghanistan feststellen.

Der polnisch-sowjetische Gebietsaustauschvertrag von 1951 weist mithin keine Besonderheiten auf, die ihn als einen gebietsrechtlichen Fall der angeblich andersartigen völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten erscheinen lassen. Er ist eine auf dem Rechtsgrund wirtschaftlicher Erwägungen beruhende gegenseitige Zession, wie sie auch im Völkerrecht des westlichen Rechtskreises manchmal vereinbart wird. Da andere Gebietsveränderungen unter sozialistischen Staaten bisher noch nicht erfolgten, ist insoweit das vom sozialistischen Internationalismus geprägte "Völkerrecht neuen Typs" bisher nur von theoretischer Bedeutung.

¹⁾ vgl. im einzelnen Barsegow, S. 138; Janowski, S. 38.

²⁾ Molodzew im Akademielehrbuch, S. 186/187.

IV.

Der finnisch-sowjetische Konflikt 1939/40, 1941-1944/1947 als Beispiel für Gebietserwerb aus militärischen Erwägungen und als Folge eines gewonnenen Krieges auf friedensvertraglichem Wege.

1. Tatsächlicher Hergang.

- a) Die Ereignisse bis zum Abbruch der finnisch-sowjetischen Verhandlungen am 13. November 1939.

Um die Jahreswende 1917/1918 erkannte Sowjetrußland die staatliche Unabhängigkeit der Republik Finnland an. Bis dahin war Finnland seit 1809 ein staatsrechtlich mit dem Zarenreich vereinigt Großfürstentum mit eigener Verwaltung und genau festgelegten territorialen Grenzen zum übrigen Rußland gewesen¹⁾. Die finnisch-russische Grenze bestand auf der karelischen Landenge im Westteil seit 1323, im Ostteil seit 1618 mit einer 1864 bei Rajajoki gegen das Versprechen territorialer Kompensation an der Eismeerküste zugunsten Rußlands vollzogenen, geringfügigen Änderung; nördlich des Ladogasees war die Grenze seit 1618, noch nördlicher schon seit 1595 unverändert.

Dennoch kam es zum Ausbruch von Feindseligkeiten mit der Sowjetunion, die erst im Friedensvertrag von Dorpat (russ. Jurjew) am 14. Oktober 1920 beigelegt wurden. Der am 1. Januar 1921 in Kraft tretende Vertrag bestätigte die alten Grenzen als nunmehrige sowjetisch-finnische Staatsgrenze mit der einen Änderung, daß die Sowjetunion an Finnland das Gebiet von Petsamo (russ. Petschenga) und die Hälfte der Fischer-Halbinsel abtrat und diesem so einen Zugang zum Eismeer ermöglichte. Finnland wertete das als Einlösung des Kompensationsversprechens von 1864 und als Entschädigung

¹⁾ vgl. hierzu und zum folgenden Finnisches Blau-Weiß-Buch, S. 1-3.

für eine 1826 vorgenommene russisch-norwegische Grenzregulierung, durch die es einen seinerzeit bestehenden Zugang zum Eismeer verloren hatte¹⁾. Die Sowjetunion dagegen betrachtete diese Änderung als "freiwillige Abtretung" und hat die finnische Kompensations- und Entschädigungsbegründung nicht übernommen²⁾. Finnland verpflichtete sich im Dorpater Frieden zu Befestigungsbeschränkungen auf der karelischen Landenge und einigen Inseln im finnischen Meerbusen und zur Haltung nur kleiner Kriegsschiffe in Petsamo³⁾.

In dem am 21. Januar 1932 geschlossenen, durch Protokoll vom 7. April 1934 bis zum 31. Dezember 1945 verlängerten finnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde die Unverletzlichkeit der im Dorpater Frieden vereinbarten Grenze bestätigt⁴⁾.

Im Herbst 1939 leitete die UdSSR mit Finnland Verhandlungen mit dem Ziel ein, die finnisch-sowjetische Grenze zu revidieren und, zum Teil pachtweise, auf finnischem Gebiet Flottenstützpunkte zu erlangen. Ein sowjetisches Memorandum vom 14. Oktober 1939⁵⁾ präziserte die sowjetischen Gebietswünsche auf den westlichen Teil der karelischen Landenge und die finnische Hälfte der Fischer-Halbinsel am Eismeer. Zur Entschädigung wurde ein flächenmäßig etwa doppelt so großes, an Mittelfinnland angrenzendes Gebiet um Repola und Polajärvi angeboten. Zur Begründung wurden Erfordernisse der Ver-

-
- 1) vgl. Finnisches Blau-Weiß-Buch, S. 2; Rotholz, Finnlands völkerrechtliches Schicksal seit 1917, Archiv des Völkerrechts, Bd. I 1948/49, S. 450-470 (S. 455); die diese Bewertung nicht berücksichtigende Bemerkung von Dallin, S. 115, Petsamo habe vor 1918 niemals zu Finnland gehört, trifft zwar für sich betrachtet zu, ist aber so mißverständlich.
 - 2) vgl. Potjomkin-Minz, S. 117, und Art 2 des Friedensvertrages von 1947, Anhang Nr. 26.
 - 3) Finnisches Blau-Weiß-Buch, S. 3.
 - 4) Texte ebda., S. 22, Dokument Nr. 1, S. 32/33, Dokument Nr. 4; s. auch Rotholz, S. 462.
 - 5) Text ebda., S. 45-47, Dokument Nr. 13; Anhang Nr. 22.

teidigung Leningrads schon an der Einfahrt in den Finnischen Meerbusen, im Falle der Fischer-Halbinsel die dortige "künstliche" und "ungeschickte" Grenzziehung angegeben¹⁾. Die finnische Regierung widersetzte sich diesen Vorschlägen, namentlich der vorgesehenen Abtretung der wirtschaftlich wichtigen und dicht besiedelten Gebiete auf der karelischen Landenge und der Verpachtung von Hangö, und wies in ihrer Antwort auf ein zweites, drängenderes sowjetisches Memorandum vom 23. Oktober 1939²⁾ auch auf die militärischen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten des angebotenen Ersatzes bei Mittelfinnland hin³⁾; sie gab zugleich ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Berücksichtigung der sowjetischen Verteidigungsinteressen zu erkennen. Im Laufe der Verhandlungen⁴⁾ waren die Finnen schließlich zur Erfüllung aller sowjetischen Gebietswünsche bereit, sie widersetzten sich nur der Verpachtung von Hangö, das ihnen für die eigene Sicherheit als Tor zum Finnischen Meerbusen unerläßlich erschien. Da die UdSSR jedoch auch hierauf beharrte, wurden die Verhandlungen am 13. November 1939 abgebrochen.

b) Die Friedensverträge von 1940, 1944/1947.

Am 28. November 1939 kündigte die Sowjetregierung fristlos den finnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, nachdem es zwei Tage vorher zu einem sowjetischerseits inszenierten Grenzzwischenfall unter dem Einsatz von Artillerie bei Mainila gekommen war⁵⁾. Am 30. November 1939 eröffnete die

1) s. Anhang Nr. 22.

2) Text im Finnischen Blau-Weiß-Buch, S. 50/52, Dokument Nr. 15.

3) Finnisches Memorandum vom 3.11.1939, Blau-Weiß-Buch, S. 61/62, Dokument Nr. 18; Anhang Nr. 23.

4) Eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen findet sich bei Makarow, Der sowjetrussisch-finnische Konflikt, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 10. Jahrg. (Bd. X), 1940, S. 294-331 (S. 294-301).

5) vgl. v. Harpe, S. 11; Makarow, S. 302/303.

UdSSR die Feindseligkeiten mit einem Angriff von 30 Divisionen und Bombenangriffen auf Helsinki¹⁾. Zugleich wurde durch finnische Kommunisten unter dem Moskauer Emigranten Otto Kuusinen in dem von der Roten Armee eingenommenen Grenzzort Terijoki eine "Finnische Demokratische Republik" ausgerufen, deren Regierung die Regierung in Helsinki für abgesetzt erklärte und am 2. Dezember 1939 mit der UdSSR einen Beistands- und Freundschaftsvertrag abschloß²⁾. Darin wurden die sowjetischen Gebietswünsche voll befriedigt, jedoch sollte der neue "Staat" hierfür die karelistisch besiedelten Gebiete Sowjetkareliens erhalten. Nachdem die Regierung in Helsinki auf Grund der sowjetischen Übermacht im Frühjahr 1940 Friedensverhandlungen mit der UdSSR einleiten mußte, wurden dieser Vertrag wie auch die "Finnische Demokratische Republik" nicht mehr erwähnt.

Die territorialen Bestimmungen des Moskauer Friedensvertrages vom 12. März 1940 erlegten Finnland die Abtretung der gesamten karelistischen Landenge, ferner des Gebietes am Nordufer des Ladogasees, der Gegend um Kuolajärvi im nördlichen Mittelfinnland, der finnischen Hälfte der Fischer-Halbinsel, einiger Inseln im Finnischen Meerbusen und die langfristige Verpachtung von Hangö auf³⁾. Es gelang Finnland jedoch, das Gebiet von Petsamo zu behalten.

1941 nahm Finnland an der Seite Deutschlands am Einfall in die Sowjetunion teil. Es eroberte die 1940 abgetretenen Gebiete zurück, die es sich wieder angliederte, und darüber hinaus einen Teil Ostkareliens; seine weitere Teilnahme am Krieg beschränkte sich auf die militärische Sicherung dieser Gebiete⁴⁾. Nach der Offensive der Roten Armee im Sommer 1944 mußte Finnland am 19. September 1944 mit der UdSSR und

1) s. v. Rauch, S. 291; Makarow, S. 305.

2) Text bei v. Harpe, S. 11-13; s. Anhang Nr. 24; vgl. auch ausführlich hierzu Makarow, S. 305-307.

3) Text s. Anhang Nr. 25; vgl. auch Rotholz, S. 466/467.

4) v. Harpe, S. 15.

deren Alliierten, soweit diese sich ebenfalls mit Finnland im Krieg befanden, einen Waffenstillstand abschließen, der den Friedensvertrag vom 12. März 1940 und dessen Gebietsregelungen wieder in Kraft setzte. Darüber hinaus mußte Finnland das Petsamo-Gebiet an die UdSSR abtreten und statt Hangö das Territorium von Porkkala-Udd in der Nähe von Helsinki und die umliegenden Gewässer langfristig verpachten¹⁾.

Der endgültige Friedensvertrag wurde am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichnet²⁾. Seine territorialen Bestimmungen bestätigten die Regelungen des Waffenstillstandes. Außerhalb des Vertrages hatte sich die UdSSR noch kurz vorher am 3. Februar 1947 ein 176 qkm großes Gebiet an der Einmündung des Pasvik in den Inari-See in Lappland mit einem dort befindlichen Kraftwerk verkaufen lassen³⁾.

2. Würdigung des sowjetischen Austauschvorschlages als vorgesehene vertragliche Gebietsveränderung aus militärischen Erwägungen.

Obwohl der sowjetische Vorschlag vom Herbst 1939 zu keiner aus militärischen Erwägungen vereinbarten Gebietsveränderung führte, kann er doch als Fall des (geplanten) Gebietserwerbs aus militärischen Gründen angesehen werden, dessen Voraussetzungen die sowjetische Völkerrechtslehre später entwickelt hat⁴⁾.

Die militärischen Gründe ergeben sich zum großen Teil bereits aus dem sowjetischen Memorandum vom 14. Oktober 1939⁵⁾: Die Sicherheit Leningrads und Kronstadts besser als bisher

1) das Gebiet von Porkkala-Udd wurde am 26. Januar 1956 vorfristig zurückgegeben.

2) auszugsweiser Text Anhang Nr. 26.

3) v. Harpe, S. 17/18.

4) s.o.S. 193 ff., D IV, 4.

5) s. Anhang Nr. 22.

vor Beeinträchtigungen von See her zu schützen durch Abriegelung des Finnischen Meerbusens schon an seinem Eingang und vor Angriffen zu Lande und aus der Luft zu bewahren, da die finnische Grenze nur 32 km von Leningrad entfernt war. Dabei hatte die Sowjetregierung nicht so sehr einen plötzlichen Überfall von Seiten Finnlands auf Leningrad im Auge als vielmehr die Möglichkeit eines deutschen Einfalles auf dem Wege über ein verbündetes oder besetztes Finnland¹⁾. Die in der Rückschau von sowjetischen Autoren aufgestellte Behauptung, Finnland sei zu dieser Zeit bereits "mit Hilfe des faschistischen Deutschlands in einen fertigen Aufmarschplatz zum Überfall auf die Sowjetunion umgewandelt worden"²⁾, entbehren allerdings jeder Grundlage. Tatsächlich hatte sich Finnland gerade im Mai 1939 dem Abschluß eines zweiseitigen Nichtangriffspaktes mit Deutschland, der leicht den Auftakt zu engeren Bindungen hätte darstellen können, wohl gerade mit Rücksicht auf seinen östlichen Nachbarn widersetzt³⁾. Immerhin wird man in Anbetracht des deutschen Verhaltens in den Jahren 1938/39 gegenüber seinen östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten und in Anbetracht des Ausbruches des zweiten Weltkrieges ein gewisses sowjetisches Sicherheitsinteresse im Leningrader Raum für berechtigt halten müssen⁴⁾.

Hiermit hatte allerdings der sowjetische Wunsch nach Revision der Grenze auf der Fischer-Halbinsel nichts zu tun. Es ist unerfindlich, warum die im Dorpater Frieden 1920 von der UdSSR selbst vereinbarte und auch unter anderen Stärkeverhältnissen 1932 und 1934 noch bestätigte Grenze an dieser Stelle plötzlich "ungeschickt und künstlich gezogen" sein sollte, zumal die UdSSR gemäß ihrem Austauschvorschlag am Zugang Finnlands zum Eismeer im Grundsatz nichts zu ändern beabsichtigte.

1) vgl. Beloff, S. 304/305.

2) Barsegow, S. 152; ähnlich Iwaschin, S. 10, der auch eine eigene finnische Überfallbereitschaft behauptet.

3) Beloff ebda.

4) das auch Beloff ebda., und Dallin, S. 113 anerkennen.

Bejaht man also im Falle der karelischen Landenge sowjetische "anzuerkennende" militärische Gründe für eine Gebietsveränderung, so ist zu fragen, ob der Austauschvorschlag, wie er sich im Memorandum vom 14. Oktober 1939 darstellt, den von der sowjetischen Völkerrechtslehre aufgestellten Voraussetzungen für die Völkerrechtsgemäßheit solcher Territorialveränderungen entsprach. Da es sich um die Übergabe von einzelnen Stücken jeweils fremden Staatsgebiets handelte, durfte auf die Stellung der Selbstbestimmungsfrage verzichtet werden, zumal, wenn im übrigen der souveräne Staatenwille, die souveräne Gleichheit und damit auch der beiderseitige Vorteil der Parteien - also die üblichen Grundvoraussetzungen völkerrechtlicher Verträge - beachtet wurden¹⁾. Tatsächlich hat die Sowjetunion, betrachtet man ihr Angebot an Finnland dem Wortlaut des Memorandums gemäß, sich auf den ersten Blick durchaus an diese Voraussetzungen gehalten, und ein Vertrag auf dieser Grundlage hätte kaum völkerrechtliche Bedenken geweckt.

Bei näherer Betrachtung erheben sich jedoch Zweifel, ob dem Erfordernis des "beiderseitigen Vorteils" bei diesem Vorschlag Genüge getan wurde, auch wenn Finnland im Austausch für seine Abtretungen eine geradezu überreich erscheinende Entschädigung angeboten wurde. Nicht ohne Grund bemängelten die Finnen in ihrem Antwortmemorandum vom 3. November 1939²⁾ den ungleichen Wert der beiden auszutauschenden Gebietsteile. Zwar war das sowjetische Tauschobjekt doppelt so groß wie das begehrte Stück finnischen Bodens, es handelte sich hierbei jedoch um ein weit abgelegenes Gebiet ohne jede Eisenbahnverbindung und ohne jede größere Siedlung (der Marktflecken Repola selbst sollte nach dem sowjetischen Vorschlag bei der UdSSR bleiben), während es sich bei dem beanspruchten finnischen Gebiet auf der karelischen Landenge um einen verkehrsmäßig gut erschlossenen Landstrich mit

1) s.o.S. 193 ff., D IV, 4.

2) vgl. Anhang Nr. 23.

etlichen Eisenbahnlinien sowohl nach Finnland als auch in Richtung Leningrad, guter Küstenlage und unvergleichlich höherer Bevölkerungsdichte handelte. Angesichts dessen lag der Vorteil bei dem sowjetischen Angebot ziemlich eindeutig auf Seiten der UdSSR.

Es ist verfrüht, aus dieser ungleichmäßigen Verteilung der beiderseitigen Vorteile bereits verallgemeinernde Rückschlüsse auf die sowjetische Praxis zu ziehen, Gebietsveränderungen aus militärischen Gründen vertraglich zu vereinbaren, da sich seit dem sowjetischen Austauschvorschlag vom Herbst 1939 noch keine Gelegenheit zu einem weiteren Gebietserwerb dieser Art geboten hat. Immerhin zeigt das Beispiel, daß die theoretisch auch die Rechte des kleineren und schwächeren Partners sichernden Voraussetzungen dieses Erwerbsgrundes trotz scheinbarer Beachtung in der Praxis eine Ungleichheit und Übervorteilung der schwächeren Seite nicht ausschließen.

3. Würdigung der territorialen Regelungen in den einzelnen Friedensverträgen mit Finnland.

a) Der Vertrag von Moskau vom 12. März 1940.

Es besteht heute kaum ein Zweifel daran, daß der sowjetisch-finnische Krieg von 1939/40 am 30. November 1939 von der UdSSR begonnen wurde. Die Sowjetunion wurde für ihr Verhalten am 14. Dezember 1939 als "Aggressor" aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Das sollte bei der Würdigung der finnischen Abtretungen an die Sowjetunion im Moskauer Frieden beachtet werden.

Demgegenüber geht die sowjetische Version dahin, Finnland habe mit Artilleriefire auf sowjetisches Gebiet den Krieg begonnen¹⁾. Diese Betrachtungsweise macht es möglich, die

¹⁾ vgl. Deborin, S. 68/69.

über den Austauschvorschlag hinausgehenden einseitigen finnischen Abtretungen als allein zur Sicherung der UdSSR vor künftigen Aggressionen notwendig zu begründen¹⁾. Zur Rechtfertigung der Abtretungen in Mittelfinnland wurde jetzt auch der Schutz der Murmanskbahn ins Spiel gebracht²⁾. In der sowjetischen Argumentation war also Finnland der - von den Westmächten aufgehetzte³⁾ - Aggressor, der von der Sowjetunion geführte Kampf war ein (gerechter) Verteidigungskrieg, und die finnischen Abtretungen dienten allein zur Verhütung künftiger Aggressionen von Seiten Finnlands und der hinter ihm stehenden oder sich seiner bedienenden Mächte. Folgt man dem, so liegt allerdings ein "Musterfall" völkerrechtsgemäßen Gebietserwerbs im Wege eines Friedensvertrages durch den Sieger in einem gerechten Verteidigungskrieg vor. In Wirklichkeit muß man, um im übrigen auf dem Boden der sowjetischen Argumentation zu bleiben, davon ausgehen, daß der erste Schuß von sowjetischer Seite am 30. November 1939 fiel. Gerade nach sowjetischer Völkerrechtsauffassung, die in ihrem Verständnis des Angriffskrieges ausschließlich vom "ersten Schuß" ausgeht⁴⁾, stellen die Ereignisse des 30. November 1939 einen typischen Aggressionsakt dar. Die Umdeutung des Kriegsbeginns in einen zuerst von Finnland begonnenen Angriff zeigt die ganze Zweischneidigkeit der sowjetischen Lehre vom Verbot des Angriffskrieges, bei der alles von **e i n e r** willkürlich zu treffenden und in der Rückschau meist gegenteilig schwer zu beweisenden "tatsächlichen" Feststellung abhängt. Diese Umdeutung wird jedoch im Fall Finnlands außerhalb des sowjetischen Machtbereiches von niemandem anerkannt, weil sie einfach nicht der geschichtlichen Wahrheit entspricht.

1) vgl. Iwaschin, S. 18; Wyschinskij-Losowskij, Bd. II, Sp. 730.

2) Barsegow, S. 152.

3) Deborin, S. 68/69.

4) s.o.S. 207/208, E I, 2.

Ist aber der Krieg 1939/40 - folgt man den sowjetischen Regeln - auf der Seite der UdSSR ein Angriffskrieg gewesen, so fehlt nach eben diesen Regeln den finnischen Gebietsabtretungen im Moskauer Frieden jede völkerrechtliche Grundlage, weil es einer Sicherung sowjetischen Gebietes vor "erneuten" Aggressionen von Seiten des besiegten Finnland nicht bedurfte.

Nach der außerhalb des sowjetischen Bereichs herrschenden Völkerrechtsauffassung stellen der Moskauer Friedensvertrag und seine territorialen Regelungen allerdings eine völkerrechtsgemäße Grundlage der finnischen Abtretungen dar, auch wenn sie das Ergebnis eines sowjetischen Angriffs- und Eroberungskrieges sind. Das folgt jedoch nicht aus dem gewaltsamen sowjetischen Vorgehen gegen Finnland, sondern allein aus der von diesem mit der Unterzeichnung des Friedens erklärten formalen Zustimmung zu dessen Inhalt.

- b) Das Waffenstillstandsabkommen vom 19. September 1944 und der Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947.

Die Würdigung des zwischen den Alliierten, darunter an erster Stelle der Sowjetunion, und Finnland abgeschlossenen Pariser Friedens ist deshalb problematisch, weil den territorialen Regelungen mit Ausnahme des Petsamo-Gebietes die des Moskauer Friedens von 1940 zugrundeliegen. Zwar hat Finnland durch seine Teilnahme am deutschen Überfall auf die UdSSR sowohl nach sowjetischer als auch nach nicht-kommunistischer Völkerrechtsauffassung den Frieden von 1940 gebrochen und sich an einem Angriffskrieg beteiligt. Durch dieses Verhalten aber erhielt die Sowjetunion 1947 die Gelegenheit, sich die aus einem eigenen Angriffskrieg herrührenden Erwerbungen des Jahres 1940 als nunmehriges Opfer einer deutsch-finnischen Aggression international bestätigen zu lassen und sie fortan auf weniger anfechtbare Rechtsgründe zu stützen.

Der sowjetischen Völkerrechtslehre bietet der Fall keine Schwierigkeiten. Da Finnland sowohl 1939 als auch 1941 als Aggressor auftrat, hatte die UdSSR das Recht, sich nach Beendigung des Krieges gegen das Risiko erneuter Aggressionen durch finnische Gebietsabtretungen zu sichern¹⁾. Barsegow²⁾ bezeichnet den Pariser Frieden als Beispiel einer "gerechten" Friedensregelung. Dieses Attribut bezieht sich zum einen darauf, daß die Abtretungen den "demokratischen Grundsätzen" von Friedensregelungen entsprächen³⁾, d.h. der Beseitigung der Ursachen der Aggression und der Bestrafung des Aggressors, was sich konkret vielleicht auf die Abtretung des Petsamo-Gebietes beziehen könnte. Die "Gerechtigkeit" soll zum anderen daraus folgen, daß Finnland seine Grenzen im übrigen nach dem Stand vom 1.1.1941 behalten durfte⁴⁾. Bei dieser Bewertung werden jedoch geflissentlich die Finnland von der UdSSR im Jahre 1940 auferlegten Gebietsverluste übersehen, die aus einem Angriffs- und Eroberungskrieg herrührten und gerade nach sowjetischen Maßstäben nicht völkerrechtsgemäß waren⁵⁾.

Dagegen zeigt der Pariser Frieden, vom Standpunkt der nicht-sowjetischen Völkerrechtsauffassung aus gesehen, die Schattenseiten der üblichen formalen Handhabung des Konsensprinzips. Mit der Unterzeichnung des Vertrages erklärte Finnland seine Zustimmung auch zu dessen territorialen Bestimmungen wirksam, sodaß seitdem Bedenken gegen die Grundlagen der in den Vertrag übernommenen Regelungen von 1940 erst recht nur von theoretischer Bedeutung sind.

1) vgl. die Antwortrede Außenministers Molotows vom 15.8.1946 während der Pariser Friedenskonferenz auf finnische Wünsche nach einer Revision der territorialen Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 19.9.1944 und des Friedensvertragsentwurfes, abgedr. bei Molotow, S. 130-132.

2) Barsegow, S. 102.

3) Barsegow ebda.; s.auch oben S. 214, 215, E II, 1,2.

4) Barsegow ebda.

5) s.o.S. 289-291, a).

Immerhin sei festgehalten, daß die Westmächte durch ihr Auftreten nunmehr als Vertragspartei des Pariser Friedens der Sowjetunion genau die Erwerbungen auf eben der vertraglichen Grundlage bestätigten, die von ihnen 1939/1940 als Aggression bzw. als Folge eines Aggressionskrieges verdammt worden waren. Wenn dazu auch sicher das finnische Verhalten an der Seite Deutschlands 1941-44 beitrug, so ist durch die Bezugnahme des auch von ihnen ausgearbeiteten und unterzeichneten Vertrages auf den finnischen Gebietsstand vom 1. Januar 1941 die Sowjetunion mit der internationalen Anerkennung für ihre völkerrechtswidrige Aggression gegenüber dem ihr weit unterlegenen Nachbarn Finnland belohnt worden.

V.

Gebietserwerb als Folge eines gewonnenen Krieges - ohne Friedensvertrag -, dargestellt an der sowjetischen Besitzergreifung von Königsberg und dem nördlichen Ostpreußen.

1. Tatsächlicher Hergang.

Eine Übergabe Königsbergs und des nördlichen Ostpreußens, die noch nie zum russischen Reich gehört hatten, an die Sowjetunion wurde zum ersten Mal auf der Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der UdSSR in Teheran (28. November - 1. Dezember 1943) erwogen. Bei der Behandlung der Ost- und der Westgrenzen eines wiedererstandenen Polens erhob Stalin die Forderung auf eine Übergabe Königsbergs¹⁾, das die UdSSR als eisfreien Hafen benötige; sie saße dann auch "im Nacken Deutschlands". Für den Fall eines solchen Zugeständnisses seiner angelsächsischen Gesprächspartner war Stalin bereit, polnische Grenzen an der Oder im Westen und entlang der Curzon-Linie im

¹⁾ vgl. zum folgenden Churchill, S. 672.

Osten zu befürworten¹⁾. Die westlichen Regierungschefs widersprachen dem Wunsch Stalins nicht, allerdings wurde in Teheran kein bindender Beschluß gefaßt. Auch auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 fiel hierüber keine Entscheidung.

Erst auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) kam es zu Verhandlungen über den sowjetischen Wunsch²⁾, nachdem das nördliche Ostpreußen im Zuge der Kampfhandlungen von der Roten Armee besetzt worden war. Auf der Sitzung vom 23. Juli trug Stalin zur Begründung seiner Forderung über die in Teheran geäußerten Motive hinaus vor, die UdSSR müsse territorial für den von Deutschland herbeigeführten Tod von Millionen Sowjetbürgern entschädigt werden. Sowohl Churchill als auch Truman waren im Grundsatz mit einer so motivierten Übergabe des Gebietes einverstanden. Gegen eine sofortige Abtretung hatten sie allerdings rechtliche Bedenken, weil dann das Königsberger Gebiet der Zuständigkeit des Alliierten Kontrollrates entzogen sein würde und die Westmächte überdies gezwungen wären, mit der "An"-Gliederung an die UdSSR auch das Nord-Ostpreußen umgebende Litauen als sowjetisches Staatsgebiet anzuerkennen, wogegen sich Großbritannien und die USA seit dem Sommer 1940 wehrten³⁾. Beide Staatsmänner sicherten aber ihre Unterstützung zugunsten einer Abtretung des Königsberger Gebietes an die UdSSR auf einer künftigen Friedenskonferenz zu. Daraufhin war Stalin mit einer endgültigen Regelung der Frage erst auf einer Friedenskonferenz einverstanden. Abschnitt VI der Bestimmungen über die Grenzen Deutschlands im Potsdamer Abkommen⁴⁾ hat dieses Verhandlungsergebnis fixiert. Allerdings

-
- 1) die Frage einer Grenzziehung entlang der Glatzer oder Lausitzer Neiße wurde in Teheran noch nicht erörtert.
 - 2) vgl. die Darstellung bei Feis, S. 221; Truman, Memoirs, Vol. I, Year of Decisions (1945), London 1955, S. 305, in deutscher Übersetzung auszugsweise abgedruckt bei Rhode-Wagner, S. 239-240.
 - 3) Die USA erkennen die Eingliederung der drei baltischen Republiken in die UdSSR bis heute nicht an.
 - 4) abgedr. bei Kraus, S. 31; s. Anhang Nr. 27.

besagt dieser Abschnitt nichts über den Status des Gebiets b i s zur Friedensregelung; hier gilt Abschnitt IX, wonach die deutschen Gebiete jenseits der Oder und Lausitzer Neiße unter polnische Verwaltung kommen und die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze bis zur Friedensregelung zurückgestellt wird, sodaß Abschnitt VI im Grunde genommen nur den künftigen polnisch-sowjetischen Grenzverlauf auf dem gesamten, nach Abschnitt IX jenseits der Oder-Neiße-Linie befindlichen deutschen Territorium zum Inhalt hat.

Der Vertrag über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze vom 16. August 1945 folgte der in Potsdam beschlossenen Regelung. Artikel 3 des Vertrages¹⁾ bestimmt in Ostpreußen einen Grenzverlauf "in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berliner Konferenz"²⁾ und "bis zu einer endgültigen Entscheidung der territorialen Fragen bei einer Friedensregelung". Dieser Vorbehalt findet sich jedoch nicht mehr in den Erlassen des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 7. April 1946 und vom 4. Juli 1946³⁾, in denen die Bildung eines Gebietes (Oblast') Königsberg, die Einfügung dieses Gebietes in die RSFSR und später die Umbenennung von Stadt und Oblast' Königsberg in Stadt und Oblast' Kaliningrad angeordnet wurden. Die Einfügung in die RSFSR wurde durch verfassungsänderndes Gesetz vom 25. Februar 1947 vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigt⁴⁾.

Die Westmächte standen auch nach Beendigung der Potsdamer Konferenz und dem Bekanntwerden der erwähnten sowjetischen Akte auf dem Standpunkt, daß eine endgültige Angliederung

1) s. Anhang Nr. 21.

2) der sowjetische Sprachgebrauch schwankt zwischen den Bezeichnungen "Berliner" oder "Potsdamer" Konferenz.

3) Vedemosti Verchovnogo Soveta SSSR 1946, S. 25, 36; deutsche Übersetzung bei Kraus, S. 106/107; Anhang Nr. 28.

4) vgl. Kraus, S. 106/107.

an die UdSSR erst auf einer Friedenskonferenz möglich sei. Der amerikanische Außenminister Byrnes sprach sich in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 in diesem Sinne aus¹⁾, ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Westmächte d a n n die sowjetische Forderung unterstützen würden, wie es in Potsdam vorgesehen wurde.

2. Die Bewertung der Besitzergreifung durch die sowjetische Völkerrechtslehre.

a) Der Rechtsgrund.

Die sowjetische Völkerrechtslehre hat bei der Herausstellung der Rechtsgründe, die die Angliederung rechtfertigen sollen, die seinerzeit von Stalin gegebenen Gründe - Benötigung eines eisfreien Hafens und Entschädigung für die sowjetischen Menschenverluste - wieder aufgegeben. Statt dessen versucht man, über die Regeln zulässigen Gebietserwerbs nach der siegreichen Beendigung eines Verteidigungskrieges zu einem für die UdSSR günstigen und völkerrechtlich haltbaren Ergebnis zu kommen²⁾. Dazu wird behauptet, das nördliche Ostpreußen habe nicht nur 1941 gegenüber der Sowjetunion, sondern überhaupt "seit Jahrhunderten"³⁾ die "vorgeschobene Bastion der deutschen Aggression und einen Aufmarschraum für den Kampf gegen die slawischen Völker"⁴⁾ gebildet. Nach dem als Verteidigungskrieg gewonnenen zweiten Weltkrieg hatte die UdSSR nach sowjetischer Ansicht das Recht, zur Verteidigung ihrer Westgrenzen und zur Verhütung künftiger Angriffe durch den zur Zeit besieigten Aggressor sich das nördliche Ostpreußen als den bishe-

1) vgl. den auszugsweisen Abdruck bei Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, S. 95.

2) s.o.S. 212-217, E II.

3) Molodtsov im Akademie-Lehrbuch, S. 188.

4) so Deborin, S. 438; ähnlich Gromyko-Golunskij-Chwostow, Bd. II, S. 578.

rigen Ausgangspunkt dieser Angriffe übergeben zu lassen¹⁾.

Bei der künftigen Friedenssicherung durch Gebietsabtretungen des geschlagenen Aggressors wird, wie bereits ausgeführt²⁾, das Selbstbestimmungsrecht der hiervon betroffenen Bevölkerung nicht berücksichtigt. Gerade die territorialen Bestimmungen von Potsdam dienen zur Statuierung dieses Grundsatzes³⁾. Die Frage nach der Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der im nördlichen Ostpreußen ansässigen deutschen Bevölkerung wird daher von der sowjetischen Völkerrechtslehre nicht aufgeworfen.

b) Form und Zeitpunkt des "Erwerbs".

Die sowjetische Völkerrechtslehre steht hinsichtlich des Zeitpunkts und der Form der Besitzerlangung über das nördliche Ostpreußen auf dem Standpunkt, bereits die territorialen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens sähen eine endgültige Übergabe der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie an Polen bzw. des Königsberger Gebietes an die UdSSR vor⁴⁾. Dabei soll nach Ansicht Gelbergs⁵⁾ das Potsdamer Abkommen einen mit verpflichtender Kraft für Deutschland von den Siegermächten abgeschlossenen Präliminarfrieden darstellen, an dessen territorialen Bestimmungen der endgültige Friedensvertrag im Grundsatz nichts mehr ändere, wie das beispielsweise auch mit der fast unveränderten Übernahme der territorialen Regelungen des finnisch-alliierten Waffenstillstandes vom 19. September 1944 in den Pariser Friedensvertrag von 1947 der Fall gewesen sei⁶⁾. Die Hinweise auf

1) Molodzew ebda.

2) s.o.S. 212-214, E II.

3) vgl. hierzu den bereits mehrfach erwähnten Aufsatz von Gelberg, Der westdeutsche territoriale Revisionismus im Lichte des Völkerrechts, JGIP 1962, Nr. 9, S. 94-104 (S. 103).

4) Gelberg, S. 100; Shukow, Die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und westlichen Neiße - eine unerschütterliche Grenze des Friedens, Sowjetjahrbuch des Völkerrechts 1958, S. 348 ff. (S. 354/355); Barsegow, S. 153, 176 ff.

5) s.o.S. 219, E III.

6) Gelberg, S. 100/101.

die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens auf einer kommenden Friedenskonferenz (Abschnitt IX) bzw. auf eine "endgültige Entscheidung der territorialen Fragen bei einer Friedensregelung"¹⁾ werden als Ankündigung einer dann vor sich gehenden Delimitation angesehen²⁾, die lediglich zu geringfügigen Grenzveränderungen als Folge örtlicher Gegebenheiten führen könnte³⁾.

Im einzelnen versucht man, durch wörtliche Interpretation der jeweiligen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens schon zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen. Im Falle Königsbergs wird der aus Abschnitt IX anzuwendende Begriff der Unterstellung des Gebietes unter die "Verwaltung" der UdSSR von Shukow⁴⁾ als "Erstreckung der Souveränität des Sowjetstaates" auf das übergebene Gebiet gedeutet. Er schließt das zum einen aus der in Abschnitt XIII vorgesehenen Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, zum anderen besonders im Fall Königsbergs daraus, daß im russischen Text des Abkommens⁵⁾, von dem er ausgeht, die Rede von einer "Übergabe" (=peredaca) des Gebietes an die UdSSR ist. Auch bei Barsegow ist nur von einer Übergabe⁶⁾, an einer anderen Stelle⁷⁾ dann noch einmal von der Unterstellung an die Sowjetunion unter deren Verwaltung auf Grund der Potsdamer Beschlüsse die Rede, ohne jedoch die Vorbehalte der endgültigen Regelung im Friedensvertrag zu erwähnen; gemeint ist aber ein bereits vollendeter Hoheitsübergang, wie die Erwähnung der "Übergabe" als Beispielsfall im Rahmen der Darstellung des Gebietserwerbs aus "militärischen Erwägungen" zeigt⁸⁾⁹⁾.

1) Art 3 des polnisch-sowjetischen Vertrages vom 16.8.1945, Anhang Nr. 21.

2) Shukow, S. 355; Gelberg, S. 100.

3) Gelberg ebda.

4) Shukow, S. 353.

5) s. hierzu unten Seite 299-302, 3.

6) Barsegow, S. 153.

7) Barsegow, S. 176.

8) Barsegow, S. 151-153.

9) ähnlich auch Molodzew im Akademielehrbuch, S. 188.

Folgt man diesen Ansichten, so hat man es im Falle des Königsberger Gebietes mit dem Gebietserwerb durch den Sieger eines Verteidigungskrieges o h n e Friedensvertrag mit dem territorial geminderten, besiegten Angreifer, allein auf Grund eines f ü r Deutschland, aber nicht v o n Deutschland geschlossenen präliminarfriedensähnlichen Abkommens zu tun. Ob diese Konstruktion selbst den Anforderungen der sowjetischen Völkerrechtslehre gerecht wird¹⁾, ist zweifelhaft, da auch nach deren Grundsätzen nur ein Vertrag m i t dem Besiegten dem Sieger die Hoheit über das begehrte Gebiet schafft. Diese Zweifel lassen sich auch nicht durch den Hinweis auf den "antifaschistischen Befreiungscharakter"²⁾ des zweiten Weltkrieges beseitigen, aus dem nicht im geringsten auf ein zulässiges Fernhalten Deutschlands von der Aushandlung und Vereinbarung der aus seiner Niederlage folgenden Nachkriegsregelungen auch in territorialer Hinsicht geschlossen werden kann.

3. Würdigung im nichtkommunistischen Schrifttum, namentlich durch die deutsche Völkerrechtslehre.

Außerhalb Deutschlands haben die von der UdSSR und ihren Vertretern zur Angliederung Königsbergs vorgebrachten Rechtsgründe einige Beachtung erfahren, dagegen nicht die sowjetische Argumentation zu Form und Zeitpunkt des "Erwerbs". Feis³⁾ beleuchtet zutreffend die Schwäche der seinerzeit von Stalin gegebenen Begründung, die UdSSR benötige mit Königsberg einen eisfreien Ostseehafen, mit dem Hinweis auf die bereits in sowjetischer Hand befindlichen baltischen eisfreien Häfen von Libau und Windau. Carman⁴⁾ unterstreicht die strategischen und wirtschaftlichen Motive

1) s.o.S. 217 , 218 , E II.

2) Shukow, S. 351.

3) Feis, S. 221.

4) Carman, S. 80/81.

des sowjetischen Verhaltens, für das es weder eine historische noch eine ethnische Grundlage gebe. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, daß die sowjetische Seite sich gar nicht auf "historische Rechte" oder das "ethnische Prinzip", sondern auf die territorialen Forderungen beruft, die ihrer Auffassung nach das siegreiche Opfer eines Angriffskrieges erheben darf. Kolarz¹⁾ weist schließlich darauf hin, daß der Gedanke einer Angliederung Königsbergs seit den Zeiten der Zarin Elisabeth den in Rußland regierenden Kreisen nicht fremd gewesen sei.

Dagegen hat sich das deutsche Schrifttum im Westen auf eine Würdigung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens als der von der UdSSR unmittelbar geltend gemachten Anspruchsgrundlage für Form und Zeitpunkt ihres "Erwerbs" konzentriert.

Nach deutscher Ansicht steht der Sowjetunion auf Grund der Abschnitte VI und IX des Potsdamer Abkommens bis heute nicht die Gebietshoheit im nördlichen Ostpreußen zu²⁾. Das folgt zunächst aus Abschnitt IX, der von einer "Verwaltung" der deutschen Ostgebiete durch Polen bzw. die UdSSR spricht, und dann aus Abschnitt VI, wonach diese Verwaltung im Falle Königsbergs unter dem Vorbehalt der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei einer Friedensregelung der Sowjetunion übertragen wird. Danach kann also vor Abhaltung einer Friedenskonferenz, auf der dann auch das besiegte Deutschland vertreten ist, über die staatliche Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete endgültig nicht entschieden werden; bis dahin wird auch das nördliche Ostpreußen von der UdSSR nur verwaltet.

1) Kolarz, S. 142/143.

2) vgl. zum folgenden vor allem Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, S. 67; Kraus, S. 32-34; Menzel, Das Annexionsverbot des modernen Völkerrechts und das Schicksal der deutschen Ostgebiete in: Das östliche Deutschland, S. 3-56 (S. 15).

Dieser Ansicht kann nur zugestimmt werden. Im Potsdamer Abkommen findet sich nämlich für die sowjetische Auslegung keine Grundlage, wonach "Verwaltung" bereits volle Erlangung der Souveränität bedeutet¹⁾. Verhielte es sich anders, wäre auch für die russische Textfassung des Abkommens ein anderes Wort als "upravlenie"²⁾, das genau dem deutschen Wort "Verwaltung" entspricht³⁾, gewählt worden; auch die russische Sprache verfügt über präzise Ausdrücke zur Bezeichnung eines Übergangs und sofortigen Erwerbs von staatlicher Gebietshoheit. Darüber hinaus folgt auch aus dem sowjetischen Verhalten nach Beendigung der Potsdamer Konferenz, daß man sich anfangs des nur provisorischen Besitzes des Königsberger Gebiets bewußt war und auch den in Abschnitt VI enthaltenen Vorbehalt der endgültigen Regelung auf einer Friedenskonferenz wörtlich und nicht, wie später behauptet⁴⁾, nur als Hinweis auf eine künftige Delimitation auffaßte. So heißt es in Artikel 3 des sowjetisch-polnischen Grenzvertrages vom 16. August 1945⁵⁾, daß bis zu einer "endgültigen E n t s c h e i d u n g (=rešenje) der territorialen Fragen bei einer Friedensregelung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz" die Grenze in Ostpreußen den vereinbarten Verlauf nehmen soll.

Im Falle Königsbergs steht die deutsche Völkerrechtslehre darüber hinaus auf dem Standpunkt, daß auch aus der in der deutschen Fassung des Abschnitts VI erwähnten Zustimmung der Westmächte zum sowjetischen Vorschlag einer "endgültigen Übergabe" Königsbergs an die UdSSR nicht geschlossen werden kann, daß der Sowjetunion vor der Friedenskon-

1) Shukow, S. 353; s.o.S. 298, 2b.

2) das auch Shukow ebda., gebraucht.

3) vgl. S.I. Oshegow, Wörterbuch der russischen Sprache, 4. Auflage, Moskau 1960, S. 823: "Verwaltung (upravlenie) ... 2. Tätigkeit der Organe einer Staatsgewalt...".

4) Shukow, S. 355; Gelberg, S. 100; s.o.S. 297/298, 2b.

5) Meissner ebda., S. 67.

ferenz schon endgültig die Gebietshoheit zustehen soll. Wird zum einen auch im dritten Absatz des Abschnitts VI noch einmal der Vorbehalt der "Friedensregelung" erhoben, so ist überhaupt die deutsche Übersetzung "endgültige Übergabe" mißverständlich. Meissner hat zutreffend darauf hingewiesen, daß der russische Text nur einfach von einer "Übergabe" (=peredatša) spricht¹⁾; in einer russischen Fassung²⁾ steht "peredatša" ohne jedes, insbesondere einen Zeitpunkt ausdrückendes Attribut. Die englische Fassung "ultimate transfer" hat, wie Kraus feststellt³⁾, eine Übergabe an die UdSSR "letzten Endes" zum Inhalt und weist damit eindeutig auf das Vorläufige der Potsdamer Regelung hin. Damit steht nicht die bindende Verpflichtung der Westmächte gegenüber der UdSSR in Abschnitt VI, Absatz 3 im Widerspruch, auf der noch ausstehenden Friedenskonferenz auf eine Hoheitsübertragung an die Sowjetunion hinzuwirken. Diese Verpflichtung der USA und Großbritanniens berührt Deutschland nicht, da es in Potsdam nicht vertreten war und die dort gefaßten Beschlüsse nur die Alliierten untereinander binden, also für Deutschland eine "res inter alios acta" darstellen.

Dagegen ist die Ansicht von Gelberg⁴⁾ unzutreffend, Deutschland sei in Potsdam durch die Siegermächte vertreten worden. Hiergegen ergeben sich schon aus dem Gesichtspunkt des Selbstkontrahierens Bedenken, weil die UdSSR dann bei der Regelung der mit Königsberg zusammenhängenden territorialen Fragen sowohl als "Vertreter" Deutschlands als auch als Prä-tendent auf dieses Gebiet aufgetreten wäre. In der zur Stüt-zung seiner Ansicht von Gelberg angeführten Kapitulations-urkunde wird nur die militärische Kapitulation geregelt und im übrigen in Artikel 4 auf weitere "allgemeine Kapitulationsbestimmungen" verwiesen, die Deutschland und die deutsche

1) Meissner ebda., S. 67.

2) vgl. den Abdruck bei Shukow, S. 353.

3) Kraus, S. 33/34.

4) vgl. Gelberg, S. 100; ausführlich schon oben, S. 219, E III.

Wehrmacht als Ganzes betreffen sollen. Nach der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wird ihrem Wortlaut gemäß die oberste Regierungsgewalt der alliierten Sieger nur für die Dauer und im Hinblick auf das von ihnen begründete militärische Okkupationsregime als Folge der deutschen Kapitulation begründet; auf Grund solcher Gewalt von den Siegern getroffene territoriale Veränderungen können nur als unter diesem Vorbehalt stehend angesehen werden. Aus beiden Akten wurden die Alliierten keineswegs ermächtigt, mit automatischer Bindungswirkung für eine zu der Zeit nicht bestehende Regierung und für die Zeit nach dem Besatzungsregime endgültige territoriale Regelungen zu treffen. Die Alliierten haben auch von der letzten, bis zum 23. Mai 1945 in Flensburg amtierenden Reichsregierung keine "Vertretungsmacht" erhalten. Das Potsdamer Abkommen ist daher nur eine unter den drei Alliierten getroffene Übereinkunft, die wirtschaftliche, territoriale und politische Einzelheiten der Behandlung Deutschlands für die Dauer der Zeit regelt, in der es unter der Kontrolle der Besatzungsmächte steht.

So steht denn nach zutreffender deutscher Ansicht der Sowjetunion trotz ihrer Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens keineswegs die Hoheit über das Königsberger Gebiet zu. Die Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR aus dem Jahre 1946¹⁾, die die Eingliederung dieses Gebietes in die RSFSR und damit in den sowjetischen Staatsverband verfügten, stellen deshalb eine schwere Beeinträchtigung der deutschen Hoheit über dieses Gebiet dar. Die deutsche Völkerrechtslehre²⁾ wertet daher die Verkündung und den Vollzug dieser Erlasse zutreffend als völkerrechtswidrige Annexion dieser Gebiete durch die Sowjetunion.

1) s. Anhang Nr. 28.

2) vgl. Kraus, S. 60; Menzel ebda., S. 15.

VI.

Die sowjetische "Technik" völkerrechtsgemäßen Gebietserwerbs.

Bei den beiden dargestellten, auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden Gebietsveränderungen - der Angliederung der Karpathenukraine und der Rückgliederung Westweißrusslands und der Westukraine an die UdSSR - fällt auf, daß der Abhaltung der Selbstbestimmungskampagne, in der die betroffene Bevölkerung sich zur Frage einer künftigen staatlichen Zugehörigkeit zur UdSSR äußern sollte, die militärische Besetzung der Gebiete durch die Rote Armee vorausging. Bei diesen Besetzungen handelte es sich völkerrechtlich um keine "occupatio bellica", denn die UdSSR befand sich mit keinem der betroffenen, bisherigen Gebietsherren im Kriegszustand. Andererseits lag mit der Besetzung auch noch keine staatsrechtliche Angliederung der Gebiete vor, denn diese beruht nach sowjetischer Ansicht auf den erst noch abzuhaltenden Selbstbestimmungskampagnen bzw. den mit den bisherigen Gebietsherren danach abzuschließenden Verträgen. Folgerichtig wurde bis dahin die "Oberste Gewalt" auch von "provisorischen Verwaltungen" getragen. Da diese Verwaltungen jedoch ohne die Zustimmung der Roten Armee nicht tätig sein konnten und sich damit und durch die geschilderte personelle Besetzung in Abhängigkeit von sowjetischen Dienststellen befanden, überdies die bisherigen Gebietsherren trotz ihres Willens zu einer Hoheitsausübung nicht imstande waren bzw. an ihr gehindert wurden, hat die UdSSR bereits faktisch, aber ohne einen völkerrechtlichen Titel von diesen Gebieten Besitz ergriffen.

Die Aufgabe der abgehaltenen Selbstbestimmungskampagnen bestand allein darin, den - bereits ohne Rücksicht auf die den bisherigen Gebietsherren gegenüber obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen erlangten - Besitz auf eine

tragfähige völkerrechtliche Grundlage zu stellen. Nach sowjetischer Ansicht ist das auch gelungen, denn die Völkerrechtsgemäßheit der beiden Gebietsveränderungen folgt in erster Linie aus den nach der Besitzergreifung abgehaltenen, "völkerrechtlich relevanten" Willenskundgebungen; die danach abgeschlossenen Verträge - hier mit Polen und der ČSR - bilden nur die äußere Form der beiden nach dem Selbstbestimmungsrecht erlangten Titel, und die bisherigen Gebietsherren **m u ß t e n** - in sowjetischer völkerrechtlicher Rückschau - sich in den Verträgen dem beugen, um nicht völkerrechtswidrig zu handeln. Damit wird dem Selbstbestimmungsrecht als Institut des Völkerrechts nach sowjetischer Auffassung die Aufgabe der bloßen Rechtfertigung einer ohne Achtung der völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem bisherigen Gebietsherren einseitig geschaffenen, tatsächlichen Lage zugewiesen.

Bei den auf Erwägungen wirtschaftlicher oder militärischer Art, also rein staatlichen Bedürfnissen beruhenden Gebietsänderungsverträgen ging der Besitznahme und Hoheitsausübung durch die UdSSR ein Vertragsschluß mit dem bisherigen Souverän **v o r a u s**, wie der polnisch-sowjetische und der geplante finnisch-sowjetische Gebietsaustausch zeigen. Hier wirkt der völkerrechtliche Vertrag in Bezug auf die Besitznahme des unter fremde Hoheit kommenden Gebietes rechtsbegründend.

Der Grund für diesen Unterschied im tatsächlichen und rechtlichen Ablauf einer entweder auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden oder rein vertraglichen Gebietsveränderung läßt sich in dem Unsicherheitsmoment finden, das jedem sich nur aus dem Willen der ihre Selbstbestimmung ausübenden Nation herleitenden Gebietserwerb insbesondere für den Erwerberstaat innewohnt. Die Unsicherheit kann zum einen darin bestehen, daß der wirkliche Volkswille zu der vorzunehmenden Gebietsveränderung zweifelhaft oder ihr gar entgegengesetzt, mithin für den prätendierenden Staat ungünstig ist. Dem

kann wirksam durch eine vorherige Besetzung durch die Rote Armee mit den geschilderten Folgen abgeholfen werden, die an Stelle einer freien und unbeeinflussten Mehrheitsentscheidung dann eine administrativ manipulierte Willensbekundung "der Nation" setzt, die im Verlauf und Endziel von einer kleinen, sich elitär fühlenden und nicht auf die Sache der Nation, sondern des "Sozialismus" verpflichteten Gruppe bestimmt wird.

Die Unsicherheit kann zum anderen darin bestehen, daß auch der Volkswille Schwankungen unterworfen ist und die zugunsten einer territorialen Lösung einmal von der Nation getroffene Entscheidung später von ihr wieder revidiert wird oder revidiert werden kann; so brauchten im Beispielsfall der Karpathenukraine die sowjetischerseits angeführten Versammlungsbeschlüsse von 1918/1919 durchaus nicht der Volksstimmung im Jahre 1944 zu entsprechen. Diese Art der Unsicherheit ist nicht nur tatsächlicher, sondern auch rechtlicher Natur, weil die Nation als alleiniger Träger der Entscheidungsbefugnis über die staatliche Zugehörigkeit ihres nationalen Territoriums v ö l k e r r e c h t l i c h an ihre Willensbekundungen nicht gebunden ist. Auch nach sowjetischer Ansicht sind grundsätzlich nur die durch ihre Regierungen vertretenen Staaten Völkerrechtssubjekte, von dem Ausnahmefall einer um ihre "Befreiung" kämpfenden und durch Organe vertretenen Nation abgesehen. Auch hier empfiehlt sich daher für den prästendierenden Staat eine möglichst schnelle Besitznahme des erstrebten Gebietes, damit die danach von der betroffenen Nation zu fallende "Entscheidung" in günstigem Sinne ergehen und eine künftige Sinnesänderung verhindert werden kann.

Diese Unsicherheit fehlt bei einem Gebietserwerb auf rein vertraglicher Grundlage. Hier stehen sich Staaten gegenüber, die beide Völkerrechtssubjekte sind und sich daher dem Partner völkerrechtlich bindend verpflichten können;

die Beweggründe der vertraglichen Übergabe sind klar, entsprechen dem Staatsinteresse und entspringen keiner rechtlichen Abhängigkeit von einem ungewissen Bevölkerungswillen. Aus diesem Grunde kann im Regelfall auf eine vorherige Besitznahme des erstrebten Gebietes durch den prätendierenden Staat ohne oder gegen den Willen des bisherigen Gebietsherren verzichtet werden.

Für die "Technik" des Gebietserwerbes durch den Sieger eines Verteidigungskrieges gilt das zum Selbstbestimmungsrecht Ausgeführte in abgewandelter Weise. Hier liegt die Unsicherheit in dem zukünftigen Verhalten des unterlegenen Staates, der die auf seine Kosten angestrebte Gebietsveränderung nicht will und dem es auf einer späteren Friedenskonferenz gelangen könnte, auf Grund veränderter politischer Umstände den vorgesehenen Abtretungen mit Erfolg zu widersprechen. Auch hier empfiehlt sich daher - wie im Falle des nördlichen Ostpreußen - eine schnelle Besetzung des erstrebten Gebietes im Rahmen der oder im Anschluß an die Kampfhandlungen und eine später auf der Friedenskonferenz vom territorial geminderten Staat zu erlangende, nur formelle Bestätigung der bereits erfolgten Besitznahme. Einer vorherigen Besetzung bedarf es allerdings nicht, wenn das Ergebnis der Friedenskonferenz von vornherein feststeht; hier gilt das zum rein vertraglichen Gebietserwerb Ausgeführte.

Die bisherige sowjetische Praxis territorialer Veränderungen erlaubt daher nach allem den Schluß, daß hinsichtlich der "Technik" völkerrechtsgemäßen Gebietserwerbs in dem von der sowjetischen Völkerrechtslehre aufgestellten System von Erwerbsarten zwischen solchen "rechtsbegründender" oder "besitzbegründender" Art und solchen nur "rechtfertigender" oder "besitzbestätigender" Art unterschieden werden kann. Die letzte Gruppe ist, folgt man dem sowjetischen System gebietsrechtlichen Denkens, die wichtigere, weil sie den Erwerb auf Grund der vielfältigen Ausgestaltungen des

Selbstbestimmungsrechts und damit der Grundregel jeder Gebietsveränderung umfaßt. Damit aber stellt sich das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage territorialer Veränderungen in der sowjetischen Auffassung und Handhabung noch einmal als deklamatorische Formel dar, mit der unter dem Schein des Völkerrechts machtpolitische Anliegen verwirklicht, gebietsrechtlich die staatliche Hoheit der bisherigen Souveräne unterlaufen und von Staat zu Staat bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen gebrochen werden.

A n h a n g

Nr. 1

Von Präsident Beneš angefertigtes Gedächtnisprotokoll einer Unterhaltung zwischen ihm und dem sowjetischen Außenminister Molotow am 9. Juni 1942 in Moskau:

"Eingangs dankte ich (=Beneš) für Bogomolows (sowjetischer Botschafter in London bei der tschechoslowakischen Exilregierung) Botschaft in Bezug auf unsere Grenzen vor dem Münchener Abkommen und betonte nachdrücklich, daß nur die Sowjets imstande wären, diese Angelegenheit klar und richtig anzusehen. Molotow bekräftigte diese Botschaft mir gegenüber und fügte hinzu, daß die UdSSR deswegen für die Vormünchener Grenzen sei, weil sie in nichts einwilligen und nichts akzeptieren könne, das mit München und seinen Folgen zusammenhänge. Molotow brachte seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß ihr Standpunkt auf diese Weise so klar dargelegt worden sei..."

(Táborský, E., Beneš und Stalin - 1943 und 1945, Journal of Central European Affairs Vol. 13 (1953), p. 165-166).

Nr. 2

Artikel 4 des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrages von Moskau vom 12. Dezember 1943:

"Die Hohen Vertragschließenden Parteien... sind übereingekommen.... im Einklang mit folgenden Grundsätzen zu handeln: gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit und Staatshoheit sowie Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates."

(Brügel, J.W., Der Fall Karpathorußland, Europa-Archiv, 8. Jahrgang 1953, S. 6022).

Nr. 3

Bericht der Němec-Delegation an die tschechoslowakische Exilregierung in London, Dezember 1944:

" Die Übergabe der Zivilverwaltung (an die tschechoslowakischen Behörden) ist nichts als Irreführung. Volksausschüsse mißbrauchen ihre Macht. Der karpathenukrainische

Nationalrat wurde ohne eine Absprache mit der Regierungsdelegation geschaffen. Er erklärte sich selbst zur Regierung, verabschiedete eine Resolution, daß die Karpathenukraine sich von der Tschechoslowakei loslösen würde, und befahl der tschechoslowakischen Regierungsdelegation, das Land zu verlassen. Alles ist verloren."

(Táborský, S. 172).

Nr. 4

Brief Marschall Stalins an Präsident Beneš vom 23. Januar 1945:

"Sehr geehrter Herr Präsident Beneš!

Heute habe ich von dem Genossen Gottwald erfahren, daß die tschechoslowakische Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Karpathenukraine eine Verlegenheit empfindet, da sie glaubt, daß die Sowjetunion die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen im Widerspruch zu dem zwischen unseren Ländern bestehenden Vertrag einseitig regeln will.

Ich muß Ihnen sagen, daß solche Ausnahme, falls sie bei Ihnen entstanden sein sollte, auf einem Mißverständnis beruht.

Die Sowjetregierung hat der Bevölkerung des Landes nicht verboten, ihren nationalen Willen zu äußern, und konnte das auch nicht verbieten. Das ist um so verständlicher, als Sie selbst mir in Moskau Ihre Bereitschaft bekanntgaben, die Ukraine jenseits der Karpathen der Sowjetunion zu übergeben, wobei ich, wie Sie sich sicher erinnern werden, meine Zustimmung nicht gegeben habe. Aber daraus, daß die Sowjetregierung der Bevölkerung des Landes nicht verboten hat, ihren Willen zu äußern, geht auf keinen Fall hervor, daß die Sowjetregierung den Vertrag zwischen unseren Staaten brechen und die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen einseitig zu lösen beabsichtigt. Eine solche Annahme wäre für die Sowjetregierung beleidigend.

Soweit die Bevölkerung selbst die Frage aufgeworfen hat, wird man sie natürlich lösen müssen. Aber diese Frage kann nur durch ein Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion noch vor der Beendigung des Krieges gegen Deutschland oder nach Abschluß dieses Krieges geregelt werden, sobald das beide Regierungen für nützlich halten.

Glauben Sie bitte, daß die Sowjetregierung nicht die Absicht hat, den Interessen der Tschechoslowakischen Republik und ihrem Prestige irgendwie Eintrag zu tun. Die Sowjetunion ist im Gegenteil voll entschlossen, der Tschechoslowakischen Republik jede mögliche Hilfe für die Befreiung

und Wiederauferstehung zu leisten.

Hochachtungsvoll
J. Stalin "

(Brügel, J.W., Der Fall Karpathorußland, Europa-Archiv,
8. Jahrg. 1953, S. 6026).

Nr. 5

Aus der Erklärung von Kaschau der Tschechoslowakischen Regierung vom 5. April 1945 :

"..Die Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die Karpathenukrainische Frage, die von den Bewohnern dieses Gebietes erhoben wurde, so bald wie möglich beigelegt werden wird. Die Regierung wünscht, daß diese Frage entsprechend dem demokratisch ausgedrückten Willen des Karpathischen und Ukrainischen Volkes in voller Freundschaft zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR gelöst werden wird..."

(Langer, R., Seizure of Territory, Princeton N.J. 1947, S. 241)

Nr. 6

Auszug aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik über die Transkarpathenukraine":

".....

Artikel 1: ...Die Transkarpathenukraine (in der Tschechoslowakischen Verfassung als Podkarpatskaja Rus' bezeichnet), die nach dem am 10. September 1919 in Saint-Germain-Lay geschlossenen Verträge als autonome Einheit in den Verband der Tschechoslowakischen Republik einging, wird in Übereinstimmung mit dem zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung der Transkarpathenukraine und auf der Grundlage einer freundschaftlichen Übereinkunft der beiden Hohen Vertragsschließenden Parteien mit der Ukraine — ihrer Heimat von jeher — wiedervereinigt und an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert. Die Grenzen zwischen der Slowakei und der Transkarpathenukraine, die bis zum 29. September 1938 bestanden haben, werden mit den eingeführten Änderungen zur Grenze zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik entsprechend der anliegenden Karte.....

Artikel 2:....." "Moskau, den 29. Juni 1945....."

(Vertragssammlung Nr. 406, Bd. XI, S. 31/32).

Aus der Rede des sowjetischen Außenministers Molotow anlaßlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Transkarpathenukraine in Moskau am 29. Juni 1945:

"Der soeben unterzeichnete Vertrag ist von großer politischer Bedeutung.

Im Laufe eines Jahrtausends war das karpato-ukrainische Volk von seinem Mutterland, der Ukraine, losgerissen. Schon Ende des 9. Jahrhunderts geriet es unter die Herrschaft der Ungarn. Die ungarischen Gutsbesitzer und Kapitalisten und später auch die Deutschen schufen für das karpato-ukrainische Volk ein Regime der Rechtlosigkeit, der Unterdrückung und der kolonialen Ausbeutung. Sie verfolgten die ukrainische Sprache, verboten die Gründung ukrainischer Schulen und versuchten auf jegliche Weise, die nationale ukrainische Natur der Karpatho-Ukraine zu zerstören und zu vernichten. Viele Bewohner der Karpatho-Ukraine waren gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und in andere Länder auszuwandern. Aber trotz alledem war und bleibt das Volk der Karpathoukraine seinen ethnographischen Merkmalen, seiner Sprache, seiner Lebensweise und seinem geschichtlichen Werdgang nach ein Teil des ukrainischen Volkes. Es ist allbekannt, wie groß sein Verlangen stets war, sich mit dem blutsverwandten ukrainischen Brudervolk wieder zu vereinen. Das war ein uralter Traum des vielgeprüften Volkes.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde die Karpathoukraine der Tschechoslowakei einverleibt. Die Lage der Karpathoukrainer besserte sich, doch blieben sie von ihrem Volke, der Ukraine, nach wie vor getrennt.

In Erfüllung ihrer großen Befreiungsmission vertrieb die Rote Armee die deutschen und ungarischen Okkupanten aus der Karpathoukraine, befreite die Karpathoukraine aus der faschistischen Sklaverei und schritt damit zur Befreiung des Territoriums der ganzen Tschechoslowakischen Republik. Das Volk der Karpathoukraine erhielt die Möglichkeit, über sein eigenes Schicksal selbst zu entscheiden.

Am 26. November 1944 trat in der Stadt Mukačevo der Erste Kongress der Volksausschüsse der Karpathoukraine zusammen, der einstimmig ein Manifest annahm, das den Wunsch des Volkes der Karpathoukraine aussprach, sich der Sowjetukraine anzuschließen.

Der Präsident und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik kamen dem einmütigen Wunsch des Volkes der Karpathoukraine entgegen....

Durch die Unterzeichnung des gegenwertigen Vertrages geht der jahrhundertalte Traum des karpato-ukrainischen Volkes in Erfüllung. Es wird mit seiner Heimat, der Ukraine, wiedervereint. Zum ersten Mal in seiner Geschichte sieht sich das ganze ukrainische Volk im Rahmen seines eigenen einheitlichen Staates vereint.

Der gegenwärtige Vertrag legt ein klares Zeugnis ab von der aufrichtigen Freundschaft zwischen den slawischen Völkern und von der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

.....

Die Sowjetunion begrüßt aufs Warmste das mit seiner Heimat, der Ukraine, wiedervereinte Volk der Karpathoukraine, das der brüderlichen Völkerfamilie der Sowjetunion beitrtritt..."

(Molotow, W.M., Fragen der Außenpolitik, Reden und Erklärungen April 1945 - Juni 1948, dt. Ausgabe Moskau 1949, S. 23-25).

Nr. 8

Erklärung des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919, unterzeichnet von Clemenceau, veröffentlicht seit dem "Protokoll von Spa" vom 10. Juli 1920:

"Die alliierten und assoziierten Hauptmächte halten es für unbedingt erforderlich, sobald wie möglich dem gegenwärtigen unsicheren politischen Zustand der polnischen Nation ein Ende zu setzen. Unter dem Vorbehalt, die definitiven Ostgrenzen Polens später festzulegen, erteilen sie bis auf weiteres der polnischen Regierung das Recht, in den Gebieten des ehemaligen Kaiserreiches Rußland, die westlich der unten beschriebenen Linie liegen (Sperrung vom Verfasser), gemäß den im Vertrag vom 28. Juni 1919 mit Polen vorgesehenen Bestimmungen eine reguläre Verwaltung einzurichten....."

(Es folgt eine Beschreibung der -"Curzon"-Linie).

(Alius, Die Curzon-Linie, Das Grenzproblem Sowjetunion - Polen, Zürich/New York 1945, S. 20/21).

Nr. 9

Aus einer Antwort des exilpolnischen Außenministers Zaleski auf einen Brief des britischen Außenministers Lord Halifax vom 27. November 1940 über die britisch-sowjetischen Beziehungen:

" London, den 14. Dezember 1940,

..... Es sollte daran erinnert werden, daß die Sowjetregierung am 9. September 1918 alle Verträge aufhob, die sich auf die Teilung Polens 1772, 1793 und 1795 bezogen, und auch alle folgenden, Polen betreffenden Verträge bis 1833, Artikel 3 dieser Resolution lautet:

"Alle Übereinkommen und Akte, die von der Regierung des früheren Russischen Kaiserreiches mit der Regierung Preussens und des Österreich-Ungarischen Kaiserreiches geschlossen wurden und sich auf die Teilungen Polens beziehen, werden auf Grund dieser Resolution für immer annulliert in der Erwägung, daß sie sich im Widerspruch sowohl zum Prinzip der freien Selbstbestimmung der Völker als auch der revolutionären Rechtsauffassung der russischen Nation befinden, die der polnischen Nation das unveräußerliche Recht zuerkannt hat, über ihr eigenes Schicksal und ihre Vereinigung zu entscheiden."

Kraft dieser Resolution hatte Polen das Recht auf Rückerstattung aller Gebiete, die vor 1772 zu ihm gehörten, doch verzichtete Polen im Rigaer Vertrag auf sein Recht auf wesentliche Teile dieser Gebiete....."

(Documents on Polish-Soviet Relations 1939-1945, edited by the General Sikorski Historical Institute, London, London-Melbourne-Toronto 1961, Vol. I 1939-1945, Dokument Nr. 81, S. 100).

Nr. 10

Aus dem Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Polen in Riga vom 18. März 1921:

"

Artikel 3:

Rußland und die Ukraine verzichten auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete, welche im Westen der in Artikel 2 des vorliegenden Vertrages festgesetzten Grenzen liegen. Polen verzichtet seinerseits zugunsten Weißrußlands und der Ukraine auf alle Rechte und Ansprüche auf die ostwärts von dieser Grenze liegenden Gebiete."

(Weißbuch der polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und polnisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939.

Vom Außenministerium der Republik Polen autorisierte, ungekürzte und unveränderte Übersetzung der Originalausgabe der offiziellen Dokumentensammlung, Basel 1940, S. 213).

Nr. 11

Aus dem Schlußprotokoll zum Verlängerungsprotokoll des sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktes, unterzeichnet in Moskau am 5. Mai 1934:

"Anlaßlich der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Protokolls zur Verlängerung des am 25. Juli 1932 zwischen der UdSSR und der Republik Polen unterzeichneten Nichtangriffsvertrages und nach erneuter Prüfung aller Bestimmungen des am 18. März 1921 in Riga unterzeichneten Friedensvertrages, der die Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen bildete, stellt jede der Hohen Vertragsparteien fest, daß sie keine Verpflichtung eingegangen und daß sie durch keine Erklärung gebunden ist, welche zu den Bestimmungen des besagten Vertrages und besonders zu dessen Artikel drei in Widerspruch stände"

(Weißbuch der Polnischen Regierung, Dokument Nr. 157, S. 232).

Nr. 12

Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939:

"Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Die Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphäre Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.
2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und

San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Lauf der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939 von Ribbentropp, W. Molotow

(Jacobsen, 1939-1945, Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, 5. Auflage, Darmstadt 1961, Dokument Nr. 8, S. 119-120).

Nr. 13

Note der Sowjetregierung an die Regierung der Republik Polen, am 17. September 1939 in Moskau dem polnischen Botschafter überreicht:

"Der deutsch-polnische Krieg hat den inneren Bankrott des polnischen Staates erwiesen. Nach nur zehn Tagen militärischer Operation hat Polen seine gesamten Industriegebiete und kulturellen Zentren verloren. Warschau existiert nicht mehr als Hauptstadt Polens. Die polnische Regierung ist zusammengebrochen und gibt kein Lebenszeichen von sich. Das beweist, daß der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu bestehen. Dadurch haben die Verträge, die zwischen der UdSSR und Polen abgeschlossen wurden, ihren Wert verloren. Seinem Schicksal überlassen und seiner Führung beraubt, ist Polen Schauplatz aller möglichen Umtriebe und Überraschungen geworden, die eine Bedrohung der UdSSR darstellen. In Anbetracht dieser Umstände kann die Sowjetregierung, die bisher Neutralität bewahrt hat, nicht länger neutral bleiben.

Auch kann die Sowjetregierung der Tatsache gegenüber, daß ihre auf polnischem Gebiet lebenden ukrainischen und weißrussischen Blutsbrüder ohne Verteidigung ihrem Schicksal überlassen sind, nicht gleichgültig bleiben.

Angeichts dieser Lage hat die Sowjetregierung dem Oberkommando der Roten Armee den Befehl erteilt, die Grenzen zu überschreiten, um das Leben und den Besitz der Bevölkerung der Westukraine und des westlichen Weißrußlands unter ihren Schutz zu nehmen.

Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung alle Anstrengungen zu machen, um das polnische Volk aus dem unglücklichen Krieg zu befreien, in den es seine unsinnigen Führer verstrickt haben, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben zu führen....."

(Alius, S. 55/56; Weißbuch der Polnischen Regierung, Dokument Nr. 175, S. 243/244).

Nr. 14

Verlautbarung der polnischen Botschaft in London vom 17. September 1939:

" Am 17. September, um vier Uhr morgens, haben sowjetrussische Truppen die Grenze an vielen Orten überschritten und stießen sofort auf kräftigen Widerstand.....

Der von der Sowjetregierung zur Rechtfertigung dieser direkten Angriffshandlung vorgebrachte Vorwand ist, die polnische Regierung habe aufgehört zu existieren und habe das polnische Staatsgebiet verlassen, womit sie die polnische Bevölkerung der Kriegszone mit Deutschland ohne Schutz gelassen habe.

Die polnische Regierung kann sich nicht auf irgendeine Diskussion über den durch die Sowjetregierung zur Rechtfertigung ihrer Verletzung der polnischen Grenze erfundenen Vorwand einlassen

Die polnische Regierung hat einen kategorischen Protest gegen den durch die UdSSR begangenen Angriff eingelegt.

Durch den heute morgen begangenen, direkten Angriff hat die Sowjetregierung in offensichtlicher Weise den am 25. Juli 1932 in Moskau abgeschlossenen polnisch-russischen Nichtangriffspakt verletzt, durch welchen die beiden Parteien sich gegenseitig verpflichteten, sich jeder Angriffshandlung und jeden Überfalls gegen die andere zu enthalten. Ferner wurde am 5. Mai 1934 durch das in Moskau unterzeichnete Protokoll der Nichtangriffspakt bis zum 31. Dezember 1945 verlängert.

Durch ein am 3. Juli 1933 in London geschlossenes Abkommen einigten sich Sowjetrußland und Polen auf eine Definition des Angriffs, welche jedes Eindringen der einen Vertragspartei mit bewaffneten Streitkräften in das Gebiet der anderen als Angriffshandlung kennzeichnet. Sie haben ferner vereinbart, daß Überlegungen politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder anderer Natur in keinem Fall als Vorwand oder Entschuldigung für eine Angriffshandlung dienen können.

Somit hat die Sowjetregierung mit ihrer heute morgen unbegründeterweise begangenen Angriffshandlung sich selbst dazu verurteilt, als Verletzer seiner internationalen Verpflichtungen betrachtet zu werden im Widerspruch zu allen moralischen Grundsätzen, auf welche Rußland seine Außenpolitik seit seiner Aufnahme in den Völkerbund zu stützen behauptet."

(Weißbuch der Polnischen Regierung, Dokument Nr. 178, S. 245-246).

Nr. 15

Aus dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939:

"Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkernschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II

Beide Teile erkennen die im Artikel I festgesetzte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III

Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in den Gebieten westlich der im Artikel I angegebenen Linie die deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV

.....

(RGBI 1940 Teil II, S. 4; Rhode-Wagner, Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1956, S. 7-8).

Nr. 16

Aus dem polnisch-sowjetischen Abkommen in London vom 30. Juni 1941:

" 1. Die Regierung der UdSSR anerkennt, daß die sowjetisch-deutschen Verträge bezüglich der territorialen Veränderungen in Polen ihre Geltung verloren haben. Die Polnische Regierung erklärt, daß Polen durch keinerlei Abkommen mit irgendeiner Seite gebunden ist, das gegen die UdSSR gerichtet ist.

2."

("Prawda" vom 31. Juli 1941, abgedruckt bei Rhode-Wagner, S. 23-24).

Nr. 17

Aus der von TASS am 11. Januar 1944 veröffentlichten, an die Adresse der polnischen Exilregierung in London gerichteten Erklärung der Sowjetregierung:

"Am 5. Januar 1944 wurde von der polnischen Exilregierung in London eine Erklärung veröffentlicht, die eine Reihe

von unrichtigen Behauptungen enthält, darunter eine unrichtige Behauptung über die sowjetrussisch-polnische Grenze. Wie allgemein bekannt, setzte die Sowjetverfassung die sowjetisch-polnische Grenze in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands fest, wie er auf einer breiten demokratischen Basis in einer im Jahre 1939 veranstalteten Volksabstimmung zum Ausdruck kam. Das Gebiet der westlichen Ukraine, das in der erdrückenden Mehrheit von Ukrainern bevölkert ist, wurde der Sowjetukraine einverleibt, während das Gebiet des westlichen Weißrußlands, dessen Bevölkerung in der erdrückenden Mehrheit aus Weißrussen besteht, Sowjet-Weißrußland angegliedert wurde. Damit wurde das Unrecht, das der Sowjetunion durch den Vertrag von Riga in Bezug auf die die Westukraine bewohnenden Ukrainer und die den westlichen Teil Weißrußlands bewohnenden Weißrussen angetan wurde, wiedergutmacht. Der Beitritt der Westukraine und Westweißrußlands zur Sowjetunion stand nicht nur im Widerspruch mit den Interessen Polens, sondern schuf im Gegenteil eine zuverlässige Grundlage für eine dauernde und enge Freundschaft zwischen dem polnischen Volk und den benachbarten Ukrainern, Weißrussen und Russen

.... Die Möglichkeit, Polen als starken und selbständigen Staat wiederherzustellen, ist da. Die Wiedergeburt Polens darf sich jedoch nicht durch die Besetzung ukrainischer und weißrussischer Gebiete vollziehen, sondern durch die Rückerstattung von Gebieten, die den Polen durch die Deutschen entrissen wurden und die jahrhundertealter polnischer Boden sind

Die Ostgrenzen Polens können durch ein Abkommen mit der Sowjetunion festgesetzt werden. Die Sowjetregierung betrachtet die Grenzen von 1939 nicht als unveränderlich. Diese könnten zugunsten Polens korrigiert werden, derart, daß die Gebiete, in denen die polnische Bevölkerung überwiegt, Polen übergeben werden. In diesem Fall würde die sowjetrussisch-polnische Grenze ungefähr der sogenannten Curzon-Linie folgen, die im Jahre 1919 vom Obersten Rat der alliierten Mächte festgelegt worden war und die Einverleibung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußlands in die Sowjetunion vorsieht. Die Westgrenzen Polens müßten nach Westen vorverlegt werden"

(Alius, S. 62-63).

Nr. 18

Aus dem Manifest des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees in Lublin vom 22. Juli 1944:

"..... Vierhundert Jahre lang hat es endlose Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern, Polen und Weißrussen, Polen und Russen zum größten Schaden aller Parteien gegeben

Der polnische Nationalrat und das von ihm gebildete polnische Nationale Befreiungskomitee anerkennen, daß die Festlegung der polnisch-sowjetrussischen Grenze durch gegenseitige Verständigung erfolgen muß. Die Ostgrenze muß eine Linie der Freundschaft und der guten Nachbarschaft werden und nicht ein Hindernis zwischen uns und unserem Nachbarn; sie muß auf Grund dieses Prinzips festgesetzt werden: die polnischen Gebiete zu Polen, die ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete zur Sowjetukraine, zu Sowjetrußland und zu Sowjetlitauen"

(Alius, S. 72).

Nr. 19

Aus dem Abschlußkommunique der Konferenz von Jalta, 4. bis 12. Februar 1945:

Punkt 6.

"..... Die drei Regierungschefs sind der Ansicht, daß die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie folgen sollte, mit Abweichungen von fünf bis acht Kilometern in gewissen Gebieten zugunsten Polens. Sie anerkennen, daß Polen beachtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Ansicht der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Zuwachses in gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens danach bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist"

(Rhode-Wagner, S. 196).

Nr. 20

Aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik über die sowjetisch-polnische Staatsgrenze":

" (Präambel) die Hohen Vertragschließenden Parteien gelangten zu nachfolgender Übereinkunft:

Artikel 1

Die Staatsgrenze zwischen der UdSSR und der polnischen Republik entsprechend der anliegenden Karte im Maßstab 1 : 500 000 längs der "Curzon-Linie", jedoch in einigen Bezirken mit Abweichungen von fünf bis acht Kilometern hiervon zugunsten Polens, gemäß der Entscheidung der Krim-Konferenz zu ziehen. Darüber hinaus werden an Polen abgetreten:

- a) mit maximalen Abweichungen bis zu dreißig Kilometern das östlich der Curzon-Linie sich bis zum westlichen Bug und der Solokija erstreckende Gebiet südlich von Krylow,
- b) mit maximalen Abweichungen zugunsten Polens bis zu siebenzehn Kilometern der östlich der Curzon-Linie im Abschnitt Nemirow-Jalowka liegende Teil des Waldes von Bjelowesh (pol. Bialowicza - d. Verf.) mit Einschluß von Nemirow, Tainowka, Bjelowesh und Jalowka.

Artikel 2

Die Staatsgrenze zwischen der Sowjetunion und der Polnischen Republik verläuft in Übereinstimmung mit den Hinweisen in Artikel 1 entlang folgender Linie:

..... (es erfolgt eine detaillierte Beschreibung der Grenzlinie)

Artikel 3

Künftig verläuft bis zu einer endgültigen Entscheidung der territorialen Fragen bei einer Friedensregelung der an die Ostsee anstoßende Teil der sowjetisch-polnischen Grenze in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berliner Konferenz entlang einer Linie von einem Punkt am Ostufer der Danziger Bucht (es folgt eine detaillierte Beschreibung der Linie durch Ostpreußen bis zu einem Punkt bei Goldap)...

.....

Gefertigt in Moskau am 16. August 1945

....."

(Vertragssammlung Nr. 485, Band XII, S. 76-77).

Nr. 21

Aus dem "Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Polnischen Republik über den Austausch von Teilen des Staatsgebietes":

" (die titulierten Parteien) beschlossen in teilweiser Abänderung und Ergänzung des Vertrages über die sowjetisch-polnische Staatsgrenze vom 16. August 1945 den vorstehenden Vertrag zu schließen und ernannten zu ihren Bevollmächtigten, die zu nachfolgender Übereinkunft gelangten:

Artikel 1

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken tritt im Wege des gegenseitigen Austausches der Polnischen Republik ein Stück ihres Staatsgebietes im Gebiet Drogobytzsch im Gesamtumfang von 480 Quadratkilometern ab, das in das Staatsgebiet der Polnischen Republik bei entsprechender Änderung der gegenwärtigen Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen gemäß anliegender Karte eingegliedert wird.

Artikel 2

Die Polnische Republik ihrerseits tritt im Wege des gegenseitigen Austausches der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Stück ihres Staatsgebietes in der Wojewodschaft Lublin im Gesamtumfang von 480 Quadratkilometern ab, das in das Staatsgebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei entsprechender Änderung der gegenwärtigen Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen gemäß anliegender Karte eingegliedert wird.

Artikel 3 bis 5

.....

Gefertigt in Moskau am 15. Februar 1951."

(Vertragssammlung Nr. 565, Band XIV, S. 154/155).

Nr. 22

Aus dem Memorandum der Sowjetregierung an die finnische Regierung, übergeben am 14. Oktober 1939 an den finnischen Verhandlungsführer in Moskau, Minister Paasikivi:

"Während der Verhandlungen mit der finnischen Regierung ist das Interesse der Sowjetregierung hauptsächlich auf zwei

Fragen gerichtet:

- a) die Sicherheit der Stadt Leningrad zu garantieren,
- b) Gewißheit zu erhalten, daß Finnland sich in festen freundschaftlichen Banden mit der Sowjetunion befinden wird. Beide Punkte sind notwendig, damit die Küsten der Sowjetunion und Estlands am Finnischen Meerbusen für einen äußeren Feind unantastbar werden.

Notwendige Voraussetzungen hierfür sind:

1. mit Artilleriefeuer von beiden Küsten des Finnischen Meerbusens die Zufahrt in den Finnischen Meerbusen sperren zu können, sodaß die Kriegs- und Transportfahrzeuge des Feindes nicht in den Finnischen Meerbusen eindringen können;
2. den Feind verhindern zu können, von Westen und Nordwesten her zu den Inseln im Finnischen Meerbusen, welche in unmittelbarer Nähe von Leningrad gelegen sind, zu gelangen;
3. die Grenze mit Finnland auf der Karelischen Landenge, welche sich jetzt in einer Entfernung von 32 km von Leningrad, d.h. in Schußweite für weitschießende Kanonen befindet, etwas nach Norden und Nordwesten zu verschieben.

Ein Problem für sich ist die Frage der Fischerhalbinsel, wo die Grenze ungeschickt und künstlich gezogen ist und nach beigefügter Karte: korrigiert werden muß.

Von den oben angeführten Gesichtspunkten ausgehend, ist es notwendig, auf Grund gegenseitiger Übereinkunft und im Interesse beider Parteien, folgende Fragen zu entscheiden:

1. (Pacht von Hangö auf 30 Jahre durch die UdSSR, um dort einen Marinestützpunkt einzurichten; wird im einzelnen ausgeführt)
2. (Die Sowjetflotte darf Lappohja als Ankerplatz gebrauchen; wird im einzelnen ausgeführt)
3. (Übergabe von Inseln im Finnischen Meerbusen, eines Teiles der Karelischen Landenge und der westlichen Teile der Fischerhalbinsel an die UdSSR; wird im einzelnen ausgeführt)
4. (Als Entschädigung Überlassung von Sowjetterritorium in dem Gebiet Repola und Porajärvi an Finnland)....
5. - 7. (militärische Einzelheiten)

(Blau-Weiß-Buch der Finnischen Regierung, Dokumente über die

Entwicklung des finnisch-russischen Konflikts und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Finnland und der Sowjetunion am 30. November 1939, Basel 1940, Dokument Nr. 13, S. 45/47).

Nr. 23

Aus dem Memorandum der Finnischen Regierung an die Sowjetregierung, übergeben in Moskau am 3. November 1939 von den Ministern Paasikivi und Tanner an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotow:

"

5. Die Sowjetregierung hat schon in ihrem ersten Memorandum mitgeteilt, daß sie, als Territorialentschädigung, ein innerhalb der Distrikte Repola und Porajärvi gelegenes Gebiet an die Republik Finnland abzutreten beabsichtigte. Bei der Behandlung der Frage betreffend die territoriale Entschädigung muß die Finnische Regierung Rücksicht auf die folgenden Gesichtspunkte nehmen, welche beachtet werden müssen, um eine Übereinkunft zu erreichen, welche den Forderungen der Billigkeit entspricht:
- a) Wie die Sowjetunion in ihrem Vorschlag selbst festgestellt hat, sind die Gebiete, welche Finnland jetzt an die Sowjetunion abtreten müßte, von ganz anderem Wert als diejenigen Landgebiete, welche die Sowjetunion zur Abtretung an Finnland vorgeschlagen hat. Die Gebiete, die Finnland verlieren müßte, bestehen einerseits aus Gebieten auf dem Festland und andererseits aus Inseln nebst wichtigen Territorialgewässern. Für die Sowjetunion sind diese Gebiete, wie von Seiten der Sowjetunion selbst hervorgehoben worden ist, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, von außerordentlich großer Bedeutung. Finnland würde dagegen, bei dem in Frage kommenden Austausch von Territorium, solche Gebiete ernalten, welche weder entsprechenden militärischen noch ökonomischen Wert haben. Bei der Bestimmung der Größe des an Finnland als Entschädigung abzutretenden Gebietes müßten also diese Umstände Berücksichtigung finden.
 - b)"
- (Blau-Weiß-Buch der Finnischen Regierung, Dokument Nr. 18, S. 61/62).

Aus dem Beistands- und Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der "Finnischen Demokratischen Republik" vom 2. Dezember 1939:

" Artikel 1 .

Zum Zeichen der Freundschaft und des tiefen Vertrauens der Sowjetunion gegenüber der Finnischen Demokratischen Republik und entgegenkommend den nationalen Bestrebungen des finnischen Volkes über die Vereinigung des karelischen Volkes mit dem finnischen Volk in einem einzigen und unabhängigen finnischen Staat, erklärt sich die Sowjetunion bereit, der Finnischen Demokratischen Republik die Gebiete Sowjetkareliens mit überwiegend karelischer Bevölkerung zu übergeben, insgesamt 70 000 Quadratkilometer, wobei dieses Territorium dem Staatsterritorium der Finnischen Demokratischen Republik angegliedert werden soll und die Grenze zwischen der Sowjetunion und der Finnischen Demokratischen Republik gemäß beiliegender Karte festgelegt werden soll.

Als Zeichen der Freundschaft und des tiefen Vertrauens der Finnischen Demokratischen Republik zur Sowjetunion und entgegenkommend den Wünschen der Sowjetunion über die Befestigung der Sicherheit der Sowjetunion, und in Sonderheit der Stadt Leningrad, erklärt sich die Finnische Demokratische Republik bereit, die Grenzen auf der karelischen Landenge in nördlicher Richtung von Leningrad etwas vorzuschieben, wobei der Sowjetunion ein Territorium im Umfang von 3 970 Quadratkilometern übergeben werden soll

Artikel 2

- a) (Verpachtung von Hangö und einigen Inseln an die UdSSR; wird im einzelnen ausgeführt)
- b) (Verkauf einiger Inseln im Finnischen Meerbusen, der Fischer- und der Srednij-Halbinsel im Eismeer für 3000 000 000 Finnmark an die UdSSR; wird im einzelnen ausgeführt)

....."

(abgedruckt bei v. Harpe, W., Die Sowjetunion, Finnland und Skandinavien 1945-1955, Tübingen, S. 11-13).

Aus dem finnisch-sowjetischen Friedensvertrag vom 12. März 1940:

"

Artikel 2

Die Staatsgrenze zwischen der Sowjetunion und Finnland wird durch eine neue Linie festgesetzt, derzufolge in den Bestand des Territoriums der Sowjetunion einverleibt wird:

Die ganze karelische Landenge mit der Stadt Wiborg (Viipuri) einschließlich der Wiborger Bucht mit ihren Inseln, das westliche und das nördliche Ufer des Ladoga-Sees mit den Städten Kexholm, Sortavala, Suojärvi, eine Reihe von Inseln im Finnischen Meerbusen, das Territorium östlich von Merkävi mit der Stadt Kuolajarvi, ein Teil der Fischer- und Srednij-Halbinsel - gemäß der dem gegenwärtigen Vertrag beigelegten Karte.

.... "

(abgedruckt bei Menzel, E., Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, Oberursel/Taunus 1948, S. 34).

Nr. 26

Aus dem Friedensvertrag zwischen Finnland und den Alliierten in Paris vom 10. Februar 1947:

"

Artikel 1

Die Grenzen Finnlands bleiben dieselben, wie sie am 1. Januar 1941 bestanden, abgesehen von den im folgenden Artikel bestimmten Ausnahmen.

Artikel 2

In Übereinstimmung mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 19. Februar 1944 bestätigt Finnland die Rückgabe der Provinz Petsamo (Petschenga), die Finnland nach den Friedensverträgen vom 14. Oktober 1920 und 12. März 1940 freiwillig vom Sowjetstaat abgetreten worden waren, an die UdSSR

.... "

(abgedruckt bei Menzel, S. 196).

Nr. 27

Aus dem Potsdamer Abkommen:

"

VI. Die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet.

Die Konferenz prüft einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmungen der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen sollte.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer Sachverständigenprüfung vorbehalten bleibt.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden."

(abgedruckt bei Kraus, Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete, ohne Erscheinungsort 1962, S. 31; Rhode-Wagner, S. 263/264).

Nr. 28

Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. April 1946, Vedomosti Verchovnogo Sovjeta SSSR 1947, S. 36:

" Es ist das Königsberger Gebiet (= Oblast' - der Verf.) zu bilden auf dem Territorium der Stadt Königsberg und der umliegenden Rayons mit dem Zentrum in der Stadt Königsberg. Das Königsberger Gebiet ist in den Bestand der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik einzufügen. "

Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 4. Juli 1946, aaO 1946, S. 25:

" Die Stadt Königsberg ist in Kaliningrad umzubenennen und das Königsberger Gebiet in Kaliningrader Gebiet. "

(Beide Erlasse abgedruckt bei Kraus, S. 106/107).

L e b e n s l a u f

Am 10. August 1937 wurde ich, Peter Friedrich Otto M o r r é , in Stettin als Sohn des Staatsarchivrates Dr.phil. Fritz Morré und seiner Ehefrau Lieselotte geb. Burmeister geboren.

Ich bin deutscher Staatsangehöriger. Nach dem Besuch von Grund- und Oberschulen in Schwerin (Meckl.) und Berlin (West) legte ich am 8. März 1956 die Reifeprüfung an der Schiller-Schule, einem neusprachlichen Gymnasium, in Berlin-Charlottenburg ab. Ich studierte Rechtswissenschaften vom Sommersemester 1956 bis zum Wintersemester 1957/1958 an der Freien Universität Berlin, danach im Sommersemester 1958 an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, schließlich vom Wintersemester 1958/1959 bis zum Sommersemester 1960 an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. Am 18. Juni 1960 bestand ich die erste juristische Staatsprüfung vor dem Justizprüfungsamt beim Oberlandesgericht Hamm, am 18. März 1966 bestand ich die zweite juristische Staatsprüfung vor dem Landesjustizprüfungsamt in Düsseldorf.

